

*soFid – Sozialwissenschaftlicher
Fachinformationsdienst*

02/2006

Politische Soziologie

GESIS-IZ Bonn 2006

Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst

soFid

Politische Soziologie

Band 2006/2

bearbeitet von

Stefan Jakowatz

mit einem Beitrag von
Sascha Liebermann

Informationszentrum Sozialwissenschaften Bonn 2006

ISSN: 0176-4470
Herausgeber Informationszentrum Sozialwissenschaften der Arbeitsgemeinschaft
Sozialwissenschaftlicher Institute e.V., Bonn
bearbeitet von: Stefan Jakowatz
Programmierung: Udo Riege, Siegfried Schomisch
Druck u. Vertrieb: Informationszentrum Sozialwissenschaften
Lennéstr. 30, 53113 Bonn, Tel.: (0228)2281-0
Printed in Germany

Die Mittel für diese Veröffentlichung wurden im Rahmen der institutionellen Förderung der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS) vom Bund und den Ländern gemeinsam bereitgestellt. Das IZ ist Mitglied der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS). Die GESIS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

© 2006 Informationszentrum Sozialwissenschaften, Bonn. Alle Rechte vorbehalten. Insbesondere ist die Überführung in maschinenlesbare Form sowie das Speichern in Informationssystemen, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Einwilligung des Herausgebers gestattet.

Inhalt

Vorwort	7
---------------	---

Sascha Liebermann

Selbstbestimmung durch politische Vergemeinschaftung	9
--	---

Sachgebiete

1	Politische Grundbegriffe und Konzepte	27
2	Theorie und Geschichte politischer Systeme.....	55
3	Staatstheorie und staatliches Handeln	68
4	Politische Parteien und Parteiensysteme	94
5	Wahlen, Wählerverhalten und Partizipation.....	113
6	Politische Einstellungen und politische Bewegungen	131
7	Politische Kultur und Ethik, politische Eliten	152

Register

Hinweise zur Registerbenutzung.....	177
Personenregister	179
Sachregister	185

Anhang

Institutionenregister.....	199
Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur	205
Zur Benutzung der Forschungsnachweise.....	205

Vorwort zum soFid „Politische Soziologie“

Das Informationszentrum Sozialwissenschaften (IZ) bietet mit dem „Sozialwissenschaftlichen Fachinformationsdienst“ (soFid) zweimal jährlich aktuelle Informationen zu einer großen Zahl spezieller Themenstellungen an. Jeder soFid hat sein eigenes, meist pragmatisch festgelegtes Profil. Gewisse Überschneidungen sind deshalb nicht zu vermeiden.

Quelle der im jeweiligen soFid enthaltenen Informationen sind die vom IZ produzierten Datenbanken SOLIS (Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem) sowie FORIS (Forschungsinformationssystem Sozialwissenschaften).

Die Datenbank SOLIS stützt sich vorwiegend auf deutschsprachige Veröffentlichungen, d.h. Zeitschriftenaufsätze, Monographien, Beiträge in Sammelwerken sowie auf Graue Literatur in den zentralen sozialwissenschaftlichen Disziplinen. In SOLIS ist bei einigen Hinweisen unter „Standort“ eine Internet-Adresse eingetragen. Wenn Sie mit dieser Adresse im Internet suchen, finden Sie hier den vollständigen Text des Dokuments.

Wesentliche Quellen zur Informationsgewinnung für FORIS sind Erhebungen in den deutschsprachigen Ländern bei Institutionen, die sozialwissenschaftliche Forschung betreiben. Der Fragebogen zur Meldung neuer Projekte steht permanent im Internet unter <http://www.gesis.org/IZ> zur Verfügung.

Literaturhinweise sind durch ein "-L" nach der laufenden Nummer gekennzeichnet, Forschungsnachweise durch ein "-F". Im Gegensatz zu Literaturhinweisen, die jeweils nur einmal gegeben werden, kann es vorkommen, dass ein Forschungsnachweis in mehreren aufeinander folgenden Diensten erscheint. Dies ist gerechtfertigt, weil Forschungsprojekte häufig ihren Zuschnitt verändern, sei es, dass das Projekt eingeeengt, erweitert, auf ein anderes Thema verlagert oder ganz abgebrochen wird. Es handelt sich also bei einem erneuten Nachweis in jedem Falle um eine aktualisierte Fassung, die Rückschlüsse auf den Fortgang der Arbeiten an einem Projekt zulässt.

* * *

Die politische Soziologie stellt das Verbindungselement zwischen Soziologie und Politikwissenschaft her. Unter Einbeziehung theoretisch-systematisierender wie auch historisch-empirischer Aspekte befasst sie sich mit den gesellschaftlichen und sozialpsychologischen Voraussetzungen und Folgen des politischen Handelns, mit der Entstehung, Struktur und dem Wirkungszusammenhang politischer Systeme, den Interdependenzen von Aufbau, Ausbau und Modernisierung politischer, sozialer und wirtschaftlicher Ordnungen, der Entstehung von Macht und dem Einfluss gesellschaftlicher Gruppen und Akteure auf diesem Wirkungsgeflecht.

Diese Bestimmung des Wissensgebiets spiegelt sich in der Sachgebietsgliederung des vorliegenden Informationsdienstes wider: Politische Konzepte und Ideen, politische Systeme und Systemkrisen einschließlich historischer Erfahrungen, politische Steuerung und ihre Institutionalisierung,

staatliches Handeln einschließlich Verhältnis von Macht und Herrschaft, Parteiwesen, Wahlsoziologie, Partizipation, öffentliche Meinung, politische Einstellung, politische Bewegungen, Interessengruppen und Radikalismus, politische Eliten und politische Kultur, Werte, Wertewandel und Ethik sind Gegenstand der einzelnen Kapitel.

Aufgrund der Fülle der Dokumente in der ausgewiesenen Klassifikation „politische Soziologie“ konnten nicht alle aktuellen Nachweise aufgenommen werden. Die Auswahl erfolgte zunächst nach inhaltlichen Kriterien wie auch Aktualität, zusätzlich jedoch auch in Abgrenzung zu anderen Fachgebieten. So wurden Literatur oder Forschung, die in anderen soFid-Themenbereichen veröffentlicht werden, hier nicht noch mal dokumentiert. Dies gilt für Themen der Außen- und Sicherheitspolitik, zu regionalen oder ethnischen Konflikten oder Gewalt wie auch zu Konversion, die im soFid „Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung“ dokumentiert sind. Gleiches gilt für den umfangreichen Bereich „Sozialpolitik“.

Zu politischen Analysen für die neuen Bundesländer und die damit verbundenen Transaktionsprozesse informieren Sie sich bitte im Fachinformationsdienst „Gesellschaftlicher Wandel in den neuen Bundesländern“. Die umfangreiche sozialwissenschaftliche Forschung und Literatur zu Osteuropa wird im Dienst „Osteuropaforschung“ dokumentiert. Für das Gebiet „Stadt- und Regionalforschung“ gibt es einen eigenen Dienst, ebenso für „Bevölkerungsforschung“, „Umweltforschung“ oder „Frauen- und Geschlechterforschung“. Gesundheitsverhalten und -politik ist im soFid „Gesundheitsforschung“ enthalten, der Komplex „Migration und ethnische Minderheiten“ im gleichnamigen Band dokumentiert, politische Bildung findet sich im Band „Bildungsforschung“ wieder, um nur die wichtigsten angrenzenden Themenbereiche zu nennen.

Auch konnten Länderstudien aufgrund der großen Zahl der Nachweise nicht mehr einbezogen werden. Außer Acht gelassen wurden Beiträge zu Ressortpolitik, Kommunalpolitik und weitestgehend auch zu Europapolitik. Für diese Themen empfehlen wir eine individuelle Recherche in der Datenbank durchzuführen.

In dieser soFid-Ausgabe veröffentlichen wir den wissenschaftlichen Aufsatz „Selbstbestimmung durch politische Vergemeinschaftung“ von Dr. Sascha Liebermann, Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Dortmund.

Wir bedanken uns bei Dr. Liebermann für die gute Kooperation

Selbstbestimmung durch politische Vergemeinschaftung¹

Sascha Liebermann

Jedes Gemeinwesen muss auf die Frage, wie es der Fürsorgeverpflichtung für seine Bürger nachkommen, wie es ihre Integrität schützen und damit ihre Handlungsfähigkeit stärken kann, eine tragfähige Antwort finden. Denn die Loyalität der Angehörigen eines Herrschaftsverbandes zu seiner normativen Ordnung ist nur dann von Bestand, wenn er auf diese grundlegende Frage eine tragfähige Antwort hervorbringt. Bleibt sie dauerhaft aus oder das Versprechen auf eine Lösung unerfüllt, besteht die Gefahr, dass sich die Angehörigen von ihrem Gemeinwesen abwenden, in die Bereitschaft für die Suche nach einer Problemlösung seine Repräsentanten nicht mehr vertrauen. Es handelt sich dabei nun nicht um ein strategisches Kalkül, wie es manchmal in dem verbreiteten Urteil zum Ausdruck kommt, Politikern gehe es nur um Machterhalt. Zu erkennen ist darin zwar noch die Kritik an ausbleibenden Lösungen, sie verfehlt aber auf signifikante Weise ihr Ziel, zeugt vielmehr von einem moralischen Fundamentalismus, der das Politische negiert. Denn nicht das Streben nach Macht und der Machterhalt sind problematisch: ohne Macht im engeren Sinn, ohne Amt also, kann nicht gestaltet werden. Macht um ihrer selbst willen allerdings, Macht ohne Gestaltungsvision gestaltet nicht. Handlungsprobleme werden dadurch nicht gelöst, das erst kann ein Gemeinwesen gefährden. Eine solche Vision, ein Ziel politischen Handelns, muss für die Bürger aber auch transparent sein, sie müssen sich eine Meinung darüber bilden können, sollen überhaupt eine sachhaltige Bindung an ein solches Ziel möglich werden. Eine konkrete Lösung im einzelnen ist stets mit der grundlegenden Frage verbunden: Wie will ein Gemeinwesen leben, welche Lebensentwürfe erkennt es an, welche Vorstellung von einem sinnerfüllten Leben prämiert es?

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, und es scheint eine Banalität, dies zu konstatieren, dass die Auseinandersetzung um Reformen der sozialen Sicherungssysteme, wie sie in den letzten Jahren in Deutschland geführt worden ist, eine Auseinandersetzung darum ist, worin eine legitime Lebensführung erkannt wird. Jenseits dessen, wie der Einzelne diese Frage dann innerhalb des Ermöglichten beantwortet, bestimmt die normative Konstruktion der Sicherungssysteme darüber, welches Handeln der Bürger Anerkennung findet. Nun erschaffen die Sicherungssysteme die sie bestimmende Vorstellung von einem sinnerfüllten Leben nicht, sie trägt die Sicherungssysteme vielmehr, diese entsprechen einem Lebensideal, das im praktischen Vollzug einer Vergemeinschaftung eine Evidenz hat, für den Einzelnen erfahrbar wird.

Charakteristisch für die Diskussionen um eine Reform des „Sozialstaats“ ist die sowohl den Gesetzen über moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt wie auch den Stellungnahmen ihrer Kritiker innewohnende Deutung davon, wie die Autonomie der Bürger sich konstituiert. Selbst dort, wo über radikale Reformvorschläge wie den eines bedingungslosen Grundeinkommens diskutiert wird, zeigt sich eine Vergemeinschaftungs- und damit Bürgervergessenheit, die erklärungsbedürftig ist.² Um sie in ihrer Tragweite zu ermessen und ihre Gestalt zu verstehen, bedarf es einer Betrachtung des moder-

1 Stark überarbeitete Fassung meines Beitrages „Eigenverantwortung oder Selbstbestimmung? Überlegungen zur Bürgervergessenheit in der deutschen Reformdiskussion“ für das Jahrbuch Arbeit, Bildung, Kultur Bd. 23/24, 2005/6 des Forschungsinstituts Arbeit, Bildung, Partizipation Recklinghausen, S. 35-51.

2 Vgl. für eine praktisch rasonnierende Stellungnahme Liebermann (2006a) und (2006b).

nen Nationalstaats in seinen ihn konstituierenden, ihn ermöglichenden Voraussetzungen. Danach müssen die Überlegungen ins Verhältnis zur gegenwärtigen Lage gesetzt werden, also zu den Problemen der sozialen Sicherungssysteme, der wirtschaftlichen Entwicklung und vor allem: der Deutung dessen, was das deutsche politische Gemeinwesen in seinem Selbstverständnis auszeichnet.

Keine triviale These mehr ist der dargelegte Zusammenhang zwischen Bewährungsmythos und Ordnungspolitik, wenn man die Theoriebildung in den Sozialwissenschaften sondiert, die sich spezialistisch mit Fragen der Konstituierung des Sozialstaats beschäftigt. Sie übersieht, womöglich aufgrund eines konstitutionstheoretischen Defizits, die analytische Notwendigkeit, den „Sozialstaat“ als Sinngebilde zu betrachten, das – wie das gesamte politische Ordnungsgefüge – aus einer spezifischen Kultur erwächst (Böckenförde 2004). Deswegen sucht man meist vergebens nach einer Rekonstruktion, die das Gefüge sozialer Sicherungseinrichtungen auf die ihm innewohnende Legitimationsstruktur untersucht, also auch auf das in ihm zum Ausdruck kommende Modell eines bürgerschaftlichen Gemeinwesens.³ Diese Herauslösung, die in der Sozialstaatstheorie eine lange Tradition hat, ermöglichte es, von einem Sozialstaat zu sprechen, ohne zu analysieren, welche Vorstellungen von einem sinnvollen Leben sein Fundament bilden; ohne ihn daraufhin zu befragen, welche Vorstellung von Autonomie der Bürger ihm innewohnt. In der Konsequenz erschwert dies – vielleicht verhinderte es sogar – eine Bestimmung der gegenwärtigen Krisenlage, wie an der sozialwissenschaftlichen Debatte abgelesen werden kann.

Wollen wir zu einer Krisendiagnose der gegenwärtigen Lage in Deutschland gelangen, bedarf es einer Rekonstruktion der dominanten Deutungsmuster und daraus möglicher Schlussfolgerungen auf Habitusformationen, die die politische Kultur prägen. Es bedarf also einer Rekonstruktion des Krisendiskurses auf die schon aufgeworfenen Fragen hin. Mit Bewährungsmythen, die eine jede politische Vergemeinschaftung hervorbringt, ist der einfache Zusammenhang zwischen den objektiven Handlungsproblemen, vor denen die Lebenspraxis – hier der Herrschaftsverband – steht, und den konkreten Antworten, die sie darauf gegeben hat, gemeint (Oevermann 1995, 2003). Sie müssen auf die Fragen „Woher kommen wir, wer sind wir, wohin gehen wir?“ eine Deutung anbieten, die einen Gerechtigkeitsentwurf, einen Entwurf davon enthält, worin ein sinnvolles Leben besteht und der kollektiv Anerkennung findet. Aus ihm geht hervor, in welchem Verhältnis zueinander Herrscher und Beherrschte stehen, woraus die Legitimation der Herrschaft sich ableitet. Für die Überlegungen, die ich hier darlegen möchte, ist entscheidend, dass mit der Herausbildung der Volkssouveränität für den modernen Nationalstaat sich eine entscheidende legitimatorische Umwälzung vollzogen hat. Herrschaft legitimiert sich im Nationalstaat aus einer Verantwortungsdelegation, die dem Wohl des Allgemeinen dienen muss. Die Bürger, Staatsbürger eines territorialen Herrschaftsgebildes, delegieren in der parlamentarischen Demokratie ihre Verantwortung an gewählte Vertreter, damit Handlungsprobleme des Gemeinwesens für das Gemeinwesen stellvertretend gelöst werden. Dazu bedarf es immer ihrer Gefolgschaft, ihrer Loyalität, sollen Entscheidungen auch tatsächlich folgenreich werden. Um diese Gefolgschaft muss stets geworben werden, wie wir auf einfache Weise an den sich recht-

3 Sucht man nach Argumenten, die zu dieser Separierung beigetragen haben, wird auf T.H. Marshalls Unterscheidung in politische, soziale und zivile Rechte verwiesen und die Rechtssphären als vollkommen eigenständige betrachtet, statt in ihnen Momente einer Strukturlogik zu erkennen (Marshall 1977: 86ff.; Pateman 2004). Mir scheint einiges dafür zu sprechen, auch wenn hier nicht der Ort ist, es abzuleiten, dass Marshall diese Unterscheidung im Sinne einer Differenzierung konstituierender Momente verwendet hat, sie in seinen Ausführungen aber nicht stabil durchgehalten wird.

fertigenden Stellungnahmen politischer Repräsentanten ablesen können.⁴ Für eine soziologische Theorie des Politischen ist es unerlässlich, die kohäsive Kraft eines Gemeinwesens, seinen inneren Zusammenhalt und die Solidarität seiner Bürger aus seiner Legitimationsstruktur zu begreifen.

Doch nicht nur zur Einschätzung der öffentlichen Diskussion, auch für die Bestimmung möglicher Folgen expertisenhafter Stellungnahmen, die tagein tagaus politische Entscheidungen und Entscheidungsvorlagen in den Medien kommentieren, ist diese zu unternehmende Betrachtung aufschlussreich. Die Beteiligung sozialwissenschaftlicher Expertise an der Reformdiskussion ist erheblich und überschreitet nicht selten die Grenze der Expertise hin zu einem Plädoyer für ein Seinsollen, das seinen Ort entweder im politischen Handeln oder im intellektuellen Raisonement hätte, keinesfalls aber in der Expertise.⁵ Dieses Übergreifen, indem es sich nicht auf das Ausdeuten der Konsequenzen eines Handelns bescheidet, sondern ein Plädoyer für eine bestimmtes Handeln hält, deautonomisiert die Praxis. Aus der Expertise lässt sich in keiner Form ableiten, welches Handeln praktisch gewollt werden soll: darüber kann nur die Praxis entscheiden, die eine Expertise anfragt. Ihre Autonomie zu schützen, ist gerade die Verpflichtung der Experten, von daher unterläuft jedes Plädoyer oder gar die Übernahme der Umsetzung einer Entscheidung schon die Autonomie des Expertisennehmers. Dies mag im Zusammenhang mit der Reformdiskussion wie ein Nebengleis erscheinen. In der Tat besteht hier aber ein Zusammenhang. Denn die Entmündigung der Lebenspraxis, die Schwächung ihrer Handlungsfähigkeit durch expertisenhafte Bevormundung, ist ein verbreitetes Phänomen, auf das wir auch in der Reformdiskussion ständig stoßen.⁶

Das „deutsche Sozialmodell“ und die Reformdebatte – Implikationen und Konsequenzen

In der Diskussion um das „deutsche Sozialmodell“ wird vor allem eines mit ihm verbunden, und zwar die durch es gewährleistete materielle Sicherung und soziale Integration. Kritik wird genau gegen die Unterhöhlung dieses Statusverlusts, gar das Aufgeben, die Umwandlung dieser Gewährungsleistungen zu einer Politik der Aktivierung vorgebracht. An den Einwänden selbst, die sich gegen eine hohle Rhetorik der Stärkung von Eigenverantwortung richten, fällt allerdings auf, dass auch sie die Kritik nicht vor dem Hintergrund eines starken Bürgerbegriffs vorbringen. Dies ist nicht nur in der öffentliche Debatte auffällig, auch in den Sozialwissenschaften, die den Bürger aus einem Modell von autonomer Lebenspraxis herleiten könnten, scheint er als Konstituens des modernen Natio-

4 Mindestens irreführend ist die Darlegung Kaufmanns (2003: 258f.), der die Sozialpolitik als „Mittler“ zwischen Staat und Gesellschaft bezeichnet. Denn „Staat“ und „Gesellschaft“ sind nicht zwei vollkommen eigenständige Sphären, die zueinander vermittelt werden müßten. Die „Gesellschaft“ kann konstitutionslogisch gedacht nur die politische Gemeinschaft der Bürger sein, der Staat nur die organisationsförmige Ausgestaltung der Verantwortungsdelegation, die letztlich im Willen der Bürger ihr legitimierendes Fundament hat.

5 Hier wäre statt dessen Abstinenz gefragt, soll die Expertise der Lebenspraxis die Entscheidung über das Sein-Sollen nicht abnehmen, sie dadurch in ihrer Autonomie schwächen. Statt dessen aber wird der Ruf lauter, die Soziologie solle sich mehr in praktische Fragen einmischen, habe sie die besseren analytischen Instrumente als die Wirtschaftswissenschaftler; auch solle die Soziologie die Öffentlichkeit stärker suchen (Liebermann/ Loer (2006a/ 2006b).

6 Man betrachte alleine den Stellenwert, den Kommissionen als beratende Einrichtungen seit der Regierungszeit Gerhard Schröders erhalten haben. Vgl. hierzu Hans Jürgen Papier (Papier 2003).

nalstaats für nicht mehr relevant erachtet zu werden. Folglich wird die Aufgabe politischer Gestaltung auch nicht in der Ermöglichung von Autonomie erblickt, die dem Einzelnen überlässt, ob er sie ergreift; Selbstbestimmung wird stets von einem Definierten aus gedacht. Mit diesem Verständnis wird aus der Teilhabemöglichkeit, die alleinig politische Gestaltung eröffnen kann, eine Teilhabeverpflichtung, als bestimme sich Autonomie durch Teilhabe an einem vorbestimmten erstrebenswerten Gut. Noch in der Sprache artikuliert sich damit eine paternalistische bzw. bevormundende Haltung, der das Eröffnen von Möglichkeiten nicht weit genug geht. Es überrascht nicht, wenn dieser Deutung von Autonomie zufolge das Ergreifen von Möglichkeiten „sichergestellt“ werden müsse, wodurch Autonomie zu Heteronomie verwandelt wird. Die zu treffenden Entscheidungen sind schon inhaltlich determiniert, sie nicht zu ergreifen muss vermieden werden.⁷ Steht also nicht die Ermöglichung von Autonomie resp. Freiheit im Zentrum der Diskussion, wundert auch kaum, welche geringe Bedeutung in der Debatte um den Umbau der Wohlfahrtsstaaten die Klärung der Frage hat, welchem Zweck die Sicherungssysteme strukturell dienen, woraus sie sich herleiten lassen. Dabei könnte gerade die Beantwortung dieser Frage den Blick auf Probleme der gegenwärtigen Praxis und Theorie des Sozialstaats richten: seine Bürgervergessenheit, die mangelnde Explikation dessen, worin die Legitimierungsstruktur der Sicherungssysteme besteht.⁸

Anstelle einer solchen Rückbindung an ihre legitimatorische Struktur wird sie als eigenständige Sphäre gegenüber dem Politischen betrachtet und von einem abstrakten Gerechtigkeitsbegriff hergeleitet. Nicht zufällig werden dazu die Allgemeinen Menschenrechte bemüht, die ein Abstraktum und nur dort Wirklichkeit werden, wo sie schon handlungsleitende Maximen in einer politischen Vergemeinschaftung sind. Von daher ist es konsequent, dass weder Befürworter, noch Kritiker der „Gesetze für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ sich um den Bürger als Legitimationsquelle und Zweck der Sicherungssysteme nicht scheren. Denn nicht im Schutz seiner Integrität und Handlungsfähigkeit wird ihr Zweck erkannt, vielmehr ist es der Arbeitsbürger, der Erwerbstätige oder im günstigsten Fall derjenige, der Leistung erbringt, der den Geltungsgrund der Sicherungssysteme abgibt. Folglich kann soziale Teilhabe und Integration auch nur durch die Eingliederung in Erwerbsarbeit erreicht werden.⁹ In ihr wird der Grund für die Befriedung des Gemeinwesens und die Solidarität seiner

7 Auch heute besteht diese Freiheit. Aufschlussreich ist aber, wie darüber gestritten und mit welchen Argumenten das deutsche Modell verteidigt wird. Besonders deutlich wird dies an folgendem Beispiel. Ein regelmäßig vorgebrachter Einwand gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen, das leistungslos jedem Staatsbürger gewährt wird, fragt, wer denn ungeliebte, unattraktive Arbeiten noch ausführen würde, gäbe es ein Grundeinkommen? Auch heute, das muss offenbar angemerkt werden, ist die Entscheidung für eine Tätigkeit frei, selbst dort, wo aufgrund niedriger Bildung Wahlmöglichkeiten eingeschränkt sein mögen. Es ist nicht möglich, solange man auf totalitäre Maßnahmen verzichten will, die Rekrutierung von Personal sicherzustellen.

8 Wie auch Stephan Lessenich (2004: 29ff.) in einer Sammelbesprechung zu neueren Publikationen im Bereich Sozialpolitik konstatierte. Er stellt dabei die Notwendigkeit einer „analytischen Theorie der Sozialpolitik, die ohne gesellschaftstheoretisch Fundierung nicht auskommen kann“, heraus (ebenda: 30). Obwohl in dieser Besprechung nun eine solche Grundlegung gefordert wird, deutet Lessenich eine solche nicht einmal an. Das konstatierte Defizit besteht doch offenkundig darin, keine Theorie politischer Vergemeinschaftung zur Verfügung zu haben, die es erlaubte, eine systematische Begründung vorzulegen. Die Legitimierung des Sozialstaats aus der Aufgabe, Integrität und Autonomie der Bürger zu schützen, findet keinerlei Beachtung.

9 Einwände gegen ein leistungsloses Einkommen, wie es das bedingungslose Grundeinkommen als Bürger-einkommen darstellte, rekurren empiristisch auf den Umstand, im Kapitalismus sei nun einmal Lohnarbeit der Mechanismus sozialer Integration. Strukturlogisch betrachtet, wird darüber hinweggesehen, dass

Bürger erkannt. Eine „aktivierende“ Sozialpolitik kann sich auf diese Deutung berufen. Hängt es vom Innehaben eines Arbeitsplatzes ab, ob der Einzelne als Teil des Ganzen anerkannt wird und sich aufgehoben fühlt, dann müssen diejenigen, die keine Arbeit haben, in Arbeit zurückgeführt werden. Es wird eben nicht ihnen überlassen, ob sie überhaupt dahin zurück wollen. Deswegen stehen der „Aktivierung“ der Passiven – denn nur, wo sie als Problem erkannt werden, ist eine solche Strategie unerlässlich – Konzepte zur Seite, die in stärkeren „Anreizen“ für die Wiederaufnahme von Arbeit den einzigen Weg zu einer Veränderung sehen. Auch dass das Schlagwort vom Anreiz sich in der öffentlichen Diskussion etabliert hat, belegt auf einfache Weise, welche Deutungen von Handlungsfähigkeit der Praxis dominieren. Nur von der Wortbedeutung ausgehend muss die Vorstellung, Handeln über Anreize zu erwirken, ein passives, sich nicht von sich aus in den Dienst eines Allgemeinen stellendes Subjekt voraussetzen. Die Wahrung des Partikularvorteils gibt es demzufolge nur auf, wo Gewinn, ein Vorteil, winkt.

Wenn also Kritiker und Verfechter der gegenwärtigen Sicherungssysteme darüber streiten, wie eine soziale Absicherung aussehen sollte, damit sie die Integrität der Bürger zu schützen in der Lage ist, so herrscht zwischen beiden Einigkeit darin, worin diese Integrität besteht, es ist vorrangig diejenige des Erwerbstätigen. Im deutschen Sozialmodell, hierin mit anderen europäischen vergleichbar, stellen Transferleistungen ausschließlich Ersatzeinkommen dar, also Einkommen, die dann gewährt werden, wenn jemand nicht in der Lage ist, ein Erwerbseinkommen zu erzielen. Selbst solche Leistungen, die nicht an einen Anspruchserwerb gebunden sind, wie er für das frühere Arbeitslosengeld wie auch ALG I und II gilt, wird nicht gewährt, solange keine Notlage vorliegt (früher Sozialhilfe heute Sozialgeld). Eine Notlage stellt dabei lediglich eine nachzuweisende Erwerbsunfähigkeit dar. Wer erwerbsunfähig ist, muss den Eingliederungsmaßnahmen nicht zur Verfügung stehen; dennoch ist damit der stigmatisierende Effekt der Transferleistungen nicht aufgehoben, denn der Nachweis muss noch erbracht werden. Transferleistungen sind in dieser Konstruktion Ersatzleistungen, das Ideal einer Selbstversorgung mit Einkommen über Arbeitsleistung bleibt aufrechterhalten.

Für den Einzelnen stellt diese Notlage aufgrund des Verlusts eines „Einkommensplatzes“ (Werner 2006) eine Krise dar, die mehr als eine Einkommenskrise ist. „Arbeitslos“ zu sein ist der Sache nach gleichbedeutend damit, keinen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten, der normativ bestimmt zuallererst über Erwerbsarbeit erbracht werden muss. Wer arbeitslos ist, ganz gleich, ob selbstverschuldet oder nicht, erfüllt die normativ gebotene Bewährungsverpflichtung nicht. Auch eine liberalere Ausgestaltung der Transferleistungen, z.B. über eine Negative Einkommensteuer (Mitschke 2000: 52 ff.) änderte an dieser Anerkennungsstruktur nichts: sie blieben auch dort ein Notfalleinkommen, wären noch mehr als im deutschen System eine öffentliche Subvention von Erwerbstätigkeit.

Der sogenannte Sozialstaat, das können wir hier schon festhalten, ist nicht ein von der politischen Gemeinschaft und ihren Bewährungsvorstellungen separiertes Sozialgebilde. In ihm verschafft sich ihre politische Kultur und das in ihr dominante Ideal, worin eine sinnerfüllte Lebensführung bestehen soll, Ausdruck. Dem deutschen Sozialmodell unterliegt eine enge Verknüpfung von Arbeitsleistung und sozialer Sicherung. Darüber hinaus folgt es deutlich der Maxime „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“. Zuallererst also muss ein Leistungsbezieher belegen, dass er zur Selbstversorgung nicht in der Lage ist. Daraus resultiert auch die objektive Stigmatisierung, die mit der Bedürftigkeits-

die Bürgerrechte eben nicht an Arbeitsleistung gebunden sind, in ihrer Gewährung gerade zum Ausdruck kommt, dass eine politische Vergemeinschaftung im modernen Nationalstaat auf die Loyalität der Bürger angewiesen ist und sie nicht erzwingen kann (Oevermann 2000, Böckenförde 2004).

prüfung nur ausdrücklich zum Instrument erhoben wird, strukturell aber in der Ausrichtung am Erwerbsideal begründet ist.

In der sozialwissenschaftlichen Begriffsbildung wird diese Kopplung von sozialer Sicherung und Erwerbsverpflichtung reproduziert, wenn die politische Gemeinschaft der Bürger als „Arbeitsgesellschaft“ gefasst wird. Diese Begrifflichkeiten verdecken den die gegenwärtige Krisenlage bestimmenden Widerspruch, der einer zwischen zwei Handlungslogiken ist: zwischen der Logik sozialer Sicherungssysteme in ihrer Bindung an Arbeitsleistung, alleine hierauf könnte sich der Ausdruck „Arbeitsgesellschaft“ beziehen (Prinzip: Leistung gegen Gegenleistung; spezifische Sozialbeziehung), auf der einen und der die politische Vergemeinschaftung konstituierenden bedingungslosen Anerkennung der Bürger als Bürger (diffuse Sozialbeziehung). Die in der Konstruktion des deutschen Modells angelegte Degradierung des Bürgers zum Leistungserbringer, die Gründung der politischen Vergemeinschaftung auf eine bedingte Anerkennung, zeigt sich in der Reformdebatte der vergangenen Jahre besonders deutlich.¹⁰ Von Bürgern ist in ihr kaum mehr die Rede, sie werden hinter Formeln wie der von den „Menschen in unserem Land“ oder gar „der Bevölkerung“ zum Verschwinden gebracht. Auch ihre Degradierung zu Kunden der Arbeitsagenturen fügt sich dieser Entwicklung ein (Liebermann 2005).

Wird nun der Bürger in der öffentlichen Auseinandersetzung und der Rechtfertigung politischer Entscheidungen durch solche Charakterisierungen rhetorisch zum Verschwinden gebracht, bleibt dies nicht folgenlos. Denn damit wird angezeigt, dass er nicht mehr als Legitimationsquelle des Gemeinwesens verstanden wird. Er ist es nicht mehr, den die Entscheidungsträger zu gewinnen suchen und vor dem sie sich zu rechtfertigen für unerlässlich erachten, obwohl sie mit jeder öffentlichen Erklärung dieser Rechtfertigungsverpflichtung nachkommen. Genau dies, die Anerkennung der Bürger als Bürger, ist es, die die Grundlage ihrer Loyalität zum Gemeinwesen bildet, eine Loyalität, die nicht erzwungen werden kann; sie ist vielmehr Ausdruck von Selbstbestimmung, einer Autonomie, die aus der Vergemeinschaftung erwächst, in der man sesshaft ist. Sie ist bei gelingender Sozialisation wie selbstverständlich gegeben, woraus allerdings nicht folgt, dass eine solche Bindung an ein Gemeinwesen von dauerhaftem Bestand ist.¹¹ Sie muss sich stets erneuern, von neuem befestigt werden. Zum einen zeugt sie vom Vertrauen in die Krisenlösungsfähigkeit des Gemeinwesens, die in der Lösung bzw. den Lösungsversprechen erfahrbar wird. Je langfristiger die Lösungsvorschläge, desto abstrak-

10 Selbst Kritiker dieser Entwicklung, die für einen Abschied von der „Arbeitsgesellschaft“ plädieren, wollen die Verpflichtung zur Gegenleistung nicht aufgeben. Bürger sollen sich für das Gemeinwohl engagieren, „Bürgerarbeit“ (Ulrich Beck) leisten oder gar eine Grundsicherung mit einer Verpflichtung zur Wahlteilnahme verbinden (Oskar Negt). Hier dauert das Misstrauen gegen die Gemeinwohlbindung noch fort, sei es, weil ohne Arbeitsverpflichtung eine Degeneration des Einzelnen befürchtet wird, sei es, dass sie dafür sorgt, das Eigeninteresse zum Wohle des Gemeinwesens zu zähmen. Keinesfalls darf die Entscheidung dem Einzelnen überantwortet werden.

11 Es führte an dieser Stelle zu weit, den Zusammenhang zwischen einer gelingenden Sozialisation, die in der Ablösung von der Herkunftsfamilie kulminiert, und der Bereitschaft, sich in den Dienst des Gemeinwesens zu stellen, darzulegen. Nur so viel sei hier gesagt: Wenn ein Gemeinwesen sich selbst nicht als Positivum begreift, von sich ein eher negatorisches bzw. jeglicher Bindung eher vermeidendes Selbstverständnis hat, wie es in Deutschland deutlich ausgeformt ist (z.B. nationale Symbolik immer unter Vorbehalt gebraucht wird), fehlt Adoleszenten wie auch Migranten, die sich hier niederlassen wollen, eine Identifikationsmöglichkeit. Ohne eine solche Möglichkeit können sie sich auch nicht binden, das Gemeinwohl als Schützenswertes anerkennen. Die Diskussion um eine „Leitkultur“ ist weniger Lösung denn Symptom dieses Problems, denn jede Kultur als lebendige Praxis ist selbstverständlich immer „Leitkultur“, sie muss nicht eingeführt oder propagiert, sie muss vollzogen, gelebt, werden.

ter sind ihre Folgen für die Bürger, weil sie erst spät eintreten. Je grundlegender die Entscheidungen, desto weniger können die tatsächlichen Folgen für die Lebensführung antizipiert werden. Desto mehr bedarf es eines Vertrauens in das Gemeinwesen und seiner Repräsentanten, das auch von der Plausibilität eines Vorschlags und ebenso von der Glaubwürdigkeit seiner Vertreter, ihren Überzeugungen von der Tragfähigkeit einer Lösung, verbürgt sein muss.

Die Festigkeit und Belastbarkeit dieser Bindung der Bürger an ihr Gemeinwesen hängt also davon ab, dass glaubwürdige Lösungsversprechen gegeben werden. Bleiben solche Krisenlösungen langfristig aus, werden Krisenlagen nicht einmal deutlich artikuliert und Lösungsvorschläge debattiert, lockert sich diese Bindung. Je mehr dies geschieht, desto mehr zieht er sich auf dem Nationalstaat gegenüber partikularer Vergemeinschaftungen zurück.

Die so genannte „Krise der Arbeitsgesellschaft“

Die Diagnose einer „Krise der Arbeitsgesellschaft“ ist ein Topos der vergangenen Jahrzehnte und kann als Gemeinplatz gelten. Diese Begriffsbildung ist aber selbst Symptom der Problemlage: Sie reproduziert zwar auf der einen Seite die Fokussierung des Gemeinwesens darauf, nur Erwerbsarbeit als vollgültigen Beitrag der Bürger zum Gemeinwohl anzuerkennen; sie übersieht aber auf der anderen Seite, dass der Bürgerstatus sich heute schon anders konstituiert als über Arbeitsleistung. In ihren Fundamenten ist die „Arbeitsgesellschaft“ zuallererst ein politisches Gemeinwesen, das sich darauf gründet, Bürgerrechte den Bürgern ohne Gegenleistungsverpflichtungen zu gewähren. Bedingungslose Anerkennung der Bürger als ganze Personen, nicht als Bewältiger spezifischer Aufgaben, ist konstitutives Moment des modernen Nationalstaats.¹² Die Bewährung in Erwerbsarbeit durch Leistung ist nur eine mögliche Bewährung, wenn auch diejenige, die als herausgehobene anerkannt ist. An der Diagnose einer „Krise der Arbeitsgesellschaft“, wie sie an vielen Orten vorgebracht worden ist, können wir folgendes ablesen: zum einen das Selbstverständnis des Gemeinwesens und seiner Ordnungspolitik, zum anderen eine konstitutionstheoretische Schwäche der soziologischen Theoriebildung. Hat man die grundlegende Frage danach, was ein Gemeinwesen konstituiert, einmal gestellt, fällt einem sogleich auf, wie sehr praktisch und theoretisch eine Verengung auf Arbeit als Konstituens von politischer Vergemeinschaftung ungefragt vorausgesetzt oder empirizistisch aus dem Phänomen abgeleitet wird, dass Arbeitslose lieber der Stigmatisierung entfliehen als Transferleistungen dauerhaft in Anspruch nehmen wollen.

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, seit Jahren Gegenstand der politischen und öffentlichen Diskussion, erhält ihre Bedeutung aufgrund des Stellenwerts von Arbeit, genauer: Erwerbsarbeit, als Feld der Bewährung des Einzelnen im Gemeinwesen. An sie ist ein normatives Ideal der Lebensführung gebunden, das besagt: nur wer arbeitet, leistet einen Beitrag zum Gemeinwohl. Diagnosen und Schlussfolgerungen, die mit Lage am Arbeitsmarkt vorgebracht werden, geben deutlich zu erkennen, worin das Krisenhafte erkannt wird: in der Arbeits-, nicht in der Einkommenslosigkeit. Die Verkopp-

12 Angesichts dieser bedingungslosen Anerkennung der Bürger als Fundament ist Artikel 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ein Rückschritt, in dem es heißt, jeder Bürger habe ein Recht auf Arbeit. Soll diesem Recht Geltung verschafft werden, muss ein Gemeinwesen notfalls einen gewaltigen Arbeitsbeschaffungsapparat in Gang setzen. Das „Recht auf Arbeit“ unterscheidet nicht zwischen einem Recht auf Einkommen auf der einen und einem Recht auf Tätigsein, also Autonomie, auf der anderen Seite. Letzteres kann nur ermöglicht werden, z.B. durch ein leistungsloses Einkommen. Dann bliebe es dem Bürger überlassen, wo und wie er sich engagiert.

lung von Einkommen und Erwerbsarbeit nach dem Prinzip von Leistung und Gegenleistung rührt von einem Bewährungsmythos, in dessen Deutung ein sinnvolles Leben nur möglich und anerkannt ist, wo Selbstverwirklichung in Erwerbsarbeit erfolgt.

Es spricht einiges dafür, dass wir es mit einer Krisenlage zu tun haben, die aus einem Widerspruch zwischen der Logik politischer Vergemeinschaftung (bedingungslose Anerkennung der Bürger als Bürger), einem Bewährungsmythos, der sich darauf gründet, dass ein legitimes Einkommen nur über Erwerbsarbeit nach dem Prinzip Leistung für Gegenleistung erworben werden soll, und dem Wohlstand an Gütern und Dienstleistungen, der mit immer weniger Arbeitskraft erzeugt werden kann, zu tun haben.

I – Erwerbsarbeit und Gemeinwohl

Der Bewährungsmythos, in dem ein sinnerfülltes Leben und Selbstverwirklichung an Erwerbsarbeit gebunden werden, der noch der Vorstellung folgt, jeder müsse sich zuallererst selbst versorgen, misst Arbeit am Erzeugnis, einer Problemlösung in Form eines Produktes oder einer Dienstleistung. Ort und Modus der Selbstverwirklichung konnte sie nur sein, weil diese Selbstverwirklichung Moment einer Gemeinwohlbindung war. Das Erzeugnis des Arbeitsprozesses beantwortete ein Handlungsproblem der Praxis und eröffnete Handlungsmöglichkeiten. Sein Erfolg bestätigte die Relevanz der entwickelten Problemlösung. Max Weber (1988: 31ff.) hat gezeigt, wie sehr im protestantischen Geist diese Verpflichtung des Erzeugens ethisch aufgeladen ist. Nicht im Arbeitsprozess als solchem verwirklicht sich der Einzelne, nur in seinem Verhältnis zum Erzeugnis und dem dadurch mittelbar geleisteten Beitrag zum Gemeinwohl. Wo das Erzeugnis praktisch nicht relevant ist, keinen Absatz findet oder Arbeitskraft zu seiner Herstellung erlässlich wird, leistet der Einzelne keinen sinnerfüllenden Beitrag.

Ursprünglich religiös aufgeladen, besteht dieser Bewährungsmythos der Leistungsethik in säkularer Form fort. Ihm zufolge dient unternehmerisch erwirtschafteter Gewinn zuallererst der Reinvestition, der Erzeugung von neuen Problemlösungen (Werner 2005a, 2005b). Dieses unternehmerische Interesse kann durchaus in Widerstreit mit den Interessen derer geraten, die Gewinnausschüttung für einen höheren Zweck halten, was schon Schumpeter dazu veranlasst hat, die Logik unternehmerischen Handelns und die des Kapitals einander gegenüberzustellen.¹³ Aufgrund dieser Leistungsorientierung im Dienste des Erzeugens von Problemlösungen ist es auch erstrebenswert, technologische Entwicklungen einzusetzen, um menschliche Arbeitskraft durch Automaten zu substituieren, dadurch Produktivität zu erhöhen und Arbeitskraft zu entlasten. Wo sie also nicht mehr notwendig, wo sie erlässlich geworden ist, kann sie auch nicht mehr Quelle eines Beitrages zum Gemeinwohl sein, würde sie sonst zum Selbstzweck. Nicht der Einsatz der Arbeitskraft selbst ist ja der Zweck des Arbeitens, sondern die Erzeugung einer Problemlösung. Während für das Erzeugen standardisierter Güter- und Dienstleistungen ressourcenschonendes Wirtschaften unerlässlich ist, dazu eine Kollektivverpflichtung besteht (Liebermann 2002: 11ff.), gilt dies für die Professionen nicht. Ihr Zweck es ist, einer Praxis zur Gewinnung bzw. Wiedergewinnung ihrer Autonomie zu verhelfen (Bildung, Therapie, Rechtspflege) (Oevermann 2001b). Dort herrscht, wenn man es zugespitzt ausdrücken will, Verschwendung, solange sie im Dienst der Autonomie geschieht: Autonomie, die Handlungsfähigkeit einer Praxis, ist Selbstzweck im modernen Nationalstaat.

13 Diesen Hinweis verdanke ich Thomas Loer.

Wohlstand, soziologisch betrachtet, bedeutet hier, Handlungsmöglichkeiten durch das Erzeugen von Problemlösungen zu erweitern und damit die Autonomie der Praxis zu befördern. Die Rückgewinnung von Lebenszeit zur freien Verfügung ist eine solche Erweiterung, die durch technologischen Fortschritt möglich wurde. Einen Umschlagpunkt erreicht diese Entwicklung, wo Technologienutzung nun zur normativen Aufladung von Erwerbsarbeit in Gegensatz tritt, sie unterminiert. Denn dort, wo Möglichkeiten zur technologischen Substituierung menschlicher Arbeitskraft vorliegen, weil Arbeitsgänge routinisiert und damit standardisierbar sind, wäre, der bisherigen Argumentation zufolge, radikale Automatisierung erstrebenswert, sofern ein Gemeinwesen dies als Chance der Autonomiestärkung deutet. Ist Arbeit aber normativ aufgeladen und eine Verpflichtung, deren Erhaltung ebenso erstrebenswert ist, tritt die eine Deutung (Automatisierung als Fortschritt) in Gegensatz zur anderen (Autonomie als Bedrohung der Arbeitsethik und der sozialen Integration). Ein Deutungskonflikt ist entstanden, in dem Arbeit als Bewährungsfeld und Sinnstiftungsquelle in Gegensatz zu seinem Resultat tritt, den Automatisierungsmöglichkeiten durch Technologieeinsatz. Darauf kann die Praxis so antworten, dass sie diese Entwicklung abzuschwächen, aufzuhalten oder gar umzukehren strebt. Dies käme einer Entwertung der Arbeitsleistung gleich, die die Möglichkeiten der Substituierung menschlicher Arbeitskraft geschaffen hat. Denn nicht mehr von einer Optimierung des Erzeugnisses von Arbeit wird diese Entscheidung getragen, sondern von der Aufrechterhaltung der Vorstellung, Arbeitsplätze müßten erhalten werden, damit der Einzelne sich als „Teil der Gesellschaft...empfinden“ (Liebermann 2002: 83) könne.¹⁴

Mit steigender Arbeitslosigkeit wurde deswegen alsbald diskutiert, ob eine weitere Nutzung von Technologie zur Substituierung denn wünschenswert sei. Noch heute nährt diese Fraglichkeit eine Wachstums- und Produktivitätsskepsis. Sie erkennt in der Entlastung menschlicher Arbeitskraft, ihrer Ersetzung durch Maschinen, das Grundproblem der Arbeitslosigkeit (Müller 2005). Sogar Plädoyers für eine Verbilligung der Arbeitskraft werden mit dem Argument vorgebracht, die Investition in Automaten wäre dann weniger interessant (z.B. Hans-Werner Sinn und Norbert Walter).

Wo Automatisierungschancen als Erfolg leistungsethischer Bewährung nun seine normative Geltung untergraben, das Gebot einer Arbeitsverpflichtung delegitimieren, wie es an der Debatte über die Reformen am Arbeitsmarkt zu erkennen ist, wäre eine Infragestellung dieses Gebots zu erwarten. Genau dies ist aber in der Breite nicht der Fall. Selbst in Interviews mit Bürgern, deren Aussichten auf einen Arbeitsplatz bei zugleich steigender Wertschöpfung schlecht sind, wird die Arbeitsverpflichtung nicht in Frage gestellt (Fischer/Großer/Liebermann 2002). Dieser Beharrlichkeit entspricht auch die öffentliche Diskussion, in der seit Jahren die Deutung vorherrscht, Arbeit sei Selbstzweck, wodurch Arbeit und Leistung in Gegensatz treten, ganz gleich ob die Verbilligung von Arbeitskraft oder die Umverteilung von Arbeitszeit vorgeschlagen werden: „Arbeit statt Leistung“, so lässt sich das dominante Deutungsmuster auf den Punkt bringen.

Nicht die Erzeugnisse von Arbeit bestimmen ihren Wert, das bloße Innehaben eines Arbeitsplatzes ist zum Maß geworden. Diese Umwertung hat also eine Vorgeschichte und resultiert aus dem anhal-

14 Deutlich zu erkennen ist dieser Widerspruch an den Reaktionen auf angekündigte Entlassungen von Unternehmen, die zugleich Rekordgewinne verbuchen. Ganz offensichtlich gehen die Entlassungen nicht auf Misswirtschaft oder schlechtes Management zurück, sondern auf unternehmerischen Erfolg. Aus diesem werden aber politisch keine Konsequenzen gezogen, wie es z.B. mit einem leistungslosen Einkommen vorgeschlagen wird. Vgl. hierzu www.unternimm-die-zukunft.de; www.freiheit-statt-vollbeschäftigung.de, www.netzwerk-grundeinkommen.de.

tenden Widerspruch zwischen zwei Momenten des Bewährungsmythos selbst: Hingabe an eine Sache und Leistung auf der einen, Arbeit um ihrer selbst willen auf der anderen Seite.

II – Substituierung menschlicher Arbeitskraft und Arbeitsverpflichtung

Indem nun der Bewährungsmythos mit seiner Fokussierung auf Arbeitsleistung zu einer enormen Wohlstandssteigerung und Entlastung menschlicher Arbeitskraft durch Technologienutzung geführt hat, gerät die Ordnungspolitik, die diesen Erfolg als Versagen deuten muss in eine Glaubwürdigkeits- und Legitimations-Krise. Es handelt sich um eine objektive Krise, weil sowohl die volkswirtschaftlichen Daten erkennen lassen (Miegel/Wahl 2002, Deutschland in Zahlen 2006, Schildt 2006) als auch die Probleme der Sicherungssysteme und am Arbeitsmarkt erfahrbar machen, dass diese Krise besteht. Als Erfolg könnte diese Entwicklung erst gedeutet werden, wenn die Entlastung menschlicher Arbeitskraft erwünscht und der mögliche Rückgewinn an Lebenszeit zur freien Verfügung für erstrebenswert gehalten würde. Wird aber Arbeitsleistung und damit die bestehende Arbeitsverpflichtung als höchster Beitrag zum Gemeinwohl bewertet, kann dieser Erfolg nur als Versagen gedeutet und eine entsprechende politische Strategie, die im Schaffen von Arbeitsplätzen den ersten Zweck erkennt, in Angriff genommen werden.

Arbeitslosigkeit ist, betrachtet man die Entwicklung der letzten einhundert Jahre (Schildt 2006), kein Resultat unternehmerischen und ordnungspolitischen Versagens, es sei denn: im Schaffen von Arbeitsplätzen wird ein Selbstzweck gesehen. Damit sind wir wieder beim Symptom der gegenwärtigen Debatte angelangt, aus den vorliegenden Daten nur eine bestimmte, nicht aber mögliche andere Deutungen zu erwägen. Statt diesen anderen Deutungsmöglichkeiten nachzugehen, wird auch bei den Kritikern der gegenwärtigen Sozialpolitik am Alten festgehalten – an der vermeintlich unerlässlichen Kopplung von Arbeit und Einkommen. Sie wird nicht selten zu einer anthropologischen Bestimmung erhoben (Busch 2005, Müller 2005, Bontrup 2005), denn ohne Arbeit könne der Mensch sich nicht verwirklichen. Abgesehen davon, dass dies eine moderne Deutung von Arbeit ist, betrifft die Substituierung durch Automatisierung nicht jede Tätigkeit, sondern vor allem diejenigen, die zur Erzeugung standardisierter Güter und Dienstleistungen beitragen. Daran wird deutlich, dass es weder um ein Ende der Arbeit¹⁵ noch um eine ökonomische oder finanztechnische Krise geht, vielmehr ist es eine Kulturkrise, die eine Besinnung darauf nahelegt, was denn unter „Arbeit“ überhaupt zu verstehen ist und ob jede Tätigkeit in Erwerbsarbeit, also eine vergütete Tätigkeit, verwandelt werden soll. Letztere Ausweitung des Erwerbsarbeitsbegriffs, wie sie schon lange von Gewerkschaften, der Frauenbewegung und der Linken gefordert wurde, führte zur Kommodifizierung der Vergemeinschaftung oder, wie man es früher ausgedrückt hätte: Tätigkeit als solche würde warenförmig, die Kritiker des so genannten Kapitalismus beförderten das Fortbestehen des von ihnen Kritisierten. Sowohl die finanztechnisch geführte Diskussion als auch die Verdinglichung von Arbeit zum Konstituenten von Vergemeinschaftung entwertet den Bürger zum Beitragszahler bzw. Erwerbstätigen. Es wäre dann praktisch konsequent, die Gewährung der Bürgerrechte an die Erfüllung der Arbeitsverpflichtung zu binden, Vergemeinschaftung in Vergesellschaftung zu verwandeln.¹⁶

15 Diese These in ihrer Ungenauigkeit ist sowohl richtig, wenn wie von mir ausgelegt, als auch falsch, wenn damit das Verschwinden jeglicher erzeugenden Tätigkeit gemeint ist.

16 Nur erwähnt werden muss an dieser Stelle, dass es genau diese Verweigerung von Vergemeinschaftung – also der bedingungslosen Anerkennung der Angehörigen des Gemeinwesens – war, die ein Grund für den Zusammenbruch der kommunistischen Regime gewesen ist. Noch im Motto der Demonstrationen in der

Zwei Deutungsmuster des Bewährungsmythos, der ein sinnerfülltes Leben an Arbeit bindet, können in der gegenwärtigen Debatte unterschieden werden.

Dem einen zufolge ist Erwerbsarbeit notwendig, damit der Mensch ein diszipliniertes und geordnetes Leben führe. Er bilde sich an Arbeit, werde durch sie stabilisiert und gefestigt. Ohne Arbeit drohe er moralisch zu verwahrlosen. Neugierde und Interesse, intrinsische Motivierung für einen Beruf, selbst wiederum Ausdruck von Autonomie, sind von dieser Warte aus allenfalls Sekundärphänomene. Wenn heute davon gesprochen wird, Langzeitarbeitslose bedürfen einer „Strukturierung ihres Alltages“, wird allzu leicht vergessen, weshalb sie dazu aus eigenen Kräften kaum in der Lage sind: dass hinter diesem Problem eine traumatisierte Lebensgeschichte steht. Objektiv stigmatisierende Effekte der Kontrollsysteme verstärken dies noch, schwächen also diejenigen, denen sie der Absicht nach gerade helfen wollen. Es bedarf einer erheblichen Ich-Leistung, einer habituellen Souveränität, um Stigmatisierung Interessen und Neigungen nachzugehen. Die Kontrollen, wie sie mit Bedürftigkeits- und Bedarfsprüfung vollzogen werden, verschärfen die Deautonomisierung und stärken gerade nicht die „Selbstheilungskräfte“. Vielmehr sind sie Ausdruck eines strukturellen Misstrauens, verstärken genau das Autonomiedefizit der Betroffenen, statt eine diese Lebensgeschichte anerkennende Hilfeleistung zu gewähren. Nicht Ermöglichung einer autonomen Lebensführung steht hier im Vordergrund, sondern Disziplinierung durch Übernahme äußerlicher Verpflichtungen.

Dem anderen Deutungsmuster hingegen ist Verbindung von Arbeit und Selbstverwirklichung zentral. Nur in Arbeit sei Selbstverwirklichung möglich und nur durch Arbeit sei sie dem Gemeinwohl dienlich. Im Unterschied zur ersten Deutungstradition soll hier nicht der Trägheit des Menschen entgegengewirkt werden. Da der Einzelne zuallererst seinen partikularen Vorteil suche, bedarf es einer zusätzlichen Regulierung, damit sich die Eigeninteresseverfolgung nicht gegen das Gemeinwohl richte (Liebermann 2006a, b). Aus diesem Grund müsse auch Arbeit in Form von Arbeitsplätzen umverteilt werden, damit jeder seinen Beitrag leiste und seine Selbstverwirklichung erreichen könne. Keinesfalls darf die Entscheidung darüber dem Einzelnen überlassen werden. Arbeit wird auch hier nicht mit einer Sachanforderung verbunden, sie wird nicht auf ihre Leistung hin betrachtet, sondern zugeteilt. Sie ist sowohl begehrenswertes Gut (Oevermann 2001: 26) als auch Moment einer Strategie zur „Sicherstellung“ eines Pflichtbeitrages, den jeder zu leisten habe.

III – Politische Vergemeinschaftung und „Krise der Arbeitsgesellschaft“

Nun befinden sich diese beiden Momente, der Bewährungsmythos auf der einen, das ordnungspolitische Gefüge auf der anderen Seite im Widerstreit mit einem Dritten.

Sowohl der Bewährungsmythos als auch das Ordnungsgefüge existieren selbstverständlich nicht ohne eine Vergemeinschaftung, aus der sie hervorgehen und die sie befestigt: den politischen Verband des Nationalstaates mit seiner demokratisch verfassten Ordnung. Voraussetzung einer politisch lebendigen Demokratie ist nun, dass sich die Bürger an das Gemeinwesen binden, ihm loyal sind (Oevermann 2000). Dazu gehört nicht nur die Loyalität gegenüber Mehrheitsentscheidungen, wenn alle demokratischen Instanzen dagegen ausgeschöpft sind. Dazu gehören ebenso politisches Engagement

DDR, „Wir sind das Volk“, kam dies zum Ausdruck, wenngleich die Demonstranten sich damit lediglich konstatierend an eine Regierung wandten, die sie als Bürger eben nicht anerkannte. Statt die Regierung zu stürzen, dann erst wäre der Zusammenbruch eine Revolution gewesen, bat man sie in Gestalt des Slogans um Bewilligung des Anspruchs. Vgl. Fischer/Großer/Liebermann (2002) und (2003).

und intellektuelles Rasonnement, mit dem Lösungsvorschläge für Handlungsprobleme in die Öffentlichkeit getragen werden, aber auch die durch alltägliche Entscheidungen sich vollziehende Befestigung der normativen Ordnung.

Loyalität in die Problemlösungsfähigkeiten des Gemeinwesens ist Ausdruck ein großen Vertrauens, das in einer gelingender Sozialisation sich selbstverständlich bildet. Es aber nur in dem Maße sich erhalten, wie Handlungsprobleme des Gemeinwesens auch dauerhaft gelöst und glaubwürdige Lösungsversprechen unterbreitet werden. Die Bewältigung von Krisen, denn jedes Handlungsproblem erfordert eine solche, trägt zur Festigung der Bindung der Bürger bei. Je länger Lösungen ausbleiben und je länger es scheint, dass die Auseinandersetzung um sachliche Lösungen nicht ernsthaft gesucht wird, desto mehr schwindet die Loyalität. Dazu trägt dann auch bei, dass der öffentliche Streit um Meinungsbildung von Intellektuellen nicht mehr gefördert, die Gefolgschaftssuche für Lösungsvorschläge nicht in der Logik des Arguments betrieben wird. Es handelt sich um eine Entwicklung, die seit einigen Jahren zu beobachten ist. Intellektuelles Rasonnement wird zunehmend dadurch ersetzt, dass Intellektuelle sich als Berater andienen und damit ein Auseinandersetzung um Lösungsvorschläge dem öffentlichen Streit entziehen.¹⁷ Die Medien tragen daran ihren Anteil: Statt im Dienst der Meinungsbildung zu berichten und zu informieren, ihr zu dienen, sind sie selbst Zweck der Berichterstattung.

Eine solche Loyalität ist natürlich nur dann belastbar und befestigt, wenn eine politische Kultur auch ein Selbstverständnis davon hervorgebracht hat, dass die Bürger ihr Fundament sind. Wie stark eine solche Loyalität sein kann, erweist sich nicht nur im modernen Nationalstaat. Wir wissen aus der historischen Forschung, wie sehr auch totalitäre Systeme von ihr abhängig sind. Dem Selbstverständnis, eine politische Vergemeinschaftung der Bürger zu sein, in der die Bürger Grund und Zweck des Gemeinwesens sind, korrespondiert kehrseitig auch das Vertrauen in ihre Bereitschaft, ihren Beitrag zu

17 Zeitdiagnostisch ist dies ein sehr interessantes Datum. Erklärungsbedürftig ist nun gerade angesichts der Degradierung der Bürger in den politischen Programmatiken, dass Intellektuelle sich nach der Bundestagswahl und bis vor kurzem kaum in die öffentliche Debatte eingeschaltet haben, um diese Degradierung zu kritisieren und eventuell alternative Vorschläge zu unterbreiten. Selbst die Kritik an den so genannten Hartz-Gesetzen als solchen ist ja jüngeren Datums. Für die deutsche Lage möchte ich eine Vermutung vorbringen. 1998 wurde von seiten der Intellektuellen der Wahlsieg der SPD und damit das Ende der Amtszeit von Helmut Kohl gefeiert. Endlich hatten sie –in ihrem Selbstverständnis – wieder eine politische Heimat gefunden, die realpolitisch gestalten konnte. Sie nun zu kritisieren, stärkte die Opposition. Genau diese Befürchtung ist aber schon Ausdruck eines politischen Fundamentalismus, der die Struktur intellektuellen Rasonnements gerade unterläuft: unabhängig und im Dienst des Volkssouveräns politische Entscheidungen oder ihr Ausbleiben zu kritisieren. Die Identifizierung mit der SPD ist demnach vielmehr als die Übereinstimmung mit ihrer Programmatik. An ihr entscheidet sich, ob man „links“ oder „rechts“ steht, in welches Lager man gehört. Die Logik des Arguments ist damit außer Kraft gesetzt, und die Wahl einer Partei keine Frage mehr ihrer politischen Ziele, sondern in erster Linie einer Gesinnung. Deswegen ist bislang von den Intellektuellen wenig Kritik an ihrer „Heimat“ zu hören. Die Krise der politischen Vergemeinschaftung, die ich für Deutschland ausmache, ist also zugleich eine Krise der Intellektuellen. Vgl. auch den Aufruf *Auch wir sind das Volk* (2004), in dem es heißt: „Die unter dem Angst machenden und abschreckenden Schlagwort Hartz IV beschlossenen Änderungen in der Arbeitslosen- und Sozialhilfe sind überlebensnotwendig für den Standort Deutschland... Deshalb unterstützen wir Bundeskanzler Gerhard Schröder – ungeachtet aller unserer sonstigen politischen Präferenzen – in einer großen Koalition der Vernunft. Wir hoffen, dass er den Parolen der Populisten von links und rechts, die gnadenlos die Sorgen der Betroffenen für ihre Zwecke ausbeuten, Stand hält“. Siehe auch den Kommentar von Albrecht Müller (Müller 2004).

leisten. Die bedingungslose Anerkennung der Bürger als Bürger ist eine konstitutive Voraussetzung für eine lebendige nationalstaatliche Demokratie.

Mit diesem dritten Moment befinden sich die beiden ersten im Widerstreit. Denn objektiv ist der Volkssouverän, sind die Bürger, das Fundament und die Legitimationsquelle des Gemeinwesens. Diese Stellung hingegen kollidiert mit der an Bedingungen der Leistungserbringung geknüpften Gewährung von Transferleistungen. Daraus mag solange kein manifester Widerspruch werden, solange es keine nennenswerte Arbeitslosigkeit gibt, doch objektiv ist er stets vorhanden gewesen: Es handelt sich um einen Strukturkonflikt.

Hier sei nur angemerkt, dass die gesamte Diskussion um das sogenannte „Ende der Arbeit“ und ihre Widerlegungen irreführend ist. Sie suggeriert, es werde keine Arbeit mehr geben. Als solche ist sie in dieser Vagheit unsinnig. Weder kann Erwerbsarbeit, sofern sie zur Erzeugung von Problemlösungen für einen Markt führt, überflüssig werden, denn Automaten bringen keine Neuerungen hervor. Noch kann diese These sich auf jegliches Engagement beziehen, sofern darunter auch Tätigkeiten gefasst werden sollen, die nicht Mittel zum Zweck des Erzeugens von etwas sind, sondern deren Zweck die Fortzeugung und Erhaltung der Vergemeinschaftung ist. Jegliches Handeln, das diesem Zweck dient, folgt nicht der Strukturlogik von Arbeit.¹⁸

Die Krise von der wir gegenwärtig sprechen, konstellierte sich also im Verhältnis der dargelegten Momente zueinander. Was können wir daraus nun schlussfolgern? Ich möchte diese Frage beantworten, indem ich die konstitutionstheoretische Betrachtung mit einer zeitdiagnostischen Analyse zusammenführe.

Bedingte oder bedingungslose Anerkennung der Bürger -Eigenverantwortung oder Selbstbestimmung?

Bürger ist der Einzelne nicht und Wahlrecht hat er nicht, weil er erwerbstätig ist. Bei aller Rhetorik der Reformdebatte gründet sich die Stellung des Bürgers auf seine bedingungslose Anerkennung. Die politische Vergemeinschaftung ist ein Zweck an und für sich. Im modernen Nationalstaat hat sie ihre universalistische Form erreicht, deren Legitimationsquelle der Volkssouverän ist. Vor ihm muss sich jede das Gemeinwesen betreffende Entscheidung rechtfertigen, und zwar mit dem Anspruch, dem Gemeinwesen zu dienen. Dieses Gemeinwesen ist nur von Dauer, insofern die Bürger sich an es binden. Dies hat die eine Seite, verabschiedeten Beschlüssen des Parlaments, sind sie durch die entsprechenden Verfahren bestätigt worden, Gefolgschaft zu leisten. Die andere ist jedoch, solche Entscheidungen öffentlich zu kritisieren und Gegenvorschläge zu unterbreiten, wenn der Einzelne den Eindruck hat, Entscheidungen sind nicht im Interesse des Gemeinwesens getroffen worden. Dies

18 Hier ist die Unterscheidung zwischen der zweckfreien Reproduktion von Reziprozität von dem Gebrauch des Begriffs zu unterscheiden, der Reziprozität als einen Tausch von Leistung und Gegenleistung begreift. Die für die sinnstrukturierte Welt der humanen Gattung konstitutive Bedeutung besteht hingegen darin, dass das Handeln selbst der Zweck ist, wie es Marcel Mauss (1989) für die Gabe und Ulrich Oevermann (1999) für die Begrüßungshandlung sowie das Schenken exemplifiziert haben. Die Struktur der Vergemeinschaftung ganzer Personen hat stets ihren Zweck in sich selbst und dient nur dazu, die Vergemeinschaftung als solche anzuerkennen. Wie beim Schenken wird eine Praxis um ihrer selbst willen anerkannt, bedingungslos. Wo bilanziert wird, ist die Bedingungslosigkeit aufgehoben, die zweckfreie Reziprozität zum zweckgebundenen Tausch transformiert. Bedingungslose Anerkennung der ganzen Person ist im Zuge dessen der bedingten Anerkennung als Rollenträger gewichen. es handelt sich nicht mehr um eine diffuse, sondern um eine spezifische Sozialbeziehung.

muss dann öffentlich geschehen, indem für einen Gegenvorschlag Gefolgschaft gesucht wird: die klassische Aufgabe intellektuellen Rasonnements.

Die Autonomie, also Handlungsfähigkeit des Individuums, die Grundlage des Bürgerseins ist, setzt einen langen Bildungsprozess voraus. Er konstituiert sich durch die sozialisatorisch notwendigen Ablösungskrisen, deren Bewältigung erst ein individuiertes Subjekt mit eigenem eigenständigen Lebensentwurf emergieren lässt. Dieser Bildungsprozess lässt sich nun mit dem Arbeitsbegriff überhaupt nicht fassen, wir können dies auch so ausdrücken. Der umfassende Bildungsprozess in der Sozialisation schafft erst die Voraussetzung dafür, dass ein Individuum in der Lage ist, sich in den Dienst eines übergeordneten Zwecks zu stellen, sei es des politischen Gemeinwesen, sei es des beruflichen Erfolgs. Sowohl staatsbürgerliches Engagement und Verantwortungsübernahme wie auch berufliches Engagement setzen eine gelungene Ablösung aus der Primärgemeinschaft Familie voraus, deren Gelingen Ausgangspunkt für eine gefestigte Gemeinwohlbindung ist. Vergemeinschaftung konstituiert also vergesellschaftendes Handeln und nicht umgekehrt.

Betrachten wir nun diese Ausführungen in ihrer Bedeutung für die Reformdiskussionen in Deutschland und die sozialwissenschaftliche Theoriebildung, lässt sich eines sogleich konstatieren. Beide – die eine praktisch, die andere wissenschaftlich – zeugen von Bürgervergessenheit. In der öffentlichen und politischen Diskussion wie auch in der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung hat der Bürger keinen Ort. Dass er in der Theorie des Sozialstaats systematisch eine so geringe Rolle spielt, obwohl er Legitimationsquelle und Zweck sozialpolitischer Sicherungssysteme darstellt, darauf haben manche hingewiesen. In der Theoriebildung jedoch ist dies kaum auf fruchtbaren Boden gefallen. Dagegen dominieren sogenannte Steuerungstheorien, die den Bürger zum Gegenstand der Steuerung degradieren und in ihm nicht zuerst ein handlungsfähiges Subjekt erkennen. Während von Steuerung nur in Sinne eines manipulativ heteronomen Handelns gesprochen werden kann, wäre Autonomie nur zu fassen, wenn politische Gestaltung im Sinne einer Ermöglichung von Handeln begriffen wird. In der Planungsperspektive, die dem Steuerungs begriff innewohnt, zeugt sich also fort, was offenbar auch im Selbstverständnis des deutschen Nationalstaats und seiner Bürger nicht genügend ausgebildet ist: ein Bewusstsein davon, dass die Bürger handlungsfähige Subjekte sind, und zwar nicht als normative Forderung, sondern als strukturlogische Tatsache.¹⁹ Theorien des Sozialstaats, die Vergemeinschaftung durch Steuerung begreifen wollen, reproduzieren die Tradition, in der die Bürger Regulierungsobjekt der Sozialpolitik sind. Der Bismarcksche Obrigkeitsstaat hat sich also nicht nur im deutschen Sozialmodell erhalten, er ist auch in der Theorie nach wie vor lebendig.

Was ich zuvor skizziert habe hinsichtlich der Degradierung des Bürgers vom Konstituens der Gemeinschaft zum Leistungserbringer („Beitrags-“, und „Steuerzahler“) stellt nun eine erhebliche Krise dar, von der die Krise der sozialpolitischen Ordnungssysteme nur ein Moment bildet.

19 Signifikant ist dies auch für die Auseinandersetzung um ein Grundeinkommen, die eine lange Geschichte hat. Betrachtet man Beiträge der deutschen Debatte, aber auch solche der Ideengeber in der europäischen Diskussion, fällt sogleich auf: Auch hier wird die Begründung eines solchen, wie auch immer im Detail aussehenden Grundeinkommens nicht aus der Verpflichtung des Gemeinwesens hergeleitet, die Autonomie und Integrität seiner Bürger zu schützen (Pateman 2004). Wie im Falle des leerlaufenden Internationalismus einiger Protestbewegungen stößt man auch hier auf abstrakte, die Geltung der Menschenrechte aus dem Herrschaftsverband eines Gemeinwesens herauslösende Vorstellungen. Dass die Durchsetzung jeglicher Politik ein Herrschaftsgebiet voraussetzt, Bürger, die seine Ordnung tragen und deren Gefolgschaft für eine Entscheidung gewonnen werden muss, wird übersehen. Nur im Rahmen einer nationalstaatlichen Politik existiert bislang jedoch eine Souveränität der Bürger. Die Europäische Union hat dieses Ziel noch nicht erreicht.

Unbestritten ist jenseits der Lagerbildung der Experten, dass seit den 70er Jahren ein enormer Zuwachs an Wertschöpfungsleistungen stattgefunden hat. Sie zeugen vor allem von einem Erfolg der politischen Entscheidungen, die zu dieser Entwicklung maßgeblich beigetragen haben (Werner 2005b, Schildt 2006, Miegel/Wahl 2002). Sie bezeugen auch, dass nur der demokratische Nationalstaat in der Lage war, eine Ordnung auszubilden, die die Bereitschaft zur Erkundung des Unbekannten systematisch gefördert und prämiert hat. Auch dass dieser Zuwachs an Wertschöpfung zu einer Rationalisierung und Standardisierung von Arbeitsgängen geführt hat, ist ein Erfolg, er resultiert aus Innovationen. Menschliche Arbeitskraft wird von stupiden Arbeitsgängen entlastet. Die Möglichkeit, Lebenszeit zur freien Verfügung zurückzugewinnen, wird dadurch eröffnet.

Dass diese Entwicklung in der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte vor allem als Versagen gedeutet wird, zeigt, wie sehr Deutungsmuster und Bewährungsvorstellungen den Blick auf Handlungsmöglichkeiten verschließen können. Trotz aller Lagerbildung zwischen Arbeitsumverteilern auf der einen und Befürwortern eines Niedriglohnssektors auf der anderen Seite, argumentieren beide Lager entlang derselben Annahme: Erwerbsarbeit sei der einzige Weg der Sinnstiftung und das Schaffen von Arbeitsplätzen das erste Ziel. Auch hier ganz konsequent wird in Arbeitslosigkeit ausschließlich ein Problem erkannt und nicht eine Option. Denn „Arbeitslosigkeit“ ist nur ein Problem, wenn 1) nur Erwerbsarbeit als legitime Tätigkeit anerkannt wird und 2) Einkommen nur über Erwerbsarbeit erzielt werden soll.

Besteht also noch in der Diagnose Einigkeit, dass die bisherigen Sozialsysteme in ihrer Architektur nicht länger tragfähig seien, löst die These, sie ermöglichen den Bürgern nicht genügend Eigenverantwortung, beinahe reflexartige Zustimmung oder Ablehnung aus. Während die einen mit dem Schlagwort der Eigenverantwortung eine Stärkung des Marktteilnehmers, eine Zunahme an Entscheidungsmöglichkeiten des Einzelnen erkennen, fürchten die anderen seine Überlastung, wenn das Gemeinwesen Verantwortlichkeiten auf ihn abwälzt. Es gelte vor allem, seine soziale Sicherheit zu gewährleisten. Verfechter wie Kritiker argumentieren auf dem Hintergrund eines Begriffs von Eigenverantwortung, der mit Autonomie und Entscheidungsfähigkeit des Bürgers nichts gemein hat. Autonomie wird reduziert auf die Eigenverantwortung des Marktteilnehmers oder auf die Arbeitsverpflichtung des Bürgers, ihre für den Nationalstaat konstitutive und nur durch ihn ermöglichte Stellung wird nicht gesehen.

Wie stark nun die seit Jahren beobachtbare Entwicklung einer steigenden Wertschöpfung bei zugleich abnehmender notwendiger Arbeitsleistung den auch unser Gemeinwesen dominierenden Lebensentwurf erschüttert, zeigt die Reformdiskussion. Wo ein sinnerfülltes Leben nur in Erwerbsarbeit erkannt wird, müssen Arbeitsplätze zum Selbstzweck werden. Arbeit und Leistung hängen nicht mehr zusammen, an ihr wird Arbeit nicht mehr gemessen. Dass diese Deutung langfristig zu einer Erosion der Leistungsbereitschaft beiträgt, dafür spricht einiges, Anzeichen sind schon auszumachen.

Deutungsmuster sind beharrlich und selbst angesichts einer so klaren Krisenlage und der kehrseitigen Möglichkeiten, die sie eröffnet, erhalten sie sich. Dies ist nur erklärbar, wenn darunter ein Bewährungsmythos liegt, der eine politische Kultur als ganze bestimmt. In ihr ist dominant der Erwerbstätige und nicht der Bürger Legitimationsquelle des Gemeinwesens und dies obwohl alle Ordnungsprinzipien des Nationalstaates existieren, demokratische Institutionen geschaffen sind und politische Entscheidungen auf demokratische Instanzen zurückgehen. Doch im Selbstverständnis der politischen Gemeinschaft hat der Bürger noch keine konstitutive Stellung erhalten.

Diese Bürgervergessenheit angesichts einer nationalstaatlichen Vergemeinschaftung bildet den wirkmächtigen Widerspruch, dessen Folgen wir uns seit längerem konfrontiert sehen und in dem ich einen Grund für die politische Lähmung erkenne. Er verweist uns auch auf eine Problemlage, die nicht ausschließlich eine deutsche ist. Denn alle europäischen Staaten befinden sich in diesem Dilemma. Der Erwerbsarbeit zum herausgehobenen Bewährungsfeld erklärende Bewährungsmythos hat sein Fundament verloren und die Frage stellt sich: Was wird an seine Stelle treten, wenn trotz der Unmöglichkeit seiner authentischen Wiedererrichtung, tragfähige Alternativen öffentlich kaum zur Diskussion stehen?

Literatur

Auch wir sind das Volk (2004), unter:

<http://www.nachdenkseiten.de/cms/upload/pdf/Bissinger-Volk.pdf>.

Böckenförde, Ernst Wolfgang (2004): „Nein zum Beitritt der Türkei. Eine Begründung“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.12.2004, Nr. 289 / Seite 35

Bontrup, Heinz J. (2005): „Geteilte Zeit ist geteilte Arbeit. Durch Arbeitszeitverkürzung und kluge Steuerpolitik könnten mehr Menschen in Lohn und Brot kommen“, in: *Frankfurter Rundschau*, 14.8.2005

Busch, Ulrich (2005): „Schlaraffenland – eine linke Utopie? Kritik des Konzepts eines bedingungslosen Grundeinkommens“, in *UTOPIE kreativ*, H 181, S. 978-991,

Deutschland in Zahlen 2006, hrsg. vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Fischer, Ute Luise/ Caroline Großer/ Sascha Liebermann (2002): „Die Beharrlichkeit der Deutungsmuster – Handlungsprobleme und erwerbsbezogene Deutungsmuster unter Bedingungen der Transformation in Sachsen“, *Journal für Psychologie*, 10. Jg., Heft 3, S. 249-278

— (2003) Replik auf Stefan Busse „Die Beharrlichkeit der Deutungsmuster oder Warum ist Frau Kludt nicht flexibel?“, *Journal für Psychologie*, 11. Jg., Heft 4, S. 432-43

Kaufmann, Franz Xaver (2003): *Varianten des Wohlfahrtsstaats. Der deutsche Sozialstaat im Vergleich*, Frankfurt.

Lessenich, Stephan (2004): „Auf welcher Baustelle wollen wir leben? Die „Krise“ des Wohlfahrtsstaats, die „Reform“ der Sozialpolitik und die Chancen soziologischer Diagnose“, in: *Soziologische Revue*, Heft 1, Januar 2004, S. 29 ff.

Liebermann, Sascha (2002): *Die Krise der Arbeitsgesellschaft im Bewußtsein deutscher Unternehmensführer. Eine Deutungsmusteranalyse*, Frankfurt: Humanities Online

— (2005): „Zur Bürgervergessenheit der deutschen Reformdebatte. Eine zeitdiagnostische Betrachtung“, in: *sozialersinn*, Heft 1/2005, S. 131-143

— (2006a): „Freiheit ist eine Herausforderung – kein Schlaraffenland“, in: *UTOPIE kreativ*, H. 184, S. 110-120.

— (2006b): „Freiheit ermöglichen, das Gemeinwesen stärken – durch ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Bürger“, in: Götz W. Werner (2006).

Liebermann, Sascha/Thomas Loer (2006a): „Krise der Kritik. Die Misere der Universität, eine Krise der Kollegialität“, in: *Forschung & Lehre*, 6/2006, S. 322-25.

- (2006b): „Zum Selbstverständnis der Soziologie als Wissenschaft. Anmerkungen zu ihrer Schwäche und Überlegungen zu ihrer Stärkung“, in: Karl-Siegbert Rehberg (Hrsg.): *Soziale Ungleichheit – Kulturelle Unterschiede, Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München 2004*, Frankfurt am Main 2006.
- Marshall, T.H. (1977): „Citizenship and Social Class“, in: *Class, Citizenship, and Social Development*, The University of Chicago Press.
- Mauss, Marcel (1989): „Die Gabe“, in: *Soziologie und Anthropologie* 2, Frankfurt, S. 11-143.
- Miegel, Meinhard/ Stefanie Wahl (2002): *Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit*, Olzog 2002
- Mitschke, Joachim (2000): *Grundsicherungsmodelle – Ziele, Gestaltung, Wirkungen und Finanzbedarf*, Baden-Baden: Nomos-Verlag.
- Müller, Albrecht (2004): *Ergänzende Anmerkungen zur Anzeige „Auch wir sind das Volk“*, unter: http://www.nachdenkseiten.de/cms/front_content.php?client=1&lang=1&idcat=34&idart=243.
- (2005): „Entscheidend ist, was wächst“, in: *Frankfurter Rundschau*, Rubrik: Dokumentation, vom 26. Juli 2005.
- Oevermann, Ulrich (1999): „Strukturelle Soziologie und Rekonstruktionsmethodologie“, in: Wolfgang Glatzer (Hg.), *Ansichten der Gesellschaft: Frankfurter Beiträge aus Soziologie und Politikwissenschaft*, Opladen, S. 72-84
- (2000): „The analytical difference between community („Gemeinschaft“) and society („Gesellschaft“) and its consequences for the conceptualization of an education for European citizenship“, in: *Developing Identities in Europe: citizenship education and higher education. Proceedings of the second Conference of the Children’s Identity and Citizenship in Europe* (Thematic Network Project, University of Athens, May 2000, London: , 2000, S. 37-61).
- (2001a): „Die Krise der Arbeitsgesellschaft und das Bewährungsproblem des modernen Subjekts“, in: Roland Becker, Andreas Franzmann, Axel Jansen und Sascha Liebermann (Hrsg.), *Eigeninteresse und Gemeinwohlbindung. Kulturspezifische Ausformungen in den USA und Deutschland*, Konstanz, S. 19-39.
- (2001b) (zus. mit Andreas Franzmann, Andreas Müller-Tucholski, Ferdinand Zehentreiber): „Arbeitsbericht zum Teilprojekt C3 – Struktur und Genese professionalisierter Praxis als Ortes stellvertretender Krisenbewältigung“, in: *Wissenskultur und gesellschaftlicher Wandel – Arbeits- und Ergebnisbericht über den ersten Förderungszeitraum 1999-2001*, Sonderforschungsbereich/ Forschungskolleg 435, Frankfurt a. M. 2001, S. 397-486.
- (2003): „Strukturelle Religiosität und ihre Ausprägungen unter Bedingungen der vollständigen Säkularisierung des Bewußtseins“, in: Christel Gärtner, Detlef Pollack, Monika Wohlrab-Sahr (Hg.): *Atheismus und religiöse Indifferenz*, Opladen: Leske und Budrich, S. 340-399.
- Papier, Hans-Jürgen (2003): „Eine Reform an Haupt und Gliedern“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 26, 31. Januar, S. 8.
- Pateman, Carole (2004): „Democratising Citizenship: Some Advantages of a Basic Income“ in: *Politics & Society*, Vol. 32 No. 1, März 2004, S. 89-105.
- Schildt, Gerhard (2006): „Das Sinken des Arbeitsvolumens im Industriezeitalter, in: *Geschichte und Gesellschaft*“, Heft 2006/32,1, S. 119 ff.
- Weber, Max (1988): *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie I*, Tübingen.

- Werner, Götz W. (2006): *Ein Grund für die Zukunft. Das Grundeinkommen*, Stuttgart: Verlag Freies Geistesleben
- (2005a): „Wir leben in paradiesischen Zuständen“, Interview mit Götz Werner, in: *Brand Eins*, 3/2005.
- (2005b): „Die Wirtschaft befreit die Menschen von der Arbeit“, Interview mit Götz Werner, in: *Stuttgarter Zeitung*, Nr. 150, 2. Juli 2005, S. 13.

Angaben zum Autor

Sascha Liebermann, Dr. phil., geb. 1967 studierte Philosophie, Soziologie und Psychoanalyse in Frankfurt am Main.; wissenschaftlicher Assistent an der Fakultät für wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Dortmund; Vorstand des Instituts für hermeneutische Sozial- und Kulturforschung e.V. in Frankfurt/M.

Dr. Sascha Liebermann
Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fakultät
Lehrstuhl für Soziologie insb. Arbeitssoziologie
Universität Dortmund
44221 Dortmund

Tel.: +49 (0) 231 755 32 98
Fax: +49 (0) 231 755 32 93
Sascha.Liebermann@uni-dortmund.de

1 Politische Grundbegriffe und Konzepte

[1-L] Ahrens, Stefan:

Die Gründung der Freiheit: Hannah Arendts politisches Denken über die Legitimität demokratischer Ordnungen, (Hannah Arendt-Studien, Bd. 2), Frankfurt am Main: P. Lang 2005, 297 S., ISBN: 3-631-53299-7 (Standort: UB Wuppertal(468)-21JBAL109)

INHALT: "In den drei Hauptkapiteln seiner Dissertation zum Problem der Legitimationsweisen in demokratischen Gemeinwesen unternimmt Stefan Ahrens eine Art Spurensuche durch das Arendtsche Werk im Hinblick auf die Entfaltung und die unterschiedlichen politisch-kulturellen Kontexte der politischen Gründungs- und Begründungsproblematik. Hannah Arendt hat sich in den verschiedenen Phasen ihres Schaffens zur Legitimationsfrage geäußert. Schon früh äußerte sie sich in ihren Beiträgen zur zionistischen Bewegung zu den Legitimationsgrundlagen einer politischen Übertragung des jüdischen Volkes in ein Gemeinwesen. In den fünfziger Jahren hat sie en detail untersucht, wie sich Ende des 18. Jahrhunderts die amerikanische Revolution selbst legitimiert: durch das doppelte Bündnis der Bürger einerseits untereinander und andererseits vor Gott. Ex negativo widmete sich Arendt dem Zerschlagen oder Verschwinden der Legitimationsgrundlagen in den europäischen Staaten seit der französischen Revolution. Und sie hat in extenso geschildert, welche zerstörerischen Potentiale moderne Gesellschaften freilassen können, sind ihre Legitimationsgrundlagen einmal zerstört. Stefan Ahrens' Darstellung der unterschiedlichen Bedeutungskontexte des Legitimationsproblems mündet in der Herausarbeitung des spezifisch Neuen in der Arendtschen Begründungsstrategie: der Legitimierung durch gründendes Handeln. Der Verfasser beginnt mit einem Dreischritt, indem er Arendt ins Verhältnis zu zwei großen Theoretikern des Legitimierungsdiskurses setzt: Carl Schmitt und Jürgen Habermas. Im Zentrum der Dissertation steht die kritische Diskussion von Arendts Legitimierungsgedanken in ihrem Essay 'Über die Revolution'. Im letzten Kapitel fragt Stefan Ahrens nach dem Ertrag der Arendtschen Position für den anhaltenden Legitimierungsdiskurs in der Politikwissenschaft." (Textauszug)

[2-L] Ahrens, Stefan:

Legitimität aus gründendem Handeln: Hannah Arendts handlungs- und erfahrungsorientierte Begründungsstrategie, in: Antonia Grunenberg (Hrsg.): Einsprüche: Politik und Sozialstaat im 20. Jahrhundert : Festschrift für Gerhard Kraiker, Hamburg: Kovac, 2005, S. 17-36, ISBN: 3-8300-1822-3 (Standort: ULB Münster Zweigbibl. Sozialwiss.(6A)-MB1200/190)

INHALT: Die Frage der Legitimation politischer Herrschaft steht zwar nicht im Vordergrund der Analysen Hannah Arendts zum politischen Denken und zur Zeitgeschichte, aber es lassen sich aus ihren Ansätzen wichtige Impulse für die Legitimität demokratischer politischer Ordnungen gewinnen, wie der Autor im vorliegenden Beitrag zeigt. Hannah Arendts Arbeiten bieten ihm zufolge den Vorzug, sich auf den originären Bereich des Politischen zu beschränken und nicht insgeheim auf andere Bereiche des Zusammenlebens ausweichen. Hannah Arendt nimmt ferner die demokratische Grundkonstante des Pluralismus ernst, denn Pluralität ist aus ihrer Sicht nicht nur eine akzidentelle, in Kauf zu nehmende Größe, sondern ein essentieller Bestandteil der menschlichen Grundausstattung. Daraus ergeben sich erhebliche Konsequenzen für das Verständnis von Politik überhaupt und auch für ihr Legitimitätsproblem. Hannah Arendts Arbeiten können dazu beitragen, den Fokus des Legitimitätsdiskurses nach-

haltig auf den Kern des "demokratischen Versprechens" zu verschieben: auf die Bedeutung des politischen Handelns selbst. (ICI2)

[3-L] Anter, Andreas:

Die Idee der Ordnung: zur Paradoxie einer Leitfigur des politischen Denkens, in: Andrea Gawrich, Hans J. Lietzmann (Hrsg.): Politik und Geschichte : "Gute Politik" und ihre Zeit ; Wilhelm Bleek zum 65. Geburtstag, Münster: Verl. Westfäl. Dampfboot, 2005, S. 14-29, ISBN: 3-89691-623-8 (Standort: Bibl. des Ruhrgebiets Bochum-D700/380)

INHALT: Der Beitrag erörtert den Schlüsselbegriff der Ordnung im Rahmen der politischen Theorie. Was ist überhaupt Ordnung? Welche Typen der Ordnung lassen sich unterscheiden? Was bedeutet der Begriff in den verschiedenen Kontexten? Inwiefern hat sich das Ordnungsverständnis in den letzten Jahrhunderten gewandelt? Wie lässt sich das Verhältnis von Ordnung und Chaos beschreiben? Diesen Frage geht der Autor nach, um eine grundlegende Paradoxie der Ordnung aufzuzeigen. Ordnung und Unordnung sind demnach nicht absolute Gegensätze, sondern vielmehr funktional aufeinander bezogen. Es gibt keine Gesellschaft, in der man ausschließlich ordnungskonforme Handlungen beobachten würde. Die Stabilität einer politischen Gemeinschaft beruht also auf einer paradoxen Kombination von Ordnung und Unordnung. Jede Ordnung ist zwar naturgemäß darauf gerichtet, Unordnung auszuschalten, aber sie kann letztlich nicht daran interessiert sein, diese restlos zu beseitigen. Denn andernfalls würde sie nicht von Dauer sein. (ICG2)

[4-L] Ballestrem, Karl Graf:

Homo oeconomicus?: zum Menschenbild des klassischen Liberalismus, in: Andrea Gawrich, Hans J. Lietzmann (Hrsg.): Politik und Geschichte : "Gute Politik" und ihre Zeit ; Wilhelm Bleek zum 65. Geburtstag, Münster: Verl. Westfäl. Dampfboot, 2005, S. 30-44, ISBN: 3-89691-623-8 (Standort: Bibl. des Ruhrgebiets Bochum-D700/380)

INHALT: Der Beitrag erörtert das Menschenbild des klassischen Liberalismus nach den Vorstellungen des Nationalökonomen und Moralphilosophen A. Smith. In das Thema einführend, werden zunächst drei Menschenbilder der politischen Anthropologie unterschieden: das pessimistische, das optimistische und das realistische Menschenbild. Auf dieser Grundlage erfolgt im Anschluss die Darstellung der Grundeigenschaften des Menschen nach Smith, die seine Verhaltensweisen zu erklären und richtige Normen zu begründen erlauben. Dabei orientieren sich die Ausführungen an den vier Stichwörtern (1) Verletzbarkeit, (2) Sympathie, (3) Entwicklung sowie (4) begrenzte Rationalität. Der Mensch ist demnach ein verletzbares und begrenzt rationales Wesen mit eigener Antriebskraft. Er sucht seine Lebensumstände zu verbessern und weiß, dass er dabei auf andere angewiesen ist, die er respektieren und denen er gute Dienst erweisen muss, damit sie ihm gleiches erwidern. Zur Vertiefung dieses Menschenprofils nimmt der Autor sodann einen Vergleich des Menschenbildes bei Smith und K. Marx vor. Das Menschenbild von Smith ist realistischer, seine Vorstellung einer guten Ordnung bescheidener als die von Marx, bei dem der Mensch ein Altruist ist, dem es um das Glück der jeweils anderen geht. (ICG2)

[5-L] Buchheim, Hans:

Die Rationalität der politischen Vernunft: über unlogische Vernunft und unvernünftige Logik, (Schriften des Hellmuth-Loening-Zentrums für Staatswissenschaften Jena, 15), Berlin: Berliner Wissenschafts-Verl. 2004, 110 S., ISBN: 3-8305-0640-6

INHALT: Ein Plädoyer 'gegen die Logik, für die Vernunft' (7) zu halten, das ist das Ziel der kleinen Schrift über politische Vernunft. Das Buch steht im Zusammenhang mit einem Vortrag Buchheims, den er im November 2003 im Hellmuth-Loening-Zentrum für Staatswissenschaften in Jena hielt. In einem Durchgang durch die politische Ideengeschichte spürt Buchheim einzelne Stationen der Verhältnisbestimmung von theoretischer Logik und praktischer Ratio auf. Er entwickelt ein stringentes Programm einer spezifisch politischen Vernunft, das Antworten auf kritische Fragen nach der Qualität gegenwärtiger Politik zu geben vermag. Wie steht es um die Wahrheit in der Politik? Sollten Politiker immer prinzipientreu sein? Warum kann eine Regierung nicht einen politischen Generalplan einfach konsequent abarbeiten? Müssen offensichtlich sachfremde Gründe politische Entscheidungen beeinflussen? Diesen und ähnlichen Fragen begegnet Buchheim mit seiner Theorie der politischen Vernunft, die ihren eigenen Platz beansprucht und verteidigt gegen bloß theoretische Vernunft, gegen 'unvernünftige Logik'. Politik erweist sich so als Kunst des Mehrdeutigen, des Plausiblen, des Synthetischen und des Vorläufigen. (ZPol, VS)

[6-F] Buchstein, Hubertus, Prof.Dr. (Bearbeitung):

Mikropolitik in der politischen Ideengeschichte

INHALT: keine Angaben

ART: gefördert *BEGINN:* 2005-10 *ENDE:* 2007-09 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Greifswald, Philosophische Fakultät, Institut für Politikwissenschaft
Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte (Baderstr. 6-7, 17489 Greifswald)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 03834-863152, e-mail: buchstei@uni-greifswald.de)

[7-F] Conradi, Elisabeth, Dr. (Bearbeitung); Reese-Schäfer, Walter, Prof.Dr. (Leitung):

Kosmopolitismus

INHALT: Viele zeitgenössische Denkerinnen und Denker behaupten eine weltweite Abnahme staatlichen Machteinflusses. Jürgen Habermas spricht 1998 von einer postnationalen Konstellation und plädiert für einen Kurswechsel zu einer Weltinnenpolitik ohne Weltregierung. Der Historiker Martin van Creveld hat 1999 sogar das Ende des Staates diagnostiziert. Entweder schlossen sich Staaten zu größeren Gemeinschaften zusammen, wie beispielsweise in Europa und Afrika, oder sie fielen auseinander. Unabhängig davon, ob der Diagnose von Crevelds zugestimmt oder diese widerlegt werden kann, stellt sich die Frage, wie Demokratie, politische Partizipation und Deliberation jenseits nationalstaatlicher Grenzen gedacht werden kann. Verschiedene Antworten auf diese Frage werden unter dem Begriff Kosmopolitismus diskutiert.

ART: keine Angabe *BEGINN:* 2003-04 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Göttingen, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Seminar für Politikwissenschaft Professur für politische Theorie und Ideengeschichte (Platz der Göttinger Sieben 3, 37073 Göttingen)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 0551-39-7216, Fax 0551-39-7341, e-mail: econrad@gwdg.de)

[8-L] Delhom, Pascal; Hirsch, Alfred (Hrsg.):

Im Angesicht der Anderen: Levinas' Philosophie des Politischen, Berlin: Diaphanes 2005, 245 S., ISBN: 3-935300-70-0 (Standort: UB Bonn(5)-2005/4470)

INHALT: "Gibt es eine Beziehung zwischen Ethik und Politik? Emmanuel Levinas gibt eine so eindeutige wie ungewöhnliche Antwort: Die Politik mag ihre Notwendigkeit dem Problem der Gewalt zwischen den Menschen entnehmen, ihre Legitimität findet sie nur im Verweis auf eine Ethik der absoluten Verantwortung für den Anderen. Dabei scheint die Levinassche Ethik meistens sehr fern von aller politischer Sorge. Der Andere ist keine Kategorie des Seins, er gehört nicht zur Welt, sondern ruft von jenseits des Seins und stört die Ordnung der Welt und des Lebens. Die Ethik führt jedoch zur Politik, die wiederum nur in der Ethik ihre Legitimität finden kann. Die Beiträge des Bandes stellen diese in Deutschland noch zu wenig beachtete Dimension der Philosophie Levinas' dar und setzen sich kritisch mit ihr auseinander. Gemeinsam ist ihnen, dass sie deren Relevanz für das Denken des Politischen im allgemeinen sowie für die aktuellen Diskussionen über die Menschenrechte, die Gerechtigkeit und die Legitimität der Demokratie anerkennen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Pascal Delhom: Einleitung (11-22); Werner Stegmaier: Die Bindung des Bindenden. Levinas' Konzeption des Politischen (25-44); Miguel Abensour: Der Staat der Gerechtigkeit (45-60); Simon Critchley: Fünf Probleme in Levinas' Sicht der Politik und die Skizze ihrer Lösung (61-74); Fabio Caramelli: Die ungedachte Vermittlung (75-86); Burkhard Liebsch: Sinn für Ungerechtigkeit als Form menschlicher Sensibilität: Zwischen Ethik und Politik (89-114); Robert Bernasconi: Globalisierung und Hunger (115-129); Dorothee C. von Tippelskirch: 'Nicht mit leeren Händen...' (Ex 23,15) - Von der maßlosen Verantwortung und der Begrenzung meiner Pflichten (131-147); Antje Kapust: 'Die Auslöschung hat bereits begonnen': Auschwitz und die Frage der Gerechtigkeit (151-173); Katharina Schmidt: 'Unterweisung ins Eingedenken' und das Antworten im Raum der Vielen (175-189); Klaus-M. Kodalle: Levinas' Beitrag zu einer philosophischen Theorie der Verzeihung (191-211); Catherine Chalier: Irreduzible Brüderlichkeit (215-228); Alfred Hirsch: Vom Menschenrecht zum ewigen Frieden Grenzgänge zwischen Kant und Levinas (229-244).

[9-L] DemoPunK Verein zur Förderung demokratischer Politik und Kultur; Kritik und Praxis Berlin (Hrsg.):

Indeterminate! Kommunismus: Texte zu Ökonomie, Politik und Kultur, Münster: Unrast-Verl. 2005, 350 S., ISBN: 3-89771-434-5 (Standort: Bibl. des Ruhrgebiets Bochum-AC4/5)

INHALT: "Die vorliegende Textsammlung dokumentiert Beiträge zum internationalen Kulturkongress 'Indeterminate! Kommunismus', zu dem die herausgebenden Gruppen im Winter 2003 in Frankfurt am Main eingeladen hatten." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: I. Die Aktualität des Kommunismus: Stefanie Graefe: Soziale Kämpfe und transversales Begehren. Oder: Why Study Communism - The Question of the Subject (12-22); Jacques Rancière: Von der Aktualität des Kommunismus zu seiner Inaktualität (23-30); Slavoj Žižek: Der parallaxische

Blick auf den Kommunismus (31-42); Christoph Weinmüller: Medienkommunismus (43-55); II. Kommunismus und Demokratie: Alex Demirovic: Radikale Demokratie und der Verein freier Individuen (56-67); Oliver Marchart: Don Alejandros Problem. Zum Verhältnis von Souveränität, Repräsentation und radikaler Demokratie (68-95); Simon Critchly: "Come build in the Empty House of the State" (96-103); Rado Riha/Jelica Srunic: Kommunismus als Gemeinschaft 'für alle' (104-126); DemoPunK (Frankfurt am Main): Die ankommende Demokratie Überlegungen zu Kommunismus und radikaler Demokratie (127-136); III. Kommunismus und Subjekt: Reinhard W. Sonnenschmidt: Kommunismus oder: "Die Unsterblichkeit ist nicht jedermanns Sache" (137-149); Thomas Seibert: Subjektives ohne Subjekt. Praktische Philosophie in der Postmoderne (150-159); Stephan Moebius/ Dirk Quadflieg: Ambivalente Freiheit. Praktiken des Widerstands und leidenschaftliches Verhaftetsein bei Judith Butler (160-172); Yoshihiko Ichida: Von einem Subjekt zum anderen. Sind wir in der Politik alle Schmittianer? (173-188); Frank Meier: Ethik der Schwäche. Zu Judith Butlers offener Frage nach dem Anderen (189-196); IV. Kritik im Empire: Esra Erdem: Ökonomische Subjektpositionen und Aktivismus in MigrantInnen-Communities (197-204); Manuela Bojadzijev/ Serhat Karakayali/ Vassilis Tsianos: Das Rätsel der Ankunft. Von Lagern und Gespenstern (205-221); Joachim Hirsch: Vom Veralten des Kapitalismus und der Notwendigkeit einer anderen Gesellschaft (222-233); Thomas Attert: Multitudes. Über immaterielle Arbeit und Biopolitik (234-241); Nadja Rakonitt: Kommunismus ohne Produktion? (242-251); Christoph Görg: Kein Kommunismus jenseits der Natur. 'Chiffre K' und die Gestaltung der Naturverhältnisse (252-265); Thomas Lemke: Kommunismus und Körper. Gene, Recht und Verantwortung (266-278); V. Widerständige Praxis: Frigga Haug: Philosophie der Praxis. Einige Weisen, feministisch an Gramsci anzuknüpfen (279-286); Ulrich Brand: Philosophie der Praxis als 'Strukturwissen' emanzipativen Handelns. Zur unterschätzten Bedeutung institutioneller Herrschaft (287-300); Ben Watson: Kritik und Utopie (301-312); Kritik und Praxis Berlin: Kommunismus und politische Praxis (313-322); Isabelle Graw: Kunst und Kapitalismus. 'Es geht kein Weg an der Aneignung vorbei' (323-335); LIGNA: The Revolution cannot be televised? The Revolution must be produced! Medienpolitische Möglichkeiten (336-346).

[10-L] Dietrich, Frank:

Liberalismus, Nationalismus und das Recht auf Selbstbestimmung, in: Analyse und Kritik : Zeitschrift für Sozialtheorie, Jg. 27/2005, H. 2, S. 239-258 (URL: http://www.analyse-und-kritik.net/webstore/selection/2005_2/frank_dietrich.htm)

INHALT: Theoretiker wie Yael Tamir und David Miller haben in den letzten Jahren eine liberale Spielart des Nationalismus vorgeschlagen, die zwei anscheinend unvereinbare Denktraditionen verbindet. Das vielleicht kontroverseste Element ihrer Theorien ist die Forderung, nationale Gemeinschaften mit einem Recht auf politische Selbstbestimmung auszustatten. Der Verfasser zeigt hier, warum die Mitgliedschaft in einer Nation für das Wohlergehen des Einzelnen wichtig ist und warum die Staatlichkeit als Voraussetzung für den Erfolg einer Nation gilt. Er diskutiert sodann zwei Probleme der liberal-nationalistischen Argumentation für politische Selbstbestimmung. So zeigt er, dass nationale Gemeinschaften nur eine Art regionaler Autonomie zur Erreichung ihrer wichtigsten Ziele bedürfen, und dass nicht-nationale Gemeinschaften - z. B. religiöse Gruppen - mit derselben Begründung politische Souveränität fordern können. (ICEÜbers)

[11-L] Dreier, Volker:

Die Architektur politischen Handelns: Machiavellis *Il Principe* im Kontext der modernen Wissenschaftstheorie, Freiburg im Breisgau: Alber 2005, 488 S., ISBN: 3-495-48127-3

INHALT: Landläufig steht der Name Machiavellis für ein amoralisches Verständnis von Politik, das diese primär als Durchsetzung von Interessen sieht und dementsprechend die Beherrschung von Machttechniken ins Zentrum politischer Klugheit rückt. Dreier wendet sich ebenso vehement gegen eine derartige Mythisierung des klassischen Autors wie zugleich gegen einen davon inspirierten Interpretations- und Rezeptionsstrang, der auch innerhalb einer methodologisch nicht aufgeklärten Politikwissenschaft zu finden sei. Er möchte zu einer Entzau-berung des Mythos 'Machiavelli' beitragen - und das in der Hauptsache durch einen 'wissen-schaftstheoretisch determinierten Dialog' mit Machiavellis 'Il Principe'. An diesem Standardwerk der politischen Ideengeschichte will Dreier beispielhaft zeigen, dass es grundsätzlich möglich ist, klassische politische Theorien jenseits der hermeneutischen Tradition mit dem Instrumentarium der modernen Wissenschaftstheorie zu rekonstruieren und auf diesem Wege für die zeitgenössische Politikwissenschaft eine 'präzise formulierte politische Handlungstheorie zu generieren' (397). Dementsprechend nehmen metatheoretische Überlegungen - hier vor allem zu den Konzepten der Formalisierung und der rationalen Rekonstruktion - breiten Raum ein und auch in den Kapiteln zu 'Il Principe' bedient sich Dreier in hohem Maße einer formalisierten Darstellung. (ZPol, VS)

[12-L] Egger, Stephan:

Herrschaft, Staat und Massendemokratie: Max Webers politische Moderne im Kontext des Werks, (Theorie und Methode : Sozialwissenschaften), Konstanz: UVK Verl.-Ges. 2006, 346 S., ISBN: 3-89669-560-6

INHALT: Die vorliegende Analyse der politischen Schriften Max Webers gliedert sich in fünf Teile. Angesichts des Fehlens einer expliziten "politischen Soziologie" bei Weber ist der erste Teil bemüht, den "roten Faden" aufzuzeigen, der sich durch Webers Denken bis hin zu seinen politischen Schriften zieht. Dieser Versuch, Webers Bild der politischen Moderne auf dem Umweg der Frage nach den zentralen Motiven des Gesamtwerks zu erschließen, wird im zweiten Teil ergänzt durch den Bezug auf Webers Herrschaftssoziologie. Im dritten Teil geht es um den Schlußschluss von Kapitalismus und Anstaltsstaat sowie um das Verhältnis von Nationalstaat, Massenverband und Demokratie, jeweils in Bezug auf die Frage nach der "Art von Mensch", die durch diese Phänomene geprägt wird. Komplettiert wird Webers Bild der politischen Moderne im vierten Teil durch den Bezug auf psychologisch-morphologische Faktoren im Kontext der Entstehung eines "politischen Betriebs" und der Verbreitung von Politik als "Massenkulturgut" im 19. Jahrhundert. Der abschließende fünfte Teil führt diese Thematik mit Geschichte und Typologie des modernen Parlamentarismus bis in die Zeit Webers fort. (ICE)

[13-F] Förster, Jürgen, M.A. (Bearbeitung); König, Helmut, Prof.Dr. (Betreuung):

Die Sorge um die Welt und die Freiheit des Handelns. Zur institutionellen Verfassung der Freiheit im politischen Denken Hannah Arendts (Arbeitstitel)

INHALT: Mit dem Werk Hannah Arendt verbindet sich die Assoziation einer emphatischen Beschwörung des revolutionären Neuanfangs. Insofern sehen viele Interpreten in ihr eine Vertreterin der Praxisphilosophie. Im Zentrum ihres Werks stehe die Freiheit des Handelns. In diesem Sinne betone sie die kommunikative, nichtinstitutionalisierte Macht der Zivilgesellschaft und erachte Revolutionen als nachdrücklichste Erscheinungsform menschlicher Freiheit. Insgesamt bewege ihr Denken ein starker anarchistischer Affekt gegen Institutionen. Institutionen sind hier mit Stabilität, Dauerhaftigkeit und Kontinuität assoziiert. Institutionen befördern Routine und Tradition. Sie schränken die menschliche Handlungsfreiheit ein. Gerade im Falle der Revolution, als Extremfall institutionellen Wandels, wird das Spannungsverhältnis von Handel und Institution offenbar. Diese Leseart ist nicht falsch, aber einseitig. Ihr muss es unerklärlich bleiben, warum Hannah Arendt den Institutionen eine "Heilkraft" (Über die Revolution, 226) zuspricht. Demgegenüber möchte ich zeigen, dass Dauerhaftigkeit neben der Freiheit der zweite wesentliche Begriff ihres Denkens ist. Aus diesem Grund nimmt das Nachdenken über die "Institutionen der Freiheit" (Über die Revolution, 281) einen bedeutenden - wenn auch bisher kaum wahrgenommenen - Raum in ihrem Werk ein. Gleichwohl ist sie keine Institutionentheoretikerin im strengen Sinne. Was sie interessiert, sind nicht die Institutionen als solche. Sie fragt vielmehr nach der Beziehung zwischen den Bürgern und ihren politischen Institutionen. Ihre Perspektive lässt sich durch folgende Fragen umreißen: Was verleiht politischen Institutionen ihre autoritative, dauerhafte, integrative Kraft? Wie müssen Institutionen strukturiert sein, um freiheitliches Handeln zuzulassen und zu befördern? Wann und warum verlieren Institutionen ihre Autorität und folglich die Unterstützung durch die Bürger? Das Dissertationsprojekt verfolgt das Ziel, das Verhältnis von politischem Handeln und institutioneller Ordnung angemessener und ohne Verabsolutierungen eines der beiden Pole zu fassen, indem Arendt versucht, das tertium herauszustellen. Bereits im Arendtschen Verständnis von Revolution als eine "Gründung der Freiheit" (Über die Revolution, 85) wird deutlich, dass freiheitliches Anfangen und institutionalisiertes Bewahren nicht voneinander getrennt werden können. In ihm sind progressive und konservative Elemente miteinander vermittelt. Hannah Arendt ist keine Vertreterin der Theorie permanenter Revolution, die in der Verfassungsgebung das Ende der Revolution und den Tod der Freiheit erblickt. Sie erblickt gerade den Akt der Verfassungsgebung als das eigentlich Revolutionäre. In ihm wird der Grund gelegt, auf dem alles weitere Handeln vollzogen werden kann. Die Dissertation möchte die Frage beantworten, warum Arendt der Dauerhaftigkeit ein solches Gewicht beimisst. Sie verfolgt bei der Beantwortung zwei Argumentationslinien. Im Zentrum des ersten Argumentationsstrangs steht die Rekonstruktion ihrer Imperialismusanalyse. Die Rekonstruktion zeigt, dass das Problem des Imperialismus für Hannah Arendt vor allem in einer Zerstörung der politischen Institutionen und Regelungen des Nationalstaates besteht. Der zweite Argumentationsstrang analysiert unter systematischer Fragestellung ihren Handlungsbegriff. Auf dieser Ebene wird sich zeigen, dass der Handlungsbegriff, trotz aller emphatischen Betonung der menschlichen Spontaneität und Natalität, eine tiefe Aporie aufweist. Hannah Arendt ist sich der Gefährlichkeit des menschlichen Handelns durchaus bewusst. Die Lösung dieser Aporien des Anfangs liegt für Arendt in einer institutionellen Begrenzung, die die Freiheit des Handelns zwar einschränkt, aber durch diese Begrenzung allererst ermöglicht. Dies wird einerseits durch eine Rekonstruktion des Begriffs des Versprechens und andererseits durch eine Interpretation von 'Über die Revolution' gezeigt.

ART: Dissertation *BEGINN:* 2001-07 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Technische Hochschule Aachen, FB 07 Philosophische Fakultät, Institut für Politische Wissenschaft Bereich Politische Theorie (Ahornstr. 55, 52074 Aachen)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0241-8026144, e-mail: juergen.foerster@post.rwth-aachen.de)

[14-F] Ganghof, Steffen, Dr. (Bearbeitung):

Die Qualität der Demokratie: zur Wiederentdeckung der echten Mehrheitsdemokratie

INHALT: Das Projekt strebt eine Verknüpfung der positiven politischen Theorie, der normativen Demokratietheorie und der vergleichenden Demokratietypologie an. Ziel ist die Entwicklung einer Typologie, die klarer zwischen Institutionen und Verhaltensmustern unterscheidet und sich systematischer mit der modernen analytischen Demokratietheorie sowie der empirischen Demokratieforschung verknüpfen lässt. Empirisch liegt der Schwerpunkt auf den etablierten parlamentarischen Demokratien.

ART: Eigenprojekt *BEGINN:* 2005-01 *ENDE:* 2007-08 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Institut

INSTITUTION: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (Paulstr. 3, 50676 Köln)

KONTAKT: Institution (Tel. 0221-2767-0, Fax: 0221-2767-430, e-mail: info@mpifg.de)

[15-L] Gaus, Daniel:

Demokratie zwischen Konflikt und Konsens: zur politischen Philosophie Claude Leforts, in: Oliver Flügel, Reinhard Heil, Andreas Hetzel (Hrsg.): Die Rückkehr des Politischen : Demokratietheorien heute, Darmstadt: Wissenschaftl. Buchges., 2004, S. 65-86, ISBN: 3-534-17435-6

INHALT: "Mein Anliegen ist die Wiederherstellung der politischen Philosophie" - so formuliert Claude Lefort 1983 das Projekt seines politischen Denkens. Es sind die Bedingungen der Freiheit, die Lefort weniger durch rationalistische Deduktion als vielmehr mittels phänomenologisch orientierter Rekonstruktion der demokratischen Gesellschaftsform freizulegen sucht. Dabei erweitert er den demokratietheoretischen Bereich um ein Denken des Symbolischen. Die Bedingungen der Freiheit und der Demokratie liegen in einem Zusammenwirken von wirklicher und symbolischer Ebene, von Sichtbarem und Unsichtbarem. Vor diesem Hintergrund wird seine Rekonstruktion der demokratischen Gesellschaftsform in fünf Schritten nachvollzogen. Zunächst zeigt sich die Unterscheidung zwischen politischer Philosophie und politischer Wissenschaft für das Verständnis des Lefortschen politischen Denkens als einer Rückkehr des Politischen als konstitutiv. Sodann entfaltet sich die spezifische Form der Demokratie anschaulich erst vor dem Profil alternativer Weisen der Formierung des Gesellschaftlichen. Aus diesem Grund wird über den Umweg der Monarchie und in Abgrenzung vom Totalitarismus die demokratische Gesellschaftsform in den Blick genommen. (ICA2)

[16-L] Hartmann, Jürgen; Meyer, Bernd:

Einführung in die politischen Theorien der Gegenwart, (Lehrbuch), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2005, 227 S., ISBN: 3-531-14909-1

INHALT: Gegenstand des Lehrbuchs sind primär politische - nicht politikwissenschaftliche - Theorien. Den zeitlichen Rahmen bildet das vergangene Jahrhundert. Ziel ist es, den mainstream der politischen Theorien aufzuzeigen. Hier finden philosophische, soziologische, politikwissenschaftliche und ökonomische Politiktheorien Platz. Behandelt werden staatstheoretische Politiktheorien (Kelsen, Schmitt), neo-aristotelische Politiktheorien (Arendt), die Frank-

furter Schule, der Kritische Rationalismus, der demokratische Pluralismus, Theorien der Gerechtigkeit (Rawls), die Systemtheorie (Parsons), ökonomische Politiktheorien (Keynes, Hayek, Friedman) sowie Kommunikationstheorien der Politik (Habermas, Luhmann). (ICE2)

[17-L] Hellmann, Kai-Uwe:

Spezifik und Autonomie des politischen Systems: Analyse und Kritik der politischen Soziologie Niklas Luhmanns, in: Gunter Runkel, Günter Burkart (Hrsg.): Funktionssysteme der Gesellschaft : Beiträge zur Systemtheorie von Niklas Luhmann, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 13-51, ISBN: 3-531-14744-7

INHALT: Mit mehr als 70 Aufsätzen hat Niklas Luhmann dem politischen System eine große Zahl von Veröffentlichungen gewidmet. Dabei erweist sich die politische Soziologie Luhmanns nahezu durchgängig als eine Soziologie des politischen Systems der modernen Gesellschaft. Im vorliegenden Beitrag geht es um die Spezifik und Autonomie dieses Systems Ausgangspunkt der Analyse ist der erste Artikel, in dem Luhmann sich grundlegend mit der "Soziologie des politischen Systems" (1968) beschäftigt hat, eine Art Programmschrift, die schon viele Besonderheiten und Eigenschaften dieses Systems in höchst verdichteter Form vorwegnimmt, die später dann eigene Bearbeitungen erfahren. Anschließend erfolgt ein Sprung ans Ende dieser Themenlinie, um anhand des Spätwerks der politischen Soziologie Luhmanns aufzuzeigen, welche Veränderungen sich inzwischen ergeben haben. Die sich daraus ergebenden Fragen leiten abschließend zu einem mehr explorativen dritten Teil über, in dem es um die Frage geht, ob und inwieweit die binäre Codierung Regierung/Opposition tatsächlich geeignet ist, nicht bloß der Einheit, sondern auch den verschiedenen Subsystemen des politischen Systems gerecht zu werden. Weiterhin werden die Grundannahmen der Wissenssoziologie Luhmanns kurz dargestellt. Daran anschließend wird eine Reformulierung der Binnendifferenzierung des politischen Systems vorgeschlagen. Zum Abschluss folgt die Darlegung einer Forschungsskizze, wie eine wissenssoziologische Analyse des politischen Systems aussehen könnte. (ICA2)

[18-L] Henkel, Michael:

Konservatismus im politischen Denken Eric Voegelins: Überlegungen zum Problem der Verortung seines Ansatzes, in: Frank-Lothar Kroll (Hrsg.): Die kupierte Alternative : Konservatismus in Deutschland nach 1945, Berlin: Duncker & Humblot, 2005, S. 241-264, ISBN: 3-428-11781-6 (Standort: UB Bonn(5)-2005-6283)

INHALT: Der Beitrag geht der Frage nach, ob und inwieweit Eric Voegelin ein konservativer Denker war. Da die ständige Weiterentwicklung und Bewegung ein Charakteristikum des Voegelinischen Denkens überhaupt ist, muss sein Gesamtwerk als Fragment betrachtet werden. Der Autor unterscheidet mit Blick auf die Frage nach dem Konservatismus des Voegelinischen Denkens einzelne Entwicklungsphasen seines Werkes. Zu diesem Zweck werden die wichtigsten Schriften aus den jeweiligen Entwicklungsphasen seines Denkens vorgestellt und interpretiert. Ausgehend von dieser leitenden Fragestellung wird abschließend eine umfassende Beurteilung des Voegelinischen Ansatzes vorgenommen. Die Ausführungen zeigen Voegelins Entwicklung vom konservativen Staats- und Rechtstheoretiker, der das österreichische autoritäre Regime der dreißiger Jahre befürwortete, über den christlich-konservativen Modernitätskritiker hin zum Mystiker, dessen Werk dem Inhalt nach prämodern ist und sich

von daher einerseits einer Kategorisierung als konservativ entzieht, das aber andererseits Züge einer in ihren Konsequenzen durchaus konservativen Ideologie annimmt. Voegelins Realitätsverständnis und den daraus resultierenden Deutungen und Wertungen mangelt es für den Autor insgesamt an intersubjektiver Rechenschaftsfähigkeit, die ein unverzichtbares Minimum jeglicher wissenschaftlicher Debatte ist. (ICA2)

[19-L] Höffe, Otfried:

Vision Weltrepublik: eine philosophische Antwort auf die Globalisierung, in: Dieter Ruloff (Hrsg.): *Welche Weltordnung?*, Diessenhofen: Rüegger, 2005, S. 33-53, ISBN: 3-7253-0770-9 (Standort: ULB Düsseldorf(61)-soz/r700/r935)

INHALT: Der Autor dieses Beitrags unternimmt eine politisch- und rechtsphilosophische Auseinandersetzung mit den Entwicklungspfaden der Globalisierung und einer daraus abgeleiteten normativen Weltrechtsordnung. Einleitend kristallisiert der Autor in seiner Diagnose zur Globalisierung drei grundlegende Dimensionen heraus. Entgegen der allgemein üblichen ökonomistischen Verkürzung globalisieren sich demnach auch die Wissenschaften, das Schul- und Hochschulwesen sowie alle Facetten der Kultur. Globalisierung ist in diesem Sinne ein ambivalenter Prozess. Sie dehnt zwar die Errungenschaften der Neuzeit, positives Recht und liberale Demokratie, auch auf rechts- bzw. demokratiefeindliche Bereiche der Welt aus, jedoch bringt sie gleichzeitig auch eine internationale 'Gewaltgemeinschaft' (Terrorismus und Großkriminalität) hervor. Außerdem, so der Autor, würden die Folgelasten des internationalen Wettbewerbs, die Arbeitslosigkeit, die Umweltgefahren und die Opfer der internationalen Gewalt eine globale 'Gemeinschaft von Not und Leid' entstehen lassen. Unter der Prämisse dieser drei Dimensionen entwickelt der Autor den Gedanken einer weltweiten Friedens- und Rechtsordnung, in der mittels wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Wettbewerbs die Gesellschaften und vor allem ihre Individuen 'aufblühen' sollen. In diesem Sinne plädiert er für eine Weltrechtsordnung, die sich auf fünf grundlegende und universal verbindliche Elemente stützen soll: Recht, Menschenrechte und Staat, Demokratie und Zivil- bzw. Bürgergesellschaft. In der Auseinandersetzung mit möglichen Einwänden gegen die politische und rechtliche Tragfähigkeit einer normativen Weltrechtsordnung entwickelt der Autor abschließend eine rechtsmoralisch begründetes Konstrukt einer subsidiären, komplementären und föderalen Weltrepublik. (JA)

[20-L] Hund, Wulf D.:

Negative Vergesellschaftung: Dimensionen der Rassismusanalyse, Münster: Verl. Westfäl. Dampfboot 2006, 209 S., ISBN: 3-89691-634-3

INHALT: "Rassistische Urteile beruhen auf kulturellen Argumenten und dienen der Legitimation von Herrschaft. Die der Rassismusanalyse dadurch eröffnete Forschungsperspektive umfasst die gesamte Geschichte der Klassengesellschaften. Auch wenn der Rassismus mit der sozialen Konstruktion von Rassen und der kolonialen und imperialistischen Expansion Europas einen begrifflichen Fokus und eine globale Spannweite entwickelt hat, ist er kein ausschließliches Phänomen der Moderne. Der vorliegende Band gibt einen umfassenden Einblick in die historische Reichweite und die begrifflichen Dimensionen von Rassismus. Er diskutiert die damit verbundenen theoretischen Positionen und Probleme im Kontext unterschiedlicher his-

torischer Ausprägungen rassistischer Diskriminierung und ihrer Verbindung mit anderen Formen sozialer Einschließung und Ausschließung." (Autorenreferat)

[21-L] Jeremias, Ralf:

Vernunft und Charisma: die Begründung der Politischen Theorie bei Dante und Machiavelli ; im Blick Max Webers. (Konstanzer Schriften zur Sozialwissenschaft, Bd. 66), Konstanz: Hartung-Gorre 2005, 592 S., ISBN: 3-86628-004-1 (Standort: Rhein.-Westf. Techn. HSB(82)-Ld673 9-66)

INHALT: "Thema ist die Rationalisierung von Macht und Herrschaft als Form der Verweltlichung von Dante zu Machiavelli. Während Dante Macht und Herrschaft durch Gott begründet sieht, begründet sie Machiavelli weltimmanent. Das gemeinsame Motto für Dante und für Machiavelli könnte lauten 'Die Wahrheit wird euch frei machen', entsprechend den Worten des Johannesevangeliums (Joh. 8,32). Dante würde diesen Satz im christlichen Sinne sehen, Machiavelli im schlichten Sinne der Worte, also weltlich. Für Dante macht das Wahre das Reale. Für Machiavelli macht das Reale das Wahre. Weltliches und geistliches Charisma tritt bei Dante im Konflikt von Kaiser und Papst auf, mit Heinrich VII. und Bonifatius VIII. also, bei Machiavelli mit Cesare Borgia und Savonarola. Ihr weltgeschichtlicher Ort ist Florenz, ihre Epoche die Renaissance. Die Voraussetzungen liegen einerseits in der Geistesgeschichte Europas, bis in die Antike zurückführend, andererseits in der Realgeschichte Italiens und des Heiligen Römischen Reiches. Für diese doppelläufige Entwicklung wird die idealtypisierende Methode Max Webers benützt, vor allem seine Herrschaftssoziologie. Aus der Sicht eines Studiums der Politikwissenschaft, Soziologie und Sozialgeschichte sowie anschließender Forschungen, etwa zum Charisma und Traditionalismus in indianischen und germanischen Kulturen, möchte das Buch auch ein Kapitel zur ideengeschichtlichen und realhistorischen Fundierung der modernen Theorie der Politik sein." (Autorenreferat)

[22-L] Jörke, Dirk:

Politische Anthropologie: eine Einführung, (Studienbücher Politische Theorie und Ideengeschichte), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2005, 157 S., ISBN: 3-531-14908-3

INHALT: "Das anthropologische Denken hat immer wieder versucht, allgemeine Aussagen über die 'Natur' des Menschen für eine Grundlegung von Politik und Moral fruchtbar zu machen. In dieser Einführung werden die wichtigsten modernen Ansätze politischer Anthropologie und ihre Vertreter vorgestellt: Die klassischen Theorien von Helmuth Plessner und Arnold Gehlen, die Kritik am anthropologischen Ansatz durch die Frankfurter Schule und die postmoderne Philosophie, naturalistische Theorien der 'Biopolitics' werden ebenso behandelt wie neuere Entwürfe von Jürgen Habermas, Martha Nussbaum, Otfried Höffe, Charles Taylor und Axel Honneth. Insgesamt bietet das Buch einen systematischen Überblick zum politisch-anthropologischen Denken im 20. und 21. Jahrhundert." (Autorenreferat)

[23-F] Jureit, Ulrike, Dr.phil. (Bearbeitung):

Das Ordnen von Räumen. "Lebensraum" als politisches Ordnungskonzept

INHALT: Der Prozess des "nation building" gehört inzwischen zu den ertragreichsten Forschungsfeldern der Sozialwissenschaften. Neue Impulse erhielt die Erforschung politischer Kollektivität durch Benedict Andersons "Erfindung der Nation" und durch Eric J. Hobsbawms "invention of tradition" (1983). Anderson hat "Nation" als "imagined community" gedeutet und ihre Realisierung als sinnstiftende und sozialintegrierende Vergemeinschaftung beschrieben. Während sich der Nationenbegriff dadurch mit einer bemerkenswerten Durchschlagskraft dynamisierte, blieben Untersuchungen zur räumlichen Verfasstheit der Nation auf die rechtliche Vereinheitlichung zum territorialen Staatsgebiet konzentriert. Somit kann es auch nicht verwundern, dass Charles S. Maier gerade "Territorialität" als historisch gewachsene Formation zum Schlüsselbegriff für die Periodisierung des letzten Jahrhunderts erklärt. Maiers viel beachtetes und zumeist positiv rezipiertes Deutungsangebot basiert auf der Annahme, Territorialität sei ein konsistentes Ordnungsmodell. Wenn auch die Wirkungsmächtigkeit territorialer Verfasstheit außer Zweifel steht, ist der damit verbundene Geltungsanspruch zumindest für Deutschland zweifelhaft. In Abgrenzung zu Maier verfolgt das geplante Projekt die These, dass sich in Deutschland nach 1918 räumliche Ordnungsvorstellungen nachhaltig und grundlegend wandelten. Nicht mehr nationalstaatliche Territorialität, sondern naturalistisch legitimierte Raumkonzepte prägten die politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Diskurse. Zu den dominanten zeitgenössischen Interpretationen gehörte die Vorstellung vom "Lebensraum". Für das Verständnis der in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vorherrschenden Ordnungsvorstellungen ist der Lebensraumbegriff und seine Transformation zum politischen Planungs- und Handlungskonzept von zentraler Bedeutung, denn die Veräumlichung des politischen Vokabulars war zu dieser Zeit schon nicht mehr nur Sache der politischen Rechten. Gesamtgesellschaftlich herrschte die Auffassung vor, Deutschland verfüge generell und insbesondere durch die Gebietsverluste nach dem Ersten Weltkrieg über zu wenig "Lebensraum" und sei daher in seiner unmittelbaren Existenz bedroht. Das Projekt fragt am Beispiel des Lebensraumkonzeptes nach der gesellschaftlichen Konstitution politischer Räume. Dabei wird von einem relationalen Raumbegriff ausgegangen, der politische Räume nicht als gegeben, sondern als durch Handlungsvorgänge konstituiert versteht. "Raum" wird eine bestimmte Bedeutung zugeschrieben, er wird daher als nur in seiner kulturellen (Über)Formung zugänglich aufgefasst. Dabei drückt sich in der jeweiligen (An)Ordnung eine spezifische Raumvorstellung aus, denn "jeder typische Raum wird durch typische gesellschaftliche Verhältnisse zustande gebracht, die sich ohne störende Dazwischenkunft des Bewusstseins in ihm ausdrücken. Raumbilder" - so Siegfried Krakauer 1929 - sind "die Träume der Gesellschaft". Für die Analyse des Lebensraumkonzeptes ergeben sich aus diesem theoretischen Ansatz drei zentrale Fragen: Wie transformiert sich der biologistische Lebensraumbegriff zum politischen Ordnungs- und Handlungskonzept im 19. und 20. Jahrhundert? Wer ist an diesem Prozess maßgeblich beteiligt? Welche Ordnungsmuster und sozialen Praktiken sind für die Konstitution politischer Räume ausschlaggebend? Das Projekt will diesen Fragen in vier Schritten nachgehen. Zunächst wird das Ordnen von Räumen als theoretisches Problem erörtert. Anschließend soll die historische Dynamik von territorialen zu lebensräumlichen Raumvorstellungen beschrieben werden, um darauf aufbauend diesen gesellschaftlichen Prozess der Raumkonstitution und die dafür relevanten Ordnungsmuster mittels zentraler Kategorien zu systematisieren. Darüber hinaus soll das für Deutschland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts dominante Lebensraumkonzept mit anderen räumlichen Ordnungsmodellen (USA, GB, Japan, Schweiz) in Beziehung gesetzt werden. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Deutschland, USA, Großbritannien, Japan, Schweiz

ART: keine Angabe **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

INSTITUTION: Hamburger Institut für Sozialforschung (Mittelweg 36, 20148 Hamburg)

KONTAKT: Institution (e-mail: his@his-online.de)

[24-L] Kaempfer, Wolfgang; Neidhöfer, Herbert; Ternes, Bernd (Hrsg.):

Die unsichtbare Macht: neun Studien zu Liberalismus - Kapitalismus, Geesthacht: sine causa Verl. 2005, 284 S., ISBN: 3-9810325-0-0 (Standort: SB München(12)-2005.47860)

INHALT: "Die Beiträge dieses Buches sind zu verschiedenen Zeiten entstanden, ohne daß sie deshalb an Aktualität verloren haben. Denn ihre Aktualität ist von anderer Art als die Aktualität, die der Informationsverarbeitung nach dem Modus des herrschenden Verwertungsinteresses folgt. Die Medienexperten lassen das Zeitalter der Vermittlungen über einen Multiplikator, mit der sogenannten Gutenberg-Galaxis beginnen. Kein historisches Ereignis entkommt seither gänzlich dem Verdacht, in Wahrheit Medienereignis, eine sekundäre Inszenierung, ein Machwerk der Presse zu sein. Die Aura Martin Luthers scheint die Aura des Apostels Paulus wiederaufzunehmen, die Ambitionen des Generals Napoleon, das Flair der römischen Konsuln oder Imperatoren. Das Geschlecht der Vermittler - das dritte Geschlecht neben Adel und Klerus - hat definitiv die Herrschaft angetreten, und so versteht es sich eigentlich von selbst, daß die alte ehrwürdige *consecutio temporum* außer Kraft gesetzt werden musste zugunsten des laufenden Bands immerwährender Gegenwart. Diese Gegenwart zehrt von Mediatisierungen, vom remake der Problemlagen, die sich nur deshalb immer wieder aktualisieren lassen, weil sie auf den Momentanismus einer *actualitas* beschränkt sind, die im nächsten Augenblick schon wieder abgelöst wird, weil sie nicht von den Problemlagen, sondern vom Verwertungsinteresse gesteuert wird. Der rote Faden, der sich durch das Buch zieht, sucht diese Problemlagen daher sukzessive wieder aufzugreifen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Jacques Poulain: Gesellschaftlicher Autismus: Das Experiment des fortgeschrittenen Kapitalismus (13-55); Slavoj Žižek: Cyberspace or the desublimated Neighbor (56-95); Ilja Sribar: Die Unwissensgesellschaft: Moderne nach dem Verlust von Alternativen (96-114); Eske Bockelmann: Die Synthesis am Geld: Natur der Neuzeit (117-156); Jochen Hörisch: 'Aus der Ferne quälen': Der Beziehungswahn des Geldes (157-171); Wolfgang Kaempfer: Temporalherrschaft: Zur Geschichte des Liberalismus - Kapitalismus (172-201); Endre Kiss: Über die verdoppelte Hegemonie in der Philosophie Zur Symmetrie von Neopositivismus/Liberalismus und Postmoderne (205-217); Bernd Ternes: Idiosynkrasien: Abwehr oder Folge zivilisatorischer Dehumanisierung? (218-256); Dietmar Kamper: Das Imaginäre und das Monströse: Der Gang der Macht durch die Geschichte (257-279).

[25-L] Kohler, Georg:

Hobbes und das 21. Jahrhundert: zum Problem des Politischen Realismus, in: Emil Angehrn, Bernard Baertschi (Hrsg.): *Studia Philosophica* : Jahrbuch der Schweizerischen Philosophischen Gesellschaft, Vol. 64/2005, Globale Gerechtigkeit und Weltordnung, Basel: Schwabe, 2005, S. 159-178, ISBN: 3-7965-2159-2 (Standort: UB Bonn(5)-Z4884)

INHALT: Der Beginn des 21. Jahrhunderts datiert auf den 9. November 1989 und den 11. September 2001. Das erste Datum markiert den Beginn der zweiten europäischen Revolution, die freie Marktwirtschaft, Entmilitarisierung und pluralistische Demokratie an die Stelle von Wettrüsten und sowjetischem Staatssozialismus setzte. Das zweite Datum erinnert an die Verwundbarkeit technologisch fortgeschrittener Wohlstandsgesellschaften und den Graben zwischen dem sogenannten "Westen" auf der einen und Not, Hass und Gewaltbereitschaft in

jenem Teil der Welt auf der anderen Seite, der spätestens seit dem Ende des Kalten Krieges von den Prozessen der Moderne eingeholt worden ist. Das erste Datum kann als "historisches Zeichen" im Sinne der Kantschen Hoffnung auf Legalität und friedlichen Kosmopolitismus gelesen werden, das zweite als vollständige Negation solcher Vorstellungen. Wer - wie der Amerikaner Robert Kagan - Kant kritisch sieht und gegen das Verbot von Kriegen argumentiert, wie es sich im Völkerrecht und in der europäischen Weigerung, "Weltordnungskriege" zu führen, widerspiegelt, bezieht sich gerne auf Hobbes' Naturzustand. Genauer betrachtet zeigt sich jedoch, dass die Alternative "Hobbes vs. Kant" in die Irre führt und dass politischer Realismus und Kantsche Weltinnenpolitik keine Gegensätze sind. Dies ist die Lehre aus dem Beispiel Irak. (ICEÜbers)

[26-L] Lüddecke, Dirk:

Staat - Mythos - Politik: Überlegungen zum politischen Denken bei Ernst Cassirer, (Spektrum Politikwissenschaft, Bd. 22), Würzburg: Ergon Verl. 2003, 440 S., ISBN: 3-89913-270-X (Standort: UB Bonn(5)-2005-5178)

INHALT: Den philosophisch-historischen Leitfaden der vorliegenden Studie bildet Ernst Cassirers letztes Werk, das dem politischen Denken gewidmet ist: "Der Mythos des Staates". Dieses Werk, das im amerikanischen Exil entstanden ist, untersucht nicht nur aus kulturphilosophischer Perspektive die Entstehungsbedingungen und Ausdrucksformen totalitärer Herrschaft als Technik der modernen politischen Mythen, sondern es deutet auch die Geschichte des politischen Denkens an wichtigen Wegmarken als eine Auseinandersetzung mit mythischem Denken in seiner Relevanz für politisches Handeln und das philosophische Verständnis von Politik. Zu diesen Wegmarken gehören für Cassirer vor allem Plato und Augustinus, Thomas von Aquin und Machiavelli, die Philosophie der Aufklärung und die Romantik. Die vorliegende Studie trifft eine begrenzte Auswahl und arbeitet mit Plato und der Philosophie der Aufklärung die für Cassirer wichtigsten Stationen heraus. Indem sie dem Mythos des Staates folgt, besitzt sie eine zweifache Blickrichtung: Zum einen werden Cassirers Ausführungen in Bezug auf den Mythos des Staates bzw. auf die mythischen Elemente im politischen Denken und Handeln betrachtet. Zum anderen wird zugleich ein Blick voraus auf das geworfen, was man komplementär zum Mythos des Staates dessen "Logos" nennen könnte. Hierbei werden die Konturen einer Rechts- und Staatsphilosophie der symbolischen Formen aufgezeigt, wie sie im Denken Ernst Cassirers präfiguriert sind. (ICI2)

[27-L] Luutz, Wolfgang:

Der Gerechtigkeit einen 'Ort geben': zum Platz räumlicher Grenzziehungen in Walzers Konzept einer gerechten Gesellschaft, in: Analyse und Kritik : Zeitschrift für Sozialtheorie, Jg. 27/2005, H. 2, S. 274-287

(URL: http://www.analyse-und-kritik.net/webstore/selection/2005_2/wolfgang_luutz.htm)

INHALT: Der Verfasser vertritt die Ansicht, dass Walzers Konzept der Existenz von Sphären der Gerechtigkeit sozialräumliche und territoriale Differenzierungen zur Voraussetzung hat. Walzer selbst analysiert verschiedene sozial abgegrenzte Distributionsorte wie Märkte (Wirtschaft) oder Schule (Bildung). Der Verfasser konzentriert sich hier auf das Problem der Verteilung politischer Mitgliedschaft und stellt die These auf, dass sich Walzers Ansatz nicht verstehen lässt, ohne dessen Konzept des konkret abgegrenzten Raumes zu bedenken. Nach

Walzer bedarf Verteilungsgerechtigkeit des nationalstaatlichen Rahmens, das heißt aber nicht unbedingt eines zentralisierten, ethnisch homogenen Nationalstaats. Zu den Verdiensten der Gerechtigkeitstheorie Walzers zählt es, die Aufmerksamkeit auf den Wert des Lokalen zu lenken. (ICEÜbers)

[28-L] Meyer, Thomas:

Theorie der Sozialen Demokratie, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2005, 685 S., ISBN: 3-531-14612-2

INHALT: Ziel des Buches ist es, eine umfassende Darstellung und Begründung des Geltungsanspruches sozialer Demokratie vorzulegen. Diese Veröffentlichung darf als Beitrag zur sozialdemokratischen Programmdebatte verstanden werden. Das Buch gliedert sich in zwei Teile: Zunächst erfolgt eine normative Grundlegung der sozialen Demokratie, die im zweiten Teil mit empirisch belegten Ordnungsvorstellungen in ihren institutionellen Auswirkungen dargelegt wird. Die grundlegende Annahme der Theorie der sozialen Demokratie ist, dass sich unter den übergreifenden Prinzipien liberaler Demokratie zwei verschiedene Typen herausgebildet haben: libertäre und soziale Demokratie. Hier gilt es, die Vorzugswürdigkeit der sozialen Demokratie gegenüber der auf Markt- und Eigentumsfreiheit fixierten libertären Demokratie zu erweisen. Der Freiheitsbegriff der sozialen Demokratie zielt so auf die Gleichrangigkeit von positiver und negativer Freiheit. Zentraler Anknüpfungspunkt der Theorie ist die Lehre vom sozialen Rechtsstaat in der Tradition Hermann Hellers. Sie nimmt ihren Ausgangspunkt in der Erweiterung liberalen Rechtsstaatsdenkens, im Blick über den Horizont formaler Rechtsgeltung hin auf die Realwirkung universeller Grundrechte. (ZPol, VS)

[29-F] Müller, Markus M., Dr.phil. (Bearbeitung); Sturm, Roland, Prof.Dr. (Betreuung):

Freiheit gegen Sicherheit. Der Wandel der Freiheitsrechte in modernen Demokratien (Arbeitstitel)

INHALT: Entwicklungszyklen der Freiheitsrechte in (westlichen) Demokratien analysieren; Unterschiede/ Gemeinsamkeiten im Vergleich identifizieren; Zusammenhang von Sicherheitspolitik und Freiheitsrecht verdeutlichen. *ZEITRAUM:* ca. ab 1865 (USA) bzw. 1949 (Bundesrepublik Deutschland) *GEOGRAPHISCHER RAUM:* USA, Bundesrepublik Deutschland, UK

METHODE: Policy-Ansätze im Bereich der vergleichenden Politikwissenschaft weiterentwickeln.

ART: Habilitation *BEGINN:* 2004-01 *ENDE:* 2007-06 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Wissenschaftler

INSTITUTION: Universität Erlangen-Nürnberg, Philosophische Fakultät 01, Institut für Politische Wissenschaft (Kochstr. 4, 91054 Erlangen)

KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: markus.mueller@wm.bwl.de)

[30-L] Nida-Rümelin, Julian:

Eine Verteidigung von Freiheit und Gleichheit, in: Zeitschrift für Politik : Organ der Hochschule für Politik München, N. F., Jg. 53/2006, H. 1, S. 3-25 (Standort: USB Köln(38)-Fa00283; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Das normative Postulat der Gleichheit aller Bürger ist nicht nur in der politischen Praxis, sondern auch in der politischen Theorie umstritten. Seit einigen Jahren wird dieses Postulat nicht nur von den Libertären herausgefordert, die meinen, recht verstandene Freiheit sei mit jeder Gleichheit, die über rechtliche Gleichstellung hinausgehe, unvereinbar, sondern auch von Seiten der so genannten Non-Egalitären, die der Gleichheit keinen intrinsischen Wert beimessen und meinen, das, was das Gleichheitspostulat attraktiv mache, sei in anderen normativen Kriterien wie Suffizienz oder Inklusion besser aufgehoben. Dieser Artikel verteidigt die Gleichheit, allerdings eine solche, deren normativer Kern in gleicher individueller Freiheit besteht. Er verteidigt eine spezifische Verbindung von Freiheit und Gleichheit gegen die Libertären (II) und die Kommunisten (III), vor allem aber gegen die neuen Non-Egalitarier (IV); er erläutert den intrinsischen Wert der Gleichheit (V) und der Freiheit (VI), entwickelt ein deontologisches Verständnis von Freiheit und Gleichheit (VII) und endet mit einigen Bemerkungen zur notwendigen Balance zwischen Freiheit und Gleichheit (VIII)." (Autorenreferat)

[31-L] Niederberger, Andreas:

Aufteilung(en) unter Gleichen: zur Theorie der demokratischen Konstitution der Welt bei Jacques Rancière, in: Oliver Flügel, Reinhard Heil, Andreas Hetzel (Hrsg.): Die Rückkehr des Politischen : Demokratietheorien heute, Darmstadt: Wissenschaftl. Buchges., 2004, S. 129-145, ISBN: 3-534-17435-6

INHALT: Jacques Rancieres wissenschaftliche Karriere beginnt 1965 mit der Publikation des Bandes "Lire le Capital", in dem Louis Althusser die wichtigsten Beiträge zu seinen Seminaren zu Marx an der Ecole Normale Superieure versammelt. Nach dem Mai 68 distanziert sich Ranciere jedoch zunehmend von Althusser und kritisiert dessen Enthistorisierung des Ideologiebegriffs sowie die distanzierte Attitüde des "akademischen Marxisten" gegenüber den faktischen politischen Auseinandersetzungen. Aus dieser Kritik gegenüber der Haltung des Wissenschaftlers sowie der reduktionistischen Praxis der politischen Philosophie wird ersichtlich, dass für Ranciere Theorien abzulehnen sind, die meinen, sich über diejenigen erheben zu können, die ihren Gegenstand bzw. ihre Adressaten bilden. Ranciere ist daher einer der wenigen Philosophen, der sich mit seinen Untersuchungen zur Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert wirklich der Herausforderung durch die Cultural Studies gestellt hat. Der Beitrag zeigt auch weiterhin, dass Ranciere auch deren methodologische Forderung nach einer demokratischen Gesellschaftstheorie aufnimmt, d.h. nach einer solchen Theorie, die ihre Gesprächspartner in den Feldern, die sie untersucht, in ihrem Selbstverständnis und in ihren Selbstbeschreibungen ernst nimmt. Kritisch wird angemerkt, dass die Verurteilung der politischen Philosophie in dieser Opposition zu einfach ausfällt, da die gegenwärtige politische Philosophie zumindest partiell den distanzierten Standpunkt des Experten verlässt und sich als - reflexiver - Teil einer historischen Praxis versteht. (ICA2)

[32-L] Obermaier, Ralph:

Dreidimensionale Freiheit: zum Freiheitsbegriff bei Theodor W. Adorno und Cornelius Castoriadis, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie : Zweimonatsschrift der internationalen philosophischen Forschung, Jg. 53/2005, H. 6, S. 871-889 (Standort: USB Köln(38)FHM BP1740; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Im Rahmen des politischen Liberalismus als der vorherrschenden Philosophie pluralistischer Gesellschaften dominiert ein negativer Freiheitsbegriff. In freien Gesellschaften werden Lebensformen oder Wertvorstellungen danach bis auf einige Grundregeln nicht politisch vorgeschrieben, definiert oder begrenzt. Der oder die Einzelne ist dann frei, sich in Lebensformen zu bewegen oder zu verharren, die von einem Standpunkt stärker positiv definierter Freiheit aus als fremdbestimmt und unfrei gelten können. Der vorliegende Beitrag versucht zu zeigen, dass die rein negative Definition von Freiheit zur "Bestimmung eines frei gelebten Lebens" unzureichend ist. Dies geschieht im Rückgriff auf die Philosophien von Theodor W. Adorno und Cornelius Castoriadis, die beide einen Beitrag zur genaueren Bestimmung einer Ethik des freien Lebens geleistet haben. Beide Autoren gehen in ihrer Bestimmung individueller Freiheit weit über eine rein negative Definition hinaus und entwickeln mehrere Dimensionen der positiven Beschreibung einer befreiten Subjektivität. Dabei denken beide individuelle Freiheit zwar als bedingt durch den gesellschaftlichen Kontext, jedoch nicht als ein Aufgehen individueller Freiheit in der Freiheit einer höheren kollektiven Entität. Es geht ihnen originär um individuelle Freiheit. (ICA2)

[33-L] Peters, Klaus:

Widerstandsrecht und humanitäre Intervention, (Osnabrücker Rechtswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 61), Köln: Heymanns 2005, XI, 340 S., ISBN: 3-452-26066-6 (Standort: UB Bonn(5)-2005-6049)

INHALT: Die im ersten Teil der Arbeit untersuchten staatsphilosophischen Widerstandslehren nähern sich dem Problem des Widerstandsrechts ausgehend von der jeweiligen Staatstheorie. Neben antiken und mittelalterlichen Widerstandslehren wird das Widerstandsrecht bei Thomas Hobbes, John Locke, Jean-Jacques Rousseau und Immanuel Kant behandelt. Überdies geht der Verfasser auf die Widerstandslehre in Deutschland nach dem Ende des Dritten Reiches ein. Wie das Widerstandsrecht in der konkreten staatlichen Wirklichkeit behandelt und gehandhabt wird, ist Gegenstand des zweiten Teils. Als Beispiele dienen hier das vorneuzeitliche England, die Französische Revolution und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Im dritten Teil der Untersuchung werden Aspekte behandelt, die über die rein innerstaatliche Bedeutung des Widerstandsrechts hinausgehen: das humanitäre Interventionsrecht. Hierunter ist der militärische Einsatz einzelner Staaten oder einer Gruppe Alliierten in einem anderen Staat zu verstehen, in dem eine "unmenschliche" Lage beendet werden soll (Völkermord, Massenvertreibung). Abschließend wird die Diskussion um das Widerstandsrecht mit der Frage der humanitären Intervention zusammengeführt. (ICE)

[34-L] Pfahl-Traugber, Armin:

Klassische Totalitarismuskonzepte auf dem Prüfstand - Darstellung und Kritik der Ansätze von Arendt, Friedrich, Popper und Voegelin, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D) : 16. Jahrgang 2004, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 31-58, ISBN: 3-8329-0996-6

INHALT: Der Verfasser unterzieht vier klassische Totalitarismuskonzepte einer Analyse unter sechs Leitfragen: (1) Wo liegt der Ausgangspunkt in Bezug auf Grundposition oder Erkenntnisinteresse? (2) Was sind die wichtigsten Auffassungen und Positionen? (3) Wie sind Erkenntnisgewinn und Leistung des Ansatzes zu bewerten? (4) Ist der Ansatz methodisch

schlüssig und inhaltlich stringent? (5) Wie angemessen sind die theoretischen Konzepte in Bezug auf die untersuchten politischen Systeme? (6) Welchen analytischen Wert hat der Ansatz für die Erklärung von Entstehung und Entwicklung totalitärer Systeme? Der Verfasser stellt die einzelnen Ansätze jeweils vor und unterzieht sie dann einer kritischen Bewertung. Untersucht werden der sozialreligiöse Ansatz von Eric Voegelin, der ideologiestrukturelle Ansatz von Karl Popper, der geschichtsphilosophische Ansatz Hannah Arendts sowie der herrschaftsstrukturelle Ansatz von Carl Friedrich. Keiner der Ansätze, so das Fazit des Verfassers, kann in Hinblick auf argumentative Begründungsstruktur und empirischen Gehalt völlig überzeugen. (ICE2)

[35-L] Richter, Norbert Axel:

Grenzen der Ordnung: Bausteine einer Philosophie des politischen Handelns nach Plessner und Foucault. (Campus Forschung, Bd. 889), Frankfurt am Main: Campus Verl. 2005, 250 S., ISBN: 3-593-37878-7 (Standort: UB Bonn(5)-2005-9572)

INHALT: Der Autor behandelt Carl Schmitts und Jürgen Habermas' Theorien zum Verhältnis von politischem Handeln und politischer Ordnung und setzt sie in Beziehung zu Foucaults Analytik der Macht und Plessners politischer Anthropologie. Daraus entwickelt er ein Konzept des erfindungsreichen politischen Konflikthandelns, in dem er ein gewaltminderndes Potential sieht. Aus dem Inhalt: 1. Antagonismus und Ordnungsstiftung: Carl Schmitt; 2. Kommunikatives Handeln und demokratischer Rechtsstaat: Jürgen Habermas; 3. Analytik von Machtbeziehungen: Michel Foucault; 4. Philosophische Anthropologie des Politischen: Helmuth Plessner; 5. Artikulation und politisches Handeln. (FR2)

[36-F] Riescher, Gisela, Prof.Dr. (Leitung):

Monarchie als Staatsform - Ideengeschichtliche und vergleichende Analysen

INHALT: Ideengeschichtlich lassen sich aus den Staatsphilosophien von der Antike bis zur Gegenwart verschiedene Denkfiguren herausarbeiten, welche die Monarchie als politische Ordnungsform legitimieren, sie problematisieren oder aber ihre Abschaffung begründen. Mit dem Monarchiediskurs verbinden sich die entscheidenden Fortschritte der politischen Theorieentwicklung, wie zum Beispiel Theorien der Repräsentation oder der Gewaltenteilung, des liberalen Rechtsstaates und der Volkssouveränität. Das Projekt will an entscheidenden historischen Schnittstellen die ideengeschichtlichen Diskurse analysieren und dabei die faktische und symbolische Bedeutungszuschreibung der Monarchie, ihre politische Machtbasis und den politisch-theoretischen Legitimationsdiskurs von der Antike bis zur Gegenwart herausarbeiten.

ART: keine Angabe *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Freiburg, Philosophische Fakultät, Seminar für Wissenschaftliche Politik Lehrstuhl für Wissenschaftliche Politik, insb. Politische Theorie (Rempartstr. 15, 79 085 Freiburg im Breisgau)

KONTAKT: Institution (Tel. 0761-203-3469, e-mail: info@politik.uni-freiburg.de)

[37-L] Roemheld, Lutz (Hrsg.):

Erinnerung an P.-J. Proudhon: zur Aktualität seines Denkens für die Zukunft der Sozialdemokratie, (Politik : Forschung und Wissenschaft, 15), Münster: Lit Verl. 2004, 291 S., ISBN: 3-8258-8292-6

INHALT: 'Eigentum ist Diebstahl' - ist außer dieser berühmt-berüchtigten Formel noch etwas von Proudhon in Erinnerung geblieben? Tatsächlich ist der frühsozialistische französische Gesellschaftstheoretiker des 19. Jahrhunderts und zeitweilige Abgeordnete der Nationalversammlung fast in Vergessenheit geraten. Neben Marx und dessen revolutionären Ideen war für ihn, der auch in Fragen der Produktionsverhältnisse auf einen kritischen Dialog aller Beteiligten setzte, kein Platz. Nach dem praktischen Scheitern des auf dem Marxismus basierenden Sozialismus wollen Herausgeber und Autoren mit Proudhon den Vertreter einer libertärsozialistischen Idee vorstellen, der gleichwohl zu den geistigen Vätern des Sozialismus und der Sozialdemokratie zu zählen ist. Aus seinen Schriften seien vielleicht auch heute noch Orientierungshilfen für eine moderne linke Politik zu entnehmen, so Roemheld. Gemeint ist damit sicher nicht Proudhons überaus frauenfeindliche Haltung, die in diesem Band nicht unterschlagen wird. Diese sei durchaus geeignet, dessen gesamtes Werk in Misskredit zu bringen, schreibt Jürgen Bozsoki. Vorgestellt werden aber auch andere Aspekte seines Lebens und Werkes, vor allem die ökonomischen Überlegungen. Diese werden entsprechend ihrer Entstehungsgeschichte in Auseinandersetzung mit den Schriften von Marx analysiert, sodass die gesellschaftstheoretischen Debatten des 19. Jahrhunderts auszugsweise sichtbar werden. Aus dem Inhaltsverzeichnis: I. Vergessen? - Erinnern! Oder: Annäherung an einen Unbekannten: Lutz Roemheld: Warum noch an Proudhon erinnern? - zu einer vielleicht (nicht?) unzeitgemäßen Frage (5-11); Jürgen Bozsoki: Proudhon - Der 'vergessene' Ökonom: Widersprüche, Auseinandersetzungen, Missverständnisse und der Aktualitätsbezug seiner Lehre für die Linke (12-22); II. Politik: Lutz Roemheld: Pierre-Joseph Proudhon - philosophisch-politische Perspektiven für Europa (23-66); Lutz Roemheld: Proudhon - ein Föderalist (67-78); Lutz Roemheld: Proudhons politisches Föderalismuskonzept (79-89); Lutz Roemheld: 'Antagonismus' als zentrale Kategorie der Völkerrechtslehre Pierre-Joseph Proudhons (90-111); Lutz Roemheld: Zu Proudhons Friedens- und Konflikttheorie (112-140); III. Wirtschaft: Gerhard Senft: Wirtschaft - Macht - Ungleichheit: Zum Stellenwert der Kapitalismuskritik Pierre-Joseph Proudhons in der Theoriegeschichte der Nationalökonomie (141-165); Thierry Menuelle: Die tatsächliche Wirtschaft, oder: Wie die politische Ökonomie zu revolutionieren ist (166-198); Myriam Geay: Proudhon und der internationale Handel, oder: Wie den gesellschaftlichen Fortschritt internationalisieren? (199-221); Bernard Voyenne: Streiks und Klassenkonflikte - die Sicht Proudhons (222-232); IV.: Gesellschaft Marie-Francoise Levy: Proudhons Auffassung von Frau und Ehe (233-242); Lutz Roemheld: Vom Herrschaftsinstrument zum sozialgebundenen Produktiveigentum (243-256); Lutz Roemheld: Proudhons Gedanken über Arbeit im 19. Jahrhundert - zur Frage ihrer Bedeutung im 21. Jahrhundert (257-268); Lutz Roemheld: Bemerkungen zur 'Philosophie des Elends' - zur wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Relevanz des 'System der ökonomischen Widersprüche' (269-278). (ZPol, VS)

[38-L] Saage, Richard:

Demokratiethorien: historischer Prozess, theoretische Entwicklung, soziotechnische Bedingungen ; eine Einführung, (Grundwissen Politik, Bd. 37), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2005, 325 S., ISBN: 3-531-14722-6 (Standort: UB Bonn(5)-2005-9242)

INHALT: "Dieser Band stellt die Entwicklung der Demokratie und der Demokratietheorien von der Antike bis zur Gegenwart dar. Er erläutert die Veränderungen des Demokratiebegriffs und der wissenschaftlichen Diskussion über die Herrschaftsform und erklärt den Übergang von der alten, auf die Selbstbestimmung des Volkes abzielenden (direkten) Demokratie zur reduzierten Demokratie als Methode der Generierung staatlicher Normen und effizienter Elitenrekrutierung, wie sie sich in der Folge von Kontroversen und politischen Kämpfen herausgebildet hat. Insofern werden auch Kritiker und Gegner der Demokratie berücksichtigt, die durch ihre Argumente die Weiterentwicklung von Demokratietheorien angestoßen haben. Die wissenschaftlichen Debatten interpretiert der Autor als Reflexionen von Konflikten und Legitimationsproblemen bestehender Herrschaftsordnungen, die, auch abhängig vom jeweils erreichten Stand der wissenschaftlich-technischen Entwicklung, wiederum durch ökonomische und soziale Krisen verursacht wurden. Der Autor stellt also Ideengeschichte nicht als reine Geschichte von Theorien dar, sondern ordnet Ideen in den Kontext von sozialstrukturellen und politischen Entwicklungen ein. Die Leser können mit diesem Text nicht nur einen Einblick in die Demokratietheorien gewinnen, sie lernen auch, wie die Geschichte politischer Ideen studiert werden sollte." (Autorenreferat)

[39-L] Scherschel, Karin:

Rassismus als flexible symbolische Ressource: eine Studie über rassistische Argumentationsfiguren, (Kultur und soziale Praxis), Bielefeld: transcript Verl. 2006, 251 S., ISBN: 3-89942-290-2

INHALT: "Rassismus in der Mitte der Gesellschaft kann weder durch die herkömmlichen Analysen zu Jugendgewalt und individuumszentrierte Deutungen noch durch ein Rassismusverständnis, das sich definitorisch am deutschen Nationalsozialismus orientiert, hinreichend verstanden werden. Die Autorin untersucht ihn dagegen als gesamtgesellschaftliches und in seinen Erscheinungsformen variables Phänomen. Die Studie verbindet Rassismuskonzepte (Hall, Miles, Balibar) mit Bourdieus Theorie sozialer Ungleichheit zu einem Analysemodell des Rassismus als flexibler symbolischer Ressource. Der empirische Teil zeigt an Gruppendiskussionen mit Akademikern und Facharbeitern, wie diese Ressource in Form spezifischer Argumentationsfiguren kommuniziert wird." (Autorenreferat)

[40-L] Schlüter-Knauer, Carsten:

Ein postmodernes Konzept politischer Gemeinschaft, in: Rolf Fechner, Lars Clausen, Arno Bammé (Hrsg.): Öffentliche Meinung zwischen neuer Wissenschaft und neuer Religion : Ferdinand Tönnies' "Kritik der öffentlichen Meinung" in der internationalen Diskussion, München: Profil-Verl., 2005, S. 123-145, ISBN: 3-98019-590-3 (Standort: UuStB Köln(38)-32A5923)

INHALT: Der Beitrag entwickelt ein postmodernes Konzept politischer Gemeinschaft zur Untersuchung der politischen Situation kleiner politischer Körper, das sich insbesondere an den Ausführungen von F. Tönnies ('Gemeinschaft und Gesellschaft') und der antiken Philosophie orientiert. Als Fallbeispiel dienen Dänemark und seine aktuellen Regierungsparteien (Venstre/Konservative) mit ihrer xenophoben rechtspopulistischen Stützpartei Dansk Folkeparti. In einem ersten Schritt werden zunächst zwei Typen der Politik der Freundschaft unterschieden: Typ 1 entspricht eher einer vernünftigen Gemeinschaft des Geistes bis hin zum Bewusstseinsgrad der Orientierung des Verhaltens am kategorischen Imperativ des Gewissens. Typ 2

bietet ein reaktives Modell für den Ausschluss 'Fremder' vom Sozialstaat und für Orientierungen, die auf die Dynamik der Vermischung von Lebensweisen und die Penetration von Weltdeutungen mit Substantialisierung antworten sowie auch im handfesten Sinn nationale Grenzen in der Funktion von Abschottungsinstrumenten gegen Migration und Akkulturation rekonstruieren wollen. Mittels dieser Unterscheidung werden im zweiten Schritt die Politiken der Freundschaft in Dänemark beschrieben. Zur vertiefenden Veranschaulichung dieser Differenzierung folgt im dritten Schritt die Beschreibung der starken Gemeinschaftsresiduen und historischen Wurzeln der politischen Gemeinschaft in Dänemark. Im Anschluss wird Dänemark hinsichtlich der Tönniesschen Aspekte (1) der gemeinschaftlichen Gemeinschaft, (2) der Gegenüberstellung von Gemeinschaft und Gesellschaft sowie (3) der Kritik der Gemeinschaft und der Gemeinschaftskritik interpretiert. In einer Schlussfolgerung stellt der Autor fest, dass die Gemeinschaft Dänemarks auch heute insgesamt perspektivisch stark differenziert und keineswegs einfach diejenige des exklusiven Blutes ist, welche die politische Rechte als ethnische Gemeinschaft erfolgreich hochideologisch beansprucht. Es gibt hingegen eine ältere partiell widerstrebende, koexistente dänische geistige Gemeinschaft in Gesellschaft, die der europäischen Moderne zugehört und die dem Sieg der Fremdenfeindlichkeit vorangeht. (ICG2)

[41-L] Schmalz-Bruns, Rainer:

Demokratie im Prozess der Globalisierung: Herausforderungen und Perspektiven normativer politischer Theorie, in: Tanja Hitzel-Cassagnes, Thomas Schmidt (Hrsg.): Demokratie in Europa und europäische Demokratien : Festschrift für Heidrun Abromeit, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 207-223, ISBN: 3-531-14128-7 (Standort: UB Münster Zweigbibl. Sozialwiss.(6A)-MB1200/189A)

INHALT: Die Sorge um die Zukunft der Demokratie jenseits des Nationalstaats aufgreifend fragt der Verfasser, unter welchen Bedingungen die Globalisierung als demokratische Chance begriffen werden kann. Er unterstreicht die Notwendigkeit, den Prozess der politischen Denationalisierung demokratisch zu domestizieren, und verweist auf Quellen normativer Orientierung, die mit den Strukturbedingungen der Denationalisierung kompatibel sind. Die Frage nach dem zu Grunde zu legenden Modell der Demokratie wird im Folgenden auf zwei Wegen beantwortet, zum einen durch die Frage nach den strukturellen und institutionellen Bedingungen, unter denen sich die Quellen reproduzieren lassen, aus denen sich die Idee normativer Verpflichtung speist, zum anderen über funktionale Erwägungen, die in den besonderen Bedingungen der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung jenseits des Staates ihren Ausgangspunkt nehmen und deliberativ vermittelte Formen favorisieren. Abschließend greift der Verfasser die Frage nach unterschiedlichen Formen der reflexiven Selbsteinwirkung auf, wobei wiederum zwei alternative Zugänge unterschieden werden: die Frage nach der Konstitutionalisierung transnationaler Politik und die Frage der Rechtfertigung von Formen hierarchischer Selbsteinwirkung, wie sie traditionell in Gestalt des Staates auftreten. (ICE2)

[42-L] Schmidinger, Heinrich; Sedmak, Clemens (Hrsg.):

Der Mensch - ein zôon politikón?: Gemeinschaft - Öffentlichkeit - Macht, (Topologien des Menschlichen, Bd. 3), Darmstadt: Wissenschaftl. Buchges. 2006, 256 S., ISBN: 3-534-17503-4 (Standort: USB Köln(38)-32A8954)

INHALT: "Die Grundfragender Philosophie könne man - so Kant - letztlich in die eine zusammenfassen: Was ist der Mensch? Diese Frage kann heute gar nicht angemessen gestellt werden ohne die gründliche Aufarbeitung der Ergebnisse der Human- und Naturwissenschaften. Die Reihe 'Topologien des Menschlichen' hat es sich zur Aufgabe gestellt, in insgesamt sieben Bänden das heute verfügbare Wissen über den Menschen zusammenzuführen, die unterschiedlichen einzelwissenschaftlichen Disziplinen miteinander ins Gespräch zu bringen und so den Boden zu bereiten für eine philosophische Reflexion über den Menschen. Der dritte Band beschäftigt sich mit dem Menschen als einem politischen und sozialen Wesen. Aristoteles beschrieb ihn bekanntermaßen als 'zoon politikon', dem das Bilden von Gemeinschaften, mithin von Städten und Staaten, in die Wiege gelegt sei. Wie werden die Voraussetzungen des Menschen heute diskutiert? Wie gesellschaftsfähig oder -bedürftig ist der Mensch unter den Bedingungen der Moderne und was hat die philosophische Tradition dazu zu sagen? Gerade die Frage nach der politischen und sozialen Grundstruktur des Menschlichen erweist sich unter den aktuellen Bedingungen wachsender zwischenmenschlicher Bedrohungspotentiale als besonders wichtig." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Heinrich Schmidinger: Der Mensch ist ein politisches Lebewesen - Erinnerung an die Geschichte einer Definition (7-19); Clemens Sedmak: Einleitung (21-23); Christian Meier: Polis und Staat. Zwei Ausprägungen des Politischen und die Frage nach seiner Zukunft (25-46); Sonja Puntcher Riekmann: Weder Tier noch Gott. Über die Unaufhebbarkeit des Politischen (47-70); Andreas Paul: Von der Natur der menschlichen Geselligkeit (71-84); Tobias Werler: Zwischen Bildsamkeit und Bestimmung. Pädagogische Dimensionen des zoon politikon (85-98); Clemens Sedmak: Einleitung (99-101); Michael Fischer: Die Rolle der Natur bei der Konstruktion des zōon politikón (103-112); Hans Jürgen Schlösser: Ausgewählte Menschenbilder der Wirtschaftswissenschaft (113-126); Hartmut Zinser: Zwischen Heils- und Rechtsgemeinschaft: Das zoon politikon aus religionswissenschaftlicher Perspektive (127-141); Gerhard Medicus: 'zōon politikón', biopsychische Aspekte (143-152); Clemens Sedmak: Einleitung (153-154); Gerhard Göhler: Entstehung und Wandel politischer Institutionen (155-174); Romy Fröhlich: Das zoon politikon als 'homo medialis'? Probleme und Defizite des gesellschaftlichen Diskurses über Medienwirkungen und Menschenbild (175-188); Bob Jessop: Political ontology, political theory, political philosophy, and the ironic contingencies of political life (189-208); Clemens Sedmak: Einleitung (209-210); Mario von Cranach: Macht als soziales und gesellschaftliches Phänomen (211-222); Martin Hoch: Krieg als historisches und anthropologisches Phänomen (223-241); Peter Perenthaler: Krieg und Recht. Die Entwicklung des humanitären Kriegsrechts im 19. Jahrhundert (243-254).

[43-L] Schönherr-Mann, Hans-Martin:

Von der sozialen Ungleichheit zum übergreifenden Konsens: der Wandel der politischen Ethik im Denken von John Rawls, in: *Ethica : Wissenschaft und Verantwortung*, Jg. 14/2006, H. 1, S. 35-58

INHALT: "Im Denken von John Rawls findet eine den Umständen der Zeit entsprechende Wende statt. Nachdem er sich in seinem frühen Hauptwerk vor dem Hintergrund linker Kritik aus den sechziger Jahren um die Frage der sozialen Gerechtigkeit bemüht, steht in seinen späteren Schriften am Ende des Jahrhunderts die Frage des sozialen Pluralismus und der konkurrierenden Weltanschauungen im Vordergrund. Jetzt steht die Suche nach Grundprinzipien des politisch sozialen Feldes im Dienst der Konstruktion eines übergreifenden Konsenses, der die Frage nach dem Guten privatisiert und nur Fragen nach Prinzipien der Gerechtigkeit hinsicht-

lich der Grundstruktur zulässt, um zu einer Kooperation vernünftiger Weltanschauungen zu gelangen." (Autorenreferat)

[44-L] Seubert, Sandra:

Legitimität und Rationalität: Spannungen in der Demokratietheorie, in: Anna Geis, David Strecker (Hrsg.): Blockaden staatlicher Politik : sozialwissenschaftliche Analysen im Anschluss an Claus Offe, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2005, S. 142-154, ISBN: 3-593-37586-9 (Standort: UuStB Köln(38)-32A3443)

INHALT: Gegenstand des Beitrags sind die Spannungen zwischen zwei demokratietheoretischen Positionen, der republikanischen und der liberalen. Die Verfasserin setzt sich mit der Frage auseinander, wie demokratische Institutionen so gestaltet werden können, dass nicht nur die Legitimität, sondern auch die Rationalität politischer Willensbildung gefördert würde. Sie diskutiert zunächst Kriterien bürgerschaftlicher Rationalität und erörtert unter Rückgriff auf republikanische Elemente deren demokratietheoretischen Stellenwert. Vor diesem Hintergrund wird die Bedeutung von Institutionen als Kontexten rationaler Selbstbindung problematisiert. Eine Reform dieser Institutionen muss so gestaltet sein, dass sie der gewachsenen Bedeutung der Mikroebene des bürgerschaftlichen Engagements Rechnung trägt, ohne assoziations-theoretischem Optimismus oder elitistischem Pessimismus anheim zu fallen. (ICE2)

[45-L] Shih, Chung-shan:

Gerechtigkeit bei Rawls und Habermas: eine vergleichende Darstellung, Berlin: Wiss. Verl. Berlin 2004, 313 S., ISBN: 3-86573-037-X

INHALT: In seinem Buch vergleicht Shih die beiden großen kantianischen Gerechtigkeitskonzeptionen der Gegenwart. Den Ausgang nimmt seine Untersuchung mit der direkten Auseinandersetzung, die Rawls und Habermas 1995 im 'Journal of Philosophy' miteinander geführt haben. Nachdem beide Theorien so erst einmal ganz grundlegend zueinander in Beziehung gesetzt wurden, widmet sich der Autor jeder von ihnen ausführlich. Die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen dem frühen und dem späten Rawls werden dabei ebenso erläutert, wie die von der Forschung seit vielen Jahren herausgearbeiteten Schwerpunktprobleme (z. B. Utilitarismus, Vier-Stufen-Gang-Theorie, Kantischer Konstruktivismus). Mit ganz ähnlicher Gründlichkeit untersucht Shih dann das gerechtigkeits-theoretische Denken von Habermas. Wiederum verläuft die Analyse eng an den für den jeweiligen Philosophen spezifischen Begriffen und Perspektiven. Im abschließenden Teil werden die Gemeinsamkeiten und Unterschiede beider Konzepte knapp verglichen. Dabei betont Shih die substantialistischen (und nicht nur prozeduralistischen) Momente im Gerechtigkeitskonzept von Habermas sowie das Demokratiedefizit im Konzept von Rawls. Darüber hinaus kritisiert er die unklare Begründungsmethode von Habermas, dessen Kritik an Rawls mit der Beweislast seiner eigenen Begründungsstrategie nicht vereinbar ist. (ZPol, VS)

[46-F] Sigwart, Hans-Jörg, Dr. (Bearbeitung):

Das Problem des Politischen in Kulturphilosophie und philosophischer Hermeneutik im (frühen) 20. Jahrhundert

INHALT: Das Projekt verfolgt zwei grundsätzliche Zielsetzungen. Es soll zum einen versucht werden, einen Beitrag zur politischen Ideengeschichte des frühen 20. Jahrhunderts, insbesondere zur deutschen politisch-theoretischen Debatte in der Weimarer Republik zu leisten. Zum anderen soll dabei auch ein konzeptionell-systematischer Beitrag zur aktuellen theoretischen Debatte um einen 'Begriff des Politischen' als der gegenstandskonstituierenden Fundamentalkategorie politischer Theorie und Wissenschaft allgemein erarbeitet werden. Ausgangspunkt des Arbeitsprojektes ist eine eingehende Betrachtung eines der zentralen Fragen- und Problemkomplexe des philosophischen, geistes- und sozialwissenschaftlichen Diskurses in Deutschland in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Zu den am prominentesten vertretenen Positionen dieses Diskurses gehören die sich auf Wilhelm Dilthey beziehende philosophische Hermeneutik, die insbesondere durch Georg Simmel und Ernst Cassirer, aber auch durch Autoren wie Theodor Litt und Hans Freyer vertretene Kulturphilosophie und - mit beiden eng verknüpft - die im Entstehen begriffene 'verstehende' und 'phänomenologische Soziologie' der Zeit. Dass diese drei grundsätzlichen Positionen und die theoretischen Traditionslinien, die sich von ihnen herleiten, sehr eng miteinander verknüpft sind, zeigt nicht nur die Tatsache, dass einzelne Autoren einmal der einen, das andere Mal vornehmlich der anderen zugeordnet werden. Ihre Nähe zeigt sich auch in inhaltlichen Parallelen. Gemeinsam ist den genannten philosophischen und gesellschaftswissenschaftlichen Entwürfen, dass in ihnen ein bestimmtes Grundproblem bzw. ein bestimmter Phänomenbereich in das Zentrum des Interesses gerückt wird. Die jeweiligen Zentralkategorien der genannten Positionen - die Kategorie des 'objektiven Geistes' im Sinne der philosophischen Hermeneutik, der Begriff der 'Kultur' ebenso wie der Begriff der 'Lebenswelt' und der 'symbolischen Interaktion' als Grundlage eines 'sinnhaften Aufbaus' der sozialen Welt - artikulieren bei aller Verschiedenheit im Einzelnen dasselbe theoretische Grundinteresse. Dieser Theorie- und Problemkomplex soll in dem Forschungsprojekt aus dezidiert politisch-theoretischer und politisch-philosophischer Perspektive betrachtet werden. Die zentralen Fragen, die dabei im Zentrum stehen sollen, sind unter anderem die folgenden: Wie lässt sich Politik/ das Politische aus einer kulturphilosophischen bzw. philosophisch-hermeneutischen Perspektive - etwa als spezifisches Strukturmerkmal oder 'Dimension' der von Menschen 'gemachten' Welt der 'Kultur', oder als spezifischer Modus der Weltgestaltung - verstehen und beschreiben? Wie lässt sich das spezifisch 'politische' eines 'fait culturel' bzw. einer 'geistigen Objektivation' bestimmen? Was ist aus dieser Perspektive betrachtet politisches Handeln und Sprechen? Wie stellt sich vor diesem Hintergrund das Verhältnis von politischer Praxis einerseits und Theorie bzw. Philosophie andererseits dar? *ZEITRAUM:* 20. Jahrhundert, insb. 1918-1933 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Deutschland, Weimarer Republik

ART: Habilitation *BEGINN:* 2005-01 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Erlangen-Nürnberg, Philosophische Fakultät 01, Institut für Politische Wissenschaft Lehrstuhl für Politische Wissenschaft II (Kochstr. 4, 7, 91054 Erlangen)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 09131-85-29239, Fax: 09131-85-22371, e-mail: hgsigwar@phil.uni-erlangen.de)

[47-L] Skirl, Miguel:

Politik - Wesen, Wiederkehr, Entlastung, (Beiträge zur Politischen Wissenschaft, Bd. 138), Berlin: Duncker & Humblot 2005, 358 S., ISBN: 3-428-11500-7 (Standort: UB Bonn(5)-2005/2401)

INHALT: Thema der Untersuchung ist der Nihilismus im Wesen der Politik. Zunächst werden Politikdefinitionen im Umfeld politischer Klassiker expliziert (Bayle, Leibniz, Hobbes, Rousseau, Locke; Nationalismus des 18. Jahrhunderts), während die Durchsetzung der Politisierung als Wesensmerkmal der modernen Politik über Kant, Fichte, Hegel und den Historismus erschlossen wird. Der Verfasser wendet sich dann Nietzsches Wiederkunftslehre und deren Transformation zur Wiederkunfts politik zu, die systematisch und genetisch als Reminiszenz an den Wiederkunfts glauben verstanden wird, synchron dem Prozess der schleichenden Nihilisierung eingeschrieben. Politik heute, so wird gezeigt, ist Nihilismus und zielte insgeheim schon von Anfang an auf dieses Ergebnis ab. Auf die Nihilisierung qua Politisierung reagiert die Politik mit Politikentlastung. Politik als Remedur ist daher, so das Fazit der Untersuchung, unter Kuratel zu stellen. (ICE2)

[48-L] Steinbicker, Jochen:

Der Staat der Wissensgesellschaft: zur Konzeption des Staats in den Theorien der Wissensgesellschaft, in: Peter Collin, Thomas Horstmann (Hrsg.): Das Wissen des Staates : Geschichte, Theorie und Praxis, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 90-120, ISBN: 3-8329-0889-7

INHALT: Der Beitrag geht der Frage nach, inwiefern der Staat vom Wandel zur Wissensgesellschaft betroffen ist und welche Folgen sich für Rolle und Funktion des Staates aus diesem Wandel ergeben. Diese Problematik wird in erster Annäherung auf gesellschaftstheoretischer Ebene anhand der einschlägigen Konzepte der Wissens- und Informationsgesellschaft verfolgt. Neben den einschlägigen Arbeiten von Drucker, Bell und Castells wird auch der auf Drucker rekurrende Ansatz von Willke zu einer Staatstheorie der Wissensgesellschaft berücksichtigt. Es werden zunächst diese Ansätze dargestellt und hinsichtlich ihrer Konzeptualisierung von Rolle und Funktion des Staates in der Wissensgesellschaft befragt, um abschließend auf die Frage nach dem Staat der Wissensgesellschaft zurückzukommen. Bei der Gegenüberstellung dieser Ansätze zeigt sich, dass es sich um drei unterschiedliche theoretische Zugänge zum Staat handelt, die sich drei großen Theorieströmungen zurechnen lassen: Während Drucker und Willke auf differenzierungstheoretische Ansätze rekurren, handelt es sich bei Bell um einen der Grundhaltung nach pluralistischen Ansatz; bei Castells schließlich finden sich, obwohl er weitgehend empirisch argumentiert, Anknüpfungen an post-marxistische und staatszentrierte Analysen. (ICA2)

[49-L] Tralau, Johan:

Menschendämmerung: Karl Marx, Ernst Jünger und der Untergang des Selbst, Freiburg im Breisgau: Alber 2005, 205 S., ISBN: 3-495-48139-7

INHALT: 'Die Entfremdung des Menschen besteht darin, dass er die anderen Menschen, die Institutionen der Gesellschaft, Gesetze und Arbeitsformen, die äußere Natur und zuletzt auch sich selbst als etwas Fremdes erfährt - und er strebt danach, diese Fremdheit auf irgendeine Weise zu überwinden.'(17) Solche Strategien der Überwindung von Entfremdung zeigt Tralau in seinem Buch auf. Als Referenzen dienen ihm dabei die Texte des jungen Marx und Ernst Jüngers Schriften 'Der Arbeiter' sowie 'Über den Schmerz'. Bei Marx wird die Aufhebung der Entfremdung in der Utopie der totalen Aneignung, der Beherrschung und Gestaltung der Natur in der industriellen Tätigkeit vollzogen. Jüngers Vorstellungen vom Arbeitsstaat stellen hingegen auf die ästhetisierende Selbstaufgabe des Menschen in der totalen Identifikation mit

seiner Arbeit ab. Beide Utopien zielen auf eine Gleichheit und Einheit des Menschen mit der zuvor fremden Welt. Damit geht, und hier setzt Tralau Kritik an, eine 'Selbstauflösung' des Menschen einher. Ohne die Erfahrung der Entfremdung, des Unterschieds zwischen Menschen und zwischen Mensch und Natur gibt es keine Selbständigkeit: 'Überwindet der Mensch vollends die Grenze zwischen sich und der Welt, ist er dadurch auch aufgelöst und als selbständiges Wesen getilgt worden.' (152) Dieser Auflösungsprozess wird nun mit dem amorphen Freiheitsbegriff konfrontiert. Einerseits liegt die Erfahrung nahe, dass Selbstständigkeit eine wesentliche Voraussetzung von Freiheit ist, andererseits wird in den beiden Utopien gerade die totale Form der Zugehörigkeit als Freiheit von Entfremdung beschrieben. In einer sehr konzisen Darstellung des Freiheitsproblems im Schlusskapitel plädiert Tralau für Freiheit als Selbstständigkeit und zeigt damit, dass die Erfahrung von Entfremdung ein Teil der Einübung von Freiheit ist. (ZPol, VS)

[50-L] Veerkamp, Ton:

Der Gott der Liberalen: eine Kritik des Liberalismus, Hamburg: Argument-Verl. 2005, 308 S., ISBN: 3-88619-470-1 (Standort: UB Bonn(5)-2005-6706)

INHALT: Der Verfasser formuliert eine Kritik des Liberalismus, die sowohl auf historischer als auch auf systematischer Ebene ansetzt und sich in drei Schritten vollzieht. Im ersten Schritt geht es um die "Epoche der Bourgeoisie". Der Verfasser zeichnet den historischen Ursprung des Bürgertums als der Schicht "Weder-Herr-noch-Knecht" nach und skizziert anknüpfend an Adam Smith Mythen und Moral der Bourgeoisie. Er entwickelt eine Typologie des Liberalismus und zeigt am Beispiel Hayeks, dass der wesentliche Inhalt ("Gott") aller bürgerlich-ökonomischen Theorien das Dogma der Unterwerfung ist. Als "zweites Gesicht" des Liberalismus nennt er Rawls und Keynes, bei denen Freiheit auch für eine umfassende gesellschaftliche Vision steht und nicht auf Geschäftsfreiheit reduziert bleibt. Hegel, Marx und vor allem die Arbeiterbewegung verkörpern für den Verfasser die Gegenbewegung zum bürgerlichen Liberalismus, die er im zweiten Teil seiner Untersuchung behandelt. Nach dem Niedergang der sozialistischen Bewegung ist die Bourgeoisie allein auf der Welt - allein mit den Monstern, die der "Schlaf der Vernunft" produziert hat. Im dritten Teil ("Recht") formuliert der Verfasser aktuelle Perspektiven emanzipativer Politik - den Kampf um Arbeit und Würde. (I-CE)

[51-L] Villinger, Ingeborg:

Ernst Cassirers Philosophie der symbolischen Formen und die Medien des Politischen: mit einer Studie zum Demonstrationsritual im Herbst 1989, (Politikwissenschaftliche Theorie, Bd. 1), Würzburg: Ergon Verl. 2005, 266 S., ISBN: 3-89913-423-0 (Standort: UB Bonn(5)-2006/1553)

INHALT: Die politikwissenschaftliche Studie zu E. Cassirers Analyse der politischen Formen des Symbolischen und seine Anwendung auf das Demonstrationsritual Ende 1989 in der ehemaligen DDR informiert im ersten Kapitel zunächst über den Erkenntnisstand der politischen Kulturforschung zum Gegenstand der politischen Symbolik. Das zweite Kapitel beschreibt sodann Cassirers Philosophie, wobei hier sein Symbolverständnis und die Frage nach der Ethik im Mittelpunkt der Ausführungen stehen. Vor dem Hintergrund der ethischen Ausrichtung der Philosophie der symbolischen Formen werden im dritten Kapitel - konzentriert auf die semiotische Dimension Cassirers - die symbolischen Formen des Politischen, Mythos und

Sprache, sowie ihre spezifischen Funktionen herausgearbeitet. Im vierten Kapitel wird ein Perspektivwechsel von der bis dahin ausschließlich politiktheoretischen Betrachtungsweise der politischen symbolischen Formen in Richtung Praxis vorgenommen. Gezeigt wird am Beispiel der ritualisierten Demonstrationen im Herbst 1989 in der damaligen DDR, die vor allem von den protestantischen Kirchen getragen werden, welche eminent wirksame politische Intervention diese dem Mythos nahestehende symbolische Form des Ritualen ermöglicht. Ein weiteres Anliegen besteht darin, die Wirkung des Mythisch-Ritualen offen zu legen, es als (politisches) Wissen anzuerkennen und es nicht deshalb zu verleugnen, weil es mit den Begriffen von Freiheit, Aufklärung und Autonomie des Individuums gemeinhin nicht in Einklang steht. Der empirischen Untersuchung zu Mythos und sozialer Praxis im Rahmen der politischen Ereignisse Ende 1989 folgt ein Exkurs zur Frage, ob Begriff und Sache des 'Verfassungspatriotismus' imstande sein kann, Identität stiftende und damit einheitsbildende Wirkung zu entfalten. Im fünften Kapitel wird vor dem Hintergrund der ausgearbeiteten semiotischen Facette von Cassirers Philosophie der symbolischen Formen diese als theoretische Grundlage im Kontext eines analytischen Rahmens der politischen Kulturforschung situiert. Hier werden zunächst die semiotischen Vorgaben im Hinblick auf eine Herausarbeitung der politisch-kulturellen Codes sowie die semiotische Struktur des Symbolischen dargestellt. Weiter werden die den im politischen Feld wirksamen und dort vorzugsweise zum Einsatz kommenden, mythischen Modalitäten folgenden Symbolisierungen dargestellt. Im sechsten Kapitel wird abschließend aufgezeigt, welche Forschungsstrategien im Anschluss an Cassirers semiotischer Perspektive auf Funktion und Modalität der symbolischen Formen für politikwissenschaftliche Fragestellungen eingeschlagen werden können. (ICG2)

[52-F] Volk, Christian (Bearbeitung); König, Helmut, Prof.Dr. (Betreuung):

Die Aktualität des Arendtschen Verständnisses von Recht und Politik. Überlegungen zur gegenwärtigen rechtsphilosophischen Debatte (Arbeitstitel)

INHALT: Kaum ein anderes Werk des 20. Jahrhunderts hat sich derart dem "Zivilisationsbruch" und seinen Konsequenzen für das Denken und Handeln moderner Menschen verschrieben wie das von Hannah Arendt (1906-1975). Es war ihr stetes Anliegen, die Geschichte von Terror und Vernichtung nicht nur zu verstehen, sondern angesichts von Auschwitz nach der Möglichkeit zukünftigen politischen Denkens und Handelns zu fragen. Ihre Überlegungen zur Garantie von Menschenrechten, zum Verhältnis von Macht und Gewalt, zum Souveränitätsbegriff und zur politischen Freiheit stellen hierzu das Herzstück dar. Die Aktualität ihres Denkens offenbart sich vor dem Hintergrund einer rechtsphilosophischen Debatte, die sich (spätestens) an den Reaktionen der Bush-Administration auf die Anschläge vom 11. September 2001 entzündet hat und um den komplexen Zusammenhang von Freiheit, Sicherheit und der Garantie von Menschenrechten kreist. In der Dissertation möchte der Autor mit einer rechtsphilosophischen Lesart Arendts politiktheoretisches Denken im Zentrum des gegenwärtigen Diskurses verorten und die rechtstheoretische Debatte so systematisieren.

ART: Dissertation *BEGINN:* 2005-06 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Technische Hochschule Aachen, FB 07 Philosophische Fakultät, Institut für Politische Wissenschaft Bereich Politische Theorie (Ahornstr. 55, 52074 Aachen)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0241-9518100, e-mail: c.volk@gmx.net)

[53-L] Weber, Florian:

Benjamin Constant und der liberale Verfassungsstaat: politische Theorie nach der Französischen Revolution, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2004, 328 S., ISBN: 3-531-14407-3

INHALT: Das Oeuvre von Benjamin Constant ist im deutschsprachigen Raum nicht unbedingt bevorzugter Gegenstand der Forschung und damit verbundener Veröffentlichungen gewesen. Nach der aus dem Jahre 1963 stammenden Arbeit von Gall kam es erst seit Mitte der 80er-Jahre mit den Monografien von Winkler (1984), Herb (1999), Wagner (2001) und Campagna (2003) zu einer Wiederbelebung des Interesses am Denken von Constant, das in Frankreich und im angloamerikanischen Raum - dort insbesondere belebt durch die Interpretation von Stephen Holmes (1984) - schon vorher stärker ausgeprägt war. Dem Bestand existierender Interpretationen zum Werk von Constant widmet sich der Verfasser zunächst in einem einleitenden Überblick, bevor er das Ziel der eigenen Untersuchung dahingehend formuliert, sich dem Denken Constants 'multiperspektivisch zu nähern', wobei ein ideengeschichtliches Interesse gegenüber dem systematischen und philosophischen überwiegt (30). Im Zentrum stehen dabei Constants Überlegungen zu den theoretischen Grundlagen des liberalen Verfassungsstaates. Diese versucht Weber so herauszuarbeiten, dass ihre doppelte Abhängigkeit von der Französischen Revolution deutlich wird: Zwar billigt Constant das revolutionäre Ergebnis, nicht aber den Verlauf der Revolution. Hieraus ergebe sich Constants Profil als 'Revolutionär der zweiten Generation', dem es nicht mehr so sehr um die Begründung von Menschenrechten, sondern um den Schutz von Grundrechten, nicht mehr um die Konstituierung einer demokratischen, sondern um die Beschränkung jedweder Staatsgewalt gehe. Somit sei letztlich die für jede Form der Freiheit konstitutive Relation von Individuum und Staatsmacht, die im Zentrum des politischen Denken Constants stehe. (ZPol, VS)

[54-L] Weisensee, Hanne:

Demokratie, Staat und Gesellschaft in der Globalisierung, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2005, 407 S., ISBN: 3-8329-1489-7 (Standort: UB Paderborn(466)-P31/OYV2358)

INHALT: Die Verfasserin setzt sich einleitend mit dem Begriff der Globalisierung auseinander. Sie legt im Folgenden eine umfassende Analyse des Globalisierungsdiskurses vor, den sie durch zwei politische Dimensionen gekennzeichnet sieht: durch Krisenszenarien und Zukunftsvisionen. Die Verfasserin unterteilt den Globalisierungsdiskurs in vier Phasen. Die erste Phase markiert den Beginn des Diskurses und ist mit den Namen Fukuyama, Huntington, Barber und Guehenno verbunden. Die zweite Phase ist gekennzeichnet durch Spezialisierung des Diskurses und Entwicklung von Gegenpositionen (Etzioni, Giddens, Albrow, Forrester, Rifkin). Die dritte Phase markiert Ausdifferenzierung und Höhepunkt des Globalisierungsdiskurses. Hier melden sich Sennett, Gorz, Beck, Dettling, Dahrendorf, Habermas und Zürn zu Wort. In der vierten Phase schließlich geht es um Global Governance und die Rückkehr der klassischen Fragen der internationalen Beziehungen, nämlich Krieg und Frieden. Die Verfasserin fragt abschließend nach den Grundlinien, die den Globalisierungsdiskurs als Ganzes auszeichnen, und nach der politikwissenschaftlichen Relevanz dieses Diskurses. (ICE)

2 Theorie und Geschichte politischer Systeme

[55-L] Bavaj, Riccardo:

Von links gegen Weimar: linkes antiparlamentarisches Denken in der Weimarer Republik, (Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 67), Bonn: J. H. W. Dietz Nachf. 2005, 535 S., ISBN: 3-8012-4155-6 (Standort: USB Köln(38)-11Z8291)

INHALT: Kurt Sontheimers Anfang der sechziger Jahre veröffentlichte Habilitationsschrift über das rechte "antidemokratische Denken in der Weimarer Republik" gehört inzwischen zu den Klassikern bundesrepublikanischer Geschichtsschreibung. Diese vielrezipierte Darstellung über die rechtsextreme Unterminierung der ersten deutschen Demokratie hat Maßstäbe gesetzt, an denen sich die gesamte geistesgeschichtliche Weimar-Forschung der vergangenen Jahrzehnte orientiert hat. Während zu diesem Themenkreis immer neue Studien erschienen, in den neunziger Jahren vor allem zu den "Konservativen Revolutionären", blieb das ergänzende Gegenstück zu Sontheimers Darstellung ein zentrales Desiderat. Denn neben dem rechten trug auch das linke antiparlamentarische Denken dazu bei, dass sich in der zerklüfteten politischen Kultur Weimars kein liberal-demokratischer Grundkonsens bilden konnte. Diese Auffassung ist mittlerweile communis opinio und wird durch eine Fülle von Spezialstudien zu kommunistischen, anarcho-syndikalistischen und linkssozialistischen Gruppierungen gestützt. Was fehlt, ist eine systematisch-analytische Gesamtschau des linken antiparlamentarischen Denkens, das als Bestandteil einer fatalen Dialektik der Extreme Weimars Untergang mit beförderte. Die vorliegende Arbeit, die der politischen Kulturforschung ebenso wie einer diskursgeschichtlichen Geistes- und Kulturhistorie zuzuordnen ist, behandelt das linke antiparlamentarische Denken sowohl in der Parteienlandschaft als auch im Kulturleben Weimars. Ungeachtet geistiger Querverbindungen in dem an mannigfaltigen Verästelungen reichen Dickicht von linksintellektuellen Foren und Zirkeln orientiert sich die Struktur der Argumentation an einer ideologischen Binnendifferenzierung zwischen kommunistischem, linksradikalem - das heißt linkskommunistischem und anarcho-syndikalistischem - sowie linkssozialistischem Antiparlamentarismus. (ICA2)

[56-L] Blanke, Hermann-Josef; Schwanengel, Wito (Hrsg.):

Zustand und Perspektiven des deutschen Bundesstaates, (Neue Staatswissenschaften, Bd. 1), Tübingen: Mohr Siebeck 2005, XIV, 242 S., ISBN: 3-16-148610-2 (Standort: UB Bonn(5)-2005-9200)

INHALT: "Die Frage nach Legitimation und Zukunft des deutschen Bundesstaates ist angesichts der Ausformung des unitarisch-kooperativen Föderalismus und der mit ihm verbundenen Verflechtungs- und Blockadephänomene erneut in das Blickfeld einer Reformdebatte gerückt. Vor diesem Hintergrund diskutieren und analysieren im vorliegenden Sammelband Vertreter aus Staatswissenschaft und Staatspraxis, darunter Mitglieder und Sachverständige der Bundesstaatskommission, die auf der politischen Agenda stehenden Baupläne für eine zeitgemäße Ausgestaltung der föderalen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Von zentraler Bedeutung sind die Entflechtung des Kompetenz- und Finanzföderalismus, die Kompetenzsicherung sowie die Stärkung der Handlungs- und Gestaltungsspielräume im Beziehungsgefüge des Beteiligungs- und Exekutivföderalismus. Anhand der Leitidee des kompetitiven Föderalismus werden einzelne Fragen, wie die Schranken für eine Kompetenznahme des Bundes,

die strukturellen Änderungen der Gesetzgebungsarten, die Rückverlagerung von Kompetenzen auf die Länder oder das Für und Wider eines fiskalischen Wettbewerbs, unter dem Blickwinkel verschiedener Wissenschaftsdisziplinen und aus der Sicht unterschiedlicher Akteure behandelt. Die Beseitigung föderaler Reibungsverluste ist der deutschen Politik auch nach dem vorläufigen Scheitern der Bundesstaatskommission am 17. Dezember 2004 aufgetragen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Hermann Josef Blanke / Wito Schwanengel: Zur Lage des deutschen Föderalismus (5-20); Peter M. Huber: Das Bund- Länder-Verhältnis de constitutione ferenda (21-58); Edzard Schmidt-Jortzig: Die Entflechtung von Verantwortlichkeiten im Beziehungsgefüge des deutschen Bundesstaates (59-72); Detlef Merten: Die Reform der funktionalen Kompetenzverteilung im Bund-Länder-Verhältnis (73-86); Georg-Berndt Oschatz: Die Kompetenzsicherung im Exekutiv- und Verbundföderalismus (87-98); Norbert Röttgen: Die Arbeit der Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung - Ein Zwischenbericht (99-106); Kyrill-Alexander Schwarz: Der Finanzausgleich als Ordnungsrahmen effektiver Aufgabenerfüllung (107-126); Hermann Josef Blanke: Die Finanzverfassung als Spiegelbild föderaler Kompetenzverteilung (127-162); Friedrich Kretschmer: Die Reformbedürftigkeit des Föderalismus aus der Sicht der Wirtschaft (163-170); Lars P. Feld: Der Wettbewerbsföderalismus als Rahmenbedingung und Impuls wirtschaftlichen Handelns (171-200); Stelio Mangiameli: Der italienische Föderalismus nach Lorenzago - Anmerkungen zur Reform des Titels V der italienischen Verfassung und zur Reform der Reform (201-234); Überlegungen der Vorsitzenden der Bundesstaatskommission zur Änderung des Grundgesetzes (235-240).

[57-L] Bollmeyer, Heiko:

Repräsentative Partizipation?: Parlamentskonzeptionen in den Verfassungsberatungen von Weimar 1919, in: Christoph Gusy, Heinz-Gerhard (Hrsg.): Inklusion und Partizipation : politische Kommunikation im historischen Wandel, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2005, S. 113-133, ISBN: 3-593-37737-3 (Standort: UuStB Köln(38)-33A1699)

INHALT: Die Weimarer Reichsverfassung war durch ein Neben- und Gegeneinander von parlamentarischen, präsidentialen und plebiszitären Elementen gekennzeichnet. Sie war damit das Ergebnis von Verhandlungen, in denen überaus widersprüchliche Absichten und Forderungen aufeinander prallten und in denen sich wechselnde Mehrheiten bildeten. Der vorliegende Beitrag setzt an diesem Prozess des kommunikativen Ver- und Aushandelns und dem semantischen "Kampf um Begriffe" und Positionen an. Ausgehend von der Annahme, dass sich das Politische kommunikativ konstituiert, stehen die Semantiken politischer Sprache und politische Diskurse im Mittelpunkt der Untersuchung. Dazu werden aus den Verfassungsberatungen die Sätze eruiert und ausgewertet, in denen die Institution des Parlaments in diesem oder ähnlichen Begriffen - wie "Reichstag" - explizit thematisiert wird. Dieser kommunikationsgeschichtliche Zugriff geht über eine rein begriffsgeschichtliche Analyse hinaus, indem nicht nur der Sprachgebrauch und der Sprachsektor stärker berücksichtigt, sondern auch die Regelmäßigkeiten sprachlicher Handlungen im Sinne einer historischen Diskursanalyse in den Mittelpunkt gerückt werden. Die Ausführungen zeigen insgesamt, dass die Verfassungsberatungen von Weimar nicht allein als Kampfplatz politischer Semantiken, sondern auch als Kampfplatz um die Semantik der Verfassung betrachtet werden müssen, die für die Sozialstruktur der Weimarer Gesellschaft von weit reichender Bedeutung war. (ICA2)

[58-L] Büsching, Stephan:

Angst vor dem Volk!: die Diskussion um die Einführung plebiszitärer Elemente in das Grundgesetz, (Europäische Hochschulschriften. Reihe 31, Politikwissenschaft, 506), Frankfurt am Main: P. Lang 2004, 165 S., ISBN: 3-631-53113-3

INHALT: "Warum sind in der deutschen Verfassung so gut wie keine direktdemokratischen Institutionen verankert? Welche Bestrebungen gab es, entsprechende Verfahren einzuführen und woran sind diese gescheitert? Mit welchen Argumenten traten Gegner und Befürworter einer verstärkten Einbindung der Bürger am politischen Entscheidungsprozess auf und wurde intern anders argumentiert als öffentlich? Mit diesen Fragen befasst sich die historisch angelegte Arbeit. Im letzten Teil wird versucht, eine Antwort auf die Frage zu geben, welchen Beitrag direktdemokratische Verfahren zur Lösung der aktuellen Probleme unserer Parteiendemokratie bieten könnten. Aus dem Inhalt: Der Neuaufbau der Demokratie im Westen - Reformansätze für eine plebiszitäre Öffnung des Grundgesetzes bis zur Wiedervereinigung - Die Verfassungsdiskussion im Zuge der Wiedervereinigung - Reformbedürftigkeit des politischen Systems der Bundesrepublik - Mehr direkte Demokratie - ein Weg aus der Krise? - Die Angst der Politiker vor den Bürgern." (Autorenreferat)

[59-L] Bußjäger, Peter:

Der Österreich-Konvent als Chance oder Inszenierung?: der Bundesstaat Österreich vor einem neuen Anlauf der Verfassungsreform, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung -EZFF- an der Universität Tübingen (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2004 : Bd. 5, Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 248-263, ISBN: 3-8329-0774-2

INHALT: Die Reformbedürftigkeit der österreichischen Bundesverfassung zählt zu den gängigen Topoi der verfassungspolitischen Diskussion in Österreich. Diese Debatten haben sich in den vergangenen Jahren intensiviert, insbesondere nachdem mehr oder weniger radikale Vorschläge entweder die Beseitigung der Länder überhaupt oder zumindest deren Zusammenlegung zu größeren Regionen forderten. Der vorliegende Beitrag zeigt, dass mit der Einsetzung eines so genannten "Österreich-Konvents" die österreichische Bundesverfassung bis zum Jahre 2005 grundlegend erneuert werden soll. Diese unter einem doch beachtlichen Zeitdruck stehende "Totalrevision" ist für ein politisches System, das sich in keiner offensichtlichen Krisensituation befindet, eher ungewöhnlich. Ob der Österreich-Konvent ein Erfolg wird und es ihm gelingt, tatsächlich Vorschläge für eine moderne, an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientierten Verfassung Österreichs vorzulegen, oder ob er nur die Inszenierung einer Reform sein wird, lässt sich erst im kommenden Jahr abschätzen. Dann kann auch der Quervergleich mit den eingeleiteten Bestrebungen zur Reform des deutschen Föderalismus weiteren Aufschluss über die zukünftige Entwicklung dieser beiden Bundesstaaten geben. (ICA2)

[60-F] Fisch, Stefan, Prof.Dr.phil. (Bearbeitung); Fisch, Stefan, Prof.Dr.phil. (Leitung):

Staat, Politik und Verwaltung in Deutschland und Frankreich seit 1850

INHALT: In diesem Projekt geht es in Fortsetzung und Vertiefung bisheriger vergleichenden Forschungen zu diesem Themenfeld um Untersuchungen, die in längerfristiger historischer

Perspektive Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen beiden Ländern besonders in den drei folgenden Feldern herausarbeiten sollen: 1. Entfaltung der Staatsaufgaben in beiden Ländern seit der Mitte des 19. Jahrhunderts (das Spektrum reicht von der klassischen Interessenwahrnehmung in einem sich stetig wandelnden System internationaler Beziehungen über Fragen des Verhältnisses von Staat und Kirche bis zum Entstehen und Ausbau des modernen Interventionsstaats), 2. Einbeziehung der Bürger und ihrer Organisationen (Parteien, Verbände) in den politischen Prozess von konstitutioneller Monarchie und Republik, und 3. Inhalte und Formung spezifischer nationaler Verwaltungskulturen' (kollegiale oder autoritative Leitung; Mechanismen des Aufstiegs; Einflussnahme durch Außenstehende). Das Projekt will historisch-vergleichend auf vergangene, doch bis in die Gegenwart hinein weiterwirkende Modernisierungsprozesse von Staat und Verwaltung blicken; es ordnet sich damit sowohl in das Forschungsfeld der Beziehungen zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft als auch in das der Modernisierung von staatlicher Aufgabenwahrnehmung ein. In den unterschiedlichen nationalen Kontexten von Recht, politischem System und Verwaltungskultur fallen die Antworten auf neuartige Herausforderungen im Zuge des säkularen Modernisierungsprozesses durchaus unterschiedlich aus. Im besonders gelagerten Fall des Elsaß schließlich, des Landes 'zwischen' Deutschland und Frankreich, geht es zusätzlich um Prozesse gegenseitiger Interferenz zwischen beiden Nachbarländern, wie sie bei seiner 1871 oder 1918 jeweils neu einsetzenden Integration des Elsaß in unterschiedliche deutsche oder französische Strukturen besonders gut zu beobachten sind. Ihre Besonderheiten manifestieren sich bis heute in der Fortexistenz älteren, zumeist deutschen Rechts als *droit local* in den drei Departements Haut-Rhin, Bas-Rhin und Moselle. Im Zuge der französischen Dezentralisierung ist dieses Erbe verstärkt ins Bewußtsein getreten; es wird heute in Verbindung mit der Université de Strasbourg vom wissenschaftlichen Institut du Droit Local en Alsace et Moselle erforscht und inzwischen auch wieder vom französischen Gesetzgeber weiterentwickelt. Im Zusammenhang mit dem angemeldeten Projekt steht die Mitarbeit bei der Organisation des jedes zweite Jahr stattfindenden binationalen Forschungskolloquiums des Deutsch-Französischen Komitees für die Erforschung der deutschen und französischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts e.V./ Comité Franco-Allemand de recherches sur l'histoire de la France et de l'Allemagne aux XIXème et XXème siècles. Das letzte Kolloquium fand vom 17. bis 20. September 2000 in Otzenhausen/Saarland zum Thema "Machtstrukturen im Staat: Organisationen und Personen/ Les structures du pouvoir en France et en Allemagne: les institutions et les hommes" statt. Das Thema wurde in vier Sektionen über die Parlamente und ihre Funktionen, Regierung und Militär, Parteien und Gewerkschaften sowie Interessengruppen und Vereine umfassend angegangen. Mit dem Erscheinen des geplanten Tagungsbandes ist im Frühjahr 2006 zu rechnen. Die Praxisrelevanz historischer Themenstellungen wie dieser für die Verwaltungsarbeit von heute darf nicht in unmittelbaren Handlungsanweisungen gesucht werden. Sie liegt vielmehr in der grundsätzlichen Reflexion des Spannungsverhältnisses zwischen der Verwaltung und ihrer Umwelt (Rechtsordnung, politisches System, Interessengruppen). Derartiges 'Orientierungswissen' entsteht besonders aus einem komparativen Zugriff und gewinnt aus dem zeitlichen Abstand an Tiefe. Auf dieser Basis kann dann bei binationalem Zusammenwirken in der Gegenwart ein besseres Verständnis der Denkweisen und Prägungen auf der anderen Seite erwachsen. *ZEITRAUM*: seit 1850 *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Deutschland, Frankreich

METHODE: exemplarische historische Quellenarbeit

VERÖFFENTLICHUNGEN: Fisch, Stefan: Archiv und Registratur in deutscher und französischer Verwaltungstradition. Erfahrungen aus Forschungen zur elsässischen Geschichte. in: Metzinger, Andreas (Hrsg.): Digitale Archive - ein neues Paradigma? Beiträge des 4. Archivwissenschaftlichen Kolloquiums der Archivschule Marburg Veröffentlichungen der Archiv-

schule Marburg. Institut für Archivwissenschaft. 31. Marburg 2000, S. 239-251.+++Fisch, Stefan: Zur Einführung. in: Guillen, Pierre; Mieck, Ilja (Hrsg.): Deutschland - Frankreich - Rußland. Begegnungen und Konfrontationen / La France et l'Allemagne face a la Russie. München 2000, S. 9-12.+++Fisch, Stefan: Verwaltungskulturen - geronnene Geschichte? in: Die Verwaltung. Zeitschrift für Verwaltungsrecht und Verwaltungswissenschaft, 33, 2000, S. 303-323.+++Fisch, Stefan: La grande percee. in: Strasbourg 1900 - Naissance d'une capitale. Paris, Strasbourg 2000, pp. 240-243.

ART: Eigenprojekt; gefördert *BEGINN:* 1997-08 *ENDE:* 2003-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (Postfach 1409, 67324 Speyer)

KONTAKT: Leiter (e-mail: sfisch@dhv-speyer.de)

[61-L] Föllmer, Moritz; Graf, Rüdiger (Hrsg.):

Die Krise der Weimarer Republik: zur Kritik eines Deutungsmusters, Frankfurt am Main: Campus Verl. 2005, 367 S., ISBN: 3-593-37734-9 (Standort: Rh. LB Koblenz(929)-2005-5409)

INHALT: "In der Geschichtswissenschaft gelten die Jahre von 1918 bis 1933 als 'Krisenjahre der klassischen Moderne', die im Nationalsozialismus kulminierten. Anhand verschiedener Themen, vom Parlamentarismus über den Fußballsport bis zu Justiz und Reformbewegung, zeigen die Autorinnen und Autoren des Bandes, dass die "Krise" auch ein Konstrukt war, das zur Legitimation radikaler Gestaltungsvisionen diente, und dass die Weimarer Republik nicht zwangsläufig auf den Nationalsozialismus zulief." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Moritt Föllmer/ Rüdiger Graf/ Per Leo: Einleitung: Die Kultur der Krise in der Weimarer Republik (9-44); Krisen I: Zeitenössische Verwendungen und Diskurse: Michael Makropoulos: Krise und Kontingenz. Zwei Kategorien im Modernitätsdiskurs der Klassischen Moderne (45-76); Rüdiger Graf: Die "Krise" im intellektuellen Zukunftsdiskurs der Weimarer Republik (77-106); Per Leo: "Bremsklötze des Fortschritts". Krisendiskurse und Dezisionismus im deutschen Verbandsfußball 1919-1934 (107-138); Daniel Siemens: Die "Vertrauenskrise der Justiz" in der Weimarer Republik (139-164); Florentine Fritzen: "Neuzeitlich leben". Reformhausbewegung und Moderne 1925-1933 (165-186); Sebastian Ullrich: Mehr als Schall und Rauch. Der Streit um den Namen der ersten deutschen Demokratie 1918-1949 (187-208); Christiane Reinecke: Krisenkalkulationen. Demographische Krisenszenarien und statistische Expertise in der Weimarer Republik (209-242); Krisen II: Institutionelle, gesellschaftliche und individuelle Konstellationen: Thomas Raitchel: Funktionsstörungen des Weimarer Parlamentarismus (243-266); Gideon Reuveni: Wohlstand durch Konsum. Straßenhandel und Versicherungszeitschriften in den zwanziger Jahren (267-286); Moritz Föllmer: Auf der Suche nach dem eigenen Leben. Junge Frauen und Individualität in der Weimarer Republik (287-318); Michael Mackenzie: Maschinenmenschen, Athleten und die Krise des Körpers in der Weimarer Republik(319-346); Benjamin Robinson: "Ist Knastschieben denn schön?" Hans Fallada und die Krise des Willens in der Weimarer Republik (347-364).

[62-F] Freitag, Markus, Prof.Dr.; Vatter, Adrian, Prof.Dr. (Leitung):

Demokratiemuster in den deutschen Bundesländern und ihre politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Auswirkungen

INHALT: Im Mittelpunkt des Forschungsvorhabens stehen sowohl die Erfassung spezifischer Demokratiemuster in den deutschen Bundesländern als auch der Einfluss unterschiedlicher institutioneller Strukturen der gliedstaatlichen Demokratien auf ihr politisches, gesellschaftliches und sozioökonomisches Leistungsprofil seit 1949. Ausgehend von der Basishypothese, dass sich die politischen Systeme der deutschen Bundesländer voneinander sowohl hinsichtlich ihrer politisch-institutionellen Konfigurationen als auch ihrer Leistungsprofile unterscheiden, konzentriert sich das Projekt auf die Bearbeitung folgender leitenden Fragestellung: Welche Demokratiemuster finden sich in den 16 deutschen Bundesländern und mit welchen politischen, gesellschaftlichen und sozioökonomischen Konsequenzen sind diese verbunden? Übergeordnete Zielsetzungen des Forschungsvorhabens sind neben der Identifikation bundesländerspezifischer Demokratiemuster sowohl die empirische Begutachtung von Leistungsprofilen der Länderdemokratien als auch die Zusammenführung und systematische Erweiterung der bisherigen Forschung auf Länderebene. Methodisch-konzeptionell orientiert sich das Projekt am zielgerichteten Einsatz des politikwissenschaftlichen Vergleichs. *ZEITRAUM:* seit 1949 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

ART: gefördert *BEGINN:* 2006-08 *ENDE:* 2008-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Konstanz, Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaftliche Sektion, FB Politik- und Verwaltungswissenschaft Professur für Vergleichende Kommunal- und Regionalpolitik (D 84, 78457 Konstanz); Universität Konstanz, Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaftliche Sektion, FB Politik- und Verwaltungswissenschaft Professur für Policy-Analyse und Politische Theorie (D 85, 78457 Konstanz)

KONTAKT: Sekretariat (Tel. 07531-88-2602, e-mail: Cornelia.Dietz@uni-konstanz.de)

[63-L] Fuhse, Jan A.:

Theorien des politischen Systems: David Easton und Niklas Luhmann ; eine Einführung, (Studienbücher Politische Theorie und Ideengeschichte), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2005, 129 S., ISBN: 3-531-14674-2 (Standort: UB Bonn(5)-2005/5859)

INHALT: "Theorien des politischen Systems sind grundlegende Orientierungsrahmen der Politikwissenschaft. Sie liefern ein begriffliches Grundgerüst für das Verständnis und die Erklärung politischer Prozesse und Strukturen. Diese Einführung stellt zwei Theorien des politischen Systems exemplarisch und systematisch vor: einmal das Werk David Eastons, das in der Politikwissenschaft grundlegend geworden ist, zum anderen die politische Theorie Niklas Luhmanns, die eine radikal neue Fassung einer Theorie des politischen Systems darstellt. Das Werk beider Denker wird jeweils in den biographischen, werkgeschichtlichen und den wissenschaftlichen Kontext eingeordnet." (Autorenreferat)

[64-F] Galka, Sebastian; Walloßek, Ronny (Bearbeitung); Schuett-Wetschky, Eberhard, Prof.Dr. (Leitung):

Grundgesetz und Parlamentarismus - Widersprüche in der Verfassungsgebung des Parlamentarischen Rates 1948/49

INHALT: Vergleicht man die Funktionslogik des parlamentarischen Systems mit der von vielen Juristen und auch Politikwissenschaftlern vertretenen Auffassung über dessen Funktionsweise, fallen eine Reihe von Widersprüchen auf: Dort Verschränkung von Regierung und Parla-

mentsmehrheit zur Regierungsmehrheit, hier strikte Gewaltenteilung. Dort Parteien als politische Akteure, hier alleinige Organorientierung. Dort demokratische Führung innerhalb von Parteien, hier die Richtlinienkompetenz des Kanzlers. Inwieweit traten diese divergierenden Auffassungen bereits bei der Beratung des Grundgesetzes auf? Wieso kam es zur Aufnahme von faktisch nicht durchsetzbaren Formeln ins Grundgesetz? Wieso forderte man im Parlamentarischen Rat politische Entscheidungen im Rahmen von Organen, während bereits dort die Entscheidungen tatsächlich in und zwischen Parteien getroffen wurden? *ZEITRAUM*: 1948-1949 *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Analyse und Interpretation der einschlägigen Quellen (Quellenedition Parl. Rat)

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben *ARBEITSPAPIERE*: Schuett-Wetschky, Eberhard: Exposé zum Forschungsprojekt "Parlamentarischer Rat und Parlamentarismus". Unveröffentlichtes Typoskript. Klingberg 2004, 35 S.+++Galka, Sebastian: "Parlamentarischer Rat und Fraktionsdisziplin". Magisterarbeit. Kiel 2005, 100 S.

ART: Eigenprojekt *BEGINN*: 2004-03 *ENDE*: 2007-12 *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Institution

INSTITUTION: Universität Kiel, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Institut für Sozialwissenschaften Abt. Politikwissenschaft Prof.Dr. Schuett-Wetschky (24098 Kiel)

KONTAKT: Leiter (Tel. 04524-70730, e-mail: schuett-wetschky@t-online.de)

[65-L] Gallus, Alexander; Jesse, Eckhard (Hrsg.):

Staatsformen: Modelle politischer Ordnung von der Antike bis zur Gegenwart, Köln: Böhlau 2004, 415 S., ISBN: 3-412-07604-X (Standort: UuStB Köln(38)-31A5407)

INHALT: "In diesem Handbuch werden Modelle politischer Ordnung vom Altertum bis zur Gegenwart beleuchtet, und zwar aus einem doppelten Blickwinkel. Erstens findet die Reflexion der Realgeschichte (Staatsform) Berücksichtigung, zweitens die Reflexion der Ideengeschichte (Staatsidee). Das Buch füllt damit eine Lücke, existiert doch bislang kein Werk über die vergleichende Geschichte der Staatsformen und politischen Systeme. Es verbindet historische Analyse mit vergleichend-politikwissenschaftlicher Methode. Worin bestanden Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den verschiedenen Staatsformen? Welche Ausprägung wurde jeweils für die beste gehalten? Wie verhielten sich Staatsverfassung und Verfassungswirklichkeit zueinander, wie Wandel und Kontinuität? Der Band spannt einen Bogen von der antiken Staatsformenlehre bis zur modernen Vergleichenden Regierungslehre." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Alexander Gallus: Typologisierung von Staatsformen und politischen Systemen in Geschichte und Gegenwart (19-55); Alexander Demandt: Staatsformen in der Antike (57-90); Gerhard Dohrn-van Rossum: Staatsformen im Mittelalter (91-122); Luise Schorn-Schütte: Staatsformen in der Frühen Neuzeit (123-152); Hans Fenske: Staatsformen im Zeitalter der Revolutionen (153-186); Uwe Backes: Staatsformen im 19. Jahrhundert (187-222); Armin Pfahl-Traugher: Staatsformen im 20. Jahrhundert: I: Diktatorische Systeme (223-280); Steffen Kailitz: Staatsformen im 20. Jahrhundert: II: Demokratische Systeme (281-328); Eckhard Jesse: Staatsformen und politische Systeme im Vergleich (329-369); Roland Sturm: Perspektiven des Staates im 21. Jahrhundert (371-399).

[66-L] Greter, Mirko:

Sozialdemokratische Militärpolitik im Spannungsfeld von Vaterlandsliebe, Pazifismus und Klassenkampf: der lange Weg der SPS hin zur Ablehnung der Landesverteidigung 1917, (Geschichte), Berlin: Pro Business 2005, 399 S., ISBN: 3-939000-05-1 (Standort: ULB Düsseldorf(61)-his/d/1892)

INHALT: "Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) hatte zu Beginn des 20. Jahrhunderts große Schwierigkeiten, sich in der Militärpolitik zu positionieren. Allein der Blick auf einige Eckdaten und Ereignisse zeigt, wie wechselhaft die Haltung der Partei in der Militärfrage während der ersten Jahre des letzten Jahrhunderts war. Befürwortete die SPS nach der Jahrhundertwende die Landesverteidigung und sprach sich noch 1914 deutlich für diese und den Burgfrieden aus, lehnte sie bereits 1917 die Landesverteidigung ab. Diese Arbeit soll mit der Aufarbeitung einer Forschungslücke dazu beitragen, die Wurzeln der Militärpolitik der SPS zu ergründen und den militärpolitischen Meinungsbildungsprozess der Partei bis 1917 abzubilden. So wird diese Untersuchung gleichzeitig zu einem Stück Entwicklungsgeschichte der SPS während der ersten beiden Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts und zu einem Teil der schweizerischen Parteien- und Gesellschaftsgeschichte." (Autorenreferat)

[67-L] Hilker, Judith:

Grundrechte im deutschen Frühkonstitutionalismus, (Schriften zur Verfassungsgeschichte, Bd. 73), Berlin: Duncker & Humblot 2005, 407 S., ISBN: 3-428-11801-4 (Standort: UB Bonn(5)-2005/8226)

INHALT: Im ersten Teil der Untersuchung geht es um die Entstehungsvoraussetzungen des deutschen Frühkonstitutionalismus, der historisch gegen Ende des 18. Jahrhunderts einsetzt und seinen Ausdruck in den beiden Verfassungswellen 1818 und 1830 findet. Zu diesen Entstehungsvoraussetzungen zählen der Einfluss des frühen deutschen Naturrechts seit dem 17. Jahrhundert, die Virginia Bill of Rights als erste positiviert Menschenrechtserklärung sowie die revolutionäre Ausstrahlungskraft der französischen Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte. Auf dieser Basis kommt es zu den nach Freiheit strebenden Entwicklungen in Deutschland am Ende des 18. Jahrhunderts sowie zu den frühkonstitutionellen Grundrechtskatalogen des Rheinbunds und des Deutschen Bundes. Der zweite Teil der Untersuchung behandelt die einzelnen frühkonstitutionellen Grundrechte (staatsbürgerliche Gleichheit, Freiheit der Person, Eigentum, Religions- und Gewissensfreiheit, Pressefreiheit, Assoziationsfreiheit) und deren Funktionen. Abschließend wird ein Ausblick auf die weitere Entwicklung in Gestalt der Paulskirchengrundrechte gegeben. (ICE2)

[68-L] Inachin, Kyra T.:

Durchbruch zur demokratischen Moderne: die Landtage von Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Pommern während der Weimarer Republik, Bremen: Ed. Temmen 2004, 215 S., ISBN: 3-86108-046-X

INHALT: Die Entwicklung von der Novemberrevolution bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten ist bereits häufig nachgezeichnet worden. Neu und interessant ist hier der regionale Ansatz: Aus Anlass des zehnjährigen Jubiläums der Verabschiedung der Verfassung von Mecklenburg-Vorpommern 2004 werden Aufstieg und Fall der Weimarer Republik anhand

der Entwicklung der Vorgängerstaaten bzw. -provinzen des heutigen Bundeslandes nachverfolgt. 'Region' wird dabei als hemmender Filter oder beschleunigender Katalysator für die Umsetzung nationaler politischer Entwicklungen konzeptualisiert. Im Mittelpunkt stehen die Landtage, denen eine herausgehobene Rolle bei der Verankerung des demokratischen Gedankens in der Bevölkerung zugeschrieben wird. Unter Zuhilfenahme zahlreicher Text- und Bildquellen zeigt Inachin, wie sich Landtage und die in ihnen vertretenen demokratischen Parteien trotz antidemokratischer Tendenzen zunächst durchsetzen und etablieren konnten, jedoch schließlich durch die Nationalsozialisten beseitigt wurden - nicht zuletzt, weil die wirtschaftlichen Probleme einer strukturschwachen Region nicht gelöst werden konnten. (ZPol, VS)

[69-L] Jarausch, Konrad H.:

Aufbruch der Zivilgesellschaft: zur Einordnung der friedlichen Revolution von 1989, in: Totalitarismus und Demokratie : Zeitschrift für Internationale Diktatur- und Freiheitsforschung, Jg. 3/2006, H. 1, S. 25-46

INHALT: "Durch die Anwendung des Begriffs 'Zivilgesellschaft' auf die Entwicklung in der DDR wird die Dynamik ihrer anfänglichen Unterdrückung, ihre partielle Wiederentstehung bis zu ihrer explosionsartigen Rückmeldung und Konsolidierung veranschaulicht. Trotz der Beseitigung zivilgesellschaftlicher Werte durch die SED entwickelten sich kritische Minderheiten als Träger zivilgesellschaftlicher Werte. Im Herbst 1989 folgte ein Prozess der Selbstbefreiung, auch verbunden mit einer Wiederherstellung zivilgesellschaftlicher Formen. Teils wurden ältere Institutionen reaktiviert, teils neue geschaffen. Ein Bruch der in der friedlichen Revolution entstandenen zivilgesellschaftlichen Strukturen deutete sich mit der Gründung von Parteien und der Parlamentarisierung an. Durch die deutsche Einheit wurde die ostdeutsche schließlich in die bestehende civil society der Bundesrepublik überführt." (Autorenreferat)

[70-L] Jesse, Eckhard:

Das Dritte Reich und die DDR - zwei "deutsche" Diktaturen?, in: Totalitarismus und Demokratie : Zeitschrift für Internationale Diktatur- und Freiheitsforschung, Jg. 2/2005, H. 1, S. 39-59

INHALT: Vor dem Hintergrund von Überlegungen zu Möglichkeiten und Grenzen des Vergleichs von Diktaturen setzt sich der Verfasser mit der Frage auseinander, ob die Diktaturen in Deutschland "deutsche" Diktaturen waren, vor allem was ihren Aufstieg und Niedergang angeht. Während der Nationalsozialismus ein genuin deutsches Phänomen war, stellt die DDR eine "abgeleitete" Diktatur dar, die in Abhängigkeit von der Sowjetunion existierte. Der Beitrag benennt zentrale Probleme eines Vergleichs der deutschen Diktaturen wie den Grad des Totalitarismus, die einzelnen Phasen der Machtergreifung, das Sozialismusverständnis, die Zwangsläufigkeit der Diktaturen und ihres Endes und die Bedeutung der Feindbilder. (ICEÜbers)

[71-L] Jung, Otmar:

Grundsatzfragen der direkten Demokratie, in: Andreas Kost (Hrsg.): Direkte Demokratie in den deutschen Ländern : eine Einführung, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 312-366, ISBN: 3-531-14251-8 (Standort: UB Bonn(5)-2005-5171)

INHALT: Der Autor beschäftigt sich in seinem Beitrag mit Grundsatzfragen der direkten Demokratie in den deutschen Bundesländern, wobei er den Blick auch auf ausländische Erfahrungen und die deutsche Geschichte lenkt. Er geht zu Beginn auf die Konzeption der direkten Demokratie ein und beschreibt vorhandene Tabus hinsichtlich der Volksgesetzgebung, z.B. das Verfassungstabu und das Finanztabu. Er gibt anschließend einen Überblick über die Ausgestaltung und die Verfahrensweisen der direkten Demokratie, die den ausgearbeiteten Gesetzentwurf, die Hürden beim Volksbegehren, die Quoten beim Volksentscheid, den zeitlichen Ablauf, die Kostenerstattung und den Bestand eines Volksgesetzes betreffen. Er stellt ferner die Einstellung der politischen Eliten zur direkten Demokratie sowie vergangene politische Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik exemplarisch dar. In einem weiteren Kapitel erörtert er die Wirkungen der direkten Demokratie, z.B. in Bezug auf einen anderen Politikstil, die Flexibilisierung von Politik oder eine höhere Rationalität, die nicht zuletzt auch die Frage nach der Kompatibilität mit dem politischen System aufwerfen. Im Anhang seines Beitrags dokumentiert der Autor die Volksentscheide und Volksbegehren in den einzelnen Bundesländern sowie die nicht zugelassenen Volksentscheide und Volksbegehren seit 1989. (ICI)

[72-F] Kiechle, Oliver, M.A. (Bearbeitung); Hecker, Hans, Univ.-Prof.Dr. (Betreuung):

"Wahrheit und Wirklichkeit". Fritz Selbmann als Kommunist und SED-Funktionär

INHALT: Handlungsspielräume von Akteuren im System; Entstehung und Durchsetzung der SED-Diktatur. *ZEITRAUM:* 1945-1958 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* SBZ/ DDR

ART: Dissertation *BEGINN:* 2005-10 *ENDE:* 2007-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Wissenschaftler

INSTITUTION: Universität Düsseldorf, Philosophische Fakultät, Historisches Seminar V Abt. Osteuropäische Geschichte (Universitätsstr. 1, 40225 Düsseldorf)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0211-81-14913, e-mail: kiechleoliver@web.de)

[73-L] Kotte, Stefan:

Politische Transaktionskosten in der Demokratie, (Kollektive Entscheidungen, Wirtschaftspolitik und öffentliche Finanzen, 13), Frankfurt am Main: P. Lang 2004, 306 S., ISBN: 3-631-53141-9

INHALT: Kotte greift die seit den 90er-Jahren geführte Diskussion über Politikverdrossenheit bei den Bürgern und über die mangelnde Effizienz des politischen Systems der Bundesrepublik auf. Sein Ziel ist es, auf der Basis wirtschaftswissenschaftlicher Überlegungen Leitlinien für eine institutionelle Reform zu entwickeln. Nach einem allgemeinen Überblick über die theoretischen Grundlagen der Neuen Institutionenökonomik analysiert der Autor drei verschiedene Dimensionen von Transaktionskosten in der Demokratie. Seine Vorgehensweise ist dabei jedes Mal dieselbe: Er untersucht sowohl die externen Kosten als auch die interpersonellen Konsensfindungskosten, um daraus in jeder Dimension das Kostenminimum abzuleiten, das das Optimum darstellt. Zuerst überprüft er den optimalen Grad der Delegation kollektiver Entscheidungen, dann die optimale Zustimmungsquote, im darauf folgenden Kapitel den op-

timalen Zentralisierungsgrad. Am umfangreichsten ist die Darstellung der Gesamtkosten der Delegation kollektiver Entscheidungen. Hier geht der Autor getrennt auf die repräsentative und die halbdirekte Demokratie ein. Im Kapitel zur optimalen Zustimmungquote unternimmt Kotte einen Vergleich verschiedener Wahlverfahren. Abschließend wird anhand mehrerer Kriterien die optimale Größe räumlicher Organisationseinheiten bestimmt. Als wesentliche Reformansätze schlägt Kotte die Einführung direktdemokratischer Elemente in repräsentativen Demokratien, eine Veränderung des Wahlverfahrens hin zu differenzierterer Präferenzäußerungsmöglichkeit der Bürger und die Schaffung eines Wettbewerbsföderalismus vor. (ZPol, VS)

[74-L] Kroll, Frank-Lothar (Hrsg.):

Die kupierte Alternative: Konservatismus in Deutschland nach 1945, (Studien und Texte zur Erforschung des Konservatismus, Bd. 6), Berlin: Duncker & Humblot 2005, VIII, 347 S., ISBN: 3-428-11781-6 (Standort: UB Bonn(5)-2005-6283)

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Frank-Lothar Kroll: Die kupierte Alternative. Konservatismus in Deutschland nach 1945 (3-24); Clemens Albrecht: Konservatismus in der Bundesrepublik - Wie muss eine Wirkungsgeschichte konzipiert sein? (25-34); Josef Schüßlburner: Beamtentum in der Bundesrepublik als konservatives Element (37-56); Klaus Hammel: Konservative Ansätze in der geschichtlichen Entwicklung der Bundeswehr (57-81); Matthias Stickler: Der Aufstieg des 'Fünften Standes'. Die deutschen Vertriebenen in der Bonner Republik (83-98); Felix Dirsch: Individualisierung und Traditionsbewahrung. Das katholische Milieu der 1950er Jahre und die Zeitschrift 'Neues Abendland' (101-124); Hans B. von Sothen: Hans Zehrer als politische Publizist nach 1945 (125-178); Klaus Hornung: Ein konservativer Historiker im totalitären Zeitalter - Hans Rothfels (181-214); Ulrich E. Zellenberg: Staatstheorie im Widerspruch zum Zeitgeist. Zur Apologie des demokratischen Verfassungsstaats bei Ernst-Wolfgang Böckenförde, Josef Isensee, Herbert Krüger und Helmut Quaritsch (215-239); Michael Henkel: Konservatismus im politischen Denken Eric Voegelins. Überlegungen zum Problem der Verortung seines Ansatzes (241-264); Hans-Christof Kraus: Als konservativer Intellektueller in der frühen Bundesrepublik - Das Beispiel Friedrich Sieburg (267-297); Susanne Peters: Zwischen Ideologie und Demagogie. William S. Schlam und die Qual des Friedens (299-322); Stefan Winckler: Konservative Intelligenz im vereinigten Deutschland (323-347).

[75-L] Raithel, Thomas:

Funktionsstörungen des Weimarer Parlamentarismus, in: Moritz Föllmer, Rüdiger Graf (Hrsg.): Die Krise der Weimarer Republik : zur Kritik eines Deutungsmusters, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2005, S. 243-266, ISBN: 3-593-37734-9 (Standort: Rh. LB Koblenz(929)-2005-5409)

INHALT: Der Verfasser legt Ergebnisse einer vergleichenden Untersuchung des deutschen und französischen Parlamentarismus der 1920er Jahre vor, die sich hier allerdings nur auf die Weimarer Republik beziehen. Dabei zielt er auf die Entwicklung einer Alternative zum traditionellen Erklärungsmodell, die die Krisensymptome präziser benennt und analysiert. Die These der Untersuchung ist, dass sich schon vor 1930 in der Weimarer Republik schwere Funktionsstörungen des Parlamentarismus mit einer anhaltenden Krisendiskussion in der poli-

tischen Elite und der Öffentlichkeit verbanden. Funktionale Schwächen des Weimarer Parlamentarismus sieht er in den Bereichen Legislative, regierungstragende Funktion, Opposition und parlamentarische Kontrolle. Die zeitgenössische Diskussion über die "Krise des Parlamentarismus" wird selbst zum Krisenfaktor. Der Blick auf die Geschichte des deutschen Parlamentarismus macht einen deutschen Sonderweg sichtbar, der von der westlichen Entwicklung - vor allem in England und Frankreich - deutlich abweicht. (ICE2)

[76-L] Raufer, Thilo:

Die legitime Demokratie: zur Begründung politischer Ordnung in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main: Campus Verl. 2005, 308 S., ISBN: 3-593-37894-9

INHALT: "Weil umstritten ist, was Demokratie überhaupt bedeutet, bedarf es auch in etablierten Demokratien permanenter Legitimationsbemühungen. Der Autor geht der Frage nach, wie in der Bundesrepublik die demokratische Ordnung durch die politischen Repräsentanten legitimiert wird und welche Ideen von Demokratie dabei zum Tragen kommen. Anhand von Einzelfallanalysen (u. a. Reden von Norbert Geis, Wolfgang Thierse und Wolfgang Ullmann) arbeitet er Legitimationstypen - d. h. Alltagstheorien der Demokratie - heraus. Er zeigt, dass die Idee legitimer Demokratie in der Bundesrepublik nicht auf die größtmögliche Beteiligung des Volkes abzielt, sondern vor allem auf die Bewahrung der Ordnung und auf die Einrichtung von beherrschbaren und kontrollierbaren Entscheidungsverfahren." (Autorenreferat)

[77-F] Retzlaff, Birgit, Dr. (Bearbeitung):

Widerstand der Sozialistischen Jugend in der frühen DDR

INHALT: Verfolgung, Opposition und Widerstand von Mitgliedern und Freunden der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken. *ZEITRAUM:* 1949-1959 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* DDR

METHODE: Dokumentation

VERÖFFENTLICHUNGEN: Retzlaff, Birgit: *Widerstand der Sozialistischen Jugend in der frühen DDR*. Rostock: Koch Verl. 2005. ISBN 3-938686-23-5.

ART: gefördert *BEGINN:* 1996-01 *ENDE:* 2005-01 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Archiv der Arbeiterjugendbewegung

INSTITUTION: Universität Gießen, FB 03 Sozial- und Kulturwissenschaften, Institut für Erziehungswissenschaften Professur für Systematische, Vergleichende Erziehungswissenschaft (Karl-Glöckner-Str. 21b, 35394 Gießen)

KONTAKT: Bearbeiterin (e-mail: Birgit.Retzlaff@erziehung.uni-giessen.de)

[78-L] Schmeitzner, Mike:

Totale Herrschaft durch Kader?: Parteischulung und Kaderpolitik von NSDAP und KPD/SED, in: *Totalitarismus und Demokratie : Zeitschrift für Internationale Diktatur- und Freiheitsforschung*, Jg. 2/2005, H. 1, S. 71-99

INHALT: Im Oktober 1944 erklärte der KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck im Moskauer Exil, die kommunistische Partei solle im besetzten Deutschland ähnliche Einrichtungen schaffen, wie es die Nazis für ihre reaktionären Zwecke mit ihren "Ordensburgen" getan hatten. Wollte sich

die KPD in Kaderpolitik und -training wirklich am Vorbild der NSDAP orientieren, oder verfolgte sie eigene Wege der Herrschaftssicherung? Der Verfasser analysiert vor dem Hintergrund von Piecks Aussage vergleichend die Kaderausbildung in NSDAP und KPD. (ICEÜbers)

[79-L] Schulze Wessel, Julia:

Macht und Ohnmacht der DDR-Verfassung, in: André Brodocz, Christoph Oliver Mayer, Rene Pfeilschifter, Beatrix Weber (Hrsg.): *Institutionelle Macht : Genese - Verstetigung - Verlust*, Wien: Böhlau, 2005, S. 439-542, ISBN: 3-412-17205-7 (Standort: UB Bonn(5)-2005/6245)

INHALT: Die Legitimationskraft der DDR schöpfte sich der Autorin zufolge trotz zahlreicher Verfassungsdurchbrechungen aus der Verfassung und vor allem aus dem ihr voraus gegangenen Diskussionsprozess. Die Verfassung der DDR wurde nie völlig außer Kraft gesetzt, auch wenn sich die Verfassungswirklichkeit immer weiter vom Gesetzestext entfernte. Sie besaß offenbar eine höhere symbolische Macht, die sie bis zum Ende der DDR behielt. Diese Macht (in symbolischer Hinsicht) bzw. Ohnmacht (hinsichtlich der instrumentellen Dimension) der DDR-Verfassung wird von der Autorin anhand von drei Gesichtspunkten untersucht: Zum einen wird die symbolische Macht der Verfassung, so wie sie dieser im Prozess der Verfassungsgebung zukam, analysiert. In diesem Kontext wird gefragt, welche Funktion die erste Verfassung der DDR für die verschiedenen Parteien hatte und warum sie die unterschiedlichen politischen Vorstellungen integrieren konnte. Zum anderen wird die Ermächtigung des Volkes als Souverän der neuen politischen Ordnung vor der und durch die Verabschiedung der Verfassung rekonstruiert. Denn diese nährte zwar in der gesamten Debatte um die konstitutionellen Leitideen ganz wesentlich die symbolische Macht der Verfassung, bricht diese jedoch gleichzeitig im Augenblick ihrer Konstituierung. (ICI2)

[80-L] Talos, Emmerich; Neugebauer, Wolfgang (Hrsg.):

Austrofaschismus: Politik - Ökonomie - Kultur, 1933-1938, (Politik und Zeitgeschichte, 1), Münster: Lit Verl. 2005, 436 S., ISBN: 3-8258-7712-4

INHALT: Wie ist die 1933 etablierte österreichische Diktatur zu charakterisieren? Der gängige Begriff 'Ständestaat' sei zu eng und unzutreffend, meinen die Herausgeber, die Bezeichnung sei zudem 'der Selbstdarstellung der damals herrschenden Elite' (1) zu verdanken. Nach 1945 sei die Wahrnehmung dieser Diktatur aber durch die Phase der anschließenden nationalsozialistischen Herrschaft überlagert worden, was bis in die Gegenwart einen wissenschaftlichen Dissens über ihren tatsächlichen Charakter zur Folge habe. In Kapiteln über Konstituierung, Selbstverständnis und Akteure, über die Verfassungsordnung und politische Wirklichkeit sowie zur politischen Gestaltung und wirtschaftlichen und sozialen Realität analysieren die Autoren daher diese Diktatur genauer; die Themen reichen von der Ideologie über den Antisemitismus und den Repressionsapparat bis zum Sport. In seinem Resümee bezeichnet Talos die österreichische Diktatur als einen 'Imitationsfaschismus' (406), der aber keinesfalls harmlos gewesen sei. Diese Diktatur habe auf mehreren Ebenen gravierend eingegriffen, Juden diskriminiert, Frauen aus der Politik ausgeschlossen und die Sozialdemokratie zerschlagen. Eine Einordnung nur als autoritäres System wäre daher unzureichend, gleichzeitig aber seien - trotz deutlicher Einflüsse - Unterschiede zum italienischen und deutschen Faschismus festzustellen. Die österreichische Diktatur sei aufgrund ihrer Besonderheiten daher als ein eigener

'Austrofaschismus' zu definieren. Aus dem Inhaltsverzeichnis: I. Konstituierung - Selbstverständnis - Akteure: Emmerich Talos / Walter Manoschek: Zum Konstituierungsprozeß des Austrofaschismus (6-25); Anton Staudinger: Austrofaschistische 'Österreich'-Ideologie (28-52); Angelika Königseder: Antisemitismus 1933-1938 (54-65); Ernst Hanisch: Der Politische Katholizismus als ideologischer Träger des 'Austrofaschismus' (68-86); Anton Pelinka: Christliche Arbeiterbewegung und Austrofaschismus (88-97); Winfried R. Garscha: Nationalsozialisten in Österreich 1933-1938 (100-120); II. Politische Struktur - Verfassungsordnung - politische Wirklichkeit: Emmerich Talos / Walter Manoschek: Aspekte der politischen Struktur des Austrofaschismus (124-160); Maren Seliger: Führerprinzip und berufsständische Vertretung auf kommunaler Ebene? Am Beispiel Wien (162-178); III. Politische Gestaltung - wirtschaftliche und soziale Realität: Gerhard Senft: Anpassung durch Kontraktion. Österreichs Wirtschaft in den dreißiger Jahren (182-199); Siegfried Mattl: Die Finanzdiktatur. Wirtschaftspolitik in Österreich 1933-1938 (202-220); Emmerich Talos: Sozialpolitik im Austrofaschismus (222-235); Gerhard Melinz: Fürsorgepolitik(en) (238-252); Irene Bandhauer-Schöffmann: Der 'Christliche Ständestaat' als Männerstaat? Frauen- und Geschlechterpolitik im Austrofaschismus (254-280); Herbert Dachs: 'Austrofaschismus' und Schule. Ein Instrumentalisierungsversuch (282-296); Wolfgang Neugebauer: Repressionsapparat und -maßnahmen 1933-1938 (298-319); Karl Stuhlpfarrer: Austrofaschistische Außenpolitik - ihre Rahmenbedingungen und ihre Auswirkungen (322-336); Alfred Pfoser / Gerhard Renner: 'Ein Toter führt uns an!' Anmerkungen zur kulturellen Situation im Austrofaschismus (338-356); Wolfgang Duchkowitsch: Umgang mit 'Schädlingen' und 'schädlichen Auswüchsen'. Zur Auslöschung der freien Medienstruktur im 'Ständestaat' (358-370); Matthias Marschik: Turnen und Sport im Austrofaschismus (1934-1938)(372-389); IV. Resümee: Emmerich Talos: Das austrofaschistische Herrschaftssystem (394-420). (ZPol, VS)

3 Staatstheorie und staatliches Handeln

[81-L] Amm, Joachim:

Die Macht des deutschen Bundesrates, in: Werner J. Patzelt (Hrsg.): Parlamente und ihre Macht : Kategorien und Fallbeispiele institutioneller Analyse, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2005, S. 89-113, ISBN: 3-8329-1588-5 (Standort: USB Köln(38)-33A1756)

INHALT: Die Beitrag zeigt, dass die Macht des Bundesrates, materiell auf der Macht der deutschen Bundesländer und der ihre Regierungen tragenden politischen Parteien sowie auf deren Interesse zur Einflussnahme auf die nationale Politik beruht. Als nicht "eigenmächtiger", aber in der Vergangenheit weichenstellender und heute als Unterstützungsargument für machtbewehrte Interessen hilfreicher Faktor wird zunächst die institutionelle Traditionsmacht des Bundesrates beschrieben. Bei der vom jeweils dominierenden Länderblock (partei)politisch verantworteten Ausübung der transitiven Macht des Bundesrates kommt, als Formursache, den konstitutionell zugeschriebenen legislativen Kompetenzen des Bundesrates eine entscheidende Rolle zu. Diese definieren in bislang erst ansatzweise umstrittener Weise, dass sich die transitive Macht des Bundesrates in der Praxis vor allem als Verhinderungsmacht - nämlich als die Regierungspolitik blockierende Veto-Macht wirksam entfalten kann. Während die Institution keinem akuten Reformdruck ausgesetzt ist, ergibt sich hinsichtlich der Öffentlichkeitsresonanz ein anderes und für die Institution in doppelter Weise abträgliches Bild:

Die Gesellschaft fällt als weitere denkbare Machtquelle des Bundesrates empirisch nahezu aus, da der Bundesrat nicht im zur Unterstützungsgenerierung nötigen Maße öffentlich wahrgenommen wird. (ICA2)

[82-L] Behnke, Joachim:

Die Bombe tickt weiter: Das immer noch existierende Problem der Überhangmandate und mögliche Lösungen, in: Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel, Bernhard Weßels (Hrsg.): Wahlen und Wähler : Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 459-483, ISBN: 3-531-14137-6 (Standort: UB Kaiserslautern(386)-45.349.923)

INHALT: Vor dem Hintergrund der Bundestagswahl 2002 und dem knappen Wahlergebnis für die Regierungskoalition SPD-Bündnis 90/Die Grünen beschäftigt sich die Studie mit dem Stimmverteilungsmodus der Überhangmandate, wobei die Argumentationslinie auf eine Neuregelung dieses Verfahrens ausgerichtet ist. In das Thema einführend, wird zunächst die Entstehung der Überhangmandate beschrieben. Auf dieser Grundlage erörtert der Autor sodann Möglichkeiten der Beseitigung von Überhangmandaten, die sich in folgende Vorschläge gliedern: (1) Verhinderung der Entstehung von Überhangmandaten durch die Einführung einer reinen Listenwahl und den Abzug 'überschüssiger' Direktmandate, (2) Einführung von Regeln, die das Auftreten von Überhangmandaten unwahrscheinlicher machen, und zwar mittels der Reduzierung des Anteils von Direktmandaten, der Verrechnung angefallener Überhangmandate mit Listenmandaten derselben Partei in anderen Ländern bzw. Modifikationen der Zweitstimmenkonstruktion sowie (3) Korrektur der Verzerrungen des Stimmgewichts durch Ausgleichsmandate. Das Erfordernis der Transparenz für den Bürger hinsichtlich der Wirkung seiner Stimmgebung wird nach Ansicht des Autors am besten erfüllt, wenn der Zusammenhang zwischen Stimmverteilung und Wahlergebnis erkennbar und in sich konsistent ist. Nicht das Verfahren schafft Transparenz, sondern das Ergebnis, insofern es als natürliche und intuitiv einleuchtende Folge der abgegebenen Stimmen wahrgenommen werden kann. (ICG2)

[83-L] Birsl, Ursula:

Pfadwechsel: vom deutschen Föderalismus zum transnationalen Neoregionalismus, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 37/2006, H. 2, S. 384-401 (Standort: USB Köln(38)-XF148; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Vorschläge zu einer Föderalismusreform, die zwischen CDU, CSU und SPD im Rahmen des Koalitionsvertrags ausgehandelt worden sind, scheinen zu bestätigen, dass die Akteure nicht hinreichend bereit sind, die staatliche Ordnung zu reformieren und die Politikverflechtung aufzubrechen. Hinzu kommt, dass das staatliche Ordnungsparadigma so unscharf geworden ist, dass es nicht mehr 'nur' um eine Restrukturierung eines föderativen Systems geht. Das Regierungssystem hat sich durch die historisch-institutionelle Entwicklung sowie die politische Praxis bereits entföderalisiert. Wenn es also stimmt, dass sich Deutschland zu einem unitarischen Einheitsstaat gewandelt hat, wäre der deutsche Föderalismus ein Mythos. Empirische Befunde aus der vergleichenden Föderalismusforschung untermauern diese Einschätzung. Gleichzeitig konstituiert sich aber eine neue politische Ebene, die als Neoregionalismus bezeichnet werden kann. Dieser ist in seinen Konturen noch nicht klar zu erfassen, setzt jedoch die Länderebene unter Druck und könnte einen Prozess der Reföderalisierung auslösen." (Autorenreferat)

[84-L] Bode, Ingo:

Das Ende der Einheit - Die Transformation von Staatlichkeit im disorganisierten Wohlfahrtskapitalismus, in: Susanne Lütz, Roland Czada (Hrsg.): Wohlfahrtsstaat - Transformation und Perspektiven, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2004, s. 67-89, ISBN: 3-8100-3908-X

INHALT: Die Rede vom aktivierenden Staat verweist zu allererst auf politische Konzepte zur Neuorientierung der Sozialpolitik. Die einschlägigen Stichworte sind: Kosten- und Leistungsverantwortung, Kundenorientierung, Marktwettbewerb, Controlling. Der vorliegende Beitrag betrachtet diesen Umbruch in Bezug auf einen spezifischen Aspekt: die Transformation von Staatlichkeit. Der Autor vertritt die These, dass der real existierende Sozialstaat bereits seit längerem darauf hinarbeitet, die Bedingungen für diese Organisationsprozesse zu verändern und dadurch eine neue Geschäftsgrundlage für Sozialbürokratien, Leistungsträger und Wohlfahrtsklienten zu schaffen - und zwar länderübergreifend, unabhängig von bestehenden internationalen Strukturunterschieden. Der Beitrag ist wie folgt aufgebaut: In einem ersten Kapitel wird rekonstruiert, wie sich der "organisierte Wohlfahrtskapitalismus" herausbildet hat. Im zweiten Kapitel geht es um die Transformation dieses Grundmusters und die gegenwärtig diskutierten ökonomischen und sozialen Wandlungsdynamiken. Anhand konkreter Beispiele wird dann dargelegt, wie in neuartigen Regulierungen des Systems der sozialen Daseinsvorsorge eine veränderte Form von Staatlichkeit zum Ausdruck kommt. Kursorisch werden nationale kulturelle Varianzen dieses Formwandels angesprochen. (ICA2)

[85-F] Burkhart, Simone (Bearbeitung); Manow, Philip, Dr. (Betreuung):

Reformblockade in Zweikammersystemen: parteipolitischer Föderalismus und Reformfähigkeit

INHALT: Als zentraler politischer Blockadefaktor gilt in Deutschland das Zusammenspiel zwischen einer "kooperativen", verflochtenen Spielart des Föderalismus und einem antagonistischen Parteienwettbewerb. Das Dissertationsprojekt untersucht mit Hilfe von quantitativ-empirischen Erhebungen die zunehmende Parteipolitisation des deutschen Föderalismus. Den Ausgangspunkt hierfür bildet die Untersuchung der gestiegenen Interdependenz von Bundes- und Landtagswahlen. Aufbauend auf diesen Erkenntnissen werden mit Hilfe eines spieltheoretischen Modells die strategischen Handlungsoptionen politischer Akteure untersucht: Wann folgen sie konfrontativen, wann kooperativen Strategien? Neben quantitativen Erhebungen zur deutschen Gesetzgebung stehen vergleichende Fallstudien. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Quantitativ-empirische Erhebungen und schließende Statistik stehen in diesem Projekt neben Fallstudien zu ausgewählten Politikbereichen. Es handelt sich streng genommen nicht um die Erhebung neuer Daten, sondern um eine Überführung von vorhandenen Daten in eine verbesserte Datenstruktur, d.h. in einen verknüpften Datensatz, der statistische Auswertungen möglich macht. *DATENGEWINNUNG:* Sekundäranalyse von Aggregatdaten (Daten zur Gesetzgebung, Herkunft, Stand der Gesetzgebung des Bundes; Auswahlverfahren: total - 1972-2002-).

VERÖFFENTLICHUNGEN: Simone Burkhart: Parteipolitikverflechtung. Über den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen von 1976-2000. in: Politische Vierteljahrschrift, 46, 2005, 1, S. 14-38.+++Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen. in: Schmid, J.; Zolleis, U. (Hrsg.): Wahlen und Wahlkampf im Südwesten. Münster: Lit Verl. Münster.

ART: Dissertation *BEGINN:* 2003-07 *ENDE:* 2007-04 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (Paulstr. 3, 50676 Köln)

KONTAKT: Institution (Tel. 0221-2767-0, Fax: 0221-2767-430, e-mail: info@mpifg.de)

[86-L] Demuth, Christian:

Wieviel Macht haben Parlamente?: die Machtstellung der deutschen nationalen Parlamente zwischen 1871 und 2005, in: Werner J. Patzelt (Hrsg.): *Parlamente und ihre Macht : Kategorien und Fallbeispiele institutioneller Analyse*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2005, S. 217-254, ISBN: 3-8329-1588-5 (Standort: USB Köln(38)-33A1756)

INHALT: Die Macht eines Parlaments ist nicht stabil. Der Beitrag zeigt, dass die Macht eines Parlaments als ein parlamentarischer "Aggregatzustand" angesehen werden muss, der einem ständigen Wandel unterliegt. Parlamente haben danach unter verschiedenen Umweltbedingungen in unterschiedlicher Weise die Chance, ihre Geltungsansprüche gegenüber anderen Institutionen durchzusetzen und wahrzunehmen. Der vorliegende Beitrag versucht durch eine diachrone Darstellung der Geschichte demokratisch gewählter Parlamente in Deutschland, exemplarisch die Machtdynamik von Parlamenten zu analysieren. Die Darstellung beschränkt sich zum einen auf demokratische Parlamente, zum anderen auf die Zeit von 1871 bis 2004. Ziel ist es, anhand der drei Phasen 1871-1918, 1918-1945 und 1949-2004 die Entwicklung der Machtbilanz dieser Parlamente zu untersuchen. Die Analyse der Macht demokratischer Parlamente in Deutschland zeigt, dass es sinnvoll ist, nicht nur die sichtbaren verfassungsförmlichen Parlamentsrechte als Machtindikatoren zu betrachten. Parlamente sind nicht mächtig, nur weil sie demokratisch konstituiert sind oder besonders viele Funktionen besitzen. Es braucht die nötigen Ressourcen an intransitiver Macht sowie den Willen und die Kompetenz, sich gegen institutionelle und gesellschaftliche Gegenmächte durchzusetzen. (ICA2)

[87-L] Döhler, Marian:

Die begrenzte Rationalität von Delegation und Steuerung in der Bundesverwaltung, in: Stefan Ganghof, Philip Manow (Hrsg.): *Mechanismen der Politik : strategische Interaktion im deutschen Regierungssystem*, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2005, S. 215-243, ISBN: 3-593-37701-2 (Standort: UuStB Köln(38)-32A9398)

INHALT: Gegenstand des Beitrags ist die Frage, wie die politische Steuerung von Behörden auf Bundesebene stattfindet. In den USA ist das Problem der politischen Steuerung der Verwaltung zu einer politikwissenschaftlichen Kernfrage geworden, wobei vor allem auf den Principal-Agent-Ansatz zurückgegriffen wird. Der vorliegende Beitrag überträgt diese Analyseperspektive auf die deutsche Bundesverwaltung und ihre Steuerung. Die Annahmen und Interpretationsangebote des Principal-Agent-Ansatzes treffen, wie gezeigt wird, auf Deutschland nur eingeschränkt zu. Der Grund hierfür liegt in der Tatsache, dass die Anreizstruktur des Regierungs- und Verwaltungssystems entweder "Autopilot-Lösungen" bereit hält oder aber "disincentives", die die Steuerungsambitionen sowie das Konfliktniveau zwischen Politik und Verwaltung reduzieren. Ein primär auf Verwaltungskontrolle ausgerichtetes Maximierungsverhalten von Politikern tritt im institutionellen Kontext des bundesdeutschen Regierungssystems nur deutlich abgeschwächt auf. Die deutsche Bundesverwaltung unterliegt eher einer impliziten Form der politischen Steuerung. (ICE2)

[88-L] Döring, Herbert:

Worauf gründet sich die Agenda-Setzer-Macht der Regierung?: theoretische und vergleichende Perspektiven auf den deutschen Fall, in: Steffen Ganghof, Philip Manow (Hrsg.): *Mechanismen der Politik : strategische Interaktion im deutschen Regierungssystem*, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2005, S. 109-148, ISBN: 3-593-37701-2 (Standort: UuStB Köln(38)-32A 9398)

INHALT: Der Beitrag unterscheidet drei Typen von Agenda-Setzer-Macht, die sich auf die Themenagenda, die Abstimmungsagenda und die Zeitplanagenda beziehen. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen im Folgenden die beiden letztgenannten Typen. Zunächst werden auf theoretischer Ebene Gründe des Einsatzes von Agenda-Setzer-Macht durch Regierungen in parlamentarischen Systemen eruiert, um die prozeduralen Schritte bei der Verabschiedung von Gesetzesvorlagen sodann anhand einer Stichprobe von 650 Gesetzen aus 17 parlamentarischen Demokratien und der Schweiz zwischen 1981 und 1991 empirisch zu überprüfen. In Bezug auf die Abstimmungsagenda zeigt die Untersuchung, dass die in dieser Hinsicht stark beschränkte Agenda-Setzer-Macht der deutschen Bundesregierung der Bildung von Minderheitsregierungen entgegenwirkt (Recht des letzten Änderungsantrags liegt beim Vermittlungsausschuss). In Bezug auf die Zeitplanagenda zeigt die Untersuchung, dass die in dieser Hinsicht hohe Agenda-Setzer-Macht der deutschen Bundesregierung angesichts des konkordanzdemokratischen Zwangs zum Konsens mit dem Bundesrat zu heftiger Konfliktretorik im Gesetzgebungsprozess führt und gleichzeitig das Gesetzgebungsvolumen verringert. (I-CE2)

[89-F] Egle, Christoph, M.A. (Bearbeitung); Merkel, Wolfgang, Prof.Dr. (Betreuung):

Reformträgheit und Reformfähigkeit: Frankreich und Deutschland im Vergleich. Eine Analyse der Reformfähigkeit bürgerlicher und sozialdemokratischer Regierungen in Frankreich und Deutschland seit Mitte der 90er Jahre

INHALT: Die Studie untersucht die Reformfähigkeit unterschiedlicher Regierungen in Deutschland und Frankreich. Beide Länder zeichnen sich dadurch aus, dass es dort seit den 90er Jahren kaum gelingt, eine durch hohe Arbeitslosigkeit, defizitäre Staatsfinanzen und finanziell überforderte Sozialsysteme gekennzeichnete Problemlage zu lösen. Während in vielen anderen europäischen Ländern bei ähnlicher Problemlage in den 90er Jahren umfangreiche wirtschafts- und sozialpolitische Reformen umgesetzt wurden, können Frankreich und Deutschland im internationalen Vergleich als "reformpolitische Nachzügler" bezeichnet werden. Im Mittelpunkt der Studie steht die Frage, mit welchen Faktoren diese Reformträgheit erklärt werden kann. Außerdem wird untersucht, inwiefern sich bürgerliche und sozialdemokratische Regierungen in ihrer Reformpolitik in beiden Ländern unterscheiden. Im Zentrum der Arbeit stehen komparativ angelegte Analysen der Fiskal-, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik bürgerlicher und sozialdemokratischer Regierungen seit 1993 (Frankreich) bzw. 1994 (Deutschland) bis jeweils 2005. Die Studie legt ein besonderes Augenmerk auf die spezifische Interaktion zwischen nationalem Institutionensystem und der Dynamik des Parteienwettbewerbes, da die Regierungspolitik in beiden Ländern seit den 90er Jahren weder primär mit der parteipolitischen Färbung der Regierung noch mit der bloßen Anzahl institutioneller Begrenzer der zentralstaatlichen Exekutive hinreichend erklärt werden kann. *ZEITRAUM:* 1993-2005 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Frankreich, Bundesrepublik Deutschland

VERÖFFENTLICHUNGEN: Egle, Christoph; Henkes, Christian: In search of social democracy. Explaining politics and policy of the Schröder-government 1998-2002. in: Haseler, Stephen; Meyer, Henning (eds): Reshaping social democracy. Labour and the SPD in the new century. London: European Research Forum at London Metropolitan University 2004, pp. 163-191.+++Egle, Christoph: Linke Rhetorik und ungelöste Probleme. Sozialdemokratische Reformpolitik in Frankreich in vergleichender Perspektive. in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich-Jahrbuch 2004. Wiesbaden: VS-Verl. für Sozialwiss. 2005, S. 81-111.
ART: Dissertation; Eigenprojekt *BEGINN*: 2004-04 *ENDE*: 2006-10 *AUFTRAGGEBER*: nein *FINANZIERER*: Institution; Wissenschaftler
INSTITUTION: Universität Frankfurt, FB 03 Gesellschaftswissenschaften, Institut für Vergleichende Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen Professur für Politikwissenschaft, insb. vergleichende Analyse liberal-demokratischer Systeme und Demokratietheorie (Robert-Mayer-Str. 5, 60054 Frankfurt am Main)
KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 069-798-22304, e-mail: c.egle@soz.uni-frankfurt.de)

[90-F] Fellrath, Götz (Bearbeitung); Bogumil, Jörg, Prof.Dr. (Betreuung):

Der Landesbetrieb als Element der Verwaltungsmodernisierung auf der Ebene der deutschen Bundesländer. Evaluation der Reorganisation unter vertiefter Betrachtung der Steuerungsproblematik

INHALT: keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Bundesrepublik Deutschland

ART: Dissertation *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: keine Angabe

INSTITUTION: Universität Bochum, Fak. für Sozialwissenschaft, Sektion Politikwissenschaft
Lehrstuhl Vergleichende Stadt- und Regionalpolitik (Universitätsstr. 150, 44801 Bochum)

KONTAKT: Betreuer (Tel. 0234-32-27805 o. -28409, Fax: 0234-32-14487,
e-mail: joerg.bogumil@ruhr-uni-bochum.de)

[91-L] Franzius, Claudio:

Governance und Regelungsstrukturen, in: Verwaltungsarchiv : Zeitschrift für Verwaltungslehre, Verwaltungsrecht und Verwaltungspolitik, Bd. 97/2006, H. 2, S. 186-219 (Standort: USB Köln (38)-Fa118; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Der Begriff Governance übt seit einigen Jahren eine nahezu magische Anziehungskraft aus. Obwohl niemand so genau zu wissen scheint, was sich dahinter verbirgt, machen vielleicht gerade die begriffliche Unschärfe und die dadurch Nahrung erhaltene Vermutung, dass es sich um ein zukunftsträchtiges Leitbild handeln könnte, seine wachsende Popularität aus. Ja, vielleicht stehen wir am Anfang einer 'neuen Erzählung' vom Regieren in vernetzten Regelsystemen, wenngleich bei nüchterner Betrachtung der Begriff trotz aller Diffusität, die ihm anhaftet, auf nichts Ungewöhnliches hinweist und mit den 'neuen Modi des Regierens' vermutlich auch nicht bloß eine vergängliche Mode beschreibt. Denn es geht um nichts anderes als den Ordnungsbedarf in einer unübersichtlich gewordenen Welt, die, wie vielerorts spürbar wird, durch eine Erosion bestehender Ordnungsmuster gekennzeichnet ist. Mit der Bezugnahme auf Regelungsstrukturen eröffnet sich eine Blickrichtung, welche die Ordnungsprobleme nicht löst, sich aber in besonderer Weise als Forschungsperspektive anbietet. Das gilt auch und insbesondere für die Rechtswissenschaft. Vorliegend wird davon ausgegangen, dass Governance 'in und durch' Regelungsstrukturen stattfindet. Wir haben es mit ei-

nem Prozess des institution making zu tun, wobei der Kontext rechtsgeprägt ist und auf Rechtsprägung in Regelungsstrukturen ausgelegt wird. Damit ist die Perspektive angegeben, wie sie auf die von 'unsichtbarer Hand' geschaffenen Governance-Strukturen gelegt werden soll. Nicht der Staat, sondern das von ihm teilweise abgekoppelte Recht füllt die Lücke, die sich mit der Ablösung des Regierens von einer zentralen Instanz und dem darauf zugeschnittenen Verantwortungsregime auftut. Dabei ist zunächst zu rekapitulieren, worauf Governance reagiert und deshalb zu thematisieren sucht. Anschließend soll auf das Konzept der Regelungsstruktur eingegangen werden, dessen Kern darin gesehen werden kann, das vielfach zu enge Steuerungsparadigma zu überwinden. Das wirft die Frage auf, woher die Regelungsstrukturen kommen und wohin sie mit welchen Fragestellungen für die Rechtswissenschaft führen. Abschließend sollen drei Thesen formuliert werden." (Textauszug)

[92-L] Freiburghaus, Dieter; Buchli, Felix:

Föderalismus und Mehrsprachigkeit in der Schweiz, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung -EZFF- an der Universität Tübingen (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2004 : Bd. 5, Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 307-321, ISBN: 3-8329-0774-2

INHALT: Der Beitrag geht der Frage nach, warum in der Schweiz die Viersprachigkeit nie zu massiven Konflikten geführt hat. So sind die "cross-cutting cleavages" ein bekanntes Erklärungsmuster für die politische Stabilität der Schweiz, welches sich insbesondere auch in Bezug auf die Sprachen bewährt: Die Sprachgruppen sind in sich wiederum sehr heterogen, zwischen dem abgeschlossenen, katholischen Kanton Wallis und dem weltoffenen, calvinistischen Genf sind die Gegensätze ebenso groß wie zwischen Appenzell-Innerrhoden und Basel-Stadt. Das Prinzip der Territorialität der Sprachen, hinter welches zumindest bisher die individuelle Sprachenfreiheit zurücktreten musste, hat zu diesem "Bestandsvertrauen" beigetragen. Möglich war ist dies nur, weil die Sprachgrenzen scharf sind und Gebiete mit starker Durchmischung die Ausnahme darstellen. Die unangefochtenen mehrheitlichen Deutschschweizer können sich Toleranz gegenüber den kleineren Sprachgruppen gefahrlos leisten. Und nicht zuletzt schaffen die institutionellen Besonderheiten der Schweiz - die halbdirekte Demokratie, der Föderalismus, die Konkordanz und die Gemeindeautonomie - ein starkes Band, denn sie werden von allen Sprachgruppen gleichmäßig hoch geschätzt. Die Kantone sind im Rahmen der Bundesverfassung für ihre Sprachenpolitik zuständig. Die Schul- und Kulturhoheit sichert ihnen hier ein wichtiges Terrain, um ihre diesbezüglichen Vorstellungen durchzusetzen. (ICA2)

[93-L] Frey, Rainer; Nienaber, Georg:

Zustand und Zukunft des Föderalismus - Regionen in der Politikverflechtungsfalle, in: Nicole Munk, Georg Nienaber (Hrsg.): Standpunkte in der Stadtpolitik : kommunal-, regional- und medienwissenschaftliche Ansätze, Aachen: Shaker, 2004, S. 91-111, ISBN: 3-8322-3378-4 (Standort: UB Duisburg(464)-PDH4692d)

INHALT: Die Autoren erörtern die Frage des Föderalismusprinzips im Hinblick auf seine gegenwärtige Form und seine zukünftige Reform in Richtung einer Aufhebung der Politikverflechtung. Sie zeigen dabei die grundlegenden Probleme und Bestrebungen der Diskussion um den Zustand und die Zukunft des deutschen Föderalismus auf. Sie skizzieren zunächst die Veran-

kerung des Föderalismusprinzips im Grundgesetz, das eine klare Trennung zwischen den Kompetenzen der Landes- und Bundesebene vorsieht. Anschließend thematisieren sie die Landesschwäche durch die Verflechtungen bei den Gesetzgebungskompetenzen und im Finanzsektor sowie die negativen Folgen der Politikverflechtung im Bundesstaat. Nach ihrer Einschätzung gehen beide Entwicklungen - eine verstärkte Zusammenarbeit und Verflechtung auf der einen Seite und eine deutlich nachweisbare Zentralisierung auf der anderen Seite - größtenteils zu Lasten der Landesparlamente, deren Autonomie durch die Föderalismuspraxis tendenziell bedroht wird. Die Autoren skizzieren vor diesem Hintergrund einige Reformansätze zur Stärkung der Bundesländer. (ICI)

[94-L] Frey, René L. (Hrsg.):

Föderalismus - zukunftstauglich?!, Zürich: Verl. Neue Zürcher Zeitung 2005, 158 S., ISBN: 3-03823-176-2 (Standort: LB Stuttgart(24)-55/10918)

INHALT: "Der schweizerische Föderalismus wurde im 19. Jahrhundert geschaffen. Seither sind viele Veränderungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik eingetreten. Kann er die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen? Vier prominente Fachleute beantworten diese Frage aus dem Blickwinkel unterschiedlicher Disziplinen und Erfahrungen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen weist der schweizerische Föderalismus immer noch eine Struktur auf, welche durch Napoleon, den Wiener Kongress und die Bundesverfassung von 1848 geschaffen worden ist. Industrialisierung und Landflucht im 19. Jahrhundert, Desindustrialisierung und Stadtlucht im 20. Jahrhundert haben jedoch die räumliche Struktur der Schweiz grundlegend verändert. Vier von fünf Schweizerinnen und Schweizern leben oder arbeiten heute in Agglomerationen. Diese sind zu den Motoren der Volkswirtschaft geworden. Die politischen Strukturen haben sich diesen Veränderungen kaum angepasst. Ist der Föderalismus schweizerischer Prägung überholt? Vier Professoren der Universität Basel diskutieren diese Frage: Georg Kreis als Historiker, René Rhinow als Staatsrechtler und früherer Ständerat, Gian-Reto Plattner ebenfalls als früherer Ständerat und René L. Frey als Ökonom. Alle vier Fachleute gelangen zum Ergebnis, dass Reformen des schweizerischen Föderalismus nötig sind und mit dem Neuen Finanzausgleich auch bereits eingeleitet wurden. Mit einem Vorwort von Bundesrat Hans-Rudolf Merz." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Hans-Rudolf Merz: Vorwort (7-8); René L. Frey: Standortwettbewerb und Neuer Finanzausgleich (11-42); Georg Kreis: Ist übermorgen noch gut, was vorgestern gut war? Der schweizerische Föderalismus aus historischer Sicht (45-62); René Rhinow: Bundesstaatsreform und Demokratie. Der schweizerische Föderalismus aus rechtlicher Sicht (63-92); Gian-Reto Plattner: Kraftquelle oder Kräfteverschleiß? Der schweizerische Föderalismus aus politischer Sicht (93-105); René L. Frey: Steuerwettbewerb oder Steuerharmonisierung? Der schweizerische Föderalismus aus ökonomischer Sicht (107-124); René L. Frey: Regionalpolitik, Agglomerationspolitik und Gebietsreformen (127-156).

[95-L] Ganghof, Steffen; Manow, Philip (Hrsg.):

Mechanismen der Politik: strategische Interaktion im deutschen Regierungssystem, (Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung), Frankfurt am Main: Campus Verl. 2005, 277 S., ISBN: 3-593-37701-2 (Standort: UuStB Köln(38)-32A9398)

INHALT: Die in diesem Band abgedruckten Beiträge entstanden im Rahmen eines im Jahr 2003 vom Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln veranstalteten Workshops, der 'theoretische Perspektiven auf das deutsche Regierungssystem' zum Thema hatte. Die Autoren verwenden alle einen Rational-Choice-Ansatz, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung und teilweise durchaus aus einer kritischen Perspektive. Einleitend begründen die Herausgeber diese theoretische Fokussierung des Sammelbandes als den geeigneten Weg, um einer immer wieder bemängelten Theorieferne der Regierungslehre abzuweichen. Ziel sei es 'nicht mehr oder neuere Informationen über das Regieren in Deutschland, sondern bessere Interpretationen' zu erreichen (10). Auf diese Weise könne eine 'mechanismenorientierte Regierungslehre' (17) entwickelt werden, die besser in der Lage sei zu generalisierbaren Ergebnissen zu kommen als andere Ansätze. Aus dem Inhaltsverzeichnis: Philip Manow / Steffen Ganghof: Mechanismen deutscher Politik (9-33); Thomas Saalfeld: Determinanten der Fraktionsdisziplin: Deutschland im internationalen Vergleich (35-71); Wolfgang C. Müller: Die Relevanz von Institutionen für Koalitionstreue: Theoretische Überlegungen und Beobachtungen zur Bundesrepublik Deutschland (73-107); Herbert Döring: Worauf gründet sich die Agenda-Setzer-Macht der Regierung? Theoretische und vergleichende Perspektiven auf den deutschen Fall (109-148); Thomas Bräuninger / Steffen Ganghof: Parteienwettbewerb im Zweikammersystem (149-181); Georg Vanberg: Verfassungsgerichtsbarkeit und Gesetzgebung: Zum politischen Spielraum des Bundesverfassungsgerichts (183-213); Marian Döhler: Die begrenzte Rationalität von Delegation und Steuerung in der Bundesverwaltung (215-243); Philip Manow: Die politische Kontrolle der Ministerialbürokratie des Bundes: Die Bedeutung der Landesebene (245-275). (ZPol, VS)

[96-L] Heinze, Rolf G.:

Vom statuskonservierenden zum sozialinvestiven Sozialstaat, in: Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (Hrsg.): Die neue SPD : Menschen stärken - Wege öffnen, Berlin: J. H. W. Dietz Nachf., 2004, S. 254-272, ISBN: 3-8012-0345-X (Standort: UB Bonn(5)-2004/2967)

INHALT: Die politischen Debatten um die Zukunftsfähigkeit des modernen Wohlfahrtsstaates sind kein deutscher Sonderfall, sondern Alltag in allen westlichen Ländern. Überall werden die neuen Herausforderungen (auf dem Arbeitsmarkt, bei der Einwanderung, in der Bewältigung der Alterung der Bevölkerung etc.) diskutiert und Umbaupläne für die "Baustelle Sozialstaat" geschmiedet. Der Beitrag geht von folgender Diagnose aus: Es gibt inzwischen einen Konsens sowohl auf wissenschaftlicher Ebene als auch innerhalb der Bundesregierung, dass das in der Bundesrepublik bei Reformprozessen übliche Schnecken tempo nicht mehr den aktuellen und strukturellen Herausforderungen angemessen ist. Der passive Entwicklungspfad des deutschen Modells kann so nicht fortgeführt werden, da sich die Probleme nicht auf der Zeitschiene lösen lassen. Für den Autor beschreibt der Begriff "Status" hier sehr gut den Kern des deutschen Sozialstaatsmodells. Im engeren Bereich der Sozialversicherung beweist das vor allem die gesetzliche Rente; lohnorientierte und umlagefinanzierte Systeme dominieren. Positionen, die auf Veränderungen setzen, werden als Panikmache diskreditiert um die eingeschliffenen Konsensroutinen nicht zu stören. Solche beschönigenden und teilweise auch problemverdrängenden Haltungen gefährden alle Zweige des "Sozialversicherungsstaates", da notwendige Strukturreformen nicht angegangen und deshalb später stärkere Einschnitte notwendig werden. Exemplarisch wird dies für die Renten, die Beschäftigungskrise und den Schuldenabbau demonstriert. (ICA2)

[97-L] Helms, Ludger:

Regierungsorganisation und politische Führung in Deutschland, (Grundwissen Politik, Bd. 38), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2005, 237 S., ISBN: 3-531-14789-7 (Standort: UB Bonn(5)-2006-1240)

INHALT: "Wie haben sich die Grundlagen der Regierungsorganisation und die Bedingungen politischer Führung durch Kanzler und Bundesregierung in Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges verändert? Welchen Unterschied machen Führungsstile und -strategien von Amtsinhabern in einem so komplex verflochtenen System wie der Bundesrepublik? Und wodurch zeichnet sich das hierzulande etablierte Modell politischer Führung im internationalen Vergleich aus? Diese und weitere Fragen leiten die historisch breit angelegte Studie, die sich als politikwissenschaftliche Einführung in die 'leadership'-Forschung und als aktueller Grundlagentext über das Regieren und die Regierungsorganisation in der Bundesrepublik versteht." (Autorenreferat)

[98-L] Hirsch, Joachim:

Materialistische Staatstheorie: Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems, Hamburg: VSA-Verl. 2005, 253 S., ISBN: 3-89965-144-8 (Standort: UB Bonn(5)-2005-9332)

INHALT: Der Verfasser behandelt sein Thema in vier Schritten. Im ersten Schritt geht es um die Grundlagen der materialistischen Staatstheorie, also um den Staat als politische Form kapitalistischer Gesellschaft, die Struktur und Funktion der Staatsapparate, die historische Entwicklung des kapitalistischen Staates und die Rolle von Staatensystemen. Im zweiten Kapitel werden Transformationsprozesse von Gesellschaft und Staat behandelt. Auf regulationstheoretischer Basis wird die Entwicklung des Kapitalismus seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts nachgezeichnet. Charakteristika des Staates im Postfordismus wie die Internationalisierung und die Entstehung eines neuen Verhältnisses von Staat und Gesellschaft werden herausgearbeitet. Das dritte Kapitel wirft einen Blick auf das Weltsystem, vor allem die Struktur und die historische Entwicklung des Imperialismus. In einem abschließenden vierten Schritt konstatiert der Verfasser das Ende des liberaldemokratischen Zeitalters und fragt nach Perspektiven einer Demokratie jenseits des kapitalistischen Staates. (ICE)

[99-L] Holtmann, Everhard:

Aktuelle Probleme der Gewaltenteilung im deutschen Regierungssystem, in: Andrea Gawrich, Hans J. Lietzmann (Hrsg.): Politik und Geschichte : "Gute Politik" und ihre Zeit ; Wilhelm Bleek zum 65. Geburtstag, Münster: Verl. Westfäl. Dampfboot, 2005, S. 196-209, ISBN: 3-89691-623-8 (Standort: Bibl. des Ruhrgebiets Bochum-D700/380)

INHALT: Der Beitrag leistet einen Überblick über Störfälle der Gewaltenteilung im deutschen Regierungssystem. Dabei wird an einigen konkreten Spielarten das vielfältige Bewegungsspiel der Gewalten veranschaulicht. In einem ersten Schritt werden zunächst Beschneidungen der Gestaltungsmacht der Parlamente beschrieben, beispielsweise die Einschränkung der Normbildungshoheit des Bundestages zugunsten anderer Staatsorgane. Die Parlamente sind indes nicht nur Leidtragende stattfindender Kompetenz-Umschichtungen zwischen den Gewalten. Wie im zweiten Schritt aufgezeigt wird, profitieren sie vielmehr auch von der Dyna-

mik der Gewaltenteilung, so bei der Äußerung von Gesetzesvorbehalten. Der dritte Schritt beschäftigt sich schließlich mit der Einschränkung der institutionellen Autonomie der Justiz. Um der Gefahr einer Abkapselung der Dritten Gewalt von der Gesellschaft vorzubeugen, räumt der demokratische Verfassungsstaat des Grundgesetzes den politischen Gewalten Parlament und Regierung unterschiedlich ausgestaltete Mitspracherechte bei der Besetzung der Richterstellen der Bundesgerichte ein. Die Ausführungen schließen mit einer Skizzierung möglicher politikwissenschaftlicher Untersuchungen zu dem Aspekt der Gewaltenteilung. (ICG2)

[100-F] Internationales Institut für Staats- und Europawissenschaften GmbH:

Regierungs- und Verwaltungsreformen in den deutschen Ländern

INHALT: keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

ART: keine Angabe *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Internationales Institut für Staats- und Europawissenschaften GmbH (Behrenstr. 34, 10117 Berlin)

KONTAKT: Institution (Tel. 030-2061399-0, Fax: 030-2061399-9, e-mail: post@internationales-institut.de)

[101-L] Jäger, Alexander:

Der Zusammenhang von Staat und Infrastruktur und die Privatisierung von Infrastrukturen aus staatsrechtlicher Perspektive, in: Volker Schneider, Marc Tenbücken (Hrsg.): *Der Staat auf dem Rückzug : die Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen*, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2004, S. 29-52, ISBN: 3-593-37614-8

INHALT: Der Beitrag gibt zunächst einige definitorische Annäherungen an den Begriff der (öffentlichen) Infrastruktur, um dann der Frage nachzugehen, worin sich die Infrastrukturverantwortung durch den Staat begründen lässt. Im zweiten Teil wird das Verhältnis von Staat und Infrastruktur, unter besonderer Berücksichtigung des Aspekts der Privatisierung, aus Sicht verschiedener Staatstheorien diskutiert. Im ökonomischen Liberalismus/Libertarismus (Smith, Hayek, Friedman) begründen die - aus der modernen wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion bekannten - Phänomene natürlicher Monopole, Öffentlicher Güter und externer Effekte (strikt) begrenzte staatliche Infrastrukturverantwortung; die Funktion von Infrastrukturen wird insbesondere in der Beförderung der "Handels- und Verkehrsgesellschaft" gesehen. Hingegen betont die konservative Sichtweise (Deutsche Staatsrechtslehre: Herbert Krüger, Ernst Forsthoff) vielmehr die Herrschafts-, Kontroll-, Integrations- und Gemeinwohl-funktion von Infrastrukturen und lehnt entsprechend eine Privatisierung technischer Infrastrukturen ab, wenn es sich dabei um kritische Infrastrukturen der staatlichen Herrschaftssicherung und -behauptung handelt. Im Marxismus schließlich werden die allgemeinen (materiellen) Produktionsbedingungen als notwendiges Mittel des Verwertungsprozesses des Kapitals verstanden. Der Staat stellt diese nur solange bereit, bis das Kapital sich zum Aktienkapital als seiner letzten Form durchgearbeitet hat, um auf dieser höchsten Entwicklungsstufe des Kapitalismus die Infrastrukturen schließlich selbst in privater Regie zu erstellen. (ICA2)

[102-F] Kappel, Robert, Prof.Dr.; Mehler, Andreas, Dr.; Hein, Wolfgang, Prof.Dr.; Jakobeit, Cord, Prof.Dr.; Oeter, Stefan, Prof.Dr. (Bearbeitung):

"Prekäre Staatlichkeit" und Intervention. Zur Bestimmung der Wechselwirkungen zwischen externer Intervention und lokalen Konstellationen

INHALT: Identifizierung und Vergleich der Leitbilder von Staatlichkeit; Darstellung von Macht- und Interessenkonstellationen sowie Problemlösungskapazitäten; Systematisierung von Handlungslogiken der extern intervenierenden und der internen Akteure in den Bereichen Sicherheit, Wohlfahrt, Rechtsstaatlichkeit.

METHODE: Wirkungsanalysen; Mapping von Akteuren; Indikatorenentwicklung für Prekarität

VERÖFFENTLICHUNGEN: Kappel, R.: Small and medium enterprises in sub-Saharan Africa. How important are social capital and the state? in: African Development Perspectives Yearbook 2003/2004. 2005.+++Mehler, Andreas: Oligopolies of violence in Africa south of the Sahara. in: Nord-Süd aktuell, Jg. 18, 2004, 3, S. 539-548.

ART: keine Angabe **BEGINN:** 2006-01 **ENDE:** 2009-12 **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** N.N.

INSTITUTION: Institut für Allgemeine Überseeforschung (Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg); GIGA Institut für Afrika-Kunde (Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg); Universität Hamburg, Fakultät für Rechtswissenschaft, Institut für Internationale Angelegenheiten (Rothenbaumchaussee 21-23, 20148 Hamburg); Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik -IFSH- an der Universität Hamburg (Falkenstein 1, 22587 Hamburg); Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv -HWWA- (Neuer Jungfernstieg 21, 20347 Hamburg)

KONTAKT: Mehler, Andreas (Dr. Tel. 040-42825-523, e-mail: mehler@iak.duei.de)

[103-F] Kastner, Fatima, Dr.phil. (Bearbeitung):

Souveränität im Zeitalter der Globalisierung: Alternativen zu staatszentrierten Souveränitätskonzeptionen

INHALT: Viele gesellschaftliche Probleme entziehen sich aufgrund ihres grenzüberschreitenden Charakters der Lösung durch den demokratischen Rechts- und Interventionsstaat. Sie können auch vom Völkerrecht nicht effektiv gelöst werden weil dieses selbst noch in den entwickelten Formen der internationalen Staatengemeinschaft letztlich auf Staatenkonsens aufbaut und deshalb zu schwerfällig ist. Auf realpolitischer Ebene setzt sich zunehmend die Überzeugung durch, dass nicht nur Staaten gesellschaftliche Problemlösungsleistungen erzeugen und damit gewisse Ordnungen stiften, in denen kollektive Willensbildungsprozesse stattfinden können. Auch nicht-staatliche Akteure, wie transnational vernetzte Fachbürokratien, transnationale Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) können einen Beitrag dazu leisten, institutionell abgesicherte Ordnungen im internationalen System zu schaffen. Obwohl deren Problemlösungskapazitäten sehr unterschiedlich eingeschätzt werden, tragen sie damit zu neuen Formen von transnational governance bei. Damit einher geht die Erkenntnis, dass "Regieren" auch in nicht-hierarchischen Steuerungsformen jenseits des souveränen Nationalstaates stattfinden kann. Hat damit auch der Begriff der Souveränität seine legitimierende wie strukturierende Beschreibungskraft verloren? In dem Projekt soll der Frage nachgegangen werden, in welchen institutionalisierten Formen staatliche und nicht-staatliche Akteure auf internationaler Ebene miteinander kooperieren und wie Normsetzung in diesen Institutionen stattfindet. In dem Projekt sollen, derartige Kooperationsformen, in denen staatliche und nicht-staatliche Akteure gemeinsam handeln, zu bestimmen und systematisch vergleichend

analysiert werden. Die, in gewissen Teilen, empirische Analyse soll gleichzeitig rückgebunden werden an die theoretische Debatte um Regieren "governance" im internationalen System und die Frage, welche veränderte Rolle Staaten dabei zufällt und ob dies wiederum Auswirkungen darauf hat, wie "Staatlichkeit" bzw. "Souveränität" verstanden wird.

ART: keine Angabe **ENDE:** 2004-12 **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

INSTITUTION: Hamburger Institut für Sozialforschung (Mittelweg 36, 20148 Hamburg)

KONTAKT: Institution (e-mail: his@his-online.de)

[104-L] Kleinsteuber, Hans J.:

E-Government - und alles wird gut: von der Informationsgesellschaft zu iCan, in: Tanja Hitzel-Cassagnes, Thomas Schmidt (Hrsg.): Demokratie in Europa und europäische Demokratien : Festschrift für Heidrun Abromeit, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 185-203, ISBN: 3-531-14128-7 (Standort: UB Münster Zweigbibl. Sozialwiss.(6A)-MB1200/189A)

INHALT: Mit dem neuen Paradigma der Informationsgesellschaft gewonnen auch die Felder E-Government und elektronische Demokratie an Aktualität. Die Fortschritte auf diesem Gebiet sind allerdings bisher recht bescheiden geblieben. Dabei sind die Einsatzmöglichkeiten des Internet im politischen Prozess vielfältig. Sie umfassen die Bereiche Information, Diskussion, Partizipation, Transaktion und Administration. Interaktive Kommunikation kann die Monodirektionalität der klassischen Massenkommunikation überwinden helfen. Das Internet wurde bisher jedoch kaum zur Stärkung der Position des Bürgers eingesetzt. Dabei zeigt ein Vergleich des deutschen Projekts DEMOS mit dem britischen iCan-Projekt, dass das Internet sehr wohl für eine Intensivierung der Bürgerbeteiligung eingesetzt werden kann, wenn ein echter politischer Wille dazu vorhanden ist. Dieser Wille ist gegenwärtig zumindest in Deutschland jedoch nicht vorhanden. (ICE)

[105-L] Kley, Andreas:

Staatliches Gewaltmonopol und private Gewaltanwendung, in: Neue Helvetische Gesellschaft (Hrsg.): Jahrbuch "Die Schweiz" : Jg. 2003/04, Blickpunkt Sicherheit, Diessenhofen: Rüegger, 2004, S. 47-56, ISBN: 3-7253-0777-6 (Standort: UB Freiburg i. Br.(25)-ZG649/2003/04)

INHALT: In der Neuzeit hat der Verfassungsstaat die Ausübung physischer Gewalt verstaatlicht und sich selbst vorbehalten. Mit dem Verbot physischer Gewaltanwendung, der Beständigkeit der Rechtsordnung und der Rechtsanwendung schafft der Staat Sicherheit. Diese Sicherheit wird heute aus zwei Richtungen bedroht: durch die Gewalt im öffentlichen Bereich sowie durch die Gewalt der globalisierten Wirtschaft. Die Phänomene der Gewalt im öffentlichen Bereich und der strukturellen Gewalt in den Unternehmen stellen mit ihren politischen Auswirkungen einen Zangenangriff auf Ordnung, Sicherheit, Vertrauen und Beständigkeit dar. (ICE2)

[106-L] Kropp, Sabine:

Gerhard Schröder as 'coordination chancellor': the impact of institutions and arenas on the chancellor's style of governance, in: Werner Reutter (Hrsg.): *Germany on the road to normalcy : policies and politics of the Red-Green Federal Government ; (1998-2002)*, Houndsmill: Palgrave, 2004, S. 67-88, ISBN: 1-4039-6439-4 (Standort: UB Bonn(5)-2004-2112)

INHALT: Wie die vorliegende Fallstudie zeigt, ist Gerhard Schröders Regierungsstil bis 2002 in erster Linie eine Reaktion auf die Zwänge eines institutionellen Arrangements (polity) des Regierungssystems, das - im deutschen Fall - die Überzeugung und Unterstützung von Veto-Akteuren (Bundesrat) erfordert, um den gesellschaftlichen Status Quo zu ändern bzw. eine tiefgreifende Reformpolitik zu initiieren. Berücksichtigt man die Möglichkeiten (Richtlinienkompetenz) und Restriktionen der Institution Kanzlerschaft (Kanzlerdemokratie), treten auch miteinander verbundene Schauplätze (Arenen und Ensembles von Akteuren) deutlicher hervor, die die Reichweite und Grenzen der Regierung und damit auch die Handlungsspielräume des Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland weiterhin einschränken. Während sich die formelle Struktur des politischen Systems (in einem engeren Sinne: der institutionelle Rahmen polity) als relativ resistent gegenüber Änderungen (meist nur mit Zweidrittelmehrheit) erweist, zeigt sich für den untersuchten Zeitraum, dass der Regierungsstil des Kanzlers weitgehend dadurch geprägt war, das Spiel und die Beziehungen zwischen den verschiedenen Arenen in Sinne einer Konsensdemokratie flexibel und opportun "auszutariieren", zu "koordinieren" bzw. zu "moderieren". (ICA)

[107-F] Lang, A.; Schneider, Volker, Prof.Dr. (Bearbeitung); Schneider, Volker, Prof.Dr. (Leitung):

Politiknetzwerke und politische Theorie

INHALT: Die Forschung zu Politiknetzwerken erlebt seit nunmehr über einem Jahrzehnt eine Hochkonjunktur. Sie hat sich dabei zunehmend ausdifferenziert, so dass sie mittlerweile in allen Teildisziplinen der Politik- und Verwaltungswissenschaft präsent ist. Das Spektrum der Arbeiten, die sich einem Netzwerkansatz bedienen, umfasst u.a. kommunale Elitenetzwerke, regionale Entwicklungszusammenarbeit, sektorale Politiknetzwerke, europäische Mehrebenenentscheidungsprozesse und internationale Beziehungen. Die methodische und konzeptionelle Segmentierung der Politiknetzwerkforschung hat die Entstehung eines gemeinsamen wissenschaftlichen Diskursfeldes bislang jedoch verhindert. Dies ist aber eine unabdingbare Voraussetzung für die Weiterentwicklung einer wissenschaftlichen Disziplin. Eine vordringliche Aufgabe in diesem Zusammenhang ist erstens, die disparaten und zerstreuten Wissensbestände in Bezug auf explizite und implizite Hintergrundannahmen, Grundlagenkonzepte, Hypothesen und Forschungsergebnisse zu ordnen und auf einigermaßen abgesicherte Elemente zu beleuchten, zweitens deren Anschlussfähigkeit zu allgemeinen Staats- und Gesellschaftstheorien zu überprüfen. Bei der Masse vorliegender Studien wird offensichtlich, dass es gegenwärtig nicht an vorliegenden Daten, Analysemethoden und Konzepten mangelt, sondern eher eine weit verbreitete konzeptionelle Unübersichtlichkeit das Problem ist. Eine Systematisierung und ein Versuch der Fundierung und Synthese bereits bestehender Wissensbestände und Forschungsbefunde sind damit von erstrangiger Bedeutung und sollen in diesem Projekt angegangen werden. Das Projekt wird zunächst durch den AFF finanziert. Ein Forschungsantrag für eine längerfristige Förderung wird vorbereitet.

ART: gefördert *BEGINN:* 2004-04 *ENDE:* 2005-01 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Ausschuss für Forschungsförderung der Univ. Konstanz -AFF-
INSTITUTION: Universität Konstanz, Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaftliche Sektion, FB Politik- und Verwaltungswissenschaft Lehrstuhl für materielle Staatstheorie (Postfach 5560, 78434 Konstanz)
KONTAKT: Sekretariat (Tel. 07531-88-2320, Fax: 07531-88-4006, e-mail: Christiane.Richter@uni-konstanz.de)

[108-L] Manow, Philip:

Die politische Kontrolle der Ministerialbürokratie des Bundes: Die Bedeutung der Landesebene, in: Steffen Ganghof, Philip Manow (Hrsg.): Mechanismen der Politik : strategische Interaktion im deutschen Regierungssystem, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2005, S. 245-275, ISBN: 3-593-37701-2 (Standort: UuStB Köln(38)-32A9398)

INHALT: Der Beitrag setzt sich mit der Frage auseinander, warum es in Deutschland im Bereich der zentralen Staatsverwaltung wesentlich weniger Parteienpatronage zu geben scheint, als theoretisch zu erwarten wäre. Dieser Befund wird zunächst anhand von Daten über das Ausmaß der Parteipolitisierung der leitenden Ministerialbürokratie belegt. Danach wird anhand von Karrieremustern von Ministern und parlamentarischen und verbeamteten Staatssekretären sowie anhand der Gremienverflechtung zwischen Bund und Ländern gezeigt, dass der parteipolitische Nexus zwischen Landesverwaltungen und Bundesbürokratie tatsächlich seit den 1960er Jahren enger geworden ist. Der Beitrag zeigt, dass vor allem eine durch die politischen Machtwechsel seit 1966/69 ausgelöste und dann beschleunigte Elitenzirkulation zwischen Bund und Ländern es in zunehmendem Maße ermöglicht hat, die politische Kontrolle bürokratischen Handelns auf der Bundesebene vermittels des Rückgriffs auf parteipolitisch loyalen Fachverstand der Landesbürokratien zu bewerkstelligen. So konnte ein Politisierungsschub der leitenden Ministerialbürokratie weitgehend ausbleiben. (ICE2)

[109-L] Müller, Wolfgang C.:

Die Relevanz von Institutionen für Koalitionstreue: Theoretische Überlegungen und Beobachtungen zur Bundesrepublik Deutschland, in: Steffen Ganghof, Philip Manow (Hrsg.): Mechanismen der Politik : strategische Interaktion im deutschen Regierungssystem, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2005, S. 73-107, ISBN: 3-593-37701-2 (Standort: UuStB Köln(38)-32A 9398)

INHALT: Der Verfasser unterscheidet zeitliche, prozedurale, materielle und räumliche Koalitionstreue. Gefragt wird, welchen Einfluss politische Institutionen auf die Koalitionstreue in einer oder mehreren dieser Varianten haben. Diskutiert wird eine Vielzahl politischer Institutionen: Verträge zwischen Parteien, Wahlsystem, parlamentarische Regeln (Investitur, konstruktives Misstrauensvotum, Mehrebenenverflechtungen, Legalismus, Antragsrecht im Parlament, spezielle Mehrheitserfordernisse, Abstimmungsregeln, Vertrauensabstimmungen, Auflösungsrecht), exekutive Regeln sowie externe Beschränkungen. Der Beitrag zeigt, dass Institutionen einen Einfluss auf die Kosten- und Nutzenkalkulationen der Akteure der Koalitionspolitik haben, eine Entscheidung für oder gegen die Koalitionstreue aber nicht erzwingen können. Für den Beispielfall Deutschland zeigt sich, dass viele der diskutierten Institutionen eine nur geringe oder gar keine Bedeutung für die Koalitionstreue haben. (ICE2)

[110-L] Narr, Wolf-Dieter:

Staatsgewalt: politisch-soziologische Entbergungen, in: Das Argument : Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, Jg. 47/2005, H. 5/6 = H. 263, S. 63-82 (Standort: UB Bonn(5)-Z70/6; USB Köln(38)-XG01665; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Staat der Moderne, ein Kind des Krieges, beruht auf dem Monopol des legitimen Gebrauchs physischer Gewalt. Er produziert keine sozialen Bedingungen, die die für Gewaltphänomene in einer Gesellschaft verantwortlichen Sozialstrukturen ändern. Im Mittelpunkt des Beitrags stehen der enge Zusammenhang zwischen der Herrschaft von Recht und staatlicher Gewalt sowie die Herstellung staatlicher Legitimität durch das Gewaltmonopol. Jede Vorstellung von einer Gesellschaft ohne mörderische Kriege und gewaltsame Pseudo-Konfliktlösungen müssen über den "raison d'Etat", seine Entstehung und seine Funktionen hinausgehen. (ICEÜbers)

[111-L] Oebbecke, Janbernd (Hrsg.):

Nicht-normative Steuerung in dezentralen Systemen, (Nassauer Gespräche der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft, Bd. 7), Wiesbaden: Steiner 2005, 402 S., ISBN: 3-515-08694-3 (Standort: USB Köln(38)-32A5906)

INHALT: "Beim 8. Nassauer Gespräch, dessen Ergebnisse hier vorgelegt werden, ging es um die gezielte, wenn auch nicht notwendig immer erfolgreiche Verhaltensbeeinflussung in dezentralen Systemen mit nicht-normativen Instrumenten. Die behandelten Beispiele reichten u.a. von der römischen Republik bis zu deutschen Metropolregionen, von der katholischen Kirche bis zur Schule. Der Band vereinigt die Beiträge aus juristischer, historischer, kanonistischer, ökonomischer, politik-, erziehungs-, verwaltungswissenschaftlicher und psychologischer Perspektive. Über alle Unterschiede der behandelten Beispiele hinweg und bei allen Verschiedenheiten der Fragestellungen und Methoden der beteiligten Disziplinen zeigen sich dabei immer wieder Parallelen und Strukturähnlichkeiten in den Formen der Einflussnahme auf Zusammenhalt und Entwicklung solcher sozialer Einheiten." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Janbernd Oebbecke: Nicht-normative Steuerung in dezentralen Systemen - Versuch einer Bilanz des Nassauer Gesprächs (7-14); Lars Holtkamp: Neue Formen kommunaler Bürgerbeteiligung - Netzwerkeuphorie und Beteiligungsrealität (15-34); Joachim Blatter: Metropolitan Governance in Deutschland: Normative, utilitaristische, kommunikative und dramaturgische Formen der politischen Steuerung (35-78); Dörte Diemert: Steuerung im kommunalen Spitzenverband. Eine Betrachtung nichtnormativer Steuerungsprozesse im Verband am Beispiel des Landkreistages NRW (79-106); Johannes Ludwig Schipmann: Interessenwahrnehmung und Entscheidungsfindung im dezentralen System Hanse im 16. und Anfang des 17. Jahrhunderts (107-120); Bernhard Linke: Bürger ohne Staat? Die Integration der Landbevölkerung in der römischen Republik (121-150); Claudia Garnier: Rituale der Ehre. Die Inszenierung der Herrschaft im spätmittelalterlichen Moskauer Adel (151-174); Georg Bier: Dezentralität in der Katholischen Kirche? Nicht-normative Steuerung im Dienst der kirchlichen Einheit (175-204); Christian Walter: Dezentrale Konstitutionalisierung durch nationale und internationale Gerichte: Überlegungen zur Rechtsvergleichung als Methode im öffentlichen Recht (205-230); Hans-Georg Kotthoff: Dezentrale Steuerung im Bildungswesen: Internationale Erfahrungen zu Wirkungen und Nebenwirkungen der 'Autonomisierung' der Einzelschule (231-254); Indra Spiecker genannt Döhmann: Staatliche Informationsgewinnung im Mehrebenensystem - ein Überblick (253-284); Christoph Möllers: Netzwerk als Kategorie des Organisati-

onsrechts - Zur juristischen Beschreibung dezentraler Steuerung (285-302); Martin Beckenkamp: Institutionelle Ergonomie. Verhaltensrelevante Variablen zur Beeinflussung kooperativen Verhaltens in sozialen Dilemmata (303-346); Elisabeth Göbel: Nicht-normative Steuerung durch ökonomische Anreize (347-362); Monika John-Koch: Nicht-normative Steuerung durch Ziele und Vergleiche - Benchmarking als nationales und europäisches Phänomen (363-402).

[112-L] Patzelt, Werner J.; Demuth, Christian; Messerschmidt, Romy; Schirmer, Roland; Dreischer, Stephan:

Institutionelle Macht: Kategorien ihrer Analyse und Erklärung, in: Werner J. Patzelt (Hrsg.): *Parlamente und ihre Macht : Kategorien und Fallbeispiele institutioneller Analyse*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2005, S. 9-46, ISBN: 3-8329-1588-5 (Standort: USB Köln(38)-33A1756)

INHALT: Macht ist und bleibt eine Zentralkategorie der Analyse politischer Institutionen. Das Einleitungskapitel zum vorliegenden Sammelband präsentiert ein dreidimensionales und gleichzeitig geschichtlich orientiertes Machtkonzept, das den praktisch genutzten Reflexionsstand zur Theorie der Macht mit dem begrifflichen Instrumentarium institutioneller Analyse verbindet. Es soll sich bei vergleichenden Analysen institutioneller Macht als hilfreich erweisen. Im Rahmen dieses Machtkonzepts bewegen sich die fünf Fallstudien des Sammelbands zur Machtlage und Machtentwicklung sehr verschiedener Vertretungskörperschaften. Dem Zusammenhang von Macht und Institutionen wird entlang der folgenden ordnungsgenerierenden Prozessen nachgegangen: Durchsetzung von Leitideen und Leitdifferenzen von Institutionen; Etablierung, Inanghaltung und Nutzung von Ordnungsprogrammen und von ihnen getragener institutioneller Mechanismen; Generierung und Durchsetzung von stabilitätsstiftenden Konstruktionen des Erinnerns, etwa von Geltungsgeschichten und Kontinuitätsfiktionen; Schaffung und Kultivierung von Formen und Praxen einer symbolischen Repräsentation von Geltungsansprüchen und Ordnungsvorstellungen; Erzeugung und Durchsetzung kultureller Normierungen. Die Autoren beanspruchen, dass der analytische Rahmen die Leerstelle in Max Webers bis heute tragfähiger Machtdefinition füllt: Diese nennt Macht die Chance, in einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht. Eben das "gleichviel" dieser Formel wird präzisiert. (ICA2)

[113-L] Patzelt, Werner J.:

Phänomenologie, Konstruktion und Dekonstruktion von Parlamentsmacht, in: Werner J. Patzelt (Hrsg.): *Parlamente und ihre Macht : Kategorien und Fallbeispiele institutioneller Analyse*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2005, S. 255-302, ISBN: 3-8329-1588-5 (Standort: USB Köln (38)-33A1756)

INHALT: Der Autor plädiert zunächst dafür, den Begriff der Macht nicht allzu stark aufzugliedern. Was sich an Differenziertheit des Machtverständnisses gewinnen lässt, wird nämlich oft durch empirische Sperrigkeit des zurechtgelegten Analyseinstrumentariums wieder eingebüßt. Es gilt, vor allem für folgende Erscheinungsweisen von Macht sensibel zu sein: Erstens gibt es die Macht, Dinge durchzusetzen (Durchsetzungsmacht), Entscheidungen zu verhindern (Vetomacht) sowie bereits jene Begriffe festzulegen, in deren Perspektive und Sprachspiel von jenen politischen Gestaltungsmöglichkeiten in sozial akzeptabler (d.h. politisch kor-

rekter) Weise gehandelt wird, die es zu nutzen oder zu verhindern gilt (Deutungsmacht). Ausgeübt werden diese Machtformen durch Zugriff auf instrumentelle und symbolische Machtressourcen. Die symbolischen Machtressourcen umschließen vor allem die Besetzung von Begriffen und von Symbolen aller Art. Der Beitrag zeigt mit diesen Unterscheidungen, auf welche Weise sich die Macht eines Parlaments entfalten kann und mit wie wenigen analytischen Begriffen eine dennoch differenzierte Phänomenologie von Parlamentsmacht auskommen kann. Der Blick auf die Quellen von Parlamentsmacht hat sich dann auf die Geschichte des konkreten Machtaufstiegs von einzelnen Parlamenten zu richten. Doch noch so viele Erzählungen individueller Geschichten des Wachsens von Parlamentsmacht geben keine befriedigende Erklärung. Erst der Vergleich solcher "Geschichten" fördert zutage, was üblicherweise zur Parlamentsmacht führt und sich im geschichtlichen Einzelfall individuell auswirkt.(ICA2)

[114-F] Rattinger, Hans, Prof.Dr. (Bearbeitung):

Citizens and governance in a knowledge-based society

INHALT: Kooperationen: u.a. Universitäten von Aarhus, Amsterdam, Barcelona, Belfast, Bergen, Budapest, Dublin, Florence, Gent, Grenoble, Manchester, Plymouth, Twente, Warsaw.

ART: gefördert *BEGINN:* 2004-01 *ENDE:* 2006-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Europäische Kommission

INSTITUTION: Bamberger Centrum für Europäische Studien -BACES- (Feldkirchenstr. 21, 96045 Bamberg)

KONTAKT: Institution (Tel. 0951-863-2592, e-mail: secretary@baces.uni-bamberg.de)

[115-F] Rissland, Anja, Dipl.-Kff. (Bearbeitung); Thye, Iris, Prof.Dr. (Leitung):

Bürokratieabbau

INHALT: keine Angaben

ART: Eigenprojekt; gefördert *BEGINN:* 2005-10 *ENDE:* 2009-03 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Land Niedersachsen Ministerpräsident - Staatskanzlei

INSTITUTION: Fachhochschule Osnabrück, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Postfach 1940, 49009 Osnabrück); Universität Lüneburg, Zentrum für Demokratieforschung (21332 Lüneburg)

KONTAKT: Institution (Tel. 0541-969-2140, e-mail: info@wi.fh-osnabrueck.de)

[116-L] Robbers, Gerhard (Hrsg.):

Reforming federalism - foreign experiences for a reform in Germany: reports of a symposium held in Trier on December 2nd to 4th, 2004 hosted by the Institute for Legal Policy at the University of Trier in cooperation with the German Bundesrat, (Rechtspolitisches Symposium, Bd. 3), Frankfurt am Main: P. Lang 2005, 148 S., ISBN: 0-8204-9815-7 (Standort: UB Bonn (5)-2005/8319)

INHALT: "Germany's federal order is, according to all political parties and social groups, under pressure of reform. An inter-parliamentary commission has been surveying all areas of federalism and was to propose models of reform late in 2004. The symposium's aim was to analyse

other federal systems, which are currently undergoing or have already undergone reforms in their federal orders. The Institute for Legal Policy therefore invited experts from various countries to discuss their experiences with problems and reforms of federalism. The results thereof are explored for the German perspective." (author's abstract). Content: Preface: I. Federal legislation - bicameral systems in comparison: Horst Risse: The Bundesrat in the Federal Legislative Process - Bicameralism in Germany - (11-16); André Alen and Koen Muylle: The Belgian Senate in a Federal State - Origins, Practice and Reforms - (17-34); Beniamino Caravita di Toritto: Bicameralism in Italy: Its Past, Present and Future Outlook (35-42); II. Fiscal Federalism: Hans W. Kopp: Fiscal Federalism: Switzerland (45-58); Peter Bußjäger: Reforms on Fiscal Federalism in Austria (59-68); Arthur Gunlicks: State and Local Government Finance in the United States (69-90); III. Competencies and powers: Jean Leclair: Reforming the Division of Powers in Canada: An (Un)Achievable Endeavour? (93-134-); Eliseo Aja: The Debate about Competencies in Spain (135-146).

[117-F] Rosa, Sybille de la; Höppner, Ulrike, Dipl.-Pol. (Bearbeitung); Göhler, Gerhard, Prof.Dr. (Leitung):

Weiche Steuerung: sozialwissenschaftliche Machttheorien und das Regieren in Räumen begrenzter Staatlichkeit (Teilprojekt A2)

INHALT: Das Projekt untersucht die Mechanismen der Steuerung in neuen Formen des Regierens: zunächst werden theoretische Zusammenhänge zwischen 'Steuerung' und 'Macht' beleuchtet, um dann ausgehend von den Ergebnissen der neueren sozialwissenschaftlichen Machtdiskussion (Foucault, Bourdieu, Arendt u.a.) weiche Steuerung als spezifische Steuerungsleistung vermittels nicht-hierarchischer Modi der Handlungskoordination zu analysieren. In der neueren Diskussion wird Macht nicht mehr nur als Willensdurchsetzung oder gar Repression verstanden. Macht ist grundsätzlich eine Form der gesellschaftlichen Strukturierung; sie reicht von Unterdrückung über Disziplinierung und wechselseitiger Einschränkung von Freiräumen bis hin zur Konstituierung der Gesellschaft als Gemeinwesen. Die klare Identifizierung von Machthabern und Machtunterworfenen wird zum Sonderfall; Macht liegt auch dann vor, wenn ein klares Unten und Oben nicht mehr lokalisierbar ist. Entsprechend erweitert soll ein machtbasiertes Steuerungskonzept formuliert werden, welches unter dem Stichwort "weiche Steuerung" genau diese Möglichkeiten des Machtverständnisses aufnimmt. Dabei geht es, trotz der unabwiesbaren normativen Dimension von Macht, weniger um die Frage, wie Steuerung als Machtausübung legitimiert wird, sondern vor allem darum, wie sie funktioniert. Das auf diese Weise gewonnene neue Steuerungskonzept wird systematisch auf Räume begrenzter Staatlichkeit bezogen, also auf Räume, in denen klassische Staatlichkeit nicht mehr, noch nicht oder prinzipiell nicht besteht. Im Ergebnis soll ein systematisches Konzept von weicher Steuerung entwickelt werden, welches ein für begrenzte Staatlichkeit taugliches und empirisch anschlussfähiges Steuerungsverständnis erbringt. Die Verknüpfung der Steuerungsdebatte mit der neueren Machtdiskussionen ermöglicht es, Begrifflichkeiten herkömmlicher Staatlichkeit unter der Bedingung von nicht-hierarchischen Modi der Handlungskoordination neu zu bestimmen. So werden die Begriffe von Souveränität, Repräsentation und Demokratie im Hinblick auf ihre Verwendung jenseits ihres nationalstaatlichen Entstehungs- und Anwendungskontextes überprüft und entsprechend neu gefasst.

VERÖFFENTLICHUNGEN: keine Angaben **ARBEITSPAPIERE:** Projektbeschreibung (Langfassung). Download unter: http://www.sfb-governance.de/forschung/projektbereiche/projektbereich_a/a2/sfb700_a2.pdf .

ART: gefördert *BEGINN:* 2006-01 *ENDE:* 2009-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Freie Universität Berlin, SFB 700 Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit (Binger Str. 40, 14197 Berlin); Freie Universität Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft Bereich Grundlagen der Politik Forschungsstelle Diktatur und Demokratie (Garystr. 55, 14195 Berlin)

KONTAKT: Leiter (Tel. 030-838-54212, Fax: 030-838-52345, e-mail: goehler@zedat.fu-berlin.de)

[118-L] Rossmann, Bruno:

Zur Bedeutung der Governance im Rahmen der Reorganisation des Staates, in: Helfried Bauer, Peter Biwald, Elisabeth Dearing (Hrsg.): *Public governance : öffentliche Aufgaben gemeinsam erfüllen und effektiv steuern*, Wien: Neuer Wiss. Verl., 2005, S. 19-29, ISBN: 3-7083-0300-8 (Standort: UuStB Köln(38)-33A1960)

INHALT: Ein Entwicklungstrend in der Organisationsform des Staates besteht in einer Verschiebung von Government zu Governance. Demzufolge nimmt sich der Staat bei der Sicherung staatlicher Aufgaben und in seiner Hegemonie zurück und es kommt zu einer Bewegung in Richtung auf Partnerschaften zwischen staatlichen, parastaatlichen und Nicht-Regierungsorganisationen. Mit dem Zukunftsmodell der Governance und seinem Verhältnis zur Binnenmodernisierung des Staates durch New Public Management (NPM) setzt sich der Beitrag auseinander. So werden zunächst die Strategie des NPM und ihre zentralen Defizite dargestellt. Ferner wird die Entwicklung von der Binnenmodernisierung zu Governance sowie der Bezugsrahmen und das Konzept von (Good) Governance beschrieben. Dazu gehören insbesondere die fünf Kriterien der (1) Transparenz, (2) Partizipation, (3) Verantwortung für die Qualität der Leistungen und Effizienz gegenüber allen gesellschaftlichen Gruppen, also den Stakeholdern, (4) Effektivität sowie (5) Kohärenz. Anschließend werden Beispiele für Governance-Ansätze vorgestellt, also Bürgerbeteiligungsmodelle, wobei der Schwerpunkt hier auf 'Mutuality-Ansätze' in Großbritannien liegt. Der Governance-Ansatz als Weiterentwicklung von NPM bietet die Chance für den öffentlichen Sektor, durch Modernisierung und neue Wege der politischen Strategiebildung und -umsetzung die wenig zielführende Debatte zwischen neoliberalen MarktapologetInnen einerseits und VerfechterInnen des Wohlfahrtsstaates andererseits aufzulösen und eigenständige Perspektiven zu entwickeln. Allerdings besteht hierbei die Tendenz zur Schwächung des Staates. (ICG2)

[119-F] Rüb, Friedbert W., Prof.Dr. (Bearbeitung):

Das Bundeskanzleramt im Regierungsprozess. Eine mikropolitische Analyse der Organisation und Funktion der Regierungszentrale im Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland

INHALT: keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

ART: gefördert *BEGINN:* 2006-01 *ENDE:* 2008-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Department Sozialwissenschaften Institut für Politische Wissenschaft Teilbereich Regierungslehre (Allende-Platz 1, 20146 Hamburg)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 040-42838-2167, Fax: 040-42838-3534,
e-mail: rueb@sozialwiss.uni-hamburg.de)

[120-F] Rüb, Friedbert W., Prof.Dr. (Bearbeitung):

Die Optimierung politischer Reformprozesse. Konzeptionelle Grundüberlegungen zur systematischen Erfassung von Erfolgsfaktoren und Defekten bei der Steuerung von politischen Reformprozessen in konsolidierten Demokratien

INHALT: keine Angaben

ART: gefördert *BEGINN:* 2005-01 *ENDE:* 2006-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Bertelsmann Stiftung

INSTITUTION: Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Department Sozialwissenschaften Institut für Politische Wissenschaft Teilbereich Regierungslehre (Altenle-Platz 1, 20146 Hamburg)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 040-42838-2167, Fax: 040-42838-3534,
e-mail: rueb@sozialwiss.uni-hamburg.de)

[121-L] Rudzio, Wolfgang:

Informelles Regieren: zum Koalitionsmanagement in deutschen und österreichischen Regierungen, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2005, 269 S., ISBN: 3-531-14784-6 (Standort: UB Bonn(5)-2005/8521)

INHALT: "In den meisten europäischen Demokratien beruhen Regierungen auf Koalitionen. Nicht allein die Wahl der Bürger, sondern auch die Koalitionsbildung der Politiker entscheidet darüber, wer regiert und wie regiert wird. Koalitionsforschung ist somit ein wichtiger Zweig der Regierungsforschung. In diesem Band wird am Beispiel Deutschlands und Österreichs das informelle Koalitionsmanagement untersucht, d.h. die Frage, wer in einer Koalition auf welche Weise die politisch wichtigen Entscheidungen tatsächlich trifft. Dabei kann nachgewiesen werden, dass informelle Entscheidungsgremien in Koalitionen immer wieder der Ort sind, wo die politisch bedeutenden Entscheidungen getroffen werden. Die verfassungspolitische Kritik an der informellen Entscheidungsfindung in Koalitionen wird zurückgewiesen. Insgesamt zeigt der Band, dass die Untersuchung des informellen Koalitionsmanagements nicht nur eine Schlüsselfrage der Koalitionsforschung, sondern der Analyse eines politischen Systems insgesamt betrifft." (Autorenreferat)

[122-L] Saalfeld, Thomas:

Determinanten der Fraktionsdisziplin: Deutschland im internationalen Vergleich, in: Steffen Ganghof, Philip Manow (Hrsg.): Mechanismen der Politik : strategische Interaktion im deutschen Regierungssystem, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2005, S. 35-71, ISBN: 3-593-37701-2 (Standort: UuStB Köln(38)-32A9398)

INHALT: Gegenstand der Untersuchung ist die innerfraktionelle Geschlossenheit von Regierungsparteien im Deutschen Bundestag und anderen Parlamenten aus der Sicht der neoinstitutionalistischen Rational-Choice-Theorie. Der Schwerpunkt liegt auf positiven, akteurzentrierten Modellen, wobei sowohl verteilungstheoretische als auch informationstheoretische Ansätze

ze behandelt werden. Erstere interpretieren die Organisation und Geschlossenheit von Fraktionen als Antwort auf politische Konflikte zwischen Abgeordneten um knappe Ressourcen, letztere als Ergebnis von Informationsproblemen. Der Beitrag zeigt, dass die neoinstitutionalistische Rational-Choice-Theorie auch in der Parlamentarismusforschung Fortschritte in der akteurzentrierten Rekonstruktion der kollektivem Handeln zugrunde liegenden sozialen Mechanismen gemacht hat, wobei relevante Struktureigenschaften politischer Systeme identifiziert und handlungstheoretisch in einem logisch konsistenten Ansatz mit empirisch falsifizierbaren Vorhersagen über das Verhalten politischer Akteure verknüpft werden. Im Fall Deutschlands erhöht die geteilte Regierungsmacht des Zweikammersystems die Anforderungen an die informellen und institutionellen Mechanismen, die für das geschlossene Auftreten von Fraktionen sorgen sollen. (ICE2)

[123-F] Scharpf, Fritz W., Prof.Dr. (Bearbeitung):
(Kein) Ausweg aus der Politikverflechtungsfalle?

INHALT: Der historisch geprägte Föderalismus des Bonner Grundgesetzes hat mit dem Entscheidungsmodus der "Politikverflechtung" institutionelle Bedingungen geschaffen, unter denen die Gesetzgebung des Bundes zwar die der Länder verdrängt hat, aber nur mit der Zustimmung der Landesregierungen im Bundesrat beschlossen werden kann. Trotz ihrer schon in Untersuchungen der siebziger Jahre hervorgehobenen Tendenz zum politischen Immobilismus hat diese Struktur auch die deutsche Vereinigung unverändert überlebt. Schließlich aber wurde unter dem Eindruck langjähriger Reformblockaden im Herbst 2003 eine "Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung" eingesetzt, die bis zum Jahresende 2004 allseits konsensfähige Vorschläge zur Verbesserung der autonomen Handlungsfähigkeit des Bundes und der einzelnen Länder ausarbeiten soll. Prof. Dr. Fritz W. Scharpf ist einer der von der Kommission berufenen Sachverständigen. Das Projekt soll die Ergebnisse der Kommissionsarbeit unter Bezug auf die im Verlauf der Beratungen deutlich werdenden Problemdefinitionen, normativen Restriktionen, Interessenpositionen und Verhandlungsstrategien analysieren und erklären. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

ART: Eigenprojekt *BEGINN:* 2005-01 *ENDE:* 2007-01 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (Paulstr. 3, 50676 Köln)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0221-2767-204, Fax: 0221-2767-555,
e-mail: fs@mpi-fg-koeln.mpg.de)

[124-L] Scharpf, Fritz W.:

Nicht genutzte Chancen der Föderalismusreform, (MPIfG Working Paper, 06/2), Köln 2006 (Graue Literatur; URL: <http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de/pu/workpap/wp06-2/wp06-2.html>)

INHALT: "Die Föderalismusreform sollte die wechselseitige Lähmung der Politik in Bund und Ländern überwinden. Die jetzt auf den parlamentarischen Weg gebrachten Vorschläge bringen manche Verbesserungen, bleiben aber weit hinter dem ursprünglichen Ziel und dem sachlich Notwendigen zurück. Der Grund liegt in einem zu einfachen Reformkonzept, das - wenn es denn verwirklicht worden wäre - den normativen Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse in ungleichen Ländern hätte verletzen müssen. Dagegen wurden Reformoptionen

ignoriert, die eine höhere Autonomie der Landes- und Bundespolitik ermöglicht hätten, ohne diesen Anspruch zu verletzen." (Autorenreferat)

[125-L] Schmidt-Jortzig, Edzard:

Verfahrensfragen der Föderalismusreform: Lehren aus dem vorläufigen Scheitern, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 36/2005, H. 4, S. 731-740 (Standort: USB Köln(38)-XF148; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Nach dem Misserfolg der Kommission zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung müssen für den notwendigen Neuanfang die gewonnenen Erfahrungen genutzt werden. Besondere Beachtung verdienen dabei Fragen der Organisation und der Verfahren. Da die Kommissionsform, die 2003 und 2004 erprobt wurde, nicht zum Erfolg geführt hat, sollte beim nächsten Versuch ein Konvent einberufen und nicht wieder im 'Vorsitzendenverfahren' operiert werden. Auch empfiehlt es sich offenkundig nicht, einen umfassenden, großen Wurf anzuzielen; mehrere Teilschritte erscheinen realistischer." (Autorenreferat)

[126-L] Schneider, Volker; Tenbücken, Marc:

Erklärungsansätze für die Privatisierung staatlicher Infrastrukturen: ein Theorieüberblick, in: Volker Schneider, Marc Tenbücken (Hrsg.): Der Staat auf dem Rückzug : die Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2004, S. 85-112, ISBN: 3-593-37614-8

INHALT: Der Beitrag sondiert das theoretische Terrain der Privatisierung von Infrastrukturen. Die Autoren geben darin zunächst einen strukturierten Überblick über die zentralen sozialwissenschaftlichen Theorien und Ansätze, die den Rückzug des Staates seit den 1980er Jahren erklären könnten. Sie unterscheiden zum einen zwischen akteurs-, institutionen- und umweltzentrierten Ansätzen, zum anderen nehmen sie eine Einteilung nach Analyseebenen vor, in der politische oder ideologische Erklärungen von wirtschaftlichen und technischen unterschieden werden. Die Ausführungen zeigen, dass keiner der vorgestellten Ansätze in der Lage zu sein scheint, eine hinreichende Begründung für den weltweiten Rückzug des Staates einerseits und die zu beobachtenden nationalen Unterschiede andererseits liefern zu können. Während Theorien, die die Rolle der Handlungsumwelt betonen, das Wann und Warum der globalen Entwicklung zu erklären vermögen, sind akteurs- und institutionenorientierte Ansätze offensichtlich besser geeignet, Ursachen für die Unterschiede nationaler Entwicklungsmuster einzugrenzen bzw. zu identifizieren. (ICA2)

[127-F] Schulze, Verena (Bearbeitung); Schubert, Klaus, Prof.Dr.; Lange, Hans-Jürgen, PD Dr. (Betreuung):

Kommunale Governance-Systeme im Politikfeld Innere Sicherheit: eine akteurszentrierte steuerungstheoretische Analyse

INHALT: keine Angaben

ART: Dissertation **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

INSTITUTION: Universität Münster, FB 06 Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Abt. A Grundlagen der Politikwissenschaft und politisches System der Bundesrepublik Deutschland (Schlossplatz 7, 48149 Münster)

KONTAKT: Schubert, Klaus (Tel. 0251-83-25389, Fax: 0251-83-24388, e-mail: klaus.schubert@uni-muenster.de)

[128-L] Schüßlburner, Josef:

Beamtentum in der Bundesrepublik als konservatives Element, in: Frank-Lothar Kroll (Hrsg.): Die kupierte Alternative : Konservatismus in Deutschland nach 1945, Berlin: Duncker & Humblot, 2005, S. 37-56, ISBN: 3-428-11781-6 (Standort: UB Bonn(5)-2005-6283)

INHALT: Der Beitrag untersucht das konservative Potential in der westdeutschen Beamtenschaft und kontrastiert dabei die Bemühungen der amerikanischen Besatzungsmacht um eine "Reform" der Beamtengesetzgebung mit dem letztlich erfolgreichen Widerstand deutscher Politiker gegen die von amerikanischer Seite lange Zeit intendierte Abschaffung des Berufsbeamtentums. Es wird zunächst eine Definition von "konservativ" vorangestellt, um die Behauptung zu plausibilisieren, dass die Übernahme der Institution des Berufsbeamtentums in das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland zumindest dem Grundgedanken nach einen konservativen Schritt darstellt. Der Vorwurf, dass mit dieser verfassungsrechtlichen Rezeption Auffassungen der vordemokratischen Ära tradiert würden und die Tatsache, dass es sich beim Beamtentum um einen Beruf handelt, der wie kaum ein anderer im Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik steht, belegen hinreichend den konservativen Gehalt, der in der verfassungsrechtlichen Garantie des Berufsbeamtentums liegt. Die wesentliche Verteidigung des Berufsbeamtentums erfolgte durch Vertreter der Staatsrechtswissenschaft, die dabei "naturgemäß" nicht explizit konservativ argumentieren konnten, während sich die Politologie als besatzungspolitisch installiertes Gegengewicht nicht zu scheuen brauchte, explizit antikonservativ aufzutreten. (ICA2)

[129-L] Sieckmann, Jan-R. (Hrsg.):

Verfassung und Argumentation, (Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat, 36), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2005, 173 S., ISBN: 3-8329-1173-1

INHALT: Verfassung und Argumentation sind 'zentrale Elemente des demokratischen Verfassungsstaates' (9), die sich in einem Spannungsverhältnis zu demokratischen Entscheidungsverfahren befinden. Dieses auszuloten war das Ziel eines deutsch-argentinischen Forschungsprojektes zum Thema 'Die Produktion des Rechts'. Der Band dokumentiert eine Tagung der beiden Forschergruppen, die im Dezember 2003 in Bamberg stattfand. Die Autorinnen und Autoren fragen nach demokratietheoretisch begründeten 'Anforderungen an verfassungsrechtliche Argumentationen' (9) und untersuchen, inwieweit solche Anforderungen erfüllt werden können. Neben übergeordneten Fragen von Verfassung und Argumentation finden sich Beiträge zum Zusammenhang von Richterwahl und Argumentation sowie - am Beispiel der Stammzelledebatte des Deutschen Bundestags - zur parlamentarischen Argumentation. Aus dem Inhaltsverzeichnis: Pavel Holländer: Verfassungsrechtliche Auslegung: methodologisches Kopfzerbrechen (15-31); Stanley L. Paulson: Zum 'Formalismus'-Vorwurf im Weimarer verfassungsrechtlichen Richtungstreit (33-50); Eugenio Bulygin: Über die Objektivität des Rechts (51-59); Robert Alexy: Grund- und Menschenrechte (61-72); Anibal D'Auria:

Diskurse im Recht (73-84); Nancy Cardinaux / Laura Clerico: Argumentation im Verfahren der Richterwahl im Consejo de la Magistratura (85-94); Axel Tschentscher: Rechtsrahmen und Rechtspraxis der Bestellung von Richterinnen und Richtern zum Bundesverfassungsgericht (95-113); Jan-R. Sieckmann: Argumentation im Parlament - Die Debatten über das Stammzellgesetz (115-128); A. Daniel Oliver-Lalana: Über die Begründungsfähigkeit der legislativen Argumentation (129-143); Michel Becker: Argumentation und Gesetzgebung - Die 'Stammzelldebatte' im Deutschen Bundestag (145-171). (ZPol, VS)

[130-L] Sturm, Roland; Zimmermann-Steinhart, Petra:

Föderalismus: eine Einführung, (Studienkurs Politikwissenschaft), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2005, 183 S., ISBN: 3-8329-1063-8

INHALT: Im Mittelpunkt der Darstellung steht eine systematische und international vergleichende Einführung in die Grundlagen des Föderalismus mit einem deutschen Schwerpunkt. Als Bestandteil des auf 17 Bände angelegten Studienkurses Politikwissenschaft besitzt die Arbeit Lehrbuchcharakter, ohne aber an Wissenschaftlichkeit einzubüßen. Ziel der Autoren ist es, dem Leser Grundprinzipien föderaler Ordnung zu vermitteln und diese mit anderen demokratischen Organisationsformen zu vergleichen sowie die Spezifika des deutschen Föderalismus herauszuarbeiten. Die Darstellung folgt dem Prinzip der Wissensvertiefung: Im ersten Kapitel werden die systematischen und theoretischen Grundlagen dargelegt, in Kapitel zwei und drei widmen sich die Verfasser den institutionellen Merkmalen sowohl aus theoretischer Sicht als auch am praktischen Beispiel der Finanzverfassung. Im vierten Kapitel werden Fragen des Willensbildungsprozesses und der Partizipationsmöglichkeiten erörtert und in Kapitel fünf wird die aktuelle Reformdiskussion aufgegriffen. Die einzelnen Kapitel enthalten Vertiefungsfragen, Internetlinks sowie weiterführende Literaturangaben. (ZPol, VS)

[131-F] Thunert, Martin, Prof.Dr. (Bearbeitung):

Politikmanagement in föderalen Demokratien/ Mehrebenensystemen

INHALT: keine Angaben

ART: keine Angabe **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

INSTITUTION: Hochschule Bremen, FB 01 Allgemeinwissenschaftliche Grundlagenfächer, Internationaler Studiengang Politikmanagement -ISPM- (Neustadtswall 30, 28199 Bremen)

KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: martin.thunert@web.de)

[132-F] Tils, Ralf, Dr. (Leitung):

Strategische Steuerung in Party Government-Systemen. Konzeption strategischer Steuerung für den Kontext von Party Government-Systemen und Anwendung im Rahmen einer empirisch vergleichenden Untersuchung strategischer Regierungssteuerung in Großbritannien und Deutschland

INHALT: Ziel dieses Forschungsvorhabens ist es, einen Beitrag zur systematischen Integration von Strategiefragen in die politikwissenschaftliche Steuerungstheorie zu leisten. Strategische Steuerung ist kein Synonym des in der Steuerungstheorie verwendeten Begriffs politischer Steuerung. Sie meint den spezifischen Prozess strategischer Politiksteuerung und stellt neben

Strategiefähigkeit und Strategiebildung ein Grundelement des gesamten Strategy Making dar. Das Projekt konzentriert sich auf strategische Steuerung unter den spezifischen institutionellen Rahmenbedingungen politischer Systeme, die die Politikwissenschaft unter dem Begriff "Party Government" diskutiert. Zur Entwicklung eines Konzepts strategischer Steuerung für Party Government-Systeme werden drei relevante Stränge politikwissenschaftlicher Forschung analysiert. Erstens die akteurorientierten Beiträge zur politikwissenschaftlichen Steuerungstheorie, zweitens die - allerdings erst rudimentär entwickelte - systematische politikwissenschaftliche Strategieforschung, drittens die Party Government-Forschung. Eine empirisch vergleichende Untersuchung zu Anforderungen und Bedingungen sowie zu Möglichkeiten und Grenzen strategischer Regierungssteuerung in Großbritannien und Deutschland dient der Anwendung, Überprüfung und Weiterentwicklung des erarbeiteten strategischen Steuerungskonzepts. Steuerung soll nicht mehr ohne systematische Antwort auf Strategiefragen auskommen, strategische Steuerung soll fester Bestandteil einer sich herausbildenden politikwissenschaftlichen Strategieanalyse werden. *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland

ART: gefördert **BEGINN:** 2006-04 **ENDE:** 2008-03 **AUFTRAGGEBER:** nein **FINANZIERER:** Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Lüneburg, Zentrum für Demokratieforschung (21332 Lüneburg)

KONTAKT: Institution (Tel. 04131-782451, e-mail: ZDEMO@uni-lueneburg.de)

[133-L] Wittmann, Walter:

Halbzeit: der Bundesrat auf dem Prüfstand, Zürich: Orell Füssli 2005, 191 S., ISBN: 3-280-05120-7 (Standort: UB Mannheim(180)-2005A5723)

INHALT: Die Wachstumsschwäche der Schweiz wird im Wesentlichen auf mangelnde Innovationen zurückgeführt. Mit der Erfindung des Mikroprozessors 1977 begann die elektronische Revolution, die in den USA zu einem langfristigen Aufschwung führte, der immer noch anhält. Die Schweiz verpasste den Anschluss. Der Bundesrat erklärte 1973 zum Jahr der marktwirtschaftlichen Erneuerung, der Revitalisierung der schweizerischen Wirtschaft. In der entsprechenden Botschaft ging es unter anderem um die Revision des Kartellgesetzes, die Liberalisierung des Arbeitsmarktes, eine Bildungsoffensive und die Schaffung eines schweizerischen Binnenmarktes. Das föderale System der Schweiz wird beschrieben und auf Erneuerungsfähigkeit analysiert. Die einzelnen Politikbereiche der SVP und der FDP in den Jahren 2003 - 2007 werden beschrieben, die einzelnen Reformansätze werden nachvollzogen und bewertet. Die Schweiz verfügt im Vergleich zu anderen entwickelten Industrieländern über die schlechteste Ausgangslage für marktwirtschaftliche Reformen. Sie ist extrem föderalistisch, nicht zentralistisch organisiert. Sie hat 2 starke Kammern und im Gegensatz zur restlichen Welt meist alles entscheidende Volksrechte. Es wäre erforderlich, das politische System insgesamt in Frage zu stellen. (LO)

4 Politische Parteien und Parteiensysteme

[134-L] Alemann, Ulrich von; Godewerth, Thelse:

Die Parteiorganisation der SPD: erfolgreiches Scheitern?, in: Josef Schmid, Udo Zolleis (Hrsg.): Zwischen Anarchie und Strategie : der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 158-171, ISBN: 3-531-14578-9 (Standort: ULB Münster Zweigbibl. Sozialwiss.(6A)-MF3200/5)

INHALT: Die SPD blickt auf eine langjährige Erfahrung in der Entwicklung ihrer Parteiorganisation zurück. Mit der Parteireform im Jahr 2000 hat sie nicht zum ersten Mal eine Änderung ihrer Strukturen und Prozesse initiiert, sondern es gab auch in der Vergangenheit zahlreiche Ansätze, durch organisatorische Veränderungen auf neue Rahmenbedingungen zu reagieren. Im Mittelpunkt der vorliegenden Fallstudie stehen die Bestrebungen der SPD zur Weiterentwicklung ihrer Parteiorganisation in den 1990er Jahren. Diese Ansätze erfuhren im Jahr 2000 eine Fortsetzung durch eine weitere Reformphase, die durch den damaligen SPD-Generalsekretär und heutigen Parteivorsitzenden Franz Müntefering angestoßen wurde. Sie führte bereits unmittelbar nach ihrem Beginn zu einer intensiven Debatte über die Modernisierung der SPD, sowohl in der Partei selbst als auch darüber hinaus in den Medien und in der breiten Öffentlichkeit. Im vorliegenden Beitrag werden die wesentlichen Aspekte dieser Reformbemühungen erläutert, wobei vor allem die Fragen diskutiert werden, wie die SPD das innerparteiliche Leben organisiert und die Willensbildung gestaltet, wie das gesellschaftliche Umfeld eingebunden, der innerparteiliche Nachwuchs rekrutiert und die korrekte Verwendung der Parteifinanzen sichergestellt wird. (ICI2)

[135-L] Biehl, Heiko:

Wie viel Bodenhaftung haben die Parteien?: zum Zusammenhang von Parteimitgliedschaft und Herkunftsmilieu, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 37/2006, H. 2, S. 277-292 (Standort: USB Köln(38)-XF148; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die meisten Parteienforscher gehen davon aus, dass die deutschen Parteien gegenwärtig nur noch schwache Beziehungen zu ihren Herkunftsmilieus unterhalten. Diese Einschätzung wird anhand der Ergebnisse des Potsdamer Parteimitgliederprojekts in wesentlichen Punkten ergänzt und korrigiert: Erstens weisen zwar mittlerweile die Mitgliedschaften aller Parteien ein ähnliches Erwerbsprofil auf, in konfessionell-religiöser Hinsicht unterscheiden sich die Angehörigen der verschiedenen Parteien jedoch erheblich. Zweitens wirken die Mitglieder in unterschiedlichen Vorfeldorganisationen mit. Drittens üben die traditionellen Milieus dort, wo sie noch vorhanden sind, eine ungebrochene parteipolitische Prägekraft aus. Die Angehörigen der klassischen Trägerschichten engagieren sich in aller Regel in 'ihrer' Partei. Die Befunde zeigen, dass trotz der unstrittigen Angleichung der Berufsprofile der Mitgliedschaften weiterhin unterschiedliche gesellschaftliche Verflechtungen der Parteien bestehen. Die Bindung der Parteiangehörigen zu den Herkunftsmilieus erfolgt heutzutage jedoch stärker über die Mitgliedschaft in Vorfeldorganisationen als über die Position im Erwerbsleben." (Autorenreferat)

[136-L] Bösch, Frank:

Oppositionszeiten als Motor der Parteireform?: die CDU nach 1969 und 1998 im Vergleich, in: Josef Schmid, Udo Zolleis (Hrsg.): Zwischen Anarchie und Strategie : der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 172-185, ISBN: 3-531-14578-9 (Standort: ULB Münster Zweigbibl. Sozialwiss.(6A)-MF3200/5)

INHALT: Im Jahr 1998 ging die "geborene Regierungspartei" der CDU zum zweiten Mal in die Opposition und im Unterschied zum ersten Machtverlust hatten die Christdemokraten diesmal ein historisches Bewusstsein davon, was dieser Schritt bedeuten konnte. Gleichzeitig erinnerten sie sich aber daran, dass ihre frühere Oppositionszeit zu einer langfristigen Stärkung der Partei beigetragen hatte. Aus diesem Grunde akzeptierten die Christdemokraten im Jahr 1998 den Oppositionsstatus, um durch eine innerparteiliche Regeneration möglichst schnell wieder in die Regierung zurückzukehren. "Wir nehmen die Herausforderung an" - so lautete das Motto auf ihrem 11. Parteitag. In welchem Maße gelang der CDU die erhoffte Erneuerung der Parteiorganisation? Nach einem einleitenden Überblick über die Merkmale der CDU-Parteiorganisation geht der Autor dieser Frage nach, indem er vergleichend die Parteireformen nach 1969 und 1998 analysiert. Er nimmt dabei vor allem die Kernbereiche der Parteiorganisation in den Blick: die Entwicklung der Parteiführung, des Parteiapparates und der Finanzen. Seine vergleichende Fallstudie versteht sich als ein Beitrag zu der bisher kaum untersuchten systematischen Frage, in welcher Weise Oppositionsphasen und Organisationsreformen zusammenhängen und wie sich Machtzentren in Oppositionsphasen verändern. (ICI2)

[137-L] Bovermann, Rainer:

"Alle Macht den Mitgliedern"?: die Diskussion über Instrumente direkter Beteiligung in den deutschen Großparteien, in: Andrea Gawrich, Hans J. Lietzmann (Hrsg.): Politik und Geschichte : "Gute Politik" und ihre Zeit ; Wilhelm Bleek zum 65. Geburtstag, Münster: Verl. Westfäl. Dampfboot, 2005, S. 210-220, ISBN: 3-89691-623-8 (Standort: Bibl. des Ruhrgebiets Bochum-D700/380)

INHALT: Der Beitrag erörtert die Debatte um die direkte Einbeziehung der Mitglieder in die Entscheidungen der bundesdeutschen Großparteien CDU und SPD, also die innerparteiliche Partizipation. In einem ersten Schritt werden zunächst der Reformprozess zur Einführung direkter Mitgliederbeteiligung und die unterschiedliche Verankerung in den Satzungen von SPD und CDU dargestellt. Der zweite Schritt legt den Schwerpunkt auf die wissenschaftliche Auseinandersetzung um Maßstäbe, Vor- und Nachteile sowie mögliche Auswirkungen direktdemokratischer Beteiligung. Im dritten Schritt wird die Praxis unmittelbarer Mitgliederbeteiligung anhand einiger Beispiele untersucht. Der vierte Schritt zeigt abschließend einige Forschungsperspektiven für die empirische Parteienforschung auf und geht kurz der Frage nach, welche Reformperspektiven sich aus der wissenschaftlichen Diskussion und der bisherigen Praxis direkter Beteiligung ergeben. (ICG2)

[138-L] Bräuninger, Thomas; Ganghof, Steffen:

Parteienwettbewerb im Zweikammersystem, in: Steffen Ganghof, Philip Manow (Hrsg.): Mechanismen der Politik : strategische Interaktion im deutschen Regierungssystem, Frankfurt am Main: Campus Verl., 2005, S. 149-181, ISBN: 3-593-37701-2 (Standort: UuStB Köln(38)-32A 9398)

INHALT: Der Beitrag verfolgt zwei Ziele. Erstens werden mögliche Mechanismen herausgearbeitet, mit denen der Parteienwettbewerb das bikamerale Zusammenspiel von Bundestag und Bundesrat in der Gesetzgebung verändert ("räumliches Standardmodell"), etwa durch die parteipolitische Formierung der Policy-Präferenzen von Landesregierungen oder durch den Abschluss des jeweiligen Minderheitenlagers. Zweitens wird in Erweiterung dieses Modells die Formalisierung einer dritten Konzeption von Parteipolitik ("kompetitives Parteienverhalten") vorgeschlagen, die die Tatsache berücksichtigt, dass Policy-Reformen immer auch positionale Gewinne oder Verluste für die Gesetzgebungsakteure nach sich ziehen. Dieses Modell wird am Beispiel von drei Steuerreformvorhaben in Deutschland mit gleichgerichteten Mehrheiten (1990) und mit entgegengesetzten Mehrheiten (1998, 2000) exemplifiziert. (ICE2)

[139-F] Bukow, Sebastian, Dipl.-Soz. (Bearbeitung):

Parteien in Deutschland (Arbeitstitel)

INHALT: Ausgangspunkt ist die andauernde Debatte um eine Krise der etablierten Parteien in Deutschland. Ausgehend von der Wiedervereinigung wird geprüft, ob bzw. wie die Parteien auf die veränderten Rahmenbedingungen reagiert haben. Im Mittelpunkt stehen dabei Parteireformen und die Frage nach Partizipationsmöglichkeiten für Parteimitglieder. *ZEITRAUM:* 1990-2005 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: keine Angaben *DATENGEWINNUNG:* Inhaltsanalyse, offen; Aktenanalyse, offen; Dokumentenanalyse, offen; Beobachtung, teilnehmend; Beobachtung, nicht teilnehmend; Qualitatives Interview.

ART: Dissertation *BEGINN:* 2005-01 *ENDE:* 2008-01 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Institution

INSTITUTION: Humboldt-Universität Berlin, Philosophische Fakultät III, Institut für Sozialwissenschaften Lehrbereich Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland (Unter den Linden 6, 10099 Berlin)

KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: sebastian.bukow@sowi.hu-berlin.de)

[140-L] Deeg, Jürgen; Weibler, Jürgen:

Politische Steuerungsfähigkeit von Parteien, in: Josef Schmid, Udo Zolleis (Hrsg.): Zwischen Anarchie und Strategie : der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 22-42, ISBN: 3-531-14578-9 (Standort: ULB Münster Zweigbibl. Sozialwiss.(6A)-MF3200/5)

INHALT: Eine Diskussion über den organisationalen Wandel von Parteien kann den Autoren zufolge nur dann geführt werden, wenn ein genauerer Bezug auf die konstitutiven Merkmale der Organisation und die Prozesse ihrer Veränderung genommen wird. Sie charakterisieren daher zunächst die Parteien als organisatorische Gebilde aus der Sicht der Organisationslehre, denn die Steuerungsfähigkeit hängt vor allem von der Beschaffenheit des organisatorischen Gebildes ab. Parteien stellen dabei eine durchaus eigenständige Organisationsform dar, deren Besonderheiten im Vergleich zu anderen Organisationstypen nicht unterschätzt werden sollten. Die Autoren erörtern anschließend grundlegende Steuerungsoptionen für Parteien aus der allgemeinen Organisationstheorie und nehmen die veränderten Merkmale des Wandels näher in den Blick, um auf dieser Grundlage die Determinanten des Parteienwettbewerbs neu zu bestimmen. Diese Erkenntnisse verdichten sie dann in dem neuen strukturellen Leitbild der

"flexiblen Partei". Da eine Steuerungsfähigkeit nur anhand bestimmter Kompetenzen erkennbar wird, untersuchen sie ferner einige Schlüsselkompetenzen der Wettbewerbsfähigkeit von Parteien und interpretieren die (Selbst-) Transformation der Parteien als Metakompetenz, welche zum dauerhaften Erhalt der politischen Steuerungsfähigkeit beiträgt. (ICI2)

[141-L] Detterbeck, Klaus:

Die strategische Bedeutung von Mitgliedern für moderne Parteien, in: Josef Schmid, Udo Zolleis (Hrsg.): *Zwischen Anarchie und Strategie : der Erfolg von Parteiorganisationen*, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 63-76, ISBN: 3-531-14578-9 (Standort: ULB Münster Zweigbibl. Sozialwiss.(6A)-MF3200/5)

INHALT: Der Autor interpretiert das strategische Handeln von Parteien als Versuch, die Entwicklungen auf der organisatorischen, elektoralen und parlamentarischen Ebene zu kontrollieren und auf bestimmte Ziele hinzulenken. Innerhalb von Parteien sind es dabei primär die Parteiführungen, welche versuchen, von oben eine kohärente Steuerung parteilichen Handelns zu planen und durchzusetzen. Die Parteiführungen stoßen jedoch oftmals auf Widerstände, die sowohl in der Binnendifferenzierung von Parteiorganisationen als auch in der Komplexität des gesellschaftlichen Umfeldes begründet liegen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach den Ursachen des Rückgangs der Mitgliederzahlen in politischen Parteien neu. In der Forschungsliteratur finden sich hierzu zwei Erklärungsmuster: In der ersten Perspektive wird betont, dass Parteien zunehmend weniger auf Mitglieder angewiesen seien oder Mitglieder aus Sicht der Parteiführungen gar eine Belastung darstellen können. In der zweiten Perspektive werden Parteien hingegen eher als Opfer einer gesellschaftlichen Entwicklung gesehen, die sie kaum kontrollieren können und die es ihnen zunehmend erschwert, Mitglieder zu rekrutieren. Der Autor geht zunächst näher auf diese beiden Argumentationslinien ein und diskutiert anschließend die Frage, inwiefern die heutigen Parteien aus strategischen Gründen Mitglieder rekrutieren wollen. Seiner These zufolge haben die Parteien zwar durchaus einen Bedarf an Mitgliedern, befinden sich aber zugleich in einem strategischen Dilemma, diesen Mitgliedern bedeutungsvolle Partizipationsrechte zu gewähren. (ICI2)

[142-L] Donsbach, Wolfgang; Jandura, Olaf:

Auf verlorenem Posten: Selbstdarstellung der Parteien in Pressemitteilungen und ihre Darstellung in den Medien, in: Elisabeth Noelle-Neumann, Wolfgang Donsbach, Hans Mathias Kepplinger (Hrsg.): *Wählerstimmungen in der Mediendemokratie : Analysen auf der Basis des Bundestagswahlkampfes 2002*, Freiburg im Breisgau: Alber, 2005, S. 44-68, ISBN: 3-495-48109-5 (Standort: UB Siegen(467)-31OVI4256)

INHALT: Die Autoren untersuchen im vorliegenden Aufsatz, wie gut oder schlecht es den politischen Parteien in der Bundesrepublik gelingt, ihre eigene Agenda in den Medien unterzubringen, und welche rhetorischen Mittel sie dabei anwenden. Sie vergleichen hierzu die Pressemitteilungen der Bundestags- und Oppositionsparteien zwischen April und September 2002 mit der Berichterstattung von Tageszeitungen und Fernsehnachrichten im gleichen Zeitraum. Das Forschungsinteresse richtet sich dabei einerseits auf verschiedene Sach- und Politics-Themen sowie andererseits auf die rhetorische Struktur der Pressemitteilungen, die mit mehreren Kategorien erfasst wurde. Es wurde erstens untersucht, ob in der Pressemitteilung die Kritik am politischen Gegner oder die Darstellung der eigenen Ziele überwog, zweitens ob

Personen oder Sachthemen im Mittelpunkt der Berichterstattung standen, drittens ob das Sachthema selbst oder dessen Instrumentalisierung für Wahlkampfzwecke den Kern bildete, und viertens welche Argumentationsstrategie die Partei verfolgte: eine unabhängige Darstellung der eigenen Leistungen und Ziele oder ein Vergleich mit den Leistungen und Zielen des politischen Gegners. Im Ergebnis wird ein eher geringer Einfluss von politischer PR auf die Medieninhalte festgestellt. Weder die Frequenz von Pressemitteilungen noch deren Inhalte hatten während des Bundestagswahlkampfes 2002 einen wesentlichen Einfluss darauf, wie die Medien über die Parteien berichteten. (ICI2)

[143-L] Fallend, Franz:

Die Österreichische Volkspartei (ÖVP): Erfolgreiche Wahlstrategie bei unmoderner Parteiorganisation, in: Josef Schmid, Udo Zolleis (Hrsg.): Zwischen Anarchie und Strategie : der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 186-206, ISBN: 3-531-14578-9 (Standort: ULB Münster Zweigbibl. Sozialwiss.(6A)-MF3200/5)

INHALT: Die traditionelle Parteiorganisation der ÖVP bietet im Grunde ungünstige Voraussetzungen für ein erfolgreiches Parteimanagement und eignet sich deshalb besonders gut als Fallstudie, um den Einfluss von Parteiorganisationen auf die Verwirklichung zentraler Parteiziele (Stimmen, Ämter, Politik, innerparteiliche Demokratie) zu untersuchen. Die ÖVP ist von allen westeuropäischen Parteien diejenige Organisation, die durch den höchsten Grad an innerparteilichem Fraktionalismus gekennzeichnet ist; noch stärker als bei den meisten anderen christdemokratischen Parteien spielen in der ÖVP Gruppeninteressen eine tragende Rolle im innerparteilichen Leben. Die Folge sind langwierige Entscheidungsprozesse und - zumindest in der Vergangenheit - ein negatives Image aufgrund der zumeist in aller Öffentlichkeit ausgetragenen Konflikte. Im vorliegenden Beitrag wird zunächst ein theoretisch-analytischer Rahmen vorgestellt, der die zentralen Ziele moderner Parteien und die Rolle der Parteiorganisation bei der Verwirklichung dieser Ziele erläutert. Im Anschluss daran werden die wichtigsten Herausforderungen für die ÖVP seit Ende der 1980er Jahre beschrieben und die Reformen analysiert, die die ÖVP seither im Bereich der Parteiorganisation unternommen hat. (ICI2)

[144-L] Flemming, Lars:

Das NPD-Verbotsverfahren: vom "Aufstand der Anständigen" zum "Aufstand der Unfähigen", (Extremismus und Demokratie, Bd. 12), Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 2005, 267 S., ISBN: 3-8329-1344-0 (Standort: UB Bonn(5)-2005/9078)

INHALT: Die Dissertation rekonstruiert die Verbotsdiskussion um die NPD im Jahre 2000. Die Debatte gewann schließlich eine Eigendynamik und mündete in Verbotsanträgen. Der Autor legt detailliert den Inhalt der drei Verbotsanträge und die zum Teil bizarren Stellungnahmen der NPD dar. Bei der öffentlichen Diskussion ging es jedoch weniger um die Verfassungsfeindlichkeit der NPD, sondern mehr um die obskuren Ausspähungsmethoden des Verfassungsschutzes. In der von "Hektik, Symbolik und Aktionismus" geprägten Sommerdebatte 2000 siegten die Verbotsbefürworter. Besonnenheit und Sorgfalt blieben für den Autor auf der Strecke. Das Hauptargument der Antragsbefürworter, die Signalwirkung eines NPD-Verbots, ist zugleich ihr schwächstes. Das Parteiverbot, schärfstes Mittel der streitbaren Demokratie, dient als ultima ratio dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Wer es für Symbolpolitik gebraucht, muss nicht nur sein Verfassungsverständnis befragen; er

spricht gleichsam der über fünfzig Jahre hinweg gefestigten bundesdeutschen Demokratie das Vertrauen ab, sich einer Kleinstpartei mit politischen Mitteln erwehren zu können. Die Existenz extremistischer Kräfte ist eine normale Erscheinungsform der Demokratie, kein spezifisch deutsches Problem. Die Forderung eines NPD-Verbots stellte sich insgesamt als "bloße Effekthascherei" heraus. Spätestens mit dem Einreichen der Verbotsanträge war der Kampf gegen den Rechtsextremismus - inzwischen reduziert auf die Formel "gegen rechts" - beendet. Der von Bundeskanzler Gerhard Schröder propagierte "Aufstand der Anständigen" mutierte zum "Aufstand der Unfähigen". (ICA2)

[145-L] Flemming, Lars:

Die NPD nach dem Verbotsverfahren: der Weg aus der Bedeutungslosigkeit in die Bedeutungslosigkeit?, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D) : 16. Jahrgang 2004, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 144-154, ISBN: 3-8329-0996-6

INHALT: Der Verfasser setzt sich mit der Frage auseinander, ob und inwieweit die NPD von dem Verbotsverfahren profitieren konnte. Im Mittelpunkt stehen die programmatische, die organisatorische, die strategische, die elektorale und die personelle Entwicklung der Partei nach dem Verbotsverfahren. Abgesehen von der Rettung ihrer schieren Existenz, so wird deutlich, vermochte die NPD in keiner Weise vom Ausgang des Verbotsverfahrens zu profitieren. Die Kontakte der Parteiführung zum Verfassungsschutz haben sie vielmehr in Misskredit gebracht. Sinkende Mitgliederzahlen und Akzeptanzverlust sind die Folgen. Am empfindlichsten trifft die Partei der anhaltende Mitgliederschwund. Die NPD wird wohl politisch bedeutungslos bleiben. (ICE2)

[146-L] Florack, Martin; Grunden, Timo; Korte, Karl-Rudolf:

Strategien erfolgreicher Mitgliederrekrutierung der politischen Parteien, in: Josef Schmid, Udo Zolleis (Hrsg.): Zwischen Anarchie und Strategie : der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 96-113, ISBN: 3-531-14578-9 (Standort: ULB Münster Zweigbibl. Sozialwiss.(6A)-MF3200/5)

INHALT: Die Parteiendemokratie wird langfristig nicht auf Parteimitglieder verzichten können und da das Handeln und die Organisationsstrukturen der Parteien auf eine Vielzahl von ehrenamtlich Engagierten ausgelegt ist, liegt eine Konsolidierung der Mitgliederzahlen in ihrem eigenen Interesse. Dabei wird vor allem die Anpassungsfähigkeit der Parteien entscheiden, ob und wie sie die gegenwärtige Mitgliederkrise bewältigen werden. Im vorliegenden Beitrag werden die Strategien der Mitgliedergewinnung und Nachwuchsrekrutierung in den Parteien der Bundesrepublik Deutschland beschrieben und die Motive aktiver parteipolitischer Partizipation im Hinblick auf ihre Erfolgsaussichten bewertet. Diese Strategien bewegen sich im Dreieck von Partizipationsanreizen, Netzwerkbildung und Professionalisierung. Während Partizipationsanreize die über Organisationsreformen erweiterten Einflussmöglichkeiten der Mitglieder bei der parteiinternen Willensbildung bezeichnen, zielt die Netzwerkbildung auf die Öffnung der Parteien zu anderen zivilgesellschaftlichen Akteursgruppen ab. Unter Professionalisierung werden schließlich neue Mechanismen der Rekrutierung und Ausbildung politisch talentierter Mitglieder für Mandate und Ämter sowie modernisierte Formen der Kommunikation nach innen und außen verstanden. Nach Einschätzung der Autoren können die

Strategien der Mitgliederrekrutierung nur dann erfolgreich sein, wenn die Parteien die von ihnen mitverschuldete Krise der Repräsentation überwinden und zu einer neuen inhaltlichen Orientierung gelangen. (ICI2)

[147-L] Forkmann, Daniela; Schlieben, Michael (Hrsg.):

Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949-2005, (Göttinger Studien zur Parteienforschung), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2005, 401 S., ISBN: 3-531-14516-9 (Standort: UB Bonn(5)-2005/6159)

INHALT: "Parteien benötigen Vorsitzende. Politik funktioniert nicht ohne politische Führung. Dieser Band der Göttinger Parteienforschung setzt sich mit den personalisierten Führungsprozessen auseinander. Denn die an der Spitze einer Partei stehende Person stellt eine wesentliche Variable für deren Entwicklungsprozess dar. In einzelnen Studien werden die Parteien, die seit 1949 im Deutschen Bundestag vertreten waren, und ihre insgesamt über 80 Parteivorsitzenden untersucht. Dabei stehen folgende Fragestellungen im Mittelpunkt: Welches sind Notwendigkeiten und Herausforderungen, welches die Einflussmöglichkeiten und Beschränkungen von politischer Führung? Und ganz konkret: Wer ist ein guter Anführer, wer ein erfolgreicher? Und woran sollte dies gemessen werden? Anhand der Führungsstrukturen werden auch Rückschlüsse auf die Gesamtpartei gezogen. Die biografische Einzelanalyse ist hierbei nicht Forschungsziel an sich, sondern vielmehr ein möglicher Forschungsschlüssel. Ändert sich das Anforderungsprofil an politische Führung mit der Partei, mit den sich wandelnden gesellschaftlichen Herausforderungen oder mit der jeweiligen machtpolitischen Ausgangslage? Es geht weniger um eine Aneinanderreihung einzelner Portraits, sondern um Typisierungen und Periodisierungen von Parteiführung." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Daniela Forkmann/Michael Schlieben: 'Politische Führung' und Parteivorsitzende. Eine Einleitung (11-21); Frank Bösch/Ina Brandes: Die Vorsitzenden der CDU. Sozialisation und Führungsstil (23-63); Anne-Kathrin Oelzen/Daniela Forkmann: Charismatiker, Kärner und Hedonisten. Die Parteivorsitzenden der SPD (64-118); Franz Walter: Die Integration der Individualisten. Parteivorsitzende in der FDP (119-168); Saskia Richter: Führung ohne Macht? Die Sprecher und Vorsitzenden der Grünen (169-214); Kay Müller: Zwischen Staatskanzlei und Landesgruppe. Führung in der CSU (215-262); Matthias Micus: Die Quadratur des Kreises. Parteiführung in der PDS (263-302); Michael Schlieben: Missglückte politische Führung. Die gescheiterten Nachkriegsparteien (303-348); Peter Lösche: 'Politische Führung' und Parteivorsitzende. Einige systematische Überlegungen (349-368).

[148-F] Franzmann, Simon (Bearbeitung):

Parteistrategien auf oligopolistischen Issue-Märkten: wie können Parteien Wahlen gewinnen?

INHALT: In der aktuellen politikwissenschaftlichen Debatte werden die Handlungsmotive von Parteien danach unterschieden, ob sie ihren strategischen Schwerpunkt entweder auf das 1. Office-Seeking, also vorrangig das Besetzen von Regierungsämtern, oder 2. auf das Policy-Seeking, also die Durchsetzung und Propagierung bestimmter politischer Inhalte, oder 3. auf das Vote-Seeking, also dem Versuch möglichst viele Wählerstimmen zu gewinnen, legen. Die Verfolgung des einen Ziels kann dabei im Widerspruch zur Verfolgung eines der beiden anderen Ziele stehen. Entsprechend ihrer gewählten Schwerpunktstrategie entwickeln die Par-

teien ihre Programmatik. Das Forschungsprojekt untersucht, inwieweit Parteien bestimmte Issues (politische Streitthemen) als Mittel zum Gewinn von Wählerstimmen erfolgreich einsetzen können. Hierzu werden Erkenntnisse aus dem Marketing auf den politischen Wettbewerb übertragen und mit gängigen politikwissenschaftlichen Konzepten kombiniert.

ART: keine Angabe *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen Lehrstuhl für vergleichende Politikwissenschaft (Postfach 411020, 50870 Köln)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0221-470-7446, e-mail: franzmann@wiso.uni-koeln.de)

[149-F] Franzmann, Simon (Bearbeitung):

Ideologische Positionsbestimmung politischer Parteien

INHALT: Sowohl in der öffentlichen Debatte als auch in politikwissenschaftlichen Modellen werden Parteien häufig in Dichotomien wie "links" und "rechts", "libertär" und "autoritär" oder "progressiv" und "konservativ" unterteilt. In komplexen politischen Debatten kann sich die Öffentlichkeit mit Hilfe dieser Dichotomien grob über die Parteipositionen orientieren. In politikwissenschaftlichen Modellen können mit Hilfe exakt bestimmter ideologischer Positionen Vorhersagen über Koalitionsbildungen und Regierungshandeln getroffen werden. Die Positionsbestimmung ist dabei nicht ganz einfach. Mit Hilfe eines vom Wissenschaftszentrum Berlin erstellten Datensatzes über Wahlprogramme in den OECD-Staaten werden diese Daten berechnet und die Ergebnisse im Internet für weitere Forschungszwecke zur Verfügung gestellt.

ART: keine Angabe *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen Lehrstuhl für vergleichende Politikwissenschaft (Postfach 411020, 50870 Köln)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0221-470-7446, e-mail: franzmann@wiso.uni-koeln.de)

[150-L] Geden, Oliver:

Die Thematisierung von Männlichkeit in der Freiheitlichen Partei Österreichs, in: Andreas Klärner, Michael Kohlstruck (Hrsg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg: Hamburger Ed., 2006, S. 275-301, ISBN: 3-936096-62-7

INHALT: "Der Autor konzentriert sich in seiner Untersuchung über die Männlichkeitskonstruktionen in der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) angesichts der quantitativen Dominanz von Männern im Rechtsextremismus auf die Frage, warum bestimmte Männlichkeitsvorstellungen rechtsextremer Organisationen eine besondere Attraktivität für Männer haben. Männlichkeit kann in spätmodernen Industriegesellschaften nicht mehr als 'fraglos Gegebenes' gelten, die 'Krise des Mannes' und die im Zuge gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse für Männer auftretenden Verunsicherungen schlagen sich, so Geden, in Prozessen der Diskursivierung und der Thematisierung von Männlichkeit nieder. Auf der Ebene des medialen Diskurses, am Beispiel zweier FPÖ-naher Zeitschriften und auf der Ebene des Alltagsdiskurses, der anhand von Gruppendiskussionen mit FPÖ-Funktionären rekonstruiert wird, untersucht er die für die 'Männerpartei' FPÖ spezifischen Männlichkeitskonstruktionen. Der Autor zeigt, dass die FPÖ gerade dadurch an Attraktivität für Männer gewinnt, dass sie ihren politischen

Projekten und kulturellen Leitbildern ein die Geschlechterdifferenz deutlich betonendes Deutungsmuster zugrunde legt. Geden leistet damit einen Beitrag zur Erforschung der gendered substructure rechtsextremer Organisationen." (Autorenreferat)

[151-L] Hartleb, Florian:

Auf- und Abstieg der Hamburger Schill-Partei, in: Hans Zehetmair (Hrsg.): Das deutsche Parteiensystem : Perspektiven für das 21. Jahrhundert, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2004, S. 213-227, ISBN: 3-531-14477-4 (Standort: UB Bonn(5)-2005-608)

INHALT: Der Beitrag zum deutschen Parteiensystem beleuchtet den aktuellen Zustand der Schill-Partei und erörtert in diesem Zusammenhang den Niedergang der Partei. In einem ersten Schritt wird zunächst die politische Genese der Schill-Partei beschrieben, die 2000 in Hamburg von dem ehemaligen Strafrichter R. B. Schill gegründet wird, der nach einem aufsehenden Wahlerfolg 2001 (19,40 Prozent) als Innensenator in die Hamburger Bürgerschaft einzieht, 2003 dann aber nach einem Politiskandal vom regierenden Bürgermeister O. von Beust entlassen wird. Bei vorgezogenen Wahlen in Hamburg 2004 wird die Schill-Partei mit einem katastrophalen Wahlergebnis abgestraft und verschwindet von der politischen Bühne. Dieser Auf- und Abstieg lässt sich mit der Person Schill und seinem (politischen) Auftreten sowie dem sehr eingeschränkten Parteiprogramm erklären, das sich in erster Linie auf das Thema Innere Sicherheit konzentriert. (ICG2)

[152-L] Höpner, Martin:

Beiträge der Unternehmen zur Parteienfinanzierung: Wer spendet an wen? Und warum?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 37/2006, H. 2, S. 293-312 (Standort: USB Köln(38)-XF148; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "In Deutschland sind - anders als beispielsweise in Frankreich und den USA - direkte Parteispenden juristischer Personen zulässig. Um von strukturellen Unternehmensmerkmalen auf die Bereitschaft zu Parteispenden und ihre Verteilung an die politischen Lager schließen zu können, wird ein Modell entwickelt. Dieses beruht auf Daten über Spenden der einhundert größten deutschen Unternehmen im Wahljahr 2002. Spenden und ihre Verteilung hängen demnach vor allem von der personellen Verflochtenheit und der Sektorzugehörigkeit der Unternehmen ab. Im Aggregat verteilen sich die im Jahr 2002 von den einhundert größten Unternehmen gespendeten Mittel folgendermaßen: CDU und CSU erhielten 55,8 Prozent, die SPD 22,1 Prozent, die FDP 17,7 Prozent und die Grünen 4,4 Prozent. Die PDS bekam von Unternehmen keine Großspenden. Zwei Logiken des Spenderverhaltens sind zu unterscheiden: die gezielte Stärkung eines politischen Lagers gegenüber dem anderen und die parteienübergreifende politische Landschaftspflege." (Autorenreferat)

[153-L] Hough, Dan; Jeffery, Charlie:

Wahlverhalten und Parteienwettbewerb in regionalisierten Staaten, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung -EZFF- an der Universität Tübingen (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2004 : Bd. 5, Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 49-66, ISBN: 3-8329-0774-2

INHALT: Schon 1983 ging man von der Existenz von 115 Regionalparteien in 17 europäischen Staaten nach 1945 aus. Der vorliegende Beitrag untersucht und diskutiert die Relevanz der politischen Mobilisierung durch Regionalismus anhand der Wahlergebnisse von Spanien, Kanada, Deutschland und Österreich in den Jahren von 1972 bis 2001. Die Autoren suchen zuerst nach Erklärungsmustern für den Durchbruch und das Fortbestehen von Regionalparteien. Begonnen wird mit der bahnbrechenden Analyse der gesellschaftlichen Konfliktlinien (cleavages) von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan, die die Struktur der westeuropäischen Parteiensysteme bestimmen sollen. Dieser Ansatz bleibt jedoch einseitig: Die Regionalisierung wird aus der Perspektive der national(staatlich)en Politik "von oben her" geschrieben. Es geht dabei um die Dynamik der nationalstaatlichen gesellschaftlichen Integration, und die Analyse gilt der national(staatlich)en Ebene der Politik. In den letzten Jahren ist eine neue wissenschaftliche Perspektive eröffnet worden, die die Problematik des Regionalismus "von unten her" untersucht. Diese Perspektive wird näher erläutert. Im letzten Abschnitt des Beitrags werden analytische Methoden vorgeschlagen, die anhand des regionalen Wahlverhaltens diese zwei Perspektiven zu integrieren versuchen. (ICA2)

[154-L] Immerfall, Stefan:

Die CSU: Faktoren ihrer Vorherrschaft und Stellung im Unionslager ; zum 70. Geburtstag von Prof.Dr. Alf Mintzel, Universität Passau, in: Zeitschrift für Politik : Organ der Hochschule für Politik München, N. F., Jg. 52/2005, H. 4, S. 381-396 (Standort: USB Köln(38)-Fa00283; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Die Christliche Soziale Union in Bayern (CSU) ist eine Ausnahmerecheinung unter den politischen Parteien in Wettbewerbsdemokratien. Mit nur einer Ausnahme führte sie alle bayerischen Landesregierungen. Der Aufsatz stellt zentrale Erklärungsfaktoren des phänomenalen Aufstiegs und der anhaltenden Vorherrschaft dieser Partei dar. Dazu zählen historisch günstige Umstände wie die späte Vollindustrialisierung Bayerns, eine passgenaue politisch-kulturelle Homogenisierung unter dem Banner der CSU und programmatische Weichenstellungen. Aus dieser glücklichen Kombination von Gelegenheiten und Entscheidungen resultieren Größenvorteile, die bis heute andauern und auf absehbare Zeit die politische Konkurrenz in Bayern klein halten werden. Gefährlich kann der CSU hingegen eigenes Fehlverhalten werden, das aus einem Gefühl der Unangreifbarkeit resultiert. Zudem wirken sich die Faktoren, welche ihre Vorherrschaft in Bayern stützen, für die Union als Ganzes durchaus zweischneidig aus." (Autorenreferat)

[155-F] Klauck, René (Bearbeitung):

NPD, DVU und REP - verfassungskonform oder verfassungswidrig? Programmatik und Strategien im Vergleich

INHALT: keine Angaben

ART: Dissertation *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Regensburg, Philosophische Fakultät 03 - Geschichte, Gesellschaft und Geographie, Institut für Politikwissenschaft (93040 Regensburg)

[156-L] Klein, Markus:

Partizipation in politischen Parteien: eine empirische Analyse des Mobilisierungspotenzials politischer Parteien sowie der Struktur innerparteilicher Partizipation in Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift : Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Jg. 47/2006, H. 1, S. 35-61 (Standort: USB Köln(38)-XE00036; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Warum werden Bürger Mitglieder politischer Parteien? Und warum werden einige Parteimitglieder aktiv und andere nicht? Diesen Leitfragen wird im Rahmen des General-Incentives-Modell von Seyd und Whiteley nachgegangen. Die Grundlage der empirischen Analysen bilden eine Bevölkerungsumfrage sowie eine Umfrage unter den deutschen Parteimitgliedern. Es kann gezeigt werden, dass für die Entscheidung zum Parteibeitritt bereits weiche Anreize hinreichend sein können, während die Entscheidung für aktives innerparteiliches Engagement vor allem durch harte Anreize beeinflusst wird. Da weiche Anreize eine rückläufige Verbreitung haben, können diese Befunde auch zu einer Erklärung der rückläufigen Parteimitgliederzahlen beitragen." (Autorenreferat)

[157-F] Klein, Thomas, Dr. (Bearbeitung); Lemke, Michael, Prof.Dr. (Leitung):

Die Westberliner Einheitssozialisten - eine "Ostdeutsche" Partei als Stachel im Fleische der "Frontstadt"? (Teilprojekt im DFG-Projektverbund "Deutschland und Europa im Systemkonflikt. Perzeptionen - Strukturen - Repräsentationen")

INHALT: Für drei paradigmatische Entwicklungsabschnitte der Geschichte der SED-W/ SEW sollen anhand eines Themenrasters die Charakteristika und Besonderheiten des politischen Agierens eines im "feindlichen Territorium" organisierten "Brückenkopfs" der SED untersucht werden. Nicht die vollständige Darstellung dieser Fremdsteuerung selbst, sondern die tatsächliche Wirkungskraft der SED-W/ SEW innerhalb ihrer verschiedenen Aktionsfelder Westberliner Politik steht im Fokus des Vorhabens. Für die Zeit im Umfeld der Berlinpolitischen Wende 1958/59-61, der DDR-politischen Neuorientierung der SPD in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre und der Zusammenbruchskrise der SEW ab 1986 sollen das bündnispolitische Agieren, die Einflusstiefe der Partei in der Westberliner Binnenpolitik und die innerparteiliche Opposition in der SEW analysiert werden. Das Vorhaben zielt neben dem parteigeschichtlichen Ertrag ebenso auf einen Beitrag zur Geschichte von kaltem Krieg und Entspannung im geteilten Berlin. *ZEITRAUM:* 1958-1989 *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Berlin (Ost und West)

ART: gefördert *BEGINN:* 2006-01 *ENDE:* 2007-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Zentrum für Zeithistorische Forschung e.V. (Am Neuen Markt 1, 14467 Potsdam)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0331-28991-51, Fax: 0331-28991-60, e-mail: klein@zzf-pdm.de)

[158-L] Köllner, Patrick; Basedau, Matthias:

Factionalism in political parties: an analytical framework for comparative studies, (GIGA Working Papers, No. 12), Hamburg 2005, 26 S. (Graue Literatur; URL: http://www.giga-hamburg.de/content/publikationen/pdf/wp12_koellner-basedau.pdf)

INHALT: "Faktionalismus kann die Stabilität und Institutionalisierung von Parteien und Parteiensystemen beeinträchtigen und er kann sich auch auf deren Effizienz und Legitimität auswirken. Dennoch hat der Faktionalismus in der vergleichenden Forschung zu politischen Parteien nur begrenzte Aufmerksamkeit erfahren. Wie dieses Papier zeigt, gibt es indes keinen Mangel an konzeptuellen Ansätzen und Hypothesen, die für die Entwicklung einer systematischen Analyse innerparteilicher Gruppierungen genutzt werden können. Auf Basis einer Gesamtbeachtung der bisherigen Forschung entwickeln wir in diesem Paper einen umfassenden analytischen Rahmen, der komparative orientierte und differenzierte Studien der Ursachen, Charakteristika und Auswirkungen des Faktionalismus in politischen Parteien ermöglicht." (Autorenreferat)

[159-L] Korte, Karl-Rudolf:

Strategie und Rationalität: wie reagieren Parteien auf komplexe Wählermärkte?, in: Andrea Gawrich, Hans J. Lietzmann (Hrsg.): Politik und Geschichte : "Gute Politik" und ihre Zeit ; Wilhelm Bleek zum 65. Geburtstag, Münster: Verl. Westfäl. Dampfboot, 2005, S. 221-231, ISBN: 3-89691-623-8 (Standort: Bibl. des Ruhrgebiets Bochum-D700/380)

INHALT: Die klassische Volksparteidemokratie erodiert auch in der Bundesrepublik Deutschland, da die Wähler wählerischer geworden sind: Immer weniger Wähler sind parteipolitisch gebunden, sie wechseln immer mehr ihre Parteipräferenz, vollziehen politische Wechsel in immer kürzeren Abständen, so dass sich 'erdrutschartige' Siege bzw. Niederlagen bei Wahlen seit den 1990er Jahren in einer Intensität häufen, wie sie zuletzt in den 1950er Jahren messbar waren. Diese Entwicklungstendenz hat vielfältige Auswirkungen auf die Parteien sowie auf die Strategien der politischen Akteure. Die Darstellung dieser Konsequenzen gliedert sich in folgende Aspekte: (1) Pragmatismus und politisches Marketing, (2) Gewichtsverschiebungen in der Parteienorganisation, (3) Transformation des Parteicharakters, (4) Sach- und Machtfragen der Partielite, (5) politische Führungsstile und der Umgang mit den Gegnern innerhalb der Partei sowie (6) Prozesse des Machterwerbs und Führungsinstrumente der Parteispitze. (ICG2)

[160-L] Kovenock, Dan; Roberson, Brian:

Electoral poaching and party identification, (Discussion Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Märkte und Politik, Abteilung Marktprozesse und Steuerung, 2005-17), Berlin 2005, 33 S. (Graue Literatur; URL: <http://skylla.wz-berlin.de/pdf/2005/ii05-17.pdf>); Forschungsbericht/Nummer: SP II 2005-17

INHALT: "In dieser Studie wird der Wahlkampf in einem Modellrahmen mit umverteiler Politik untersucht. Dabei gehen wir von den Annahmen deterministischen Wahlverhaltens und heterogenen Wählerbindung an die politischen Parteien aus. Wir generieren eine natürliche Messgröße für die Stärke einer Partei. Sie beruht auf der Größe und Intensität der parteiloyalen Wählersegmente und zeigt wie sich das Verhalten der Parteien verändert in Abhängigkeit von der Stärke der beiden Parteien. Im Gleichgewicht versuchen die Parteien einen Teil der loyalen Wählerschaft der Gegenpartei mit dem Versprechen hoher Transferzahlungen abzuwerben, während den restlichen Teilen der gegnerischen Wählerschaft 'Null-Transfers' in Aussicht gestellt werden. Die Anzahl dieser letzteren Oppositionswähler, die keine Transferzahlungen erhalten werden, und das Niveau der Ungleichverteilung der Nutzen

durch die im Gleichgewicht resultierende Umverteilung steigen in Abhängigkeit von der Stärke der Oppositionspartei. Des weiteren wird eine Messgröße der politischen Polarisierung konstruiert, das mit der Summe und Symmetrie der Parteienstärke steigt. Als Ergebnis lässt sich feststellen, dass das erwartete ex-post Ungleichgewicht des Nutzens der implementierten Politik ansteigt, je stärker die politische Polarisierung ist." (Autorenreferat)

[161-L] Lösche, Peter:

Zustand und Perspektiven der SPD, in: Hans Zehetmair (Hrsg.): Das deutsche Parteiensystem : Perspektiven für das 21. Jahrhundert, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2004, S. 104-116, ISBN: 3-531-14477-4 (Standort: UB Bonn(5)-2005-608)

INHALT: Der Beitrag zum deutschen Parteiensystem beleuchtet den aktuellen Zustand der SPD und diskutiert auf dieser Grundlage die Zukunftsperspektiven der Regierungspartei. Die Untersuchung der SPD des Jahres 2004 erfolgt auf zwei Ebenen: In einem ersten Schritt wird das programmatisch-konzeptionelle Defizit aufgezeigt. Was der Partei demnach fehlt, bzw. was ihr verloren gegangen ist, ist die große Erzählung von der Humanisierung der Gesellschaft, von der sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Alternative, und es mangelt an den dazu gehörigen Symbolen, Bildern, und Ritualen, die einst sozialdemokratische Identität stifteten. Der zweite Schritt betrachtet sodann die Organisation der SPD und ihre Schwachstellen. Dazu gehören (1) die allgemeine Lähmung und Frustration in den einzelnen Gebietsverbänden, vom Ortsverein bis zum Bundesverband, der innerparteilichen Arbeitsgemeinschaften und der verschiedenen Flügel und informellen Flügel und Gruppierungen, (2) der Rückgang der Mitgliederzahlen, (3) die marginale Bedeutung konzeptioneller und politikinhaltlicher Gegensätze zwischen den verschiedenen innerparteilichen Akteuren sowie (4) die Abnahme der sozialen Funktion der SPD. Trotzdem sieht der Autor gute Chancen, dass die SPD bei der bevorstehenden Wahl 2006 mit rund 30 Prozent der Wählerstimmen besser abschneidet, als es die bisherigen Wahlprognosen suggerieren. Über diesen Wahltermin hinaus könnte sich die SPD angesichts wachsender gesellschaftlicher Polarisierung sowie neuer und wachsender Armut wieder als Partei des kleinen Menschen und der sozialen Gerechtigkeit profilieren. (ICG2)

[162-F] Lovens, Sebastian (Bearbeitung); Thaysen, Uwe, Prof.Dr.; Sanden, Joachim, Dr. (Betreuung):

Das Verhältnis zwischen Staat und Parteien anhand aktueller staatsrechtlicher Untersuchungen

INHALT: Das kumulative Dissertationsvorhaben widmet sich verschiedenen, miteinander zusammenhängenden Aspekten des Verhältnisses zwischen Staat und Parteien. Die Forschung begann im Jahr 2000 mit der Untersuchung der bundesverfassungsrichterlichen Judikate zur Parteienfinanzierung, die im Beitrag 'Stationen der Parteienfinanzierung im Spiegel der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts' in der Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Jg. 2000, S. 285-289 publiziert wurden. Aspekte der repressiven Aktion des Staates gegen Parteien sind Gegenstand des Beitrages 'Parteiverbote in der Bundesrepublik Deutschland. Zur verfassungsrechtlichen Ausgangslage der Anträge gegen die NPD.', ZParl 2001, S. 550-572. Der Entscheidungsfreiheit des auch unter parteipolitischen Gesichtspunkten besetzten Richterwahlausschusses widmet sich 'Verfassungswidrige Richterwahl?', Zeitschrift für

Rechtspolitik/ ZRP), 2001, S. 465-469, während 'Die Besetzung der Bundestagsbank des Vermittlungsausschusses', ZParl 2003, S. 33-41, das Verhältnis zwischen Mehrheit und Proporz im Parlament in den Fokus nimmt. Die sich in Planung befindliche Monografie 'Bundesverfassungsrichter zwischen freier Meinungsäußerung, Befangenheit und Verfassungsorgantreue' als größter Einzelteil der Dissertation widmet sich dem immanenten Spannungsverhältnis zwischen prononcierter (verfassungsrechtlicher) Meinungsäußerung von Richtern des BVerfG, die oft auch (partei-)politisch motiviert ist, einerseits und deren prozessual-prozeduralen Unvoreingenommenheit andererseits. Ein Beitrag zum 'Anspruch' der Bundestagsfraktionen auf Besetzung der Vizepräsidentenstellen des Bundestagspräsidiums rundet das Forschungsvorhaben parlamentsrechtlich ab. *GEOGRAPHISCHER RAUM: Bundesrepublik Deutschland*

VERÖFFENTLICHUNGEN: Lovens, Sebastian: Bundesverfassungsrichter zwischen freier Meinungsäußerung, Befangenheit und Verfassungsorgantreue (geplant).+++Ders.: Stationen der Parteienfinanzierung im Spiegel der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2000, S. 285-289.+++Ders.: Verfassungswidrige Richterwahl? in: Zeitschrift für Rechtspolitik, 2001, S. 465-469.+++Ders.: Die Besetzung der Bundestagsbank des Vermittlungsausschusses. in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2003, S. 33-41.

ART: Dissertation *BEGINN:* 2003-01 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Lüneburg, FB 02 Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Institut für Sozialwissenschaften Abt. Politikwissenschaft Professur Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland (21332 Lüneburg)

KONTAKT: Thaysen, Uwe (Prof.Dr. Tel. 04131-677-2480, e-mail: thaysen@uni-lueneburg.de)

[163-L] Merten, Heike:

Probleme der politischen Parteien am Beispiel ihrer Finanzierung, in: Hans Herbert von Arnim (Hrsg.): Die deutsche Krankheit: organisierte Unverantwortlichkeit? : Beiträge auf der 7. Speyerer Demokratietagung vom 28. bis 29. Oktober 2004 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin: Duncker & Humblot, 2005, S. 81-90, ISBN: 3-428-11875-8 (Standort: UB Bonn(5)-2006/272)

INHALT: Die Autorin versucht in ihrem Vortrag deutlich zu machen, dass die gegenwärtigen Probleme der politischen Parteien in Deutschland eng mit ihrer Finanzierung verbunden sind. Das vordringlichste Bemühen der parlamentarisch vertretenen Parteien sollte ihrer Meinung nach darin liegen, die Finanzierungsformen und damit die Geldzuflüsse gegenüber der Öffentlichkeit deutlicher und glaubwürdiger darzustellen als bisher. Sie erörtert ausführlich die unterschiedlichen Probleme der Parteienfinanzierung und die bestehenden Regelungen im Parteiengesetz und wirft abschließend die Frage auf, inwieweit diese den Anforderungen der Transparenz sowohl für den parteienwissenschaftlich kundigen Bürger als auch den "Normalbürger" gerecht werden. Sie plädiert u.a. für die Veröffentlichung eines Rechenschaftsberichts in den Bundestagsdrucksachen und für eine jährliche öffentliche Veranstaltung der Parteien, auf welcher sie ihren Finanzierungsbericht mit anschließender Diskussion vorstellen. Der Autorin zufolge ist ein offensives Auftreten der Parteien bezüglich ihrer Finanzen erforderlich, um der allgemeinen Politikverdrossenheit entgegen zu wirken und neues Vertrauen in der Bevölkerung zu gewinnen. (ICI)

[164-L] Michel, Marco:

Die Bundestagswahlkämpfe der FDP 1949-2002, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2005, 309 S., ISBN: 3-531-14180-5 (Standort: UB Bonn(5)-2006/1748)

INHALT: Der Verfasser analysiert die Bundestagswahlkämpfe der FDP in den Jahren 1949, 1953, 1957, 1961, 1965, 1969, 1972, 1976, 1980, 1983, 1987, 1990, 1994, 1998 und 2002. Dabei setzt die Analyse jeweils direkt am Tag nach der vorhergehenden Bundestagswahl mit der Einschätzung des letzten Wahlergebnisses ein und behandelt dann die wichtigsten politischen Ereignisse für die FDP im Verlauf der Legislaturperiode. Der eigentliche Wahlkampf wird dann anhand dreier Kriterien dargestellt: Erscheinungsbild, Liberalismusverständnis, Koalitionsaussage. Die Betrachtung des Erscheinungsbildes ergibt ein differenziertes Bild und lässt keine Verallgemeinerungen zu. Kein Wahlkampf wurde mit einem explizit offensiven Liberalismusverständnis geführt. Die FDP war in Hinblick auf die Wahlergebnisse dann am erfolgreichsten, wenn sie aus der Opposition heraus eine feste Koalitionsaussage zugunsten der Union machte. (ICE2)

[165-L] Münkler, Daniela:

Willy Brandt und seine "Enkel": zur Personalpolitik einer linken Volkspartei, in: Vorgänge : Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Jg. 44/2005, H. 3/4 = H. 171/172, S. 188-198 (Standort: USB Köln(38)-XG2258; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Der Beitrag zu der Personalpolitik der SPD nach der Ära Brandt beginnt mit der Beschreibung des Nachfolgekaders um den Parteivorsitz seit Beginn der 1980er Jahre bis Januar 1987, in dessen Mittelpunkt J. Rau und O. Lanfontaine stehen. Daran knüpft das Norderstedter Treffen im März 1987 an, nachdem Rau seinen endgültigen Verzicht auf den Parteivorsitz der SPD erklärt hat. An der Zusammenkunft nehmen neben Brandt und seinem Favoriten Lanfontaine B. Engholm, R. Scharping, G. Schröder, H. Däubler-Gmelin und H. Wiczorek-Zeul teil. Im Anschluss folgt die Skizzierung der 1990er Jahre bis 2005 mit den politischen Protagonisten Engholm als Parteivorsitzender (ab 1991), Lanfontaine als Kanzlerkandidat, Schröder und den übrigen 'Enkeln' Brandts. Die Bewertung der Nachwuchspolitik von Brandt als Parteivorsitzendem fällt vor diesem Hintergrund wie folgt aus: Das Bestreben Brandts, seine eigene Nachfolge aktiv zu regeln, ist zielorientiert und im Sinne einer notwendigen personellen und politischen Erneuerung der deutschen Sozialdemokratie. Die Chance, die der von Brandt angestrebte Generationswechsel bedeutet hätte, wird allerdings nicht genutzt. (ICG2)

[166-L] Neu, Viola:

Das neue PDS-Programm aus dem Jahr 2003, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D) : 16. Jahrgang 2004, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 155-168, ISBN: 3-8329-0996-6

INHALT: Das 2003 verabschiedete neue Grundsatzprogramm der PDS markiert keinen strategischen oder inhaltlichen Neuanfang. Vielmehr steht es für das PDS-typische Dilemma der Verbindung sozialistischer Ideologie mit pragmatischer Politik. Das Programm enthält viele Allgemeinplätze. Es besteht aus zwei völlig unterschiedlichen Teilen, einem orthodox-kommunistischen und einem konkret-politischen, ist interpretationsoffen und erscheint als

Kompromiss. Die Positionen zur DDR, zur Demokratie, zur Marktwirtschaft, zu Freiheit und Menschenwürde sind ambivalent und in sich widersprüchlich. (ICE2)

[167-L] Ohr, Dieter; Quandt, Markus; Dülmer, Hermann:

Zur Funktion und Bedeutung der Parteibindung für den modernen Wähler, in: Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel, Bernhard Weßels (Hrsg.): Wahlen und Wähler : Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 434-458, ISBN: 3-531-14137-6 (Standort: UB Kaiserslautern(386)-45.349.923)

INHALT: Die Studie zum Wahlverhalten untersucht die Determinanten der Parteibindung und ihre Stärke bzw. ihren Bedeutungsgehalt. Dabei wird insbesondere die Rolle persönlicher Ressourcen und Merkmale betrachtet: (1) Bildung, (2) vorgängige Involvement in das politische Geschehen sowie (3) regelmäßige Wahrnehmung politischer Informationen in Presse und Fernsehen. Die Ausgangshypothese lautet demnach, dass bei hoher kognitiver Mobilisierung der Wahlberechtigten eine Abnahme der politischen Bindung und auch ein Bedeutungswandel zu einer weniger affektiv ausgerichteten Parteineigung erwogen werden kann. Der moderne Wähler ist somit politisch unabhängig oder bindet sich nur noch 'auf Widerruf' und ohne emotionale Vertiefung an eine politische Partei. Die Datengrundlage bildet eine Befragung im Rahmen der Bundestagswahl von 2002 zur Parteineigung. In das Thema einführend, wird zunächst das Phänomen der Parteibindung bzw. die Rolle kognitiver Mobilisierung anhand von empirischem Datenmaterial zu den Bundestagswahlen von 1961 bis 2002 beschrieben und die Gruppe der ungebundenen Wahlberechtigten ('die neuen Unabhängigen') vorgestellt. Die empirische Untersuchung gliedert sich in (1) die Operationalisierungen und die Verteilungen der Parteineigung, (2) die Determinanten der Parteineigung und ihrer Stärke, (3) die simultane Analyse der Bedeutungen einer Parteineigung sowie (4) die kumulativen Effekte kognitiver Mobilisierung. Die Befunde bestätigen die Ausgangshypothese keineswegs, ganz im Gegenteil weisen die Erkenntnisse fast durchweg darauf hin, dass es gerade die hoch mobilisierten Bürger sind, die sich nach wie vor an eine politische Partei gebunden sehen und die eine stark ausgeprägte und affektiv unterfütterte Bindung besitzen. (ICG2)

[168-L] Richter, Saskia; Schlieben, Michael; Walter, Franz:

Rot-grüne Koalitionen - Zukunftsperspektive oder Auslaufmodell?, in: Hans Zehetmair (Hrsg.): Das deutsche Parteiensystem : Perspektiven für das 21. Jahrhundert, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2004, S. 58-78, ISBN: 3-531-14477-4 (Standort: UB Bonn(5)-2005-608)

INHALT: Der Beitrag zum deutschen Parteiensystem beleuchtet die politische Konstellation rot-grüner Koalitionen im Hinblick auf drei Fragen: (1) Warum entstand die Koalition SPD-(Bündnis 90)/Die Grünen? (2) Wie regiert Rot-Grün? (3) Welche Aussichten bestehen für die weitere politische Zusammenarbeit? So wird in einem ersten Schritt zunächst die politische Genese von Rot-Grün seit 1979/80 nachgezeichnet. Im Anschluss folgt die Darstellung der rot-grünen Koalition auf Bundesebene, wobei nach Ansicht der Autoren der politische Zusammenschluss eher den Eindruck des gedrängten Verwalters als die des innovativen Gestalters hinterlässt. Vor diesem Hintergrund erörtert der dritte Schritt die Frage, ob ein Scheitern der Botschaft von Rot-Grün auszumachen ist. Ferner betrachtet der vierte Schritt die bröckelnden Fundamente von SPD und den Grünen auf der Landesebene seit den 1990er Jahren, und zwar in (1) den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg, (2) in Hessen sowie (3) in

Nordrhein-Westfalen. Die Ausführungen enden mit der Frage nach den koalitionspolitischen Zukunftsperspektiven in Deutschland. Demnach ist das rot-grüne Projekt ein Auslaufmodell. Ein schwarz-grünes Projekt hingegen gehörte nie zum Ehrgeiz derjenigen, die eine Allianz von CDU und Grünen anstreben und anstreben. Deren Credo ist vielmehr: Eine solche Regierung macht man, aber man spricht zuvor nicht laut darüber. (ICG2)

[169-L] Schmid, Josef; Zolleis, Udo (Hrsg.):

Zwischen Anarchie und Strategie: der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2005, 298 S., ISBN: 3-531-14578-9 (Standort: ULB Münster Zweigbibl. Sozialwiss.(6A)-MF3200/5)

INHALT: "Der Band untersucht den Erfolg von Parteiorganisationen und die Bedeutung von strategischen Entscheidungen. Zudem werden anarchische Einflüsse einer komplexen Binnenstruktur und turbulente Umwelten analysiert. Aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Perspektiven und mit praktischen Bezügen werden die Bedingungen und Grenzen des Erfolgs beleuchtet. Dabei geht der Blick über Deutschland hinaus, um Beispiele erfolgreicher Parteien in Österreich, Großbritannien, Spanien und Belgien darzustellen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Josef Schmid und Udo Zolleis: Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen (9-21); Jürgen Deeg und Jürgen Weibler: Politische Steuerungsfähigkeit von Parteien (22-42); Thomas Poguntke: Parteien ohne (An)bindung: Verkümmern die organisatorischen Wurzeln der Parteien? (43-62); Klaus Detterbeck: Die strategische Bedeutung von Mitgliedern für moderne Parteien (63-76); Hubert Sickingen: Die Finanzierung des Parteienwettbewerbs (77-95); Martin Florack, Timo Grunden und Karl-Rudolf Korte: Strategien erfolgreicher Mitgliederrekrutierung der politischen Parteien (96-113); Hilke Rebenstorf: Partieliten - zwischen Organisationsinteressen, öffentlichem Auftrag und persönlichen Ambitionen (114-129); Thomas Lemke: Die Bedeutung von ideellen Grundüberzeugungen und Themen für den Erfolg von Parteiorganisationen (130-142); Volker Schmidt: Strategische Planung für Parteien (143-157); Ulrich von Alemann und Thelse Godewerth: Die Parteiorganisation der SPD. Erfolgreiches Scheitern? (158-171); Frank Bösch: Oppositionszeiten als Motor der Parteireform? Die CDU nach 1969 und 1998 im Vergleich (172-185); Franz Fallend: Die Österreichische Volkspartei (ÖVP): Erfolgreiche Wahlstrategie bei unmoderner Parteiorganisation (186-206); Anthony Painter: New Labour: Der Aufbau eines 'progressiven Konsenses' (207-216); Peter Matuschek: Organisation als Ressource - der spanische Partido Popular (218-237); Paolo Alberti: Forza Italia - neuer Wein in alten Schläuchen. Eine klassische 'Catch-all-Partei' mit einem neuen Modell politischer Legitimation (238-258); Lieven De Winter, Patrick Dumont und Mélissa Benoumeur: Parteienreform und politischer Erfolg der belgischen liberalen Parteien: Eine Scheinbeziehung? (259-281); Josef Schmid und Udo Zolleis: Schluss: Erfolgreiche Parteiorganisationen zwischen Anarchie und Strategie (282-289).

[170-L] Schmidt, Volker:

Strategische Planung für Parteien, in: Josef Schmid, Udo Zolleis (Hrsg.): Zwischen Anarchie und Strategie : der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 143-157, ISBN: 3-531-14578-9 (Standort: ULB Münster Zweigbibl. Sozialwiss.(6A)-MF3200/5)

INHALT: Eine nachlassende Parteienbindung, eine wachsende Augenblicksorientierung der Wähler und ein hochkomplexes Mediensystem kennzeichnen das Umfeld, in das eine politische Strategie in der heutigen Zeit hineinwirken muss. Gegenstand des vorliegenden Beitrags bilden die Aufgabenstellungen strategischer Planung in der Politik, wozu die Programmarbeit am Beispiel der CDU nach 1998, der Erfurter Bundesparteitag der CDU im April 1999, die Kommission "Sozialstaat 21" und die Umfeldprojektion am Beispiel der Bundestagswahl 2002 nachgezeichnet und kritisch kommentiert werden. Es werden ferner die Voraussetzungen von strategischer Planung in der Politik erörtert, indem die Rolle von Führungsakzeptanz, die Notwendigkeit einer Übereinstimmung von Führung und politischer Richtung, die innere Geschlossenheit und Verfolgung einer Siegerstrategie sowie die Bedeutung von Kommunikation im Umgang mit den Medien hervorgehoben werden. In diesem Zusammenhang wird auch auf das Zukunftsprogramm der CDU vom Frühjahr 1998 und auf die rot-grüne Reformvermittlung eingegangen. (ICI)

[171-L] Schroeder, Wolfgang:

Sozialdemokratie und Gewerkschaften, in: Tanja Hitzel-Cassagnes, Thomas Schmidt (Hrsg.): Demokratie in Europa und europäische Demokratien : Festschrift für Heidrun Abromeit, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 56-89, ISBN: 3-531-14128-7 (Standort: UB Münster Zweigbibl. Sozialwiss.(6A)-MB1200/189A)

INHALT: Der Verfasser analysiert das Verhältnis zwischen der deutschen Sozialdemokratie und den DGB-Gewerkschaften aus historischer Perspektive, um so Wandlungsprozesse sichtbar machen und Konsequenzen für die künftige Entwicklung aufzeigen zu können. In der Geschichte der Bundesrepublik werden in diesem Sinne fünf Phasen unterschieden: Scheitern der gewerkschaftlichen Neuordnungsposition (1945-1955), Transformation (1955-1966), Regierungsbeteiligung der SPD und Expansion des Sozialstaats (1966-1974), Regierungsbeteiligung der SPD und Abbau des Sozialstaats (1974-1982), SPD in der Opposition (1982-1998). Seit Ende der 1950er Jahre vollzog sich in der Bundesrepublik ein soziostruktureller Wandel erheblichen Ausmaßes, der im Bedeutungsverlust der Industriearbeit und der quantitativen Zunahme der Dienstleistungsberufe seinen Ausdruck fand und für SPD und Gewerkschaften weitreichende Auswirkungen hatte. Für die aktuellen Verbindungslinien von Gewerkschaften und SPD ist eine flexible Elitenkooperation auf der Basis gemeinsamer Leitbilder und politischer Tauschprozesse von besonderer Bedeutung. Meilensteine in der Geschichte von Kooperation und Konflikt seit 1998 sind das Bündnis für Arbeit, die Reform der Alterssicherung, die Reform des Betriebsverfassungsgesetz und die Agenda 2010. Seit den 1980er Jahren vollzieht sich eine Lockerung der Bindungen zwischen SPD und Gewerkschaften, die über Schwankungen zwischen Regierungs- und Oppositionszyklus hinausgeht. (ICE2)

[172-L] Sturm, Roland:

Rückblick auf sechs Jahre Rot-Grün: die Auswirkungen rot-grüner Regierungsarbeit auf das Parteiensystem, in: Hans Zehetmair (Hrsg.): Das deutsche Parteiensystem : Perspektiven für das 21. Jahrhundert, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2004, S. 45-57, ISBN: 3-531-14477-4 (Standort: UB Bonn(5)-2005-608)

INHALT: Der Beitrag betrachtet in einem kritischen Rückblick die Auswirkungen der rot-grünen Bundesregierung auf das Parteiensystem seit 1998 bis 2004. In das Thema einführend, wird

zunächst der aktuelle Forschungsstand zum Untersuchungsgegenstand 'Parteien in der Regierung' skizziert. Im Anschluss folgt die Beschreibung der Grundlagen der Regierungspolitik von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, wobei sich die Ausführungen mit vier Fragen bzw. Aspekten auseinandersetzt: (1) War der Regierungswechsel die Chance für einen umfassenden Neuanfang in der deutschen Politik und wurde dieser genutzt? Wie viel politische Kontinuität war nötig und möglich? (2) Nahmen die Grünen ihre Rolle als kleiner Koalitionspartner auf Bundesebene anders wahr als die FDP? (3) Eher der Umstände halber als geplant machte die rot-grüne Koalition durch ihre politischen Entscheidungen den Koalitionspartner SPD und sein politisches Programm zum Thema. (4) Die rot-grüne Regierungsübernahme ging auch einher mit der Neudefinition politischer Lager in der deutschen Politik. In einem Fazit zu den Folgen parteipolitischer Machtausübung von SPD und Grünen weist der Autor darauf hin, dass die überwiegende Themen- und Problemlösungskontinuität des Regierungshandelns parteipolitische Positionierungen neutralisiert. Ferner haben es die Grünen nicht geschafft, ihre wahlpolitische Bedeutung adäquat in Koalitionshandeln zu übersetzen und bleiben auf Bundesebene Lagerpartner der SPD. Diese steckt zudem in einer Identitätskrise, weil der Regierungspragmatismus mit der Position der Partei im Parteienwettbewerb nicht vermittelt ist und die innerparteiliche Selbstverständigungsdebatte im Hinblick auf die Beteiligung und Verpflichtung des Regierungspersonals ins Leere läuft. Des Weiteren ist das rot-grüne Projekt eigentlich gar keines - dazu fehlt, trotz 'lebenskultureller Gemeinsamkeit der Hauptakteure', die gemeinsame politische Vision. (ICG2)

[173-L] Vogel, Bernd:

Die "Blauen" der Zwischenkriegszeit: die Großdeutsche Volkspartei in Vorarlberg, (Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann Instituts für sozialwissenschaftliche Regionalforschung, Bd. 4), Regensburg: Roderer 2004, 346 S., ISBN: 3-89783-440-5 (Standort: SB München(12)-PVA2004.1596)

INHALT: Die Untersuchung beschäftigt sich mit der Geschichte der Großdeutschen Volkspartei und ihrer Vorläufer in Vorarlberg in der Zeit von 1918 bis 1938. Zunächst wird die politische Programmatik der Partei vorgestellt und ein Überblick über Parteiorganisation, Parteipresse, Mitgliedschaft und Finanzen gegeben. Ausführlich werden sodann die Wahlen der Jahre 1919 bis 1932 behandelt. Dabei werden die im Vorfeld der Wahlen von großdeutscher Seite unternommenen Bemühungen um Wahlgemeinschaften aufgezeigt, die Wahlkampfthemen diskutiert und die erzielten Ergebnisse analysiert. Ein weiteres Thema sind die Beziehungen der Großdeutschen zu Interessenverbänden und Freizeitorganisationen. Abschließend wird der Frage nachgegangen, was Vorarlbergs Großdeutsche dazu veranlasste, im Mai 1933 faktisch ihre Selbstaufgabe zugunsten der Nationalsozialisten zu beschließen und welche Aktivitäten von ihren Mandatsträgern und Ortsgruppen in der folgenden Zeit noch ausgingen. (ICE2)

[174-L] Wenzel, Eva; Rattinger, Hans:

Nichtwähler und Protestwähler - eine strategische Größe des Parteiensystems?, in: Hans Zehetmair (Hrsg.): Das deutsche Parteiensystem : Perspektiven für das 21. Jahrhundert, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2004, S. 28-44, ISBN: 3-531-14477-4 (Standort: UB Bonn(5)-2005-608)

INHALT: Der Beitrag zur politischen Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland befasst sich mit der Frage, inwiefern die zunehmende Wahlenthaltung auf Unzufriedenheit in der Bevölkerung zurückzuführen ist und welche Konsequenzen und Möglichkeiten sich hieraus für die etablierten Parteien (SPD, CDU/CSU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen) ergeben. Dazu wird das Phänomen der Nicht- und Protestwahl bei den Bundestagswahlen von 1994 bis 2002 untersucht. In einem ersten Schritt werden zunächst die Wahlbeteiligung und der Stimmenanteil der Protestparteien der letzten drei Bundestagswahlen betrachtet. Dazu gehören die PDS, Republikaner, DVU sowie NPD. Im Anschluss werden die Gründe für die Wahlenthaltung und die Wahl einer Protestpartei anhand offener Fragen analysiert. Am häufigsten werden hier folgende Meinungen vertreten: (1) Gefühl der politischen Einflusslosigkeit, (2) Unzufriedenheit mit Parteien, Politikern und dem System, (3) wahrgenommene Indifferenz zwischen den Parteien, (4) grundsätzlich kein politisches Interesse sowie (5) Enttäuschung über die aktuelle Politik. Der dritte Schritt beleuchtet abschließend anhand empirischen Datenmaterials für 1998 und 2002 die Sympathien der Nichtwähler und Protestwähler für die etablierten Parteien und zeigt mögliches Wählerpotenzial für die kommenden Wahlen auf. Zusammenfassend wird festgehalten, dass Nichtwähler eine allgemeine Resignation gegenüber den Altparteien aufweisen, während Wähler von Protestparteien ihre Stimme meist aus sachlicher Überzeugung abgeben und tendenziell noch am ehesten den Sozialdemokraten nahe stehen. (ICG2)

5 Wahlen, Wählerverhalten und Partizipation

[175-L] Aarts, Kees; Weßels, Bernhard:

Wahlbeteiligung in Deutschland und bei europäischen Nachbarn, in: Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel, Bernhard Weßels (Hrsg.): Wahlen und Wähler : Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 595-617, ISBN: 3-531-14137-6 (Standort: UB Kaiserslautern(386)-45.349.923)

INHALT: Die Vergleichsstudie untersucht die These von der Universalität der sinkenden Wahlbeteiligung und geht somit der Frage nach, ob hier von einem generellen Prozess auszugehen ist bzw. ob Deutschland mit seiner Entwicklung seit Mitte der 1980er Jahren ein Sonderfall ist oder im internationalen Trend liegt. Betrachtet wird dabei die Entwicklung der Wahlbeteiligung bei den nationalen Parlamentswahlen in Dänemark, Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden und Norwegen in den letzten 30 Jahren anhand von Aggregat- und Individualdaten. Die Mikroanalysen basieren auf den Daten der nationalen Wahlstudien der sechs Länder. In einem ersten Schritt werden die Wahlbeteiligung in Deutschland und die Entwicklung in den europäischen Nachbarländern von 1949 bis 2003 hinsichtlich widerstreitender genereller Erklärungen erörtert. Der zweite Schritt betrachtet in vergleichender Perspektive die individuellen Bestimmungsgründe der Wahlenthaltung, insbesondere nach Ansicht des 'Puzzles der Wahlbeteiligung' (Anstieg individueller Autonomie = niedrigere Wahlbeteiligung; höhere Bildung = höhere Wahlbeteiligung). Eine universale Entwicklung würde implizieren, dass die Trends und die Bestimmungsgründe aller Länder konvergieren. Im dritten Schritt wird die Kontextthese der Wahlbeteiligung in einer spezifischen Perspektive untersucht. Dabei geht es um die Angebotsseite der Politik und damit um die Frage, ob das politische Angebot der politischen Parteien den Wählern zu wenig Auswahl und Alternativen lässt und diese daher den Wahlen fernbleiben. Untersucht werden die Trends der Entwicklung programmatischer Pola-

risierung der Parteiensysteme anhand von Wahlprogrammen und die Phänomene individueller Indifferenz und Entfremdung gegenüber dem Parteienangebot. Die Befunde der vergleichenden Analyse verweisen darauf, dass generalisierende Thesen, die von einheitlichen Trends oder von konvergenten Entwicklungen in der Wahlbeteiligung ausgehen, falsch sind. Weder entwickelt sich die Wahlbeteiligung in einem Trend noch in gleicher Weise in allen betrachteten Ländern. Das Gleiche lässt sich für das politische Angebot sagen. Thesen vom Ende der Ideologie oder dem zunehmend nicht mehr voneinander unterscheidbaren politischen Angebot mit einer Tendenz zur politischen Mitte lassen sich nicht bestätigen. (ICG2)

[176-L] Brettschneider, Frank; Rettich, Markus:

Medieneinflüsse auf das Wahlverhalten, in: Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel, Bernhard Welßels (Hrsg.): Wahlen und Wähler : Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 157-185, ISBN: 3-531-14137-6 (Standort: UB Kaiserslautern(386)-45.349.923)

INHALT: Die Studie zu der Bundestagswahl 2002 untersucht die Medieneinflüsse auf das Wahlverhalten der Bürger. Dabei werden zwei Ziele verfolgt: In einem ersten Schritt wird zunächst skizziert, wo in den dominierenden Ansätzen zur Erklärung des individuellen Wahlverhaltens Anknüpfungspunkte für Medieneinflüsse zu finden sind. Die sich daraus ergebenden Überlegungen werden in einem heuristischen Modell der Medieneinflüsse auf das Wahlverhalten integriert. Hier geht es darum, die Diskussion über Medieneinflüsse auf das Wahlverhalten zu systematisieren und eine theoretische Grundlage für empirische Untersuchungen anzubieten. Im zweiten Schritt werden die in dem Modell zusammengefassten Überlegungen für die Bundestagswahl 2002 anhand von Inhaltsanalysedaten (Nachrichtensendungen der öffentlichen und privaten Fernsehsender, überregionale Tages- und Wochenzeitungen/-zeitschriften) und Umfragedaten (Infratest) auf der Aggregatebene illustriert. Auf die Bedeutung der Medienberichterstattung für die Wahl der SPD bzw. der rot-grünen Regierung wird dabei besonderer Wert gelegt, weil die Wahlabsicht zugunsten der SPD überdurchschnittlich starken Schwankungen unterliegt. Dabei wird das Potenzial des vorgestellten Modells demonstriert. Die Befunde untermauern die Ausgangsthese der wachsenden Bedeutung der Massenmedien für den Wahlausgang. Die Medienberichterstattung ist für die Mobilisierung und Aktivierung der eigenen Anhänger, für die Überzeugung der ungebundenen, aber politisch interessierten Wähler und für die Vermittlung von Stimmungen an ungebundene und politisch weniger interessierte Wähler von großer Bedeutung. (ICG2)

[177-L] Brettschneider, Frank:

Spitzenkandidaten und Wählerverhalten - Reiz, Last und Lohn länder- und zeitvergleichender Untersuchungen, in: Sabine Kropp, Michael Minkenberg (Hrsg.): Vergleichen in der Politikwissenschaft, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 255-286, ISBN: 3-531-13876-6 (Standort: UB Bonn(5)-2005-5487)

INHALT: Wie groß ist der Einfluss der Spitzenkandidaten auf den Wahlerfolg? Sind Personen für den Wahlausgang wichtiger als Sachthemen? Diese Fragen lassen sich nach Ansicht des Autors nur im Vergleich über mehrere Länder und über einen längeren Zeitraum hinweg beantworten. Die komparative Methode versucht dabei, das grundsätzliche Problem ("many variables, small number of cases") durch vier Maßnahmen zu lösen: (1) "Increase the number of ca-

ses as much as possible" - dies wird durch die longitudinale Betrachtung erreicht; (2) "Reduce the property-space of the analysis" - dies wird durch das Zusammenfassen von Variablen bzw. die Reduktion von Merkmalsausprägungen einer Variable erreicht; (3) "Focus the comparative analysis on comparable cases - dies wird durch das "Most Similar Systems-Design" erreicht; (4) "Focus the comparative analysis on the key variables - dies schließlich wird durch Konzentration auf die Schlüsselkonzepte Parteiidentifikation, Themen- und Kandidatenorientierungen erreicht. Der Autor untersucht vor diesem Hintergrund die Personalisierung des Wählerverhaltens. Er beschreibt zunächst das "Candidate-Voting", d.h. die Stimmabgabe aufgrund von Kandidatenorientierungen im Kontext des sozialpsychologischen Modells zur Erklärung individuellen Wählerverhaltens. Er stellt ferner ein umfangreiches Datenmaterial vor, mit dessen Hilfe das "Candidate-Voting" in Deutschland, Großbritannien und den USA zwischen 1960 und 2002 näher untersucht werden kann. Abschließend diskutiert er die Frage, ob sich in den vergangenen 40 Jahren das Wählerverhalten in Deutschland und in Großbritannien an die in den USA zu beobachtende Personalisierung angenähert hat. (ICI2)

[178-F] Dülmer, Hermann, Dr.; Klein, Markus, Dr.; Ohr, Dieter, Dr.; Quandt, Markus; Rosar, Ulrich, Dr. (Bearbeitung):

Die Bundestagswahl 2002

INHALT: Im Rahmen des Forschungsprojekts zur Bundestagswahl 2002 werden Analysen zur Personalisierung von Politik, zum Einfluss von Wahlkreiskandidaten auf das Wahlverhalten sowie deren gestützter und ungestützter Bekanntheit durchgeführt. Gleichzeitig wird eine neuartige Skala zur Erfassung subjektiven Individualismus getestet. Die bundesweit angelegte Studie wird durch eine Kölner Lokalstudie ergänzt.

METHODE: Untersuchungsdesign: Panel; Querschnitt **DATENGEWINNUNG:** Standardisierte Befragung, telefonisch (FORSA: forsa-omni Net, forsa-omni Tel). Standardisierte Befragung, schriftlich (Stichprobe: geplant: 4.020 Personen; wahlberechtigte Bürger der Kölner Wahlbezirke 94, 95, 96; Auswahlverfahren: Zufall aus Einwohnermelderegister).

VERÖFFENTLICHUNGEN: Güllner, Manfred; Dülmer, Hermann; Klein, Markus; Ohr, Dieter; Quandt, Markus; Rosar, Ulrich; Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2002. Eine Untersuchung im Zeichen hoher politischer Dynamik. Wiesbaden: VS Verl. f. Sozialwiss. 2005.

ART: keine Angabe **BEGINN:** 2001-10 **ENDE:** 2005-08 **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

INSTITUTION: Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Institut für Angewandte Sozialforschung -IfAS- (Greinstr. 2, 50939 Köln); Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln (Postfach 410960, 50869 Köln)

[179-F] Dülmer, Hermann, Dr.; Ohr, Dieter, Dr.; Rosar, Ulrich, Dr.; Klein, Markus, Dr.; Quandt, Markus (Bearbeitung):

Die Bundestagswahl 2005

INHALT: Fortführung des Projektes "Die Bundestagswahl 2002" aus Anlass der Bundestagswahl 2005. **ZEITRAUM:** 2002-2005 **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Untersuchungsdesign: Trend, Zeitreihe; Panel **DATENGEWINNUNG:** Standardisierte Befragung, telefonisch; Standardisierte Befragung, online (wahlberechtigte Bevölkerung; Auswahlverfahren: Zufall). Feldarbeit durch ein kommerzielles Umfrageinstitut.
ART: Eigenprojekt; gefördert **BEGINN:** 2005-05 **AUFTRAGGEBER:** nein **FINANZIERER:** forsa - Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH
INSTITUTION: Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Institut für Angewandte Sozialforschung -IfAS- (Greinstr. 2, 50939 Köln); Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln (Postfach 410960, 50869 Köln)
KONTAKT: Rosar, Ulrich (Dr. Tel. 0221-470-2746, e-mail: rosar@wiso.uni-koeln.de)

[180-F] Ellermann, Silvia, Dr.rer.pol. (Bearbeitung); Otten, Dieter, Prof.Dr.; Kleinfeld, Ralf, Prof.Dr. (Betreuung):

Wählen in Abwesenheit. Eine empirisch-komparative Analyse der Abwesenheitswahl unter Berücksichtigung der Implikationen zwischen Wahlverfahren und Wählerverhalten sowie der Sicherheit von Wahlen

INHALT: keine Angaben

ART: Dissertation **ENDE:** 2005-11 **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

INSTITUTION: Universität Osnabrück, FB Sozialwissenschaften, Fachgebiet Soziologie (Seminarstr. 33, 49069 Osnabrück); Universität Osnabrück, FB Sozialwissenschaften, Fachgebiet Vergleichende Politikwissenschaft (Seminarstr. 33, 49069 Osnabrück)

KONTAKT: Sekretariat Fachgebiet Soziologie (Tel. 0541-969-4042 od. -4615); Sekretariat Fachgebiet Vergleichende Politikwissenschaft (Tel. 0541-969-4071, e-mail: awagener@rz.uni-osnabrueck.de)

[181-L] Ellermann, Silvia:

Die Bedeutung der Briefwähler bei der Bundestagswahl 2002, in: Frank Brettschneider, Jan van Deth, Edeltraud Roller (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2002 : Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2004, S. 249-275, ISBN: 3-8100-4123-8

INHALT: Die Wahlforschungs-Studie untersucht die Gruppe der Briefwähler bei der Bundestagswahl 2002. Die Ergebnisse basieren insbesondere auf einer Befragung Ende 2002. In das Thema einführend wird zunächst die Geschichte und Entwicklung der Briefwahl in Deutschland seit 1957 nachgezeichnet und die Abwesenheitswahl im internationalen Vergleich dargestellt, die sich durch den Status und das zusätzlich zur Präsenzwahl angebotene Wahlverfahren unterscheidet. Die Erkenntnisse der Untersuchung umfassen schließlich folgende Aspekte: (1) Nutzung und Nutzer, (2) Motive für die Nutzung, (3) Abwicklung, (4) Sicherheit und (5) Zeitpunkt der Briefwahl sowie (6) Parteipräferenzen der Briefwähler. In einer Zusammenfassung merkt die Autorin an, dass vor allem die vier Faktoren Urbanität, Mobilität, Bildung und Berufsstatus darüber bestimmen, ob Wähler die Briefwahl in Anspruch nehmen. Ferner besteht bei einer steigenden Zahl von Briefwählern die Gefahr, dass die am Wahltag durchgeführten Hochrechnungen ungenauer werden. Eine Herausforderung der Zukunft besteht zudem in der Gewährleistung der Sicherheit der Briefwahl. (ICG2)

[182-L] Falter, Jürgen W. (Hrsg.):

Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2005, XXVI, 826 S., ISBN: 3-531-13220-2 (Standort: UB Bonn(5)-2005/6815)

INHALT: "Die empirische Wahlforschung zählt zu den theoretisch und methodisch am weitesten entwickelten, von der Öffentlichkeit am stärksten beachteten Zweigen der Politikwissenschaft. Dieser Band vermittelt Grundlagenwissen über die zentralen Konzepte, Methoden und Befunde der empirischen Wahlforschung und gibt einen Überblick über den aktuellen Stand der Forschung. Den Schwerpunkt bilden theoretische Ansätze zur Erklärung von Wahlverhalten. Sie werden ausführlich dargestellt, kritisch diskutiert und systematisch miteinander verglichen. Daneben geht der Band auf ausgewählte Themen der Wahlforschung ein, u. a. auf Nichtwahl, Wechselwahl, die Wahl extremer Parteien sowie den Einfluss von Wertorientierungen und Massenmedien auf das Wahlverhalten. Ferner enthält er Überblicke über die Geschichte demokratischer Wahlen, die Historische Wahlforschung, die Wahlsystemforschung und die Wahlkampfforschung. Dieser Band bietet auf neuestem Stand einen umfassenden Überblick über die empirische Wahlforschung. Er trägt damit dazu bei, ihre Möglichkeiten und Grenzen realistisch zu beurteilen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Die Rolle von Wahlen in der Demokratie (3-29); Zur Wahlgeschichte (31-61); Methoden und Methodenprobleme der empirischen Wahlforschung (63-87); Daten in der empirischen Wahlforschung (89-103); Wahlgeografie und Politische Ökologie (107-133); Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung (135-185); Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten (187-242); Der ökonomische Ansatz (243-303); Ein Vergleich von Theorien zur Erklärung von Wählerverhalten (305-325); Nichtwahl (329-365); Wechselwahl (367-387); Die Wahl extremistischer Parteien (389-421); Gesellschaftliche Wertorientierungen, Wertewandel und Wählerverhalten (423-445); Persönlichkeit und Wahlverhalten (447-471); Massenmedien und Wählerverhalten (473-500); Wahlkampfforschung (503-542); Historische Wahlforschung (543-572); Wahlsystemforschung (573-607); Empirische Wahlforschung in Deutschland: Kritik und Entwicklungsperspektiven (611-641).

[183-L] Gabriel, Oscar W.; Neller, Katja:

Kandidatenorientierungen und Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen 1994-2002, in: Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel, Bernhard Weißels (Hrsg.): Wahlen und Wähler : Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 213-243, ISBN: 3-531-14137-6 (Standort: UB Kaiserslautern(386)-45.349.923)

INHALT: Die Studie beschäftigt sich mit den Einstellungen zu den Spitzenkandidaten der CDU/CSU und der SPD und der Rolle der Kandidatenorientierungen für die Wahlentscheidungen bei den Bundestagswahlen 1994 bis 2002. Dabei knüpft die Untersuchung an die in der internationalen Wahlforschung seit längerer Zeit geführte Debatte über die Personalisierung von Wahlen an. Die Datengrundlage bilden in erster Linie eine dreiwellige Panelstudie bzw. drei Querschnittserhebungen zu den Bundestagswahlen von 1994 bis 2002 mit Fragen zu politischen Einstellungen, politischer Partizipation und Wählerverhalten. Im ersten Schritt werden die Kandidatenpräferenzen bei der Bundestagswahl 2002 untersucht und diese mit den Konstellationen bei den beiden vorangegangenen Bundestagswahlen verglichen. Daran schließt sich eine Analyse der Stabilität und des Wandels der Kandidatenpräferenzen im Zeitraum von 1994 bis 2002 an. Da sich ein Trend zur Personalisierung der Wahlentscheidung nicht allein an der Bedeutsamkeit der Kandidatenpräferenz für den Wahlentscheid, sondern

auch an der relativen Wichtigkeit persönlichkeits- und politikbezogener Bewertungen festmachen lässt, gilt das Interesse im dritten Schritt der Verteilung und dem Wandel der verschiedenen Aspekte der Kandidatenbewertung, die sodann auf ihre Relevanz für die Kandidatenpräferenz geprüft werden. Der fünfte Schritt geht der Frage nach, ob 2002 im Vergleich mit früheren Wahlen eine stärkere Personalisierung des Wahlentscheiders zu konstatieren ist. Dies geschieht zunächst mittels einer direkten Frage nach den wichtigsten Gründen für den Wahlentscheid und zweitens im Rahmen einer multivariaten Analyse der Parteipräferenz (Wahlabsicht in den Vorwahl-, Recall in den Nachwahlstudien). Die Frage nach der zunehmenden Personalisierung des Wahlverhaltens lässt sich gemäß der durchgeführten Studie nicht eindeutig beantworten. Für die Personalisierungsthese spricht aber, dass die persönlichen Eigenschaften wesentlich wichtiger für die Gesamtbewertung der Kanzlerkandidaten sind als die Bewertung ihrer politischen Kompetenzen, Leistungen oder Fähigkeiten. (ICG2)

[184-L] Gschwend, Thomas; Pappi, Franz Urban:

Stimmensplitting und Koalitionswahl, in: Frank Brettschneider, Jan van Deth, Edeltraud Roller (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2002 : Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2004, S. 167-183, ISBN: 3-8100-4123-8

INHALT: Die Wahlforschungs-Studie geht den Fragen, ob sich die Unabhängigkeitsstrategie der FDP bei der Bundestagswahl 2002 für diese Partei ausgezahlt und wie sich die Koalitionsszusage der Grünen/Bündnis 90 gegenüber der SPD auf das Wahlergebnis ausgewirkt hat. Die Beantwortung basiert auf einem Vergleich des Kontextes der Bundestagswahl 2002 mit den zurückliegenden Bundestagswahlen. Aus dem Längsschnittvergleich werden Rückschlüsse auf den substanziellen Einfluss von strategischem Stimmensplitting im Sinne einer Koalitionswahl auf das Wahlergebnis gerade der kleinen Parteien gezogen. In einem ersten Schritt wird zunächst der theoretische Status und die Wirkungsweise der beiden Kontexteffekte aufgezeigt, die sich in zwei Hypothesen zusammenfassen lassen: (1) Je knapper das Rennen um ein Direktmandat eingeschätzt wird, desto mehr Wähler splitten ihre Stimme strategisch im Sinne einer Koalitionswahl. (2) Je klarer die Koalitionslage vor der Wahl eingeschätzt wird, desto mehr Wähler splitten ihre Stimmen strategisch im Sinne einer Koalitionswahl. Der zweite Schritt diskutiert die Operationalisierung der Begriffe Knappheit bzw. Koalitionslage zur Konstruktion geeigneter Tests für die beiden Ausgangshypothesen. Dazu werden die amtlichen Wahlergebnisse aller Bundestagswahlen von 1953 bis 2002 betrachtet. Die Untersuchung macht deutlich, dass die Eindeutigkeit der Koalitionslage für die FDP relativ gering ist, während sie für die Grünen relativ groß ist. Insofern kann das hier angewendete Modell erklären, dass im amtlichen Endergebnis die Differenz der Erst- und Zweitstimme bei der FDP nur 1,6 Prozentpunkte beträgt, bei den Grünen dagegen fast das Doppelte mit drei Prozentpunkten. Wenn man annimmt, dass in dieser Differenz auch die so genannten Stütz- oder Leihstimmen enthalten sind, lässt sich feststellen, dass eine unklare Koalitionslage einer kleinen Partei nicht nützt. (ICG2)

[185-L] Güllner, Manfred; Dülmer, Hermann; Klein, Markus; Ohr, Dieter; Quandt, Markus; Rosar, Ulrich; Klingemann, Hans-Dieter:

Die Bundestagswahl 2002: eine Untersuchung im Zeichen hoher politischer Dynamik, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2005, 244 S., ISBN: 3-531-14004-3 (Standort: UuStB Köln(38)-32A6990)

INHALT: "In den Wochen vor der Bundestagswahl 2002 deutete alles auf einen Regierungswechsel hin. Gleichwohl wurde die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder am 22. September 2002 knapp im Amt bestätigt. Dieser Last-Minute-Swing wird im Zusammenhang mit langfristigen Veränderungstrends des Wählerverhaltens als das Ergebnis einer zunehmenden Individualisierung der Wahlentscheidung gedeutet. Kurzfristige Einflussfaktoren gewinnen demnach gegenüber den langfristigen Prägekräften der Wahlentscheidung an Bedeutung. Professionelle Wahlkampfführung und ein geschicktes Themenmanagement werden zu wichtigen Voraussetzungen des Wahlerfolgs. Vor diesem allgemeinen Hintergrund wird aufgezeigt, welche Rolle der drohende Krieg im Irak, die Flutkatastrophe und die 'TV-Duelle' von Gerhard Schröder und Edmund Stoiber für die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2002 gespielt haben. Die Beiträge des Sammelwerks bündeln die gemeinsamen Forschungsanstrengungen der Kölner Wahlstudie. In Kooperation mit dem Meinungsforschungsinstitut forsa (Berlin) wurde eine detaillierte Längsschnittbetrachtung der politischen Willenbildungsprozesse im Vorfeld der Bundestagswahl 2002 als auch eine differenzierte Analyse der Entscheidungs- und Mobilisierungsprozesse kurz vor dem Wahltag durchgeführt." (Textauszug). Inhaltsverzeichnis: Hermann Dülmer/Markus Klein/Dieter Ohr/Markus Quandt/Ulrich Rosar: Die Kölner Wahlstudie 2002: Einordnung, Konzeption und Datenbasis (7-14); Dieter Ohr: Wahlen und Wählerverhalten im Wandel: Der individualisierte Wähler in der Mediendemokratie (15-30); Hermann Dülmer: Der Ausgangspunkt: Der Wahlsieg von Rot-Grün bei der Bundestagswahl 1998 (31-39); Ulrich Rosar/Hermann Dülmer: Nach der Wahl ist vor der Wahl: Die politische Dynamik zwischen 1998 und 2002 (41-56); Markus Klein: Der professionalisierte Wahlkampf: Die strategische Positionierung der Parteien (57-66); Markus Klein: Die Wahlprogramme: Wahrnehmung und Bewertung durch die Bürger (67-83); Hermann Dülmer: Die politischen Probleme: Lösungskompetenzen von Parteien und Kandidaten (85-102); Ulrich Rosar/Dieter Ohr: Die Spitzenkandidaten: Image und Wirkung (103-121); Dieter Ohr: Sprechende Bilder: Die Werbemittel der Parteien und ihre Wahrnehmung (123-141); Markus Klein: Die TV-Duelle: Events ohne Effekt? (143-159); Markus Quandt: Neue Themen, neue Lage: Irak-Krise und Elbe-Hochwasser als wahlentscheidende Ereignisse? (161-180); Markus Klein/Ulrich Rosar: Die Wähler ziehen Bilanz: Determinanten der Wahlteilnahme und der Wahlentscheidung (181-198); Dieter Ohr/Markus Quandt/Hans-Dieter Klingemann: Von Wahl zu Wahl: Folgerungen und Ausblick (199-210); Manfred Güllner: Auf dem Weg zur 'schwarzen Republik'? Wählermobilisierung von SPD und CDU/CSU in den letzten Jahrzehnten (211-223); Birgit Krause: Methodischer Anhang: Das forsa.omninet als Erhebungsinstrument (225-236).

[186-L] Hilmer, Richard; Müller-Hilmer, Rita:

Die Bundestagswahl vom 18. September 2005: Votum für Wechsel in Kontinuität, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 37/2006, H. 1, S. 183-218 (Standort: USB Köln(38)-XF148; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Am 18. September 2005 erlitten die Regierungsparteien herbe Verluste. Die Unzufriedenheit mit der zweiten Legislaturperiode der rot-grünen Koalition war zu groß. Aber auch CDU/CSU und FDP verfehlten die Mehrheit. Zwar trauten die Wähler diesen Parteien eine Belebung der Wirtschaft zu, nicht aber die Lösung der Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Die weitreichenden Pläne zum Umbau der sozialen Sicherungssysteme und des Steuersystems riefen schwere Zweifel hervor, ob die von der wirtschaftlichen Wiederbelebung erwarteten Gewinne auch gerecht verteilt werden würden. Die SPD konnte gegen Ende des Wahlkampfes

diese Zweifel für eine erfolgreiche Mobilisierung ihrer Wähler nutzen. Vor allem Arbeiter und Arbeitslose aber, die "Globalisierungsverlierer", trauten beiden großen Parteien nicht über den Weg und stimmten für die Linkspartei PDS. Deren Gewinne führten letztendlich zu einer Konstellation, in der keines der beiden Lager eine Mehrheit hatte. Die einzig nachhaltige Mehrheit war damit nur eine Große Koalition. Damit haben sich die Wähler nicht gegen die Reformpolitik gewandt. Die Mehrheit der Wähler unterstützt Reformen innerhalb des bestehenden Systems, sie ist aber auch für eine solidarische Gesellschaft und für Kontinuität in Sozial- und Außenpolitik. Im Gegensatz zu den beiden vorhergehenden Bundestagswahlen standen 2005 politische Fragen im Vordergrund, während die Frage nach der Person des Kanzlers weniger wichtig war. (ICEÜbers)

[187-L] Holtmann, Everhard:

Voller Einsatz, halber Machtwechsel: die vorgezogene Bundestagswahl vom 18. September 2005, in: Gesellschaft Wirtschaft Politik : Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F., Jg. 56/2006, H. 1, S. 13-24 (Standort: UB Bonn(5)-Z62/84; USB Köln(38)-M XG00116; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Anders als in den Meinungsumfragen monatelang signalisiert, führte das Ergebnis der vorgezogenen Neuwahlen zum Deutschen Bundestag am 18. September 2005 mit der Bildung einer Großen Koalition nur einen halben Machtwechsel herbei. Der SPD gelang eine erfolgreiche Re-Mobilisierung ihrer Wähler in letzter Minute. Indes wird die Arbeit des CDU-Flügels des Bundeskabinetts inzwischen deutlich besser bewertet als die Arbeit der SPD-geführten Ressorts." (Autorenreferat)

[188-L] Huber, Sandra:

Internet-Wahl oder Stimmzettel - Wie wollen die Bürger wählen?, (BACES Discussion Paper, No. 10), Bamberg 2005, 17 S. (Graue Literatur;
URL: http://www.baces.uni-bamberg.de/Texte/Internetwahlen_Discussion_paper10.pdf)

INHALT: "Im Zuge der Durchdringung des Alltagslebens durch das Internet stellt sich die Frage, ob nicht auch die Stimmabgabe bei politischen Wahlen künftig online erfolgen sollte. Die rechtliche, technische und organisatorische Durchführbarkeit von Online-Wahlen wurde seit Ende der 90er Jahre diskutiert. Die Frage, ob die Bevölkerung Internet-Wahlen aber tatsächlich wünscht und den auf diese Weise ermittelten Wahlergebnissen überhaupt Vertrauen entgegen brächte, wurde dagegen vernachlässigt. Umfragedaten aus unterschiedlichen Studien belegen, dass die Zustimmung zu Internet-Wahlen sehr stark abhängig ist von der Erfahrung im Umgang mit dem Medium Internet. Fehlt diese Erfahrung, so herrscht Skepsis vor. Die Ergebnisse machen deutlich, dass, falls Schritte in Richtung Online-Wahl unternommen werden sollten, eine intensive Diskussion auch in der Öffentlichkeit erforderlich ist um das Vertrauen der Bürger zu gewährleisten." (Autorenreferat)

[189-L] Jesse, Eckhard:

Wahlen 2003, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D) : 16. Jahrgang 2004, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 105-117, ISBN: 3-8329-0996-6

INHALT: Die Landtagswahlen des Jahres 2003 standen im Zeichen der von der rot-grünen Koalition im Bund hauchdünn gewonnenen Wahlen im September 2002 und des - erneut - als enttäuschend empfundenen Starts der Koalition in die neue Legislaturperiode. Die Wahlen brachten in Niedersachsen einen politischen Umschwung - eine schwarz-gelbe Koalition löste die Alleinregierung der SPD ab - und in Hessen eine minimale Kursrevision - eine schwarze Alleinregierung trat an die Stelle der christlich-liberalen Koalition. In Bremen (Große Koalition unter Führung der SPD) und in Bayern blieb die Situation unverändert. Bei den Wahlen war die Opposition im System erfolgreich, nicht die Opposition gegen das System - die extremistischen Parteien der Rechten und Linken erlebten ein Desaster. (ICE2)

[190-L] Kirchgässner, Gebhard; Schulz, Tobias:

Erwartete Knappheit oder Mobilisierung: Was führt zu hoher Abstimmungsbeteiligung?: empirische Ergebnisse für die Schweiz, 1981-1999, in: Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel, Bernhard Weßels (Hrsg.): Wahlen und Wähler : Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 515-550, ISBN: 3-531-14137-6 (Standort: UB Kaiserslautern(386)-45.349.923)

INHALT: Die Studie untersucht mögliche Einflussfaktoren auf die Beteiligung bei Abstimmungen (und Wahlen) unter Verwendung nationaler Ergebnisse von Volksabstimmungen in der Schweiz zwischen 1981 und 1999. Das theoretische Fundament der Untersuchung bilden die Entscheidungs- und die Mobilisierungshypothese: Die Entscheidungshypothese besagt, dass die Wahlbeteiligung deshalb mit zunehmender Knappheit des Wahlergebnisses steigt, weil die WählerInnen dann umso eher davon ausgehen können, dass ihre eigene Stimme den Ausschlag gibt. Die Mobilisierungshypothese postuliert dagegen, dass der Knappheitseffekt deshalb auftritt, weil sich die Kandidaten umso stärker bemühen, ihre Anhänger zu mobilisieren, je knapper der erwartete Ausgang ist. In einem ersten Schritt wird zunächst die theoretische Herleitung dieser beiden Annahmen formuliert. Ferner wird die Theorie des 'expressiven Wählens' vorgestellt, die einen Konsumnutzen der Wähler unterstellt und auf den aktuellen Forschungsstand eingegangen. Der zweite Schritt beschreibt sodann den herangezogenen Schätzansatz zur Analyse des Datenmaterials. Auf dieser Grundlage werden im dritten Schritt die empirischen Untersuchungsergebnisse präsentiert und erörtert. Sie sprechen nicht nur sehr stark für die Mobilisierungs- und gegen die Entscheidungshypothese, sondern spielen auch bezüglich der erwarteten (bzw. befürchteten) finanziellen Auswirkungen zumindest bei den Referenden eine entscheidende Rolle. Allerdings sind sie nur bedingt mit der Theorie des expressiven Wählens vereinbar. (ICG2)

[191-L] Klein, Markus; Pötschke, Manuela:

Haben die beiden TV-Duelle im Vorfeld der Bundestagswahl 2002 den Wahlausgang beeinflusst?: eine Mehrebenenanalyse auf der Grundlage eines 11-Wellen-Kurzfristpanels, in: Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel, Bernhard Weßels (Hrsg.): Wahlen und Wähler : Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 357-370, ISBN: 3-531-14137-6 (Standort: UB Kaiserslautern(386)-45.349.923)

INHALT: Die Studie zum Wahlverhalten der Bundesbürger bei der Bundestagswahl 2002 untersucht die direkten Einflüsse der TV-Duelle auf die Wählerentscheidungen. Dabei orientiert sich die Untersuchung auf die Frage, welcher Kandidat jeweils als Gewinner der beiden TV-

Duelle angesehen wird und wie sich diese Wahrnehmung auf die Entwicklung der individuellen Wahlabsicht im Vorfeld der Wahl auswirkt. Die Ergebnisse basieren auf einer 11-wöchigen Panelbefragung, die in den letzten sieben Wochen vor der Bundestagswahl vom Meinungsforschungsinstitut Forsa erhoben wird. Die methodische Vorgehensweise umfasst einen Mehrebenenansatz, der die Identifikation von möglichen Effekten der TV-Duelle auf das Wahlverhalten ermöglicht. Die Untersuchung stützt die Annahme der Beeinflussung des Wahlverhaltens und damit des Wahlausgangs durch die TV-Debatten. Dabei scheinen sowohl Mobilisierungs- als auch Konversionseffekte aufgetreten zu sein. (ICG2)

[192-L] Maier, Jürgen; Faas, Thorsten:

Schröder gegen Stoiber: Wahrnehmung, Verarbeitung und Wirkung der Fernsehdebatten im Bundestagswahlkampf 2002, in: Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel, Bernhard Weßels (Hrsg.): Wahlen und Wähler : Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 77-101, ISBN: 3-531-14137-6 (Standort: UB Kaiserslautern(386)-45.349.923)

INHALT: Die Studie zur Bundestagswahl 2002 befasst sich mit der Frage, ob die beiden TV-Duelle den Ausgang der Wahl beeinflusst haben. Damit aber Fernsehdebatten Konsequenzen für die politischen Orientierungen und das Wahlverhalten von Individuen haben können, sind zwei Bedingungen notwendig: erstens der Konsum der Debatten und zweitens die Verarbeitung der während der Debatten angebotenen Informationen. In einem ersten Schritt werden zunächst diese beiden Bedingungen vor dem Hintergrund bisheriger Befunde zu Wahlkämpfen diskutiert und Hypothesen für die Wahrnehmung, die Verarbeitung und die Wirkung der Fernsehdebatten des Bundestagswahlkampfes 2002 formuliert. Die nachfolgenden Untersuchungen basieren auf Daten aus der Deutschen Wahlstudie 2002, in dessen Rahmen insgesamt 3.263 Personen befragt wurden. Die empirischen Ergebnisse gliedern sich entsprechend der formulierten Annahmen in die Aspekte (1) Debattenwahrnehmung, (2) Debattenverarbeitung sowie (3) Debattenwirkung (Effekte auf die Wahlbeteiligung und die Wahlentscheidung). Die Daten belegen, dass die TV-Duelle nicht nur das mit Abstand attraktivste Wahlkampfereignis sind, sondern mit ihnen auch Wählersegmente angesprochen werden, die - da politisch uninteressiert, weitgehend medienabstinent und parteipolitisch ungebunden - im Rahmen eines traditionellen Wahlkampfes von den Parteien vermutlich nicht direkt, sondern nur indirekt, d.h. über den Umweg der interpersonalen Kommunikation oder über die Massenmedien hätten erreicht werden können. Insgesamt haben - trotz der aus demokratietheoretischer Perspektive durchaus vorhandenen Schattenseiten - die TV-Debatten den Bundestagswahlkampf 2002 bereichert. Für die Attraktivität dieses Wahlkampfelements spricht nicht nur, dass Wähler und Medien die Duelle unterm Strich positiv beurteilen. Auch die Politiker scheinen Sendungen dieser Art zu begrüßen. (ICG2)

[193-F] Meerkamp, Frank (Bearbeitung); Zimmer, Annette, Prof.Dr. (Betreuung):

Die Quorenfrage im Volksgesetzgebungsverfahren - regulativ zwischen repräsentativer Demokratie und Bürgerschaftlichem Engagement (Arbeitstitel)

INHALT: Der Siegeszug der direkten Demokratie steht vor seinem Sprung auf die Bundesebene. Die zivilgesellschaftlichen Assoziationen als demokratische Produktivkraft tragen zu einer Fortentwicklung der repräsentativen Demokratie und Öffnung der Verfassung für die Volks-

gesetzgebung bei. Im Rahmen dieser Diskussion über die Reformierung des institutionellen Designs der repräsentativen Demokratie durch die Volksgesetzgebung konzentriert sich die Arbeit auf die Bedeutung und Rolle der Quorengestaltung. Obwohl die Quoren das Herzstück des Volksgesetzgebungsverfahrens bilden, hat sich die Forschung bisher kaum mit den Gestaltungsmöglichkeiten direktdemokratischer Verfahren durch Quoren beschäftigt. Diese Lücke will die Arbeit schließen und mit einer Fallstudie eine erstmalige systematische Gesamtdarstellung der Quorenproblematik bereitstellen. Dabei analysiert sie, schwerpunktmäßig als Policy-Analyse angelegt, die institutionellen Ausgestaltungsmöglichkeiten der Verfassung und deren Auswirkungen auf das Spannungsverhältnis zwischen zivilgesellschaftlicher Partizipation und parlamentarischer Repräsentation, geht damit der Frage nach, welche Bedeutung Quoren im Volksgesetzgebungsverfahren in der repräsentativen Demokratie in Deutschland haben und bietet Regelungsoptionen an.

ART: Dissertation *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Münster, FB 06 Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Abt. B Vergleichende Politikwissenschaft (Schlossplatz 7, 48149 Münster)

KONTAKT: Betreuerin (Tel. 0251-8325325, Fax: 0251-8329356, e-mail: zimmean@uni-muenster.de)

[194-L] Noelle-Neumann, Elisabeth; Donsbach, Wolfgang; Kepplinger, Hans Mathias (Hrsg.):

Wählerstimmungen in der Mediendemokratie: Analysen auf der Basis des Bundestagswahlkampfes 2002, (Alber-Broschur Kommunikation, Bd. 29), Freiburg im Breisgau: Alber 2005, 242 S., ISBN: 3-495-48109-5 (Standort: UB Siegen(467)-31OVI4256)

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Einleitung: Elisabeth Noelle-Neumann, Wolfgang Donsbach und Hans Mathias Kepplinger: Wählerstimmungen in der Mediendemokratie (9-16); Elisabeth Noelle-Neumann und Wilhelm Haumann: Pendelbewegungen. Ursachen der Meinungsumschwünge zwischen 1998 und 2002 (17-43); Wolfgang Donsbach und Olaf Jandura: Auf verlorenem Posten. Selbstdarstellung der Parteien in Pressemitteilungen und ihre Darstellung in den Medien (44-68); Wolfgang Donsbach und Olaf Jandura: Rückkehr des Kanzlerbonus. Redepräsenz der Kanzlerkandidaten in den Fernsehnachrichten (69-90); Hans Mathias Kepplinger und Thomas Roessing: Präsenzen und Tendenzen. Politische Rolle und Position als Ursachen der Fernsehberichterstattung (91-103); Wolfgang Donsbach und Kerstin Weisbach: Kampf um das Meinungsklima. Quellen und Inhalte der Aussagen über den möglichen Wahlausgang (104-1027); Elisabeth Noelle-Neumann und Thomas Petersen: Verlorener Mut. Test der Schweigespirale anhand der Redebereitschaft von SPD- und CDU-Anhängern (128-140); Wolfgang Donsbach und Olaf Jandura: Urteile mit Verfallsdatum. Einflüsse auf die Wahrnehmung des ersten Fernsehduells (141-163); Elisabeth Noelle-Neumann und Thomas Petersen: Verlorene Meinungsführerschaft. Wie das Fernsehen die Rolle der persönlichen Kommunikation im Wahlkampf verändert (164-186); Hans Mathias Kepplinger und Thomas Roessing: Elbhochwasser und Bilderflut. Nicht die Realität sondern ihre Darstellung beeinflusste das Wahlverhalten (187-207); Wolfgang Donsbach, Olaf Jandura und Thomas Petersen: Methoden des Projekts (208-230).

[195-L] Pappi, Franz Urban; Gschwend, Thomas:

Partei- und Koalitionspräferenzen der Wähler bei den Bundestagswahlen 1998 und 2002, in: Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel, Bernhard Weßels (Hrsg.): Wahlen und Wähler : Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 284-305, ISBN: 3-531-14137-6 (Standort: UB Kaiserslautern(386)-45.349.923)

INHALT: Die Studie zum Wahlverhalten der Bundesbürger beschäftigt sich mit den Parteipräferenzen (Erst- und Zweitpräferenz) bzw. mit der Umsetzung einer bestimmten Koalitionsneigung in die entsprechende Koalitionspräferenz. Dabei orientiert sich die Untersuchung an folgender Hypothese: Nur öffentlich diskutierte realistische Koalitionsoptionen führen zur Ausbildung einer konkreten Koalitionspräferenz aus der vorhandenen Koalitionsneigung. Die Analyse basiert auf zwei Vorwahluntersuchungen, die als mündliche Befragung vor den Bundestagswahlen 1998 und 2002 durchgeführt werden. Die Grundannahme wird zunächst für die Bundestagswahl 2002 untersucht, in der die SPD und Bündnis 90/Die Grünen als Regierungsparteien antreten. Eine Vorwahluntersuchung von 1998 wird zum Vergleich der Koalitionsneigungen in jener Regierungssituation herangezogen, als noch die Regierungskoalition zwischen CDU/CSU und FDP bestand. Auf dieser Grundlage werden die Folgen von im Aggregat nachgewiesenen Koalitionspräferenzen für die Kombination von Erst- und Zweitstimme bei der Bundestagswahl 2002 mit den Daten der repräsentativen Wahlstatistik überprüft. Die Untersuchung macht deutlich, dass Parteien durch klare Koalitionssignale das Wählerverhalten beeinflussen können. (ICG2)

[196-L] Plasser, Fritz; Ulram, Peter A.:

Die Erdrutschwahlen 2002 in Österreich, in: Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel, Bernhard Weßels (Hrsg.): Wahlen und Wähler : Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 572-594, ISBN: 3-531-14137-6 (Standort: UB Kaiserslautern(386)-45.349.923)

INHALT: Die Studie beleuchtet die deutlichen Wählerbewegungen und Wählerströme bei der Nationalratswahl 2002 in Österreich. In das Thema einführend, werden zunächst die politischen Umstände beschrieben, die zu der vorgezogenen Wahl geführt haben. Dazu gehören insbesondere die politische Arbeit bzw. Kultur der großen Parteien SPÖ, ÖVP und FPÖ. Der zweite Schritt zeichnet in einem Rückblick die Wählermobilität bei den Nationalratswahlen seit 1975 nach, um so die Dimension der zu untersuchenden Wählerbewegungen zu verdeutlichen. Der dritte Schritt präsentiert sodann die Wahlergebnisse der Nationalratswahlen von 1982 bis 2002, das hier ausgeprägte Veränderungen insbesondere für die ÖVP (plus 15,4 Prozent) und die FPÖ (minus 16,9 Prozent) für den Zeitraum 1999 bis 2002 offenbart. Im Anschluss folgt die Erklärung der Wählerbewegungen in Österreich hinsichtlich der gruppenspezifischen Veränderungen im Wahlverhalten, wobei sich die Ausführungen nach der Analyse soziodemographischer Faktoren auf zwei Aspekte konzentrieren: (1) die wahlpolitische Neuorientierung der Arbeiterschaft von 1979 bis 2002 sowie (2) die Geschlechterspaltung und die Generationenkluft im Wahlverhalten von 1986 bis 2002. Die Untersuchung endet mit einer Darlegung der vielschichtigen Beweggründe der Wahlentscheidung, wozu die Traditionen- und Stammwählermotive wie auch kandidatenorientierte und themenzentrierte Wahlmotive gehören. (ICG2)

[197-L] Plehwe, Kerstin (Hrsg.):

Mit Dialogmarketing zum Wahlerfolg: Fachbeiträge namhafter Experten ; Checklisten, internationale Fallbeispiele, (Helios Media Bibliothek), Berlin: Helios Media 2005, 253 S., ISBN: 3-9810024-1-5 (Standort: ULB Münster(6)-MF4700/16A)

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Kerstin Plehwe: Politische Kommunikation auf dem Weg in das Dialogzeitalter (19-30); Stefan Engels: Rahmenbedingungen für den Einsatz des Dialogmarketings zur Wahlwerbung (31-46); Andreas Scherfke: Das Mailing als Instrument des politischen Dialogmarketings (47-82); Torsten Schwarz: E-Mail-Marketing (83-126); Kai Uwe Bunting/Tobias Stock: Voter Relationship Management: Der digitale Wahlkampf (127-140); Patrick Tapp/Edith Herrmann: Telemarketing und Mehrwertdienst als Marketinginstrument im Wahlkampf (141-168); Peter Radunski: Die Bedeutung des Mailings im britischen Wahlkampf 2005 (169-180); Ralf Guldenzopf/Mario Voigt: Im Dialog mit dem Wähler - Campaigning American Style 2004 (181-204); Rudolf Hetzel/Manuel Lianos: Nur noch 72 Stunden: 'Get Out the Vote!' (205-226).

[198-L] Römmele, Andrea:

Personen oder Inhalte?: Politikvermittlung in deutschen Wahlkämpfen, in: Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel, Bernhard Weßels (Hrsg.): Wahlen und Wähler : Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 414-433, ISBN: 3-531-14137-6 (Standort: UB Kaiserslautern(386)-45.349.923)

INHALT: Die Studie zum Wahlverhalten untersucht die Personalisierung der Medienberichterstattung und geht dabei der Frage nach, inwieweit auch die Medienberichterstattung über Wahlkämpfe Themen und politische Alternativen über Kandidaten vermittelt oder ob vielmehr eine Entpolitisierung zu beobachten ist. Die Untersuchung umfasst eine Inhaltsanalyse der Printmedien und ihrer politischen Informationsvermittlung während der Bundestagswahlkämpfe 1972, 1987 und 2002. In das Thema einführend, wird zunächst die Rolle von Kommunikation und Wahlkämpfen in repräsentativen Demokratien erörtert. Der zweite Schritt liefert sodann den Forschungsstand zur Personalisierung der Medienberichterstattung in Wahlkämpfen. Der dritte Schritt präsentiert die empirische Untersuchung, also die Vorstellung des Studiendesigns und die Darstellung der Ergebnisse. Demnach kann von einer wachsenden Bedeutung der Spitzenkandidaten in der Politikvermittlung nicht die Rede sein. Nur 15 Prozent der akteursbezogenen Sätze sind mit den Spitzenkandidaten verbunden. Trotzdem ist die Personalisierung der Medienberichterstattung nicht von der Hand zu weisen, da eine steigende Konzentration auf die Spitzenpolitiker, in erster Linie die Minister als Fachvertreter, zu beobachten ist. Die Befunde werden abschließend im Lichte der Amerikanisierungs- und Präsidentialisierungsthese diskutiert. (ICG2)

[199-L] Schmitt, Hermann:

Politische Parteien, Links-Rechts-Orientierungen und die Wahlentscheidung in Deutschland und Frankreich, in: Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel, Bernhard Weßels (Hrsg.): Wahlen und Wähler : Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 551-571, ISBN: 3-531-14137-6 (Standort: UB Kaiserslautern(386)-45.349.923)

INHALT: Die Vergleichsstudie zum Wahlverhalten in Deutschland und Frankreich untersucht die Annahme, dass trotz wichtiger Unterschiede zwischen der deutschen und französischen Wahlpolitik der Einfluss von Parteibindungen und ideologischen Orientierungen auf die Wahlentscheidung in beiden Ländern prinzipiell gleichartig beschaffen ist. Diese These wird anhand zweier Nachwahlumfragen aus dem Jahr 2002 überprüft, und zwar zur Bundestagswahl und zur Präsidentschaftswahl. In einem ersten Schritt wird zunächst die Verteilung von Parteibindungen und Links-Rechts-Orientierungen in Deutschland und Frankreich dokumentiert. Im Anschluss folgt eine Beschreibung der Interaktion zwischen Parteibindung und ideologischen Orientierungen bzw. -wahrnehmungen in den beiden Ländern. Der dritte Schritt umfasst schließlich die empirische Untersuchung des direkten Einflusses von ideologischen Orientierungen und Parteibindungen einerseits und der Wahlentscheidung andererseits. Dabei wird der Effekt von Links-Rechts-Orientierungen auf Wahlentscheidungen einmal unbedingt und einmal kontrolliert nach dem Grad der Parteibindung ermittelt. Die Studie zeigt, dass die Wahlentscheidung in Frankreich stärkere ideologische Wurzeln hat, als dies in Deutschland der Fall ist. Hinsichtlich der Parteibindungen wird ferner für beide Länder ein deutlicher Verstärkereffekt nachgewiesen: ideologische Orientierungen sind umso wichtiger für die Wahlentscheidung, je klarer die Nähe zu einer politischen Partei ausfällt. (ICG2)

[200-F] Schmitt-Beck, Rüdiger, Prof.Dr. (Bearbeitung):

Kampagnen-Dynamik. Eine Rolling Cross-Section/ Panel-Studie zu den Wirkungen des Wahlkampfes bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2005

INHALT: Ziel des Projektes ist die erste umfassende Analyse der Wirkungen eines Wahlkampfes auf das Wählerverhalten in Deutschland. Studien aus anderen Demokratien haben in jüngerer Zeit belegt, dass Wahlkämpfe wichtiger sind als traditionell vermutet. Am Beispiel der vorgezogenen Bundestagswahl im Herbst 2005 soll untersucht werden, ob und wie die Ereignisse des Wahlkampfes (politische Stellungnahmen und öffentliche Inszenierungen, aber auch Fehler der Parteien und ihrer Kandidaten sowie politische und unpolitische "externe" Ereignisse) Wahrnehmungen, Einstellungen und Wahlentscheidungen der Wähler sowie darüber vermittelt das Ergebnis dieser außergewöhnlichen Wahl beeinflussen. Um diese Dynamik einzufangen, soll auf eine innovative, in Deutschland noch nie eingesetzte Methode zurückgegriffen werden, die in den letzten Jahren in mehreren Ländern mit eindrucksvollem Erfolg für Wahlkampfanalysen angewandt wurde: eine national repräsentative Rolling Cross-Section-Umfrage mit täglichen Interviews auf der Basis von Zufallsstichproben über den Gesamtverlauf des Wahlkampfes, die durch eine nach der Wahl realisierte zweite Panelwelle angereichert wird. Verknüpft mit Analysen der Wahlkampagnen der Parteien und ihrer Darstellung in den Massenmedien werden diese Daten sowohl auf Aggregat- als auch auf Individualebene detaillierten Aufschluss über die dynamischen Effekte des Wahlkampfgeschehens auf die Orientierungen der Wähler zu Parteien, Kandidaten und Issues, aber auch auf ihre politische Involvierung und ihre Unterstützung des politischen Systems geben. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

ART: gefördert *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Duisburg-Essen Campus Duisburg, FB Gesellschaftswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Professur für Politikwissenschaft, insb. Politik und Kommunikation (Lotharstr. 65, 47048 Duisburg)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0203-379-2051, Fax: 0203-379-2318, e-mail: schmitt-beck@uni-duisburg.de)

[201-L] Schumann, Siegfried (Hrsg.):

Persönlichkeit: eine vergessene Größe der empirischen Sozialforschung, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2005, 397 S., ISBN: 3-531-14459-6 (Standort: USB Köln(38)-32A3491)

INHALT: "Dieser Band basiert auf einer Untersuchung zum Stellenwert von Persönlichkeitseigenschaften im Rahmen der empirischen Sozialforschung. In einer bundesweiten, mündlichen Befragung wurden neben anderen Persönlichkeitsvariablen die 'Big Five' - mit unterschiedlichen Instrumenten - erhoben, wobei eines dieser Instrumente eine neu entwickelte, surveyfähige Kurzfassung darstellt. Ein interdisziplinäres Forscherteam analysiert auf dieser Basis die Stellung von Persönlichkeitseigenschaften in zentralen Forschungsgebieten wie der Wahl- und Einstellungsforschung, der Autoritarismus-, der Werte- und der Religiositätsforschung oder der Erforschung des Kommunikationsprozesses. Es zeigt sich, dass Persönlichkeitseigenschaften über weite Strecken wichtige Einflussgrößen darstellen, denen entweder direkte Erklärungskraft zukommt oder die zu einem vertieften Verständnis der jeweiligen Erklärungsansätze beitragen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Siegfried Schumann: Forschungsfragen, Forschungsdesign und Datengrundlage der Analysen (13-27); Frider R. Lang und Oliver Lütcke: Der Big Five-Ansatz der Persönlichkeitsforschung: Instrumente und Vorgehen (29-39); Siegfried Schumann: Die ASKO-Skala (41-57); Harald Schoen: Stabil, aber auch politisch stabilisierend? Persönlichkeitsfaktoren und Cleavage-Wahlverhalten (61-75); Alexandra Mößner: Typisch Parteiidentifizierer? Parteiidentifikation und Persönlichkeit (77-91); Volker Kunz: Wählerrationalität, Persönlichkeitsstruktur und politisches Verhalten in Deutschland: Analysen zum Einfluss zentraler Persönlichkeitseigenschaften von Wählern und Politikern auf das Wählerverhalten aus Sicht der Rational Choice-Theorie (93-115); Volker Kunz: Persönlichkeitseigenschaften und Wahlverhalten in den alten und neuen Bundesländern nach der Theorie des überlegten Handelns (117-136); Harald Schoen: Ist Wissen auch an der Wahlurne Macht? Politische Kompetenz und Wahlverhalten (137-155); Sandra Huber und Hans Rattinger: Die Nichtwähler - ein besonderer Menschenschlag? Persönlichkeitseigenschaften in der Nichtwählerforschung (157-172); Oscar W. Gabriel und Kerstin Völkl: Persönlichkeitseigenschaften und Institutionenvertrauen (175-192); Kai Arzheimer: 'Politikverdrossenheit' - eine Frage der Persönlichkeit? Der Zusammenhang zwischen Persönlichkeitsfaktoren und Verdrossenheitseinstellungen (193-207); Marcus Maurer und Hans Mathias Kepplinger: Generelle Überredbarkeit: Gibt es den fernsehgläubigen Wähler? (209-219); Jürgen R. Winkler: Persönlichkeit und Rechtsextremismus (221-241); Detlef Oesterreich: Autoritäre Persönlichkeitsmerkmale, politische Einstellungen und Sympathie für politische Parteien (243-261); Markus Klein: Der Stellenwert von Persönlichkeitseigenschaften im Rahmen einer Theorie des Postmaterialismus (265-277); Helmut Klages und Thomas Gensicke: Wertewandel und Big-Five-Dimensionen (279-299); Julia Iser und Peter Schmidt: Werte und Big-Five: Trennbarkeit der Konzepte und Erklärungskraft für politische Orientierungen (301-320); Wolfgang Jagodzinski: Persönlichkeitsmerkmale und Religion (321-346).

[202-F] Schwanekamp, Daniel (Bearbeitung); Müller-Bromley, Nicolai, Prof.Dr.jur. (Leitung):

Grenzüberschreitende Bürger- und Behördenbeteiligung im deutsch-niederländischen Grenzgebiet

INHALT: Im deutschen wie im niederländischen Verwaltungsrecht ist vielfach vorgesehen, dass vor behördlichen Entscheidungen über Planungen (z.B. bei Bebauungsplänen) und Genehmigungen (z. B. bei Abfallbeseitigungsanlagen, Flugplätzen, Atomanlagen) Bürger und andere

Behörden zu beteiligen sind. Im deutsch-niederländischen Grenzgebiet stellt sich dabei für die staatliche und kommunale Verwaltungspraxis die Frage, wie mit einer Beteiligung von Bürgern und Behörden der jeweils anderen Seite der Grenze zu verfahren ist. Sowohl Rechtsprechung als auch wissenschaftliche Literatur sind hierzu lückenhaft und unübersichtlich. Daher haben die staatliche und kommunale Verwaltungspraxis erhebliche Probleme, mit der Beteiligung ausländischer Bürger und Behörden rechtlich richtig und zugleich effizient umzugehen. Zudem besteht der Wunsch, eine Gleichwertigkeit zwischen der Beteiligung niederländischer Bürger und Behörden in deutschen Verfahren einerseits und deutscher Bürger und Behörden in niederländischen Verfahren andererseits herzustellen, soweit die unterschiedlichen Rechts- und Verwaltungsstrukturen es zulassen. Diese Fragen soll das Forschungsprojekt, das von der Fachhochschule Osnabrück unter Beteiligung der Hogeschool Enschede durchgeführt wird, beantworten. Das Projekt wird von der EUREGIO, den Landkreisen Grafschaft Bentheim und Borken, den Provinzen Overijssel und Gelderland, der Europark GmbH, der Twence BV Afvalverwerking sowie den Ländern Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen gefördert. In einer 1. Phase haben beide Hochschulen mit den einschlägigen Behörden im deutsch-niederländischen Grenzgebiet überprüft, welche offenen Fragen im einzelnen wegen fehlender Regelungen oder aufgrund von Problemen bei der Anwendung bestehender Vorgaben für die Verwaltungspraxis bestehen. In der laufenden 2. Phase wird von beiden Hochschulen eine Konzeption zur Verfahrensgestaltung in Form eines "Handbuchs" erarbeitet, die sowohl den deutschen als auch den niederländischen Behörden zur Verfügung gestellt werden kann und ihnen die Sicherheit gibt, die bestehenden Probleme bei der Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger sowie Behörden aus dem jeweiligen Nachbarland rechtlich richtig, praktisch handhabbar und in einer mit der Situation im Nachbarstaat abgestimmten Weise zu lösen.

GEOGRAPHISCHER RAUM: Bundesrepublik Deutschland, Niederlande

ART: gefördert *BEGINN:* 2004-12 *ENDE:* 2006-03 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Land Nordrhein-Westfalen; Land Niedersachsen

INSTITUTION: Fachhochschule Osnabrück, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Postfach 1940, 49009 Osnabrück)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0541-969-3178, Fax: 0541-969-3176, e-mail: n.mueller-bromley@fh-osnabrueck.de)

[203-L] Sebinger, Sarah; Nemella, Joachim:

Parteipräferenz und politische Partizipation, in: Wolfgang Schulz, Max Haller, Alfred Grausgruber (Hrsg.): Österreich zur Jahrhundertwende : gesellschaftliche Werthaltungen und Lebensqualität 1986-2004, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 433-460, ISBN: 3-531-14623-8 (Standort: ULB Düsseldorf(61)-sozx180s389)

INHALT: Die Verfasser untersuchen auf der Basis der Sozialen Surveys für Österreich 1986 bis 2003, wie sich wichtige Dimensionen der traditionellen Formen politischer Partizipation (Parteibindung, Wahlverhalten, Wahlbeteiligung) im Untersuchungszeitraum entwickelt haben und wie sozialstrukturelle Faktoren diese Partizipationsformen beeinflussen. Die Untersuchung zeigt, dass die affektive Bindung der Wählerinnen an eine Partei als zentrales Wahlmotiv an Bedeutung eingebüßt hat. Partei- und Gewerkschaftsmitgliedschaft sowie Kirchengangshäufigkeit sind nach wie vor wichtige Determinanten des Wahlverhaltens, auch ihre Bedeutung ist jedoch rückläufig. Die Wahlbeteiligung ist stark rückläufig. Je älter, je politisch interessierter, je höher der Schulabschluss und die subjektive Schichtzuordnung einer Person ist, desto eher wird sie an der Wahl teilnehmen. (ICE2)

[204-L] Tenscher, Jens:

Bundestagswahlkampf 2002 - Zwischen strategischem Kalkül und der Inszenierung des Zufalls, in: Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel, Bernhard Weßels (Hrsg.): Wahlen und Wähler : Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2002, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 102-133, ISBN: 3-531-14137-6 (Standort: UB Kaiserslautern(386)-45.349.923)

INHALT: Die Studie zu der Bundestagswahl 2002 untersucht die Wahlkampfstrukturen und -strategien der Parteien vor dem spezifischen Hintergrund des Wahlkampfkontextes 2002. Somit steht hier die strategische Flexibilität der Kampagnen, d.h. deren Anpassungsfähigkeit an sich kurzfristig verändernde Kontextfaktoren, im Mittelpunkt. Gerade diese 'elastische Reaktionsfähigkeit' ist, so die untersuchungsleitende Annahme, für den Erfolg der Parteienkampagnen in Bezug auf ihre mediale wie öffentliche Resonanz sowie in Bezug auf das Wahlergebnis 2002 maßgeblich. Die Überprüfung der Hypothese beginnt mit einer Beschreibung der Chronologie des Wahlkampfes 2002 und der sich rasant wandelnden Kontextfaktoren. Dazu gehören (1) die Kanzler-Frage, (2) Möller und die 'Karsli-Affäre', (3) Flutkatastrophe, Irakkrise und TV-Duelle. Im Anschluss rücken die Wahlkampfstrukturen und -strategien der etablierten Parteien in den Mittelpunkt des Interesses. Hier gliedern sich die Ausführungen in (1) die Strategien von SPD und CDU/CSU (Personalisierung versus Kompetenzangriff) und (2) die Strategien von FDP, Bündnis 90/Die Grünen und PDS, die zwischen Fun, Bündnistreue und Positionierungsproblemen angesiedelt sind. Die Untersuchung zeigt, dass der Wahlkampf 2002 für die meisten Parteien ein Schritt in Richtung organisatorischer Professionalisierung ist. Dies äußert sich in zunehmendem Kapitaleinsatz, im Outsourcing sowie in der strategischen Dauerbeobachtung von Gegnern, der Medienberichterstattung und der öffentlichen Meinung. Ferner wird auch ein kritischer Blick auf die Wahlkampfforschung und die Rolle, die sie im Rahmen des Bundestagswahlkampfes spielt, geworfen. (ICG2)

[205-L] Vester, Michael:

Der Mythos des individualisierten Wählers: soziale Milieus, gesellschaftspolitische Lager und die Chancen für einen neuen historischen Kompromiss in Deutschland, in: Vorgänge : Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Jg. 44/2005, H. 3/4 = H. 171/172, S. 56-73 (Standort: USB Köln(38)-XG2258; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Vor dem Hintergrund der politischen Situation nach der Bundestagswahl 2005 erörtert der Beitrag das Wählerverhalten im Kontext des deutschen Parteiensystems. Dabei gliedern sich die Ausführungen in folgende Aspekte: (1) Wählerbewegungen bei den Volksparteien SPD und CDU/CSU unter Berücksichtigung des Wahlergebnisses der Bundestagswahl 2002, (2) Wandel der Sozialstruktur als Ursache für den Bedeutungsverlust der großen Volksparteien (Individualisierungsthese mit der Annahme der Entstrukturierung versus klassische Wahlsoziologie mit der Ansicht der Umstrukturierung) sowie (3) Parteipräferenzen der sozialen Milieus in Deutschland. Gemäß dieser Betrachtung kann weder die These von der 'neuen Mitte' noch die Gegenthese einer 'strukturellen linken Mehrheit' aufrechterhalten werden. Auf dieser Grundlage diskutiert der Autor abschließend die politischen Aushandlungsprozesse zwischen den Parteien, geprägt durch die große Koalition von SPD und CDU/CSU, und befasst sich ferner mit der Frage nach einer konservativen oder sozialdemokratischen Modernisierung des Sozialstaates. (ICG)

[206-L] Wagner, Jochen W.:

Deutsche Wahlwerbekampagnen made in USA?: Amerikanisierung oder Modernisierung bundesrepublikanischer Wahlkampagnen, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2005, 462 S., ISBN: 3-531-14592-4 (Standort: UB Bonn(5)-2005/4904)

INHALT: "Der Amerikanisierungsvorwurf an die Adresse der Wahlkämpfer ist vor allem in den Medien ein viel zitierter Sachverhalt. Die wissenschaftliche Diskussion beschäftigt sich hingegen mit einer Differenzierung nach Art und Weise von Innovationen und deren Implementierung in bundesrepublikanischen Wahlkämpfen. Eine Diskussion, die trotz ihrer anhaltenden Dauer nichts von ihrer Dynamik verloren hat und hier zum Gegenstand der Fragestellung gemacht wird. Denn dass sich deutsche Wahlkampfmanager 'ungeachtet aller Unterschiede im politischen System und im Wahlverhalten am Vorbild der USA orientieren, ist (...) ausgemachte Sache'. Die vorliegende Studie untersucht, ob es sich in der Ausgestaltung deutscher Wahlwerbekampagnen um einen Prozess der Amerikanisierung, also Übernahmen von ganzen bzw. Teilaspekten US-amerikanischer Kampagnenkomponenten, oder um einen systeminternen Entwicklungsprozess der relevanten Systeme handelt. D.h., es ist nach der Herkunft von Innovationen zu forschen, und potentielle Transferstrukturen sind zu eruieren, entsprechend dein Untersuchungsanspruch zu identifizieren, klassifizieren und letztendlich zu bewerten. Ebenfalls berücksichtigt werden Fragen nach Grenzen und Hürden bei Transfers und Anwendung von US-Kampagnenaspekten sowie Konsequenzen für die (zukünftige) politische Kommunikation in der Bundesrepublik." (Textauszug)

[207-L] Weßels, Bernhard:

Sachfragen, generalisierte politische Positionen und Leistungsbewertungen: Zur Konditionierung präferenzorientierten Wählens, in: Frank Brettschneider, Jan van Deth, Edeltraud Roller (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2002 : Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2004, S. 143-165, ISBN: 3-8100-4123-8

INHALT: Die Wahlforschungs-Studie untersucht das Ausmaß und den Effekt der Diskontierung rein präferenzorientierter Wahlentscheidung durch die Leistungsbewertungen der Akteure SPD, Die Grünen/Bündnis 90, CDU/CSU, FDP und PDS bei der Bundestagswahl 2002 auf der Grundlage der Bundestagswahlstudie 2002 (Nachwahlstudie), die im Rahmen des Projekts 'The Comparative Study of Electoral Systems (II)' durchgeführt wurde. Dazu wird in einem ersten Schritt das zugrunde liegende Modell der Wahlentscheidung entwickelt und sodann die hypothetische Auswirkung des Verhältnisses von räumlichen Nutzenerwägungen und Leistungsbewertungen diskutiert. Im Sinne des Diskontierungsmodell lautet die Hypothese, dass der Präferenznutzen aus Positions- und Sachfragennutzung durch retrospektive und prospektive Leistungsbewertungen diskontiert, zwischen den politischen Anbietern saldiert und eine Wahlentscheidung zugunsten der Partei(en) mit positivem Saldo gefällt wird. Der zweite Schritt umfasst die Operationalisierung des generellen Diskontierungsmodells: Die abhängige Variable ist das Regierungs-Opportunities-Wahlverhalten; unabhängige Variablenblöcke sind (1) Positionsnutzen, (2) Sachfragennutzen sowie (3) retrospektive und (4) prospektive Leistungsbewertungen. Der dritte Schritt präsentiert sodann eine empirische Analyse, welche die Effekte des Präferenznutzens anhand generalisierter politischer Positionen im Sinne des klassischen räumlichen Modells und anhand der Übereinstimmung in der Sachfragen-Agenda von Wählern und Parteien zu den Effekten von Leistungsbewertungen anhand retrospektiver Evaluation und prospektiver Leistungserwartung in Beziehung setzt. Die Er-

gebnisse verweisen auf starke Diskontierungseffekte. Zum einen kann gezeigt werden, dass die absoluten Effekte prospektiver Leistungsbewertung für die Wahlentscheidung bedeutsamer sind als die retrospektiven Leistungsbewertungen. Die Diskontierung des von den Wählern wahrgenommenen Präferenznutzens um die von ihnen wahrgenommene Leistungsfähigkeit ist mithin nicht nur für die Erklärung des Wahlverhaltens von Relevanz, sondern kann wahlentscheidend sein. (ICG2)

6 Politische Einstellungen und politische Bewegungen

[208-L] Ahbe, Thomas:

Der Drang zur Mitte: die Wirkung des "Mitte"-Propagems bei personaler Identitätsbildung und Politik-Propaganda in der Gegenwartsgesellschaft, in: Rainer Gries, Wolfgang Schmale (Hrsg.): Kultur der Propaganda, Bochum: Winkler, 2005, S. 251-266, ISBN: 3-89911-028-5 (Standort: UB Bielefeld(361)-CM110K9P9)

INHALT: Der Beitrag setzt sich aus sozialpsychologischer Sicht mit der Propaganda der Mitte, genauer mit den Auswirkungen des "Mitte-Propagems" auseinander. Er fragt nach den psychischen Prozessen, die die Basis für eine erfolgreiche Propaganda der Mitte sein können. Zunächst werden soziologische und psychologische Diskussionen, Forschungsergebnisse und Prognosen zu zeitgenössischen Entwicklungstrends bei der Konstruktion personaler Identitäten betrachtet. Hier geht es um Individualisierung, Pluralisierung und Diversifikation von Identitäten und Lebensläufen. Die alltägliche Lebenserfahrung zeigt allerdings, dass diese Entwicklung nicht zu einer endlos anwachsenden Diversifikation individueller Lebensläufe führt. Die soziale Wirklichkeit besteht vielmehr aus einer uniformen Normalität, die nur eine geringe Zahl unterschiedlicher Lebensstile erlaubt. Der zweite Teil des Beitrags beschreibt die Auswirkungen von sozialer Kontrolle und Standardisierung in Gestalt des Normalismus-Diskurses als Denk- und Lebensweise. Diese Auswirkungen bestehen darin, dass sich die Menschen für gewöhnlich freiwillig über die Formen der Normalität informieren, sich dabei aber vorstellen, ihr persönlicher Lebensstil sei ein besonderer Ausdruck von Individualität. Der dritte Teil des Beitrags zeigt, wie die politische Werbung und Propaganda auf diese starke Orientierung zur Mitte hin reagiert. (ICEÜbers)

[209-L] Ammann, Herbert (Hrsg.):

Freiwilligkeit zwischen liberaler und sozialer Demokratie, (Reihe Freiwilligkeit), Zürich: Seismo Verl. 2004, 133 S., ISBN: 3-03777-030-9

INHALT: Der Band dokumentiert eine gleichnamige Tagung, die im Mai 2003 in Zürich von der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft und weiteren Einrichtungen veranstaltet wurde. Ihr Ziel war es, die verschiedenen Facetten von Freiwilligenarbeit und Freiwilligkeit und deren Stellenwert für das Zusammenleben in modernen Gesellschaften aus unterschiedlichen Blickwinkeln und Disziplinen zu analysieren. Neben theoretischen Überlegungen über das Phänomen Freiwilligkeit im Lichte der beiden Konzepte der liberalen und sozialen Demokratie geht es um Ansätze und Möglichkeiten zur Förderung von ehrenamtlichem Engagement. Die Beiträge beziehen sich hauptsächlich auf die Schweiz und auf Deutschland. Aus dem In-

haltsverzeichnis: Herbert Ammann: Freiwilligkeit, Gemeinnützigkeit und Sozialstaat (11-25); Thomas Olk: Freiwilligkeit aus der Sicht der Soziologie (26-43); Christoph Badelt: Freiwilligkeit aus der Sicht der Ökonomie (44-53); Brigitte Boothe: Freiwilligkeit aus der Sicht der Psychologie (54-71); Hanspeter Kriesi: Freiwilligkeit aus der Sicht der Politikwissenschaft (72-85); Eva Nadai: Der Lohn der Tugend. Zur Rationalisierung von Freiwilligenarbeit (86-101); Barbara Vogt-Holliger: Freiwilligenarbeit aus der Sicht der liberalen Wirtschaft (102-106); Erwin Carigiet: Die Stärkung des Sozialstaats durch die Zivilgesellschaft - kleine Solidaritäten als Unterstützung und nicht als Ersatz der grossen Solidaritäten (107-127); Heinz Altorfer: Zusammenfassende Thesen (128-133). (ZPol, VS)

[210-L] Arzheimer, Kai:

'Politikverdrossenheit' - eine Frage der Persönlichkeit?: der Zusammenhang zwischen Persönlichkeitsfaktoren und Verdrossenheitseinstellungen, in: Siegfried Schumann (Hrsg.): Persönlichkeit : eine vergessene Größe der empirischen Sozialforschung, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 193-207, ISBN: 3-531-14459-6 (Standort: USB Köln(38)-32A3491)

INHALT: Ziel des Beitrags ist es zu klären, in wie weit die Betrachtung von Persönlichkeitsmerkmalen einen Beitrag zur Erklärung von Politikverdrossenheit leisten kann. Zur Operationalisierung von Politikverdrossenheit wird auf sechs Einstellungen zurückgegriffen: Misstrauen gegenüber Parteien und Politikern, Unzufriedenheit mit Parteien und Politikern sowie Mangel an Responsivität des Mandatsträgers und an internal efficacy. Zu den untersuchten Persönlichkeitsmerkmalen zählen Neurotizismus, Extraversion, Offenheit, Verträglichkeit, Gewissenhaftigkeit und Affinität zu einem stabilen Orientierungssystem (ASKO). Insgesamt lassen sich die erwarteten Effekte der Persönlichkeitsmerkmale nicht nachweisen. Eine Ausnahme bildet das Konstrukt internal efficacy, für das sich signifikante und inhaltlich weitgehend plausible Effekte der Merkmale Neurotizismus, Offenheit und Verträglichkeit nachweisen lassen, deren Stärke an den Einfluss der "klassischen" Determinanten Bildung und Geschlecht heranreicht. (ICE2)

[211-L] Backes, Uwe; Jesse, Eckhard:

Extremismen im Vergleich - Entwicklung, Problemstellungen, Untersuchungsfelder, Perspektiven, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D) : 16. Jahrgang 2004, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 13-30, ISBN: 3-8329-0996-6

INHALT: Die Verfasser setzen sich in grundsätzlicher Weise mit den Möglichkeiten und Grenzen einer vergleichenden Extremismusforschung auseinander. Sie skizzieren die wichtigsten Untersuchungsfelder und komparativen Perspektiven der Extremismusforschung, deren historische Perspektive mit der Entwicklung von Ideologien und politischen Strömungen in Europa Ende des 18. Jahrhunderts beginnt. Die Verfasser skizzieren die Entwicklung der vergleichenden Extremismusforschung im 19. und 20. Jahrhundert, stellen zentrale Inhalte und Strukturen des Extremismuskonzepts vor und geben einen Überblick über die wichtigsten Forschungsfelder zu Extremismus als der Antithese des demokratischen Verfassungsstaates. Unterschiedliche Vergleichsebenen werden benannt (räumlich, zeitlich, sektoral, integral). Als Perspektive wird die Ausweitung der vergleichenden Extremismusforschung auf Formen des politisch-religiösen Fundamentalismus genannt. Angesichts der aktuellen Entwicklung, so

die Verfasser abschließend, kann die Existenz des demokratischen Verfassungsstaates im Weltmaßstab keineswegs als gefestigt gelten. (ICE2)

[212-L] Becker, Melanie; Reddig, Melanie:

Punitivität und Rechtspopulismus, in: Kriminologisches Journal, Beiheft, Jg. 36/2004, Beih. 8, S. 173-192 (Standort: USB Köln(38)-MEinzelsign; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Punitivität ist zu einem bedeutenden Programmpunkt bestimmter Wahlkampagnen geworden. Rechtspopulistische Identitätspolitik basiert auf der Konstruktion einer bedrohten populistischen Gemeinschaft. Punitivität eignet sich sowohl zur Darstellung der Bedrohung als auch zur Demonstration von Handlungsbereitschaft. Der Erfolg des punitiven Rechtspopulismus begründet sich in den anomischen Folgen von Individualisierung, Neoliberalismus und Globalisierung. Die ungleiche Betroffenheit von diesen Modernisierungsfolgen führt zu einer unterschiedlichen Affinität zu punitivem Rechtspopulismus in den gesellschaftlichen Milieus." (Autorenreferat)

[213-F] Benthin, Rainer, Dr.phil. (Bearbeitung); Raschke, Joachim, Prof.Dr. (Betreuung):

Politische Öffentlichkeit und rechtsradikaler Diskurs in Deutschland

INHALT: Bewegungsanalytische und öffentlichkeitsstrategische Fokussierung der intellektuellen Neuen Rechten in Deutschland. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Bewegungsanalyse; politische Öffentlichkeit; strategische Kommunikation; Diskursanalyse

ART: Dissertation; gefördert *BEGINN:* 1997-01 *ENDE:* 2003-12 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Hans-Böckler-Stiftung

INSTITUTION: Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Department Sozialwissenschaften Institut für Politische Wissenschaft Teilbereich Methodische und Historische Grundlagen (Allende-Platz 1, 20146 Hamburg)

KONTAKT: Betreuer (e-mail: P.Raschke@sozialwiss.uni-hamburg.de)

[214-L] Bergmann, Werner:

Antisemitismus in Deutschland von 1945 bis heute, in: Samuel Salzborn (Hrsg.): Antisemitismus - Geschichte und Gegenwart, Gießen, 2004, S. 51-80, ISBN: 3-00-012714-3 (Standort: UuStB Köln(38)-30A9038; Graue Literatur)

INHALT: Der Beitrag behandelt die Entwicklung des Antisemitismus nach dem Zweiten Weltkrieg. Skizziert wird die politische Einstellung und die Politik in Ost- und Westdeutschland bis in die 80er Jahre sowie im wiedervereinigten Deutschland. Der Autor geht davon aus, dass sich der Antisemitismus nach dem Holocaust von früheren Formen der Judenfeindschaft unterscheidet: 1. Er muss auf den Völkermord reagieren (durch Leugnung oder Schuldprojektion an die Juden). 2. In den meisten europäischen Ländern ist er ein Antisemitismus ohne Juden, d.h. er entzündet sich nicht anhand von Konflikten mit Juden im Land. 3. Er ist in der Form des Antizionismus zu finden, der Juden kollektiv für die Politik des Staates Israels verantwortlich macht. (Fr)

[215-L] Bulmahn, Thomas:

Das sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbild in Deutschland: aktuelle Ergebnisse der repräsentativen SOWI-Bevölkerungsbefragung 2005, in: SOWI news : Newsletter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, 2006, H. 1, S. 1-12 (URL: http://www.sowi.bundeswehr.de/portal/PA_1_0_LT/PortalFiles/02DB04000000001/W26LTAW_P129INFODE/SOWI.NEWS-2006-Heft1.pdf?yw_repository=youatweb)

INHALT: "Im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung führt das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr repräsentative Bevölkerungsbefragungen durch, um die Einstellungen der Menschen in Deutschland zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen zu ermitteln. Das Themenspektrum dieser Studie umfasst unter anderem das Sicherheits- und Bedrohungsempfinden der Bundesbürger, die Einstellungen zu grundlegenden sicherheitspolitischen Fragen, die Wahrnehmung und Bewertung der Bundeswehr, die Auffassungen zu den Aufgaben und Einsätzen der Bundeswehr, die Meinungen zur Pflege militärischer Traditionen, die Einstellungen zur Wehrpflicht und die Auffassungen zur internationalen militärischen Zusammenarbeit. Im Folgenden werden die wichtigsten Resultate der Studie präsentiert. Die Einstellungen zu sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen können von ganz unterschiedlichen Faktoren beeinflusst werden: vom Bildungsniveau, vom Alter, von Werten und religiösen Überzeugungen. Emotionen spielen in diesem komplexen Beziehungsgeflecht ebenfalls eine wichtige Rolle. In einem Klima der Bedrohung wächst das Bedürfnis nach Schutz und Sicherheit, nach Gewissheit und Vertrauen. Die Akzeptanz von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheitslage nimmt zu. Gleichzeitig geht die Bereitschaft, zusätzliche Risiken einzugehen, zurück. Fragen zum Sicherheitsempfinden der Bundesbürger stehen deshalb am Anfang der Studie: Welche Bedrohungen nehmen die Menschen in Deutschland wahr? Wie sicher fühlen sie sich? Die in den letzten Jahren durchgeführten Maßnahmen zur Reform der sozialen Sicherungssysteme und die anhaltenden Diskussionen um die zukünftige Gestalt des Sozialstaates haben die Menschen in Deutschland erheblich verunsichert. 60 Prozent der Bundesbürger fühlen sich von den Kürzungen der Sozialleistungen persönlich bedroht. Etwa jeder Zweite fürchtet eine ungenügende finanzielle Absicherung im Alter, bei Arbeitslosigkeit bzw. bei Krankheit. Verstärkt werden diese Ängste durch die prekäre Lage auf dem Arbeitsmarkt. Vier von zehn Bürgern haben Angst, den eigenen Arbeitsplatz zu verlieren bzw. keinen Arbeitsplatz mehr zu finden. Die vorliegende Untersuchung wurde als computergestützte persönliche Befragung (CAPI) realisiert. Zur Grundgesamtheit gehören alle deutschsprachigen Personen ab 16 Jahren, die in Privathaushalten in der Bundesrepublik Deutschland leben. Aus dieser Grundgesamtheit wurde im Rahmen des ADM-Mastersamples eine repräsentative, mehrstufig geschichtete Zufallsstichprobe gezogen. Die Interviews wurden in der Zeit vom 22.04.2005 bis 26.05.2005 durchgeführt. Insgesamt wurden 2 544 Personen befragt." (Textauszug)

[216-L] Burdewick, Ingrid:

Politische Sozialisation und Geschlecht: Ergebnisse einer qualitativen empirischen Studie zur politischen Partizipation Jugendlicher, in: Deutsche Jugend : Zeitschrift für Jugendfragen und Jugendarbeit, Jg. 53/2005, H. 6, S. 269-277

INHALT: Zahlreiche empirische Untersuchungen und Analysen der letzten Jahre belegen eine zunehmende Distanzierung junger Leute von der traditionellen Politik. Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung sind zahlreiche Modelle zur politischen Beteiligung Jugendlicher und

junger Erwachsener eingerichtet worden. Damit will man die Jugendlichen motivieren, sich auch im Erwachsenenalter politisch zu engagieren. Inwieweit diese Zielsetzung erfolgreich ist, versucht die Autorin in diesem Beitrag anhand empirischer Ergebnisse einer qualitativen Studie zur politischen Partizipation zu ergründen. Mittels problemzentrierter Interviews hat die Autorin sechzehn 11- bis 18-jährige Abgeordnete des ersten niedersächsischen Jugendparlaments in der Kleinstadt Wittingen befragt. Dabei ging es vor allem um Einstellungen zur Politik im Allgemeinen, zur Arbeit im Jugendparlament im Besonderen und zu den biografischen Orientierungen in Bezug auf ein politisches Engagement im Erwachsenenalter. Die Ergebnisse zeigen u.a., dass sich Jungen ungebrochener mit einem späteren Engagement im Bereich traditioneller Politik identifizieren können als weibliche Jugendliche. Das Jugendparlament betrachten sie in diesem Zusammenhang eher als Übungsfeld oder Motivationsraum. Dass Mädchen ein ausgeprägteres Interesse an einem politischen Engagement im engeren sozialen Umfeld zeigen, hängt wohl damit zusammen, dass sie sich aufgrund ihrer Sozialisation eher mit kontextbezogenen Vorstellungen identifizieren können als Jungen. Resümierend stellt die Autorin fest, dass die mit der Einrichtung von Partizipationsmodellen verknüpfte Zielsetzung, wenn überhaupt, dann doch leichter bei männlichen Jugendlichen erreicht werden kann als bei weiblichen. (DJI/Sd)

[217-L] Döring, Uta:

"National befreite Zonen": zur Entstehung und Karriere eines Kampfbegriffs, in: Andreas Klärner, Michael Kohlstruck (Hrsg.): *Moderner Rechtsextremismus in Deutschland*, Hamburg: Hamburger Ed., 2006, S. 177-206, ISBN: 3-936096-62-7

INHALT: "Die Autorin rekonstruiert in ihrem Beitrag die Debatten über 'National befreite Zonen'. Sie zeigt im Detail, wie das Schlagwort von den 'befreiten Zonen' Anfang der 1990er Jahre zunächst innerhalb der (internationalen) rechtsextremen Publizistik aufgebracht wurde. Nachdem die Diskussion dieser Idee dort selbst längst schon wieder zum Erliegen gekommen war, wurde das Konzept von kritischen Beobachtern wieder aufgegriffen. Sie nutzten es, um damit eine ganze Reihe sehr verschiedener Phänomene zu bezeichnen und sie zugleich als Resultate einer rechtsextremen Strategie darzustellen. Nach dieser externen Revitalisierung wurde der Ausdruck auch innerhalb des Rechtsextremismus wieder häufiger verwendet. Die Autorin macht zu Recht darauf aufmerksam, dass der 'Kampf gegen Rechts' selber seine Feinde dämonisiert und ihnen mehr strategische Planung zuspricht, als tatsächlich vorhanden ist." (Autorenreferat)

[218-L] Dürsch, Klaus:

Zur Bedeutung des Nationalsozialismus für Jugendliche in Deutschland, (Studien zu Pluralität in Bildung und Erziehung, Bd. 3), Bad Iburg: Der Andere Verl. 2005, 137 S., ISBN: 3-89959-300-6 (Standort: ULB Münster(6)-MS2300/143)

INHALT: "Die Nachfahren von Tätern und Opfern stellen die Frage, ob und wenn ja, in welcher Form, die NS-Diktatur für Jugendliche heute noch bedeutend ist. Wie aber ist die Bedeutung für andere ('normale') Jugendliche? Den Schwerpunkt dieses Bandes bildet die Analyse einer Gruppendiskussion mit Jugendlichen aus Deutschland und anderen Herkunftsländern zu diesem Thema. Herausgearbeitet wird, dass die NS-Diktatur für Jugendliche in Deutschland unabhängig von ihrer Herkunft relevant ist. Dies zeigt sich insbesondere bei der Bearbeitung des

Themas Schuld und der diffusen Befürchtung, 'dass es wieder passieren kann'. Abschließend werden die Ergebnisse der Analyse mit Blick auf Konsequenzen für den Umgang mit der NS-Diktatur in schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit befragt." (Autorenreferat)

[219-L] Eckert, Roland:

Die Eskalation unregulierter Konflikte: Möglichkeiten und Grenzen der Prognose von Terrorismus, in: Uwe E. Kemmesies (Hrsg.): Terrorismus und Extremismus : der Zukunft auf der Spur ; Beiträge zur Entwicklungsdynamik von Terrorismus und Extremismus - Möglichkeiten und Grenzen einer prognostischen Empirie, Neuwied: Luchterhand, 2006, S. 71-84, ISBN: 3-472-06588-5

INHALT: Der Beitrag befasst sich aus soziologischer Perspektive mit Möglichkeiten und Grenzen der Phänomenprognose und bezeichnet die Transformationsprozesse, die den Weg in den Terrorismus bestimmen. Bei der Skizzierung des Phänomens Terrorismus wird eine konflikttheoretische Erklärung vorgestellt, die davon ausgeht, dass unregulierte Konflikte zu Interaktionsspiralen (Rückkoppelungsschleifen) führen, in denen Gewalt eskaliert. Aus der konflikttheoretischen Erklärung von Terrorismus ergeben sich Ansatzpunkte für phänomenbezogene Prognosen, wenn auch auf der Grundlage einer präzisen Analyse des Gegenwärtigen in nur begrenztem Maße. In dieser Weise erweist sich Terrorismusforschung in erster Linie als Konfliktforschung. Aus der Analyse werden abschließend Konsequenzen für die Gestaltung einer phänomennahen Anti-Terror-Politik formuliert. Sowohl Zurückweichen als auch Eintreten in einen Vergeltungszirkel, auf das Terrorzirkel hoffen, kann zu weiteren Eskalationsschritten führen. Hauptaufgabe der Rechtsstaaten ist es daher, die Radikalisierung der Gemeinschaften zu stoppen sowie ökonomische und demokratische Chancen zu öffnen. (ICH2)

[220-F] Fachhochschule Düsseldorf:

Sozialrassismus

INHALT: In diesem Projekt werden Themen und Fragen aufgegriffen, die in der Öffentlichkeit kaum oder gar nicht im Zusammenhang mit Rechtsextremismus und Neonazismus diskutiert werden. Viele Opfer offener rassistischer Gewalt waren und sind Obdachlose, Behinderte oder Homosexuelle. Wenn sie auf offener Straße angepöbelt, angegriffen oder sogar erschlagen wurden und werden, richtet sich der Blick mit Abscheu vor allem auf die rassistischen, meist jugendlichen Täter. Dabei gibt es sowohl bei der Auswahl der Opfer als auch dem Versuch, sie aus dem öffentlichen Leben verschwinden zu lassen, Überschneidungen mit Denkweisen und Praktiken der Ausgrenzung, die in der Mitte der Gesellschaft fest verankert sind. So wird z.B. nicht oder selten wahrgenommen, dass die humangenetische Zielsetzung "Kommendes Leid verhindern" und die von rechten Skinheads zu hörende platte Parole "Unnützen Fressern das Maul stopfen" viel miteinander zu tun haben: immer geht es darum, dass Menschen, die den Kriterien der leistungsorientierten Arbeitsgesellschaft nicht entsprechen, die schwerstkrank oder behindert sind, möglichst aus der Welt verschwinden oder gar nicht erst geboren werden sollen. Udo Sierck kommentiert dies im Vorwort zu dem Buch "Der Pannwitzblick" so: "Die einen haben die Rolle der Wort- und Ideengeber, die anderen schlagen zu.... Selektion ja, aber bitte in geordneten (medizinischen) Bahnen und unter dem Schutz der wissenschaftlichen Reputation." Deshalb werden im Rahmen dieses Projektes einige Aspekte eines aktuellen Sozialrassismus beleuchtet, der in der Mitte der Gesellschaft verankert

ist und eine lange Tradition hat. "Seit der Etablierung der rassen- und sozialhygienischen Ideen zu Beginn dieses Jahrhunderts existiert eine sozialrassistische Linie, die sich gegen verarmte, in ihrer Sexualität unangepasste, gegen physisch oder psychisch oder sonst wie auffällige Menschen aus der Bevölkerung richtet. (...) Bei dem Zugriff auf diese Gruppen, helfen moderne Sozialtechniken der Erfassung und Kontrolle sowie technokratische Sanktionen wie der Entzug von Unterstützungsleistungen, die Androhung der Bestrafung oder die kurzfristige oder endgültige Freiheitsberaubung in differenzierten Institutionen."

ART: keine Angabe **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

INSTITUTION: Fachhochschule Düsseldorf, FB Sozial- und Kulturwissenschaften, Arbeitsstelle Neonazismus (Universitätsstr., Geb. 24.21, 40225 Düsseldorf)

KONTAKT: Institution (Tel. 0221-811-4625, e-mail: forena@fh-duesseldorf.de)

[221-L] Gabriel, Karl:

Entgrenzte Solidarität?: Ergebnisse einer Studie über "Christliche Dritte-Welt-Gruppen" in Deutschland, in: Michael Krüggeler, Stephanie Klein, Karl Gabriel (Hrsg.): *Solidarität - ein christlicher Grundbegriff : soziologische und theologische Perspektiven*, Zürich: Theolog. Verl., 2005, S. 19-43, ISBN: 3-290-20025-6 (Standort: B d. Priesterssem. Trier(TR2)-GB3600)

INHALT: Der Beitrag entwickelt in einem ersten Schritt theoretische Überlegungen zur Entwicklungsrichtung, in die sich heute Sinnorientierungen und Legitimationsmuster solidarischen Engagements verändern. Die Auslöser des Solidaritätswandels - vom naturrechtlich begründeten zum universalen Solidaritätsverständnis - werden im sozialen und religiösen Wandel gesucht. Vor diesem Hintergrund werden Ergebnisse einer - quantitativ wie qualitativ verfahrenen - empirischen Untersuchung christlicher Dritte-Welt-Gruppen vorgelegt, die die Formen der Verschränkung von Glaube und developmentopolitischem Engagement erkunden und Gründe für die Nähe oder Ferne zu kirchlichen Strukturen aufzufindig machen soll. Gefragt wurde nach Zusammensetzung, Arbeitsweise, Nähe zu kirchlichen Strukturen, Beständigkeit, Selbstbestimmung, Verhältnis zur developmentopolitik und zur katholischen Kirche. Dabei werden unterschiedliche Milieus sichtbar (gemeindenahes Milieu, Grenzmilieu, Bewegungsmilieu). Die Studie zeigt, dass die Dritte-Welt-Gruppen ihr Handeln vor allem durch eine universale Solidaritätsverpflichtung begründen. (ICE)

[222-L] Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.):

Deutsche Zustände: Folge 4, (Edition Suhrkamp, Bd. 2454), Frankfurt am Main: Suhrkamp 2006, 320 S., ISBN: 3-518-12454-4

INHALT: "Die Reihe Deutsche Zustände untersucht Erscheinungsweisen, Ursachen und Entwicklungen 'Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit' wie Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Heterophobie (gegen Obdachlose, Homosexuelle, Muslime etc.) und Sexismus, wobei wissenschaftliche Analysen mit exemplarischen Fallgeschichten, Essays und Interviews verbunden werden. Die Schwerpunkte der Folge 4 liegen auf den Veränderungen der politischen Mitte mit ihren Konsequenzen für die Abwertung von Minderheiten, auf der Angst vor dem Islam sowie auf den Auswirkungen der Strukturkrise der Gesellschaft." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Wilhelm Heitmeyer: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Gesellschaftliche Zustände und Reaktionen in der Bevölkerung aus 2002 bis 2005 (15-36); Jürgen Mansel/Kirsten Endrikat/Sandra Hüpping: Krisenfolgen. Soziale Abstiegsängste

fördern feindselige Mentalitäten (39-66); Carina Wolf/Elmar Schlüter/Peter Schmidt: Relative Deprivation. Riskante Vergleiche treffen schwache Gruppen (67-85); Sandra Hüpping: Anomia. Unsicher in der Orientierung, sicher in der Abwertung (86-100); Kirsten Endrikat: Jüngere Menschen. Größere Ängste, geringere Feindseligkeit (101-114); Andreas Zick/Beate Küpper: Politische Mitte. Normal feindselig (115-134); Jürgen Leibold/Steffen Kühnel: Islamophobie. Differenzierung tut not (135-155); Frank Asbrock/Ulrich Wagner/Oliver Christ: Diskriminierung. Folgen von Feindseligkeit (156-175); Beate Küpper/Andreas Zick: Riskanter Glaube. Religiosität und Abwertung (179-192); Heike Kleffner: Rechte Notwehr. Das Urteil ist rechtskräftig (193-198); Florian Oel: Jüdisches Bangen hat ein Ende. In diesem Fall (199-202); Nele Heitmeyer (Bilder)/Nora Hertel (Interviews) Bewachter Alltag, bewachte Kultur (205-218); Annette Ramelsberger: Alltag in der Parallelwelt. Über den täglichen Kampf der Integration (219-226); Toralf Staud: 'Die Araber, also ehrlich, die sind ganz anders.' Ein Gespräch mit drei Frauen aus Sachsen über Politik, soziale Gerechtigkeit und Ausländer (228-240); Hans-Peter Bartels: Warum Kapitalismuskritik heute so schwer fällt - und notwendiger denn je ist (243-251); Axel Vornbäumen: NPD: Trimmen für die Mitte (253-261); Roland Preuß: Vom Verbot zur Mogelpackung. Wie Lobbyisten, Medien und Parteien das Gesetz gegen Diskriminierung zerrieben haben (263-271); Christian Petry: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, (273-291); Esther Dischereit: Das Robin-Hood-Syndrom. Zwei junge Frauen (295-300); Wolfgang Huber im Gespräch mit Wilhelm Heitmeyer und Gunter Hofmann: 'Die Wiederkehr von Religion ist nicht nur etwas, worüber man sich freuen kann.' (303-316).

[223-L] Hofmann, Wilhelm; Lesske, Franz (Hrsg.):

Politische Identität - visuell, (Studien zur visuellen Politik, 1), Münster: Lit Verl. 2005, 191 S., ISBN: 3-8258-8471-6

INHALT: Die Aufsätze gehen auf eine Tagung des Arbeitskreises Visuelle Politik zurück, die im Rahmen des Mainzer Kongresses der DVPW 2003 stattfand. Der Band wurde durch einige zusätzliche Texte ergänzt. In den theoretischen Beiträgen diskutieren die Autoren die 'Art der Visibilisierung von Politik' und deren 'besondere Leistung einer visuellen Konstruktion von politischer Identität' (6 f.) vor dem Hintergrund kommunikations- und medientheoretischer Überlegungen. Die Thesen werden in exemplarischen Untersuchungen auf anschauliche Weise empirisch überprüft. Die Themenbreite reicht von 'Überlegungen zur US-Identität im Film vor und nach dem 11. September 2001' (45) über 'Bemerkungen zum 'unübersehbaren' Identitätswandel der Grünen' (65) bis hin zu Untersuchungen über identitätsstiftende Medien in der DDR und die Rolle 'visueller Kommunikation im Internet' (153) in der rechtsextremen Szene. Aus dem Inhaltsverzeichnis: I. Theoretische Positionen: Wilhelm Hofmann: Politische Identität - visuell. Theoretische Anmerkungen zur visuellen Konstruktion politischer Identität (3-26); Daniel C. Henrich: Vom Sehen zum Sprechen - vom Beobachten zum Handeln: Anmerkungen zum Identitätsbegriff bei Jürgen Habermas (27-42); II. Exemplarische Untersuchungen: Tobias Bevc: Politische Identität im Film. Überlegungen zur US-Identität im Film vor und nach dem 11. September 2001 (45-64); Benjamin Burkhardt: Joschka Fischer spielt Uncle Sam. Bemerkungen zum 'unübersehbaren' Identitätswandel der Grünen (65-86); Philipp Fraund: Zur Funktion einer Elite - Das United States Marine Corps als Stifter nationaler Identität (87-109); Andreas Ilsmann / Alfred Kirpal: Die DDR als Wissenschaftsland? Themen und Inhalte von Wissenschaftsmagazinen im DDR-Fernsehen (111-132); Detlef Kannapin: 'DDR-Identität' oder DDR-Bewußtsein im DEFA-Spielfilm? (133-152); Stefan Meier-

Schuegraf: Merkmale rechtsextremistischer visueller Kommunikation im Internet (153-173);
Andreas Wilhelm: Internationale Politik in den Bilderwelten des Kinofilms. Mittel zur Identitätsbildung oder Feindbildkonstruktion? (175-187). (ZPol, VS)

[224-L] Jarre, Nikolai:

Interessengruppen in der Demokratie: Wohlfahrtseffekte und mögliche Reformmaßnahmen.
in: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Bd. 31/2005, H. 4, S. 341-364 (Standort: USB
Köln(38)-Haa1470; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Dieser Aufsatz beschäftigt sich zunächst damit, wie sich der in der Praxis zu beobachtende, große Einfluss von Interessengruppen auf (wirtschafts-)politische Entscheidungen in der Demokratie theoretisch erklären lässt. Hierfür wird auf die Theorie der Interessengruppen - einen integralen Baustein der ökonomischen Theorie der Politik - zurückgegriffen. Die durch Interessengruppen hervorgerufenen (negativen wie positiven) Wohlfahrtseffekte werden aufgezeigt. Im Anschluss daran wird versucht, aus diesen theoretischen Erkenntnissen normative Schlussfolgerungen zur Ausgestaltung des für Interessengruppen relevanten institutionellen Rahmens zu ziehen und sinnvolle (Reform-) Maßnahmen zur Verbesserung der Wohlfahrtseffekte aufzuzeigen." (Autorenreferat)

[225-L] Jesse, Eckhard:

Organisationen 2003, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D) : 16. Jahrgang 2004, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 118-132, ISBN: 3-8329-0996-6

INHALT: Die Bundestagswahl 2002 brachte an den politischen Rändern eine merkliche Schwächung; die PDS verlor ihren Fraktionsstatus, die wahlpolitische Schwäche der Rechten setzte sich fort. Das Jahr 2003 erlebte keine grundlegende Kräfteverschiebung an den politischen Rändern. Die Stellung der PDS links von SPD und Bündnis90/Die Grünen blieb trotz der Wahlniederlage der Partei im Vorjahr unangefochten, während sich rechtsaußen mehrere Wahlformationen gegenseitig die Stimmen wegnahmen. Die NPD konnte vom Abbruch des Verbotverfahrens nicht profitieren. Die größte Gefahr für die Innere Sicherheit ging von international vernetzten islamistischen Globalisierungsgegnern aus, die mit ihrem Antiamerikanismus und Antisemitismus rechts- wie linksextremen Vereinigungen in vieler Hinsicht nahe kamen. (ICE2)

[226-L] Jessen, Frank:

Türkische religiöse und politische Organisationen in Deutschland III, (Zukunftsforum Politik, Nr. 72), Sankt Augustin 2006, 73 S., ISBN: 3-937731-83-0 (Graue Literatur; URL:
http://www.kas.de/db_files/dokumente/zukunftsforum_politik/7_dokument_dok_pdf_8129_1.pdf)

INHALT: "Seit Beginn der türkischen Arbeitsmigration vor 40 Jahren haben sich die türkischen Migranten eine Vielzahl von Organisationen geschaffen. Die meisten stehen der deutschen Gesellschaft positiv gegenüber und verhalten sich gesetzestreu. Teilweise wird sogar ausdrücklich das Ziel der besseren Integration verfolgt. Einige Organisationen zeichnen sich aber durch integrationshemmende Einstellungen und Handlungen aus bzw. haben offenbar Prob-

leme mit der politischen und gesellschaftlichen Ordnung in Deutschland. Bisweilen verhindert auch die Fixierung auf das Herkunftsland einen Wandel in den Einstellungen zur deutschen Aufnahmegesellschaft." (Autorenreferat)

[227-L] Kätzel, Ute:

Geschlecht, Gewalt und Pazifismus: 1968 und die Anti-Vietnamkriegsbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jennifer A. Davy, Karen Hagemann, Ute Kätzel (Hg.): *Frieden - Gewalt - Geschlecht : Friedens- und Konfliktforschung als Geschlechterforschung*, Essen: Klartext-Verl., 2005, S. 222-243, ISBN: 3-89861-515-4 (Standort: UB München(19)-8-06-2204)

INHALT: Bis heute wird der theoretische Diskurs dafür verantwortlich gemacht, dass die Proteste der 1968er-Bewegung gegen den Vietnamkrieg zur Unterstützung von Gewalt gegen Sachen und bis zu einem gewissen Grad auch gegen Menschen führten. Der vorliegende Beitrag basiert auf Interviews mit Aktivistinnen und Aktivisten der Anti-Vietnamkrieg-Bewegung. Zunächst wird gefragt, im welchem Ausmaß die biographischen Erfahrungen der Protagonisten zur Radikalisierung der Bewegung Ende der 1960er Jahre beitrugen. Sodann wird untersucht, welchen Einfluss die verschiedenen Aktionsformen der Bewegung auf die Geschlechtsrollen ausübten und in welchem Ausmaß andererseits das Geschlecht der 1968er-Aktivistinnen ihre Aktionen beeinflusste. Der Beitrag hinterfragt die verbreitete Auffassung, dass die Frauen in der 1968er-Bewegung eher dem Pazifismus zuneigten als die Männer. (ICEÜbers)

[228-L] Kemmesies, Uwe E. (Hrsg.):

Terrorismus und Extremismus: der Zukunft auf der Spur ; Beiträge zur Entwicklungsdynamik von Terrorismus und Extremismus - Möglichkeiten und Grenzen einer prognostischen Empirie, (BKA Polizei und Forschung, Bd. 33), Neuwied: Luchterhand 2006, VIII, 263 S., ISBN: 3-472-06588-5

INHALT: "Die vorliegende Aufsatzsammlung dokumentiert das erste Kolloquium einer interdisziplinären Expertengruppe zum Thema 'Zur Entwicklungsdynamik von Terrorismus und Extremismus - Möglichkeiten und Grenzen einer prognostischen Empirie'. Die Gruppe namhafter Experten, vornehmlich aus dem Bereich der Terrorismus-/Extremismusforschung, hat sich mit keiner geringeren Frage befasst als derjenigen, ob es gelingen kann in die Zukunft zu schauen. Der hierzu motivierende Gedanke ist denkbar simpel: Das Wissen um künftige Entwicklungen ist die Voraussetzung dafür, sich besser auf das kommende vorbereiten zu können, um prognostiziertes Unheil abwenden oder, im weniger günstigen Falle, mögliche Schäden minimieren zu können. Die Beiträge greifen aus sehr differenten wissenschaftlichen Perspektiven theoretische, methodische sowie konkret phänomenbezogene Aspekte und Fragestellungen auf. Diese stellen sich unweigerlich, wenn es darum gehen soll, in diesem herausfordernden Forschungsfeld der Zukunft auf die Spur zu kommen: Offensichtlich ist es unumgänglich, unsere Bemühungen um interdisziplinäre und systematisch vergleichende Forschungsansätze zu intensivieren." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Uwe E. Kemmesies: *Zukunftsaussagen wagen: Zwischen Verstehen und Erklären - Methodologische und theoretische Notizen zur Prognoseforschung im Phänomenbereich Extremismus/Terrorismus* (1-39); Uwe Backes: *Interdependenzen und Interaktionen zwischen gewaltlosen und gewaltorientierten extremistischen Akteuren am Beispiel von 'Autonomen', 'Neonationalsozialisten' und 'Skinheads' in der Bundesrepublik Deutschland* (41-57); Lorenz Böllinger: *Die Entwicklung*

zu terroristischem Handeln als psychosozialer Prozess (59-70); Roland Eckert: Die Eskalation unregulierter Konflikte - Möglichkeiten und Grenzen der Prognose von Terrorismus (71-84); Horst Entorf: Islamistischer Terrorismus: Analysen, Entwicklungen und Anti-Terrorpolitik aus der Sicht ökonomischer Forschung (85-103); Henner Hess: Terrorismus: Quo vadis? Kurzfristige Prognosen und mittelfristige Orientierungen (105-150); Matthias Horx: Zur Entwicklungsdynamik von Terrorismus und Extremismus (151-161); Franz Liebl: 'Im Auge des Betrachters' - Überlegungen zum Terrorismus aus der Perspektive des Strategischen Marketing (163-177); Herfried Münkler: Der Terror und wir (179-198); Robert Pelzer /Sebastian Scheerer: Terrorismus-Prognosen: Fehlerquellen und Rechtsstaatlichkeit (199-216); Tania Puschnerat: Zur Bedeutung ideologischer und sozialer Faktoren in islamistischen Radikalisierungsprozessen - eine Skizze (217-235); Werner Schiffauer: Verfassungsschutz und islamische Gemeinden (237-254); Peter Waldmann: Zur Erklärung und Prognose von Terrorismus (255-263).

[229-L] Kolb, Felix:

Die politischen Auswirkungen und Erfolge sozialer Bewegungen, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 19/2006, H. 1, S. 12-23

INHALT: "Die Beurteilung des Erfolges von sozialen Bewegungen ist mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Felix Kolb diskutiert in seinem Beitrag, wie die Bewegungswissenschaft sich dem Problem der Erfolgsmessung nähern kann. Zunächst ist eine Fokussierung auf Effekte anstelle von Erfolg notwendig, denn die umfassende Ermittlung von Zielen einer Bewegung ist kaum möglich. Aus den vielfältigen Effekten von Bewegungen betrachtet Kolb nur die politischen. In Hinblick auf substantielle politische Auswirkungen unterscheidet er Agenda Impact, Alternatives Impact, Policy Impact und Collective Goods Impact und präsentiert die jeweiligen einschlägigen Befunde. In Bezug auf politisch-institutionelle Auswirkungen werden Auswirkungen auf das Verhältnis von Institutionen unterschieden von Auswirkungen auf die politische Struktur und schließlich einer revolutionären Veränderung des Gesamtgefüges." (Autorenreferat)

[230-F] Kraushaar, Wolfgang, Dr.phil. (Bearbeitung):

Die Protest-Chronik 1960 bis 1969

INHALT: Das Projekt die Protest-Chronik verfährt streng mikrologisch. Sie orientiert sich vor allem an Ereignissen des Dissenses. Sie sammelt solche Vorfälle, wertet sie aus und stellt sie in möglichst komprimierter, aber auch akzentuierter Form dar. Obwohl streng an der historischen Empirie orientiert, will sie keine Dokumentation sein. Was den Chronisten vom Dokumentaristen unterscheidet, ist die Optik. Der Chronist ist auf der Suche nach dem in einem Sachverhalt verborgenen Narrativ. Erst wenn sich etwas erzählen lässt, ist die Sache nicht verloren, sondern in der Darstellbarkeit ihres Verlaufes zurückgewonnen. In die Protest-Chronik werden sehr unterschiedliche Ereignisse, Vorkommnisse und Sachverhalte aufgenommen. Es wird keine Rücksicht darauf genommen, in welchem Bereich die jeweiligen Protestphänomene lokalisiert sind. Ob sich der Protest in Politik oder Wirtschaft, Justiz oder Bankwesen, den Kirchen, der Kultur oder anderswo ereignet, ist sekundär. Keinerlei Beschränkung gibt es in Auswahl und Darstellung durch die Fixierung auf eine einzige politische Richtung. Linke und Liberale, Konservative und Rechte kommen darin ebenso vor wie

die Repräsentanten von Positionen, die sich nicht fest zuordnen lassen. Entscheidend ist allein, ob sie als Träger oder Adressaten von Protestaktivitäten auftauchen. Gerade weil die Links-Rechts-Axiomatik von so zentraler Bedeutung für die Polarisierung, Mobilisierung und Konfliktaustragung ist, wird keine Beschränkung nach Kriterien politischer Positionsbestimmungen vorgenommen. In die Chronik werden Entscheidungen, Reaktionen und Positionsveränderungen im Staat und seinen Organen, in den Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Medien, im Justiz- und Verwaltungsapparat aufgenommen, sofern sie sich auf den Protest in mittelbarer oder unmittelbarer Form beziehen. Protest ist ein positioneller Begriff. Er richtet sich gegen einen Missstand, deckt auf, klagt an, macht öffentlich. Protest an sich macht keinen Sinn. Er entsteht nicht im luftleeren Raum. Nur in Beziehung zu etwas, in kritischer, oppositioneller oder gegnerischer Haltung zu einem Machthaber oder einer Machtinstanz gewinnt er seine Bedeutung. Wer nach einem Ereignis des Protests fragt, der erwartet zugleich Auskunft über das Gegenüber, den- oder diejenigen, an die sich der Appell, die Aufforderung, zuweilen auch Drohung, richtet. Damit kommt eine Person, Institution oder Organisation ins Spiel, ein Ausschnitt des politischen Systems, in dem Appellierende und Handelnde aufeinander bezogen sind. In dieser Konstellation geht es um Problemstellen, um Mängel, Widersprüche, Krisen- und Gefahrenherde. Insofern ist der Protest immer schon eingebunden in das System, in dem er auftritt. Er ist negativ eingebunden, indem er sich gegen einen Mangel oder Missstand richtet; er ist positiv eingebunden, indem er auf dessen Behebung, Überwindung oder Veränderung abzielt. Unter Protest wird hier eine Form des öffentlichen Auf- oder Eintretens für eine partikulare gesellschaftliche Zielsetzung verstanden, mit der ein Missstand behoben, eine drohende Gefahr abgewendet oder allgemeiner eine Veränderung herbeigeführt werden soll. Subjekt des Protests ist eine Assoziation von Individuen, Gruppen und/ oder Organisationen. In ihr gibt es weder eine Mitgliedschaft, eine anders definierte Formalisierung der Zugehörigkeit noch normativ abgesicherte Verhaltensregeln. Eine Teilnahme an den entsprechenden Aktivitäten steht prinzipiell allen Interessierten offen. *ZEITRAUM*: 1960-1969
GEOGRAPHISCHER RAUM: Bundesrepublik Deutschland, DDR

ART: keine Angabe **AUFTRAGGEBER**: keine Angabe **FINANZIERER**: keine Angabe

INSTITUTION: Hamburger Institut für Sozialforschung (Mittelweg 36, 20148 Hamburg)

KONTAKT: Institution (e-mail: his@his-online.de)

[231-L] Leif, Thomas; Speth, Rudolf:

Zehn zusammenfassende Thesen zur Anatomie des Lobbyismus in Deutschland und sechs praktische Lösungsvorschläge zu seiner Demokratisierung, in: Thomas Leif, Rudolf Speth (Hrsg.): Die fünfte Gewalt : Lobbyismus in Deutschland, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2006, S. 351-363, ISBN: 3-531-15033-2

INHALT: Der Einfluss der Lobbyisten in der Berliner Republik wächst massiv. Die Akteure in den Lobby-Organisationen und Hauptstadtrepräsentanzen haben sich von einer "Stilen Macht" längst zur Fünften Gewalt entwickelt. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hatten Lobbyisten so viel Einfluss, noch nie haben sie ihre Interessen so offensiv in den politischen Prozess eingebracht. Nie zuvor waren die Austauschbeziehungen mit einflussreichen Akteuren in Verwaltung und politischer Spitze so dicht, so effektiv und so selbstverständlich. Für die Ministerialbürokratie auf Bund- und Länderebene müssen allgemeinverbindliche Regelungen im Umgang mit Lobbyisten definiert werden. Auch hier ist die Transparenz der Arbeitsbeziehungen das zentrale demokratische Gebot. (GB)

[232-F] Lippl, Bodo, Dr.; Mühleck, Kai; Gerlitz, Jean-Yves; Scheller, Percy; Schrenker, Markus; Legewie, Joscha (Bearbeitung); Wegener, Bernd, Prof.Dr. (Leitung):

Gerechtigkeit in der Zeit - Einstellungen zur Nachhaltigkeit und gerechten Verteilung zwischen den Generationen (International Social Justice Project)

INHALT: Nach den Erhebungen 1991, 1996 und 2000 soll im Jahr 2005 die vierte Welle der Befragungen im Rahmen des International Social Justice Project (ISJP) stattfinden. Das ISJP hat sich als wichtige internationale Datenquelle für die vergleichende empirische Gerechtigkeitsforschung etabliert und wird inzwischen auch ohne die Betreuung durch die internationale Forschergruppe, die das Projekt vor 15 Jahre ins Leben rief, fortlaufend ganz oder in Teilen in nationalen Studien repliziert. Vor diesem Hintergrund soll das Fragenprogramm an die aktuellen demografischen und ökonomischen Entwicklungen angepasst werden. Das Kernmodul des Fragebogens wird für die Fortschreibung von Trendanalysen beibehalten, aber das Themenspektrum soll um Fragen nach der Zeitlichkeit von Gerechtigkeit erweitert werden. Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit sind die Schlagworte, auf die sich diese Erweiterungen beziehen. (S.a. <http://www.isjp.de>). **GEOGRAPHISCHER RAUM:** Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Die theoretischen Grundlagen dafür sind im Zuge der ISJP-Vorgängerprojekte erarbeitet worden. Sie sind Bestandteile einer Theorie des Gerechtigkeitssinns, die um den Aspekt der Zeitlichkeit von Gerechtigkeit ergänzt werden soll. Bewilligt wurden Sachmittel für die Durchführung einer face-to-face-Bevölkerungsumfrage von wahlberechtigten Befragten in Deutschland. Um die Generationen abbilden zu können, an die sich die Frage nach der Gerechtigkeit in der Zeit richtet, handelt es sich um ein disproportionaler Stichprobendesign, bei dem junge und alte Befragtenjahrgänge überrepräsentiert sein werden. Geplant ist, auf der Basis einer Einwohnermelde-Stichprobe 3.000 Interviews durchzuführen, wobei die Alterskategorien 18-34, 35-59 und 60-80 Jahre jeweils zu gleichen Teilen mit 1.000 zufällig ausgewählten Fällen besetzt sein sollen. Über Gewichtungungen werden die Ergebnisse auch Aussagen ermöglichen, die für die Bundesrepublik repräsentativ sind.

VERÖFFENTLICHUNGEN: S. <http://www2.hu-berlin.de/isjp/publications.php> .

ART: gefördert **BEGINN:** 1991-01 **ENDE:** 2007-07 **AUFTRAGGEBER:** nein **FINANZIERER:** Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Humboldt-Universität Berlin, Philosophische Fakultät III, Institut für Sozialwissenschaften Lehrbereich Empirische Sozialforschung (Unter den Linden 6, 10099 Berlin)

KONTAKT: Institution (Tel. 030-2093-4434, Fax: 030-2093-4430, e-mail: info@isjp.de)

[233-L] Maier, Jürgen:

Wie stabil ist die Wirkung von Fernsehduellen?: eine Untersuchung zum Effekt der TV-Debatten auf die Einstellungen zu Gerhard Schröder und Edmund Stoiber, in: Frank Brettschneider, Jan van Deth, Edeltraud Roller (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2002 : Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2004, S. 75-94, ISBN: 3-8100-4123-8

INHALT: Die Studie zur Rolle der TV-Duelle im Bundestagswahlkampf 2002 befasst sich mit der Frage, inwieweit Debatteneffekte über die Zeit hinweg stabil sind. So wird in einem ersten Schritt zunächst die Frage erörtert, wie der Auftritt von Kanzler G. Schröder und seinem Herausforderer E. Stoiber in den Fernsehdebatten wahrgenommen wird und inwieweit sich diese Wahrnehmungen auf die Einstellungen zu den beiden Kontrahenten niederschlagen. Die

entsprechenden Analysen stützen sich auf Daten, die im Rahmen eines Experimentes anlässlich der beiden Fernsehduelle in Augsburg und Bamberg gesammelt wurden. Zu beiden Debatten wurden nach einem vorher festgelegten Stichprobenplan am 25. August 36 (Augsburg) bzw. 32 (Bamberg) sowie am 08. September 38 bzw. 35 Bürger eingeladen, das Rededuell unter Aufsicht zu verfolgen. Dabei wurden die Probanden in zwei Gruppen eingeteilt: Die erste Gruppe verfolgte die Duelle wie gewohnt im Fernsehen. Der zweiten Gruppe wurde hingegen kein Bild zur Verfügung gestellt, sie konnte die Debatten nur im Radio verfolgen. Auf diese Weise war es möglich, verbale und nonverbale Einflüsse der Debatten auf die politischen Orientierungen der Probanden zu trennen. Die Untersuchung offenbart eine Wirkung der Duelle auf die Einstellungen zu den beiden Bewerbern um das Amt des Bundeskanzlers, denn beide Debatten haben einen deutlichen Effekt auf die Bewertung von Kanzler und Herausforderer. Durch die Debatten wurden bereits vorhandene Dispositionen verstärkt. Die anschließende Untersuchung der Stabilität der Debatteneffekte zeigt jedoch, dass die Einstellungen über die Zeit hinweg nicht stabil sind, denn innerhalb von wenigen Tagen hat sich der direkte Einfluss der Debatten zum Großteil verflüchtigt. Der Abbau von Debatteneffekten hat sich aber nicht in allen Probandengruppen gleich schnell vollzogen. Als moderierende Variable wird die Verarbeitung der Duelle via Massenmedien und interpersonaler Kommunikation identifiziert. Diese steuern den Abschleifungsprozess. Eine intensive Auseinandersetzung mit den Duellen und die Aufnahme von Informationen, die die eigenen Beobachtungen stützen, verlangsamen den Verfall von Debatteneffekten, während wenig Kommunikation über dieses Thema und die Aufnahme dissonanter Informationen den Abbau von Debatteneffekten beschleunigen. Dieser Zusammenhang lässt sich in der Tendenz auch in den definierten Teilgruppen feststellen. (ICG2)

[234-L] Marchart, Oliver; Weinzierl, Rupert (Hrsg.):

Stand der Bewegung?: Protest, Globalisierung, Demokratie - eine Bestandsaufnahme, Münster: Verl. Westfäl. Dampfboot 2006, 211 S., ISBN: 3-89691-632-7

INHALT: "Was ist nach Prag, Seattle und Genua aus dem globalisierungskritischen Protest geworden? Der Sammelband versucht eine Bestandsaufnahme der globalisierungskritischen Bewegung im Moment ihres - scheinbaren? - Stillstands. Die Autoren und Autorinnen diskutieren neuralgische und kritikwürdige Punkte der Bewegung - von der großen Staatsnähe vieler NGOs bis zum latenten Antisemitismus manch globalisierungskritischer Rhetorik. Sie fragen aber auch nach der Zukunft und den Potenzialen des Protests. Dabei wird vor allem diskutiert, in welchem Ausmaß die globalisierungskritische Bewegung als radikale Demokratisierungsbewegung zu interpretieren sei. Lässt sich von neuen, radikalen Demokratisierungsbewegungen sprechen? Untersucht wird diese Frage unter anderem am Kampf um indigene Rechte und Frauenrechte in Lateinamerika, aber auch an den Kämpfen um prekäre Arbeitsverhältnisse in der Metropole." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Oliver Marchart/Rupert Weinzierl: Radikale Demokratie und Neue Protestformationen (7-13); Achim Brunnengräber: "New Global Opposition" ... oder was wirklich neu ist an den globalisierungskritischen Bewegungen (16-34); Ulrich Brand: Gegen-Hegemonie als strategische Perspektive. Ambivalenzen und Strategien der aktuellen Globalen Sozialen Bewegungen (35-44); Sylvia Riedmann: Lasset uns beten...! MayDay-Mobilisierung zwischen Kultur und Politik (45-60); Nora Sternfeld: Wie steht die Bewegung zum Antisemitismus? (61-86); Joachim Hirsch: Soziale Bewegungen in demokratiethoretischer Perspektive (88-104); Dario Azzellini: Krise der Repräsentation - Ablehnung der Politik (105-114); Stefanie Kron: Der stumme Schrei des

Entsetzens: Frauenrechte und radikale Demokratisierungsbewegungen - eine Kritik (115-129); Rupert Weinzierl: Empirische Befunde zum Stand der "Bewegung der Bewegungen" (130-148); Jens Badura: Dekonstruktive Globalisierungskritik: Sondierungen zum substantiellen Nein (150-155); Gerald Raunig: Einige Fragmente über Maschinen (156-171); Jens Kastner: Globalisierungskritik und Kräfteverhältnisse. Zur Staatskonzeption bei Zygmunt Bauman, Pierre Bourdieu, Noam Chomsky und Subcomandante Marcos (172-193); Oliver Marchart: Melville - Thoreau - Gramsci: Protestsubjektivierung zwischen Aktivismus und Passivismus (194-208).

[235-L] Meier-Schuegraf, Stefan:

Merkmale rechtsextremistischer visueller Kommunikation im Internet, in: Wilhelm Hofmann, Franz Lesske (Hrsg.): Politische Identität - visuell, Münster: Lit Verl., 2005, S. 153-173, ISBN: 3-8258-8471-6

INHALT: Obwohl die politische Ideologie heutiger rechtsextremer Gruppierungen aus allgemeiner Sicht rückwärts gewandt ist, sind die Publikation ihrer Weltanschauung mit Hilfe moderner (audio)visueller Medien jedoch weiterhin auf aktuellem Stand. Vor allem das Internet mit seinen verschiedenen Diensten wie dem World Wide Web, E-mail, Chat oder Newsgroups ist für die Publikation und Kommunikation rechtsextremer Inhalte äußerst geeignet. Hier sind die genannten Instrumente visueller Kommunikation wie Fotografie, Film, downloadbare Plakate und Flugzettel in einem Trägermedium vereint, wobei zusätzlich eine subkulturell ausdifferenzierte Symbolwelt zum Einsatz kommt, die durch visuelle Codes ebenfalls der Repräsentation und Identifikation von kollektiven Identitäten dient. Der vorliegende Beitrag gibt Einblicke in die rechtsextreme Kommunikation im World Wide Web und zeigt, dass die rechtsextremistische Agitation auch im Netz überwiegend visuelle Kommunikation ist. Bilder, Symbole und Logos werden gezielt als gemeinschaftsstiftende Kommunikationsmittel eingesetzt, die durch visuelle Inszenierungen von geschichtlichen sowie aktuellen politischen Themen ergänzt werden. Sie sind ein Ausdruck politischer Mentalität und dienen der Mobilisierung und Identifizierung rechter Protestkampagnen. Die vorliegende Analyse versteht sich als aufklärerischer Beitrag zur Prävention eines fortschreitenden Rechtsextremismus, welcher das Netz als wichtigstes Propagandainstrument zu nutzen weiß. (ICI2)

[236-F] Niedermayer, Oskar, Prof.Dr.; Brähler, Elmar, Prof.Dr. (Bearbeitung):

Rechtsextremismus in Deutschland

INHALT: Repräsentativbefragung über rechtsextreme Einstellungen. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

ART: gefördert *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Universität Leipzig

INSTITUTION: Freie Universität Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft Otto-Stammer-Zentrum -Arbeitsstelle für Empirische Politische Soziologie- (Inestr. 26, 14195 Berlin); Universität Leipzig, Medizinische Fakultät, Selbständige Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie (Stephanstr. 11, 04103 Leipzig)

KONTAKT: Niedermayer, Oskar (Prof.Dr. Tel. 030-838-54959 od. -51429, Fax: 030-838-54960, e-mail: niederm@zedat.fu-berlin.de)

[237-L] Niedermayer, Oskar:

Jugend und Parteien im vereinten Deutschland - wider die These von der allgemeinen Parteienverdrossenheit, in: Ulrich Eith, Beate Rosenzweig (Hrsg.): Jugend und Politik : Bestandsaufnahme, Bewertungen und Konsequenzen, Schwalbach: Wochenschau Verl., 2005, S. 15-33, ISBN: 3-89974-187-0 (Standort: LB Wiesbaden(43)-05A2503)

INHALT: "Der Autor problematisiert die empirische Fundierung einschlägiger Jugendstudien und unterzieht sie eingehender methodologischer Kritik. Die Ergebnisse vieler Studien seien aus unzureichenden empirischen Belegen abgeleitet. Die gängige These von einer nachlassenden Integrationskraft traditioneller Institutionen und einer generellen Parteienverdrossenheit bei Jugendlichen halte genauerer empirischer Analyse nicht stand. Zu unterscheiden sei insbesondere zwischen der Verhaltens- und der Orientierungsebene. Zwar seien Jugendliche im Vergleich zur Gesamtbevölkerung in Parteien unterrepräsentiert, der Organisationsgrad unterscheide sich jedoch je nach Partei erheblich. Zudem lasse dieser Befund keine einfachen Rückschlüsse auf die generelle Orientierung von Jugendlichen gegenüber Parteien zu. Der empirische Vergleich mit den Einstellungen von Erwachsenen zeige vielmehr, dass Jugendliche Parteien insgesamt eher positiver gegenüberstehen. Eine allgemeine Parteienverdrossenheit bei Jugendlichen könne demnach, so die These des Autors, empirisch nicht bestätigt werden." (Autorenreferat)

[238-L] Pfahl-Traughber, Armin:

Vom Aufbau von Parallelgesellschaften bis zur Durchführung von Terroranschlägen: das Gefahren- und Konfliktpotential des Islamismus in Deutschland, in: Mathias Hildebrandt, Manfred Brocker (Hrsg.): Unfriedliche Religionen? : das politische Gewalt- und Konfliktpotenzial von Religionen, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 153-177, ISBN: 3-531-14786-2 (Standort: USB Köln(38)-33A748)

INHALT: Bei allen ideologischen Gemeinsamkeiten, die auch die Verwendung des Begriffs "Islamismus" rechtfertigen, lassen sich hinsichtlich der politischen Artikulations- und Handlungsweise der einzelnen Strömungen grundlegende Unterschiede ausmachen. So ist vor allem zwischen gewaltbereitem und reformorientiertem Islamismus zu unterscheiden. In Bezug auf die islamistischen Organisationen in der Bundesrepublik lassen sich drei Varianten unterscheiden: (1) Gruppierungen, die mit politischen Aktivitäten islamistische Positionen auch im gesellschaftlichen Leben der Bundesrepublik durchsetzen oder eine Parallelgesellschaft aufbauen wollen; (2) Organisationen, die für eine gewalttätige Veränderung der Gesellschafts- und Herrschaftsverhältnisse im islamistischen Sinne in ihren Herkunftsländern eintreten; (3) Personenzusammenschlüsse, die einen weltweiten jihad mit terroristischen Aktivitäten führen wollen. In Deutschland sind Beispiele solcher Organisationen die "Islamische Gemeinschaft Milli Görüs", die Kaplan-Sekte und die "Arabischen Mujahedin". Der Verfasser benennt Ursachen für die Attraktivität islamistischer Ideologie und Organisationen und fragt abschließend nach dem Konfliktpotenzial des Islamismus in Deutschland. (ICE2)

[239-L] Reinhardt, Sibylle:

Konfliktfähigkeit als Demokratie-Kompetenz, in: Gesellschaft Wirtschaft Politik : Sozialwissenschaften für politische Bildung, N. F., Jg. 56/2006, H. 1, S. 101-113 (Standort: UB Bonn(5)-Z62/84; USB Köln(38)-M XG00116; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Konfliktfähigkeit ist in der bisherigen Forschung zu Lernprozessen kaum beachtet worden. Empirische Daten sprechen dafür, dass soziales Lernen im Sinne von Prosozialität nicht automatisch Konfliktfähigkeit mit erzeugt, sie eventuell sogar verzögert. Der Beitrag macht Vorschläge für die Operationalisierung auf der Mikro-, Meso- und Makro-Ebene, die für die Forschung genutzt werden könnten." (Autorenreferat)

[240-L] Rommelspacher, Birgit:

"Der Hass hat uns geeint": junge Rechtsextreme und ihr Ausstieg aus der Szene, Frankfurt am Main: Campus Verl. 2006, 246 S., ISBN: 3-593-38030-7

INHALT: "Viele Jugendliche suchen in der rechtsextremen Szene Kameradschaft, Anerkennung und politische Orientierung. Doch oft kommt es nach einiger Zeit zu Enttäuschungen, und der schwierige Weg heraus aus der Szene beginnt. Die Autorin schildert anhand von Interviews und Biographien, wie Jugendliche in die rechte Szene hineingeraten, was sie dort suchen - und wie sie sich später, als junge Erwachsene, in einem langen inneren Prozess aus der Ideologie und dem Umfeld lösen. Dabei brauchen sie Unterstützung, Bezugspersonen, die vor der Auseinandersetzung nicht zurückscheuen, und vor allem menschliche Anerkennung. Neben dieser persönlichen Seite analysiert die Autorin die gesellschaftlichen Ursachen des Rechtsextremismus - je mehr rechte Ideologien in der 'Mitte' der Gesellschaft akzeptiert werden, desto mehr finden sich die Extremisten am 'Rand' bestätigt. So zeigt die Autorin ein Geflecht an Ursachen für die Ausbreitung des Rechtsextremismus, aber auch entsprechende Möglichkeiten, ihm gegenzusteuern." (Autorenreferat)

[241-L] Schoen, Harald:

Der demokratische Musterbürger als Normalfall?: kognitionspsychologische Einblicke in die 'black box' politischer Meinungsbildung, in: Politische Vierteljahresschrift : Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Jg. 47/2006, H. 1, S. 89-101 (Standort: USB Köln(38)-XE00036; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: Es ist bekannt, dass die meisten Bürger Politik wenig Aufmerksamkeit schenken und wenig darüber wissen. Der "newlook" in der Politikwissenschaft fragt vor diesem Hintergrund, wie Bürger politische Orientierungen entwickeln und Entscheidungen treffen - und ob es ihnen nicht doch gelingen könnte, ihre Defizite zu kompensieren. Die Forschung nimmt damit eine kognitionspsychologische Perspektive ein und untersucht die Prozesse, die zu politischen Orientierungen und Entscheidungen führen, genauer. Dieser Zweig der Forschung, ein Produkt der "kognitiven Wende" in den Sozialwissenschaften, hat vor allem in den USA zahlreiche Arbeiten hervorgebracht. Der vorliegende Beitrag verfolgt das Ziel, einen Überblick über diesen Forschungszweig und seine Antworten auf die Frage nach der Ähnlichkeit realer Bürger mit dem homo politicus zu geben. Die Ausführungen zeigen, dass die "kognitive Wende" in den Sozialwissenschaften die Forschung zu politischen Einstellungen und Verhaltensweisen erheblich beeinflusst hat. Substantiell knüpft die Forschung unübersehbar an klassische Arbeiten der Wahl- und Einstellungsforschung an. Deutlicher als vorher wird jedoch auf interpersonelle Unterschiede in der politischen Meinungsbildung hingewiesen. Auch hat die Forschung die eminent wichtige Rolle von Eliten und Institutionen für die politische Willensbildung von Bürgern klarer theoretisch herausgearbeitet und empirisch überzeugend untermauert. (ICA2)

[242-L] Strasser, Hermann; Stricker, Michael:

Freiwilliges Engagement in der Zivilgesellschaft, in: Klaus J. Hopt, Thomas von Hippel, W. Rainer Walz (Hrsg.): Nonprofit-Organisationen in Recht, Wirtschaft und Gesellschaft : Theorien - Analysen - Corporate Governance, Tübingen: Mohr Siebeck, 2005, S. 127-137, ISBN: 3-16-148635-8 (Standort: UuStB Köln(38)-32A2247)

INHALT: "In den letzten Jahren hat verstärkt eine Diskussion über den Zustand und die Zukunft moderner Gesellschaften eingesetzt. Darin ist die Bedeutung einer vitalen Zivilgesellschaft für Demokratie und Wirtschaftsentwicklung sowohl auf politischer als auch auf wissenschaftlicher Ebene immer wieder in den Vordergrund der Debatte gerückt worden. Die Autoren nutzen den von Zimmer/Hallmann (2004) aufgestellten Bezugsrahmen und diskutieren Partizipation und Engagement in freiwilligen Vereinigungen als zentralen Integrationsmechanismus innerhalb der theoretischen Ansätze von Nonprofit-Sektor, Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Sie erweitern die Darstellung um eine Theorie, die soziales Kapital als individuelle Ressource versteht - ein Ansatz, der im Zusammenhang mit der Erklärung von sozialen Ungleichheiten in der Leistungsgesellschaft entstanden ist. Schließlich werden die wesentlichen empirischen Befunde zum bürgerschaftlichen Engagement kurz vorgestellt und die Folgen des beobachteten Strukturwandels vom alten zum neuen Ehrenamt diskutiert." (Autorenreferat)

[243-L] Virchow, Fabian:

Dimensionen der "Demonstrationspolitik" der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland, in: Andreas Klärner, Michael Kohlstruck (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg: Hamburger Ed., 2006, S. 68-101, ISBN: 3-936096-62-7

INHALT: "Der Autor geht in seinem Beitrag über die Demonstrationspolitik der extremen Rechten der bedeutendsten Aktionsform, den mittlerweile bundesweit und beinahe jede Woche stattfindenden Demonstrationen der Szene nach. Obwohl sich seit 1990 Zahl und Frequenz rechtsextremer Demonstrationen deutlich erhöht hat, ist dieser Aspekt selbst in der bewegungsanalytisch orientierten Rechtsextremismusforschung bisher weitgehend unberücksichtigt geblieben. Gerade die Bedeutung von Aufmärschen und öffentlichen Protestveranstaltungen für die extreme Rechte kann im Rahmen dieser Perspektive aber Aufschluss geben über den Grad der Bewegungsförmigkeit der extremen Rechten. Der Autor diskutiert ausführlich den bewegungsförmigen Charakter von neonazistischen Gruppierungen und der NPD, um dann eine detaillierte Analyse rechtsextremer Demonstrationen in den Jahren von 1997 bis 2003 zu geben. Er kommt zu dem Schluss, dass von einer gezielt eingesetzten und bewusst fortentwickelten 'Demonstrationspolitik' ausgegangen werden muss, deren Wirkungen nach innen und außen in seinem Beitrag ebenfalls detailliert dargestellt werden." (Autorenreferat)

[244-L] Walter-Rogg, Melanie:

Eliten oder Nieten - Wie denken die Bürger über die (politischen) Führungsgruppen?, in: Oscar W. Gabriel, Beate Neuss, Günther Rüter (Hrsg.): Konjunktur der Köpfe? : Eliten in der modernen Wissensgesellschaft, Düsseldorf: Droste, 2004, S. 101-123, ISBN: 3-7700-1189-9 (Standort: UB Essen(465)-ODU1866)

INHALT: In der vorliegenden Analyse der Einstellungen gegenüber den politischen Herrschaftsträgern (Politikern und Beamten) steht im Zentrum, worauf Vertrauen bzw. Misstrauen beruht. Spielt vor allem die Wahrnehmung persönlicher Qualitäten der Politiker wie ihr sympathisches Auftreten eine Rolle für das Vertrauen zu ihnen oder bewerten die Bürger eher die spezifischen Leistungen, die das politische Führungspersonal erbringt oder existiert eine Mischung aus beiden Aspekten? Zur Beantwortung dieser Fragen dient eine dreidimensionale Elitentypologie, in der zwischen Wert-, Macht- und Funktionseliten unterschieden wird. Die Untersuchung stellt sich die Frage, ob auch die Bevölkerung eine solche Differenzierung in der Bewertung der Politiker vornimmt und ob diese Bewertung positiv, negativ, ambivalent oder neutral ausfällt. Die Bundesbürger sehen die politischen Führungsgruppen sowohl positiv wie auch negativ. Zwar ist tatsächlich nur ein geringer Teil der Deutschen dazu bereit, den Herrschaftsträgern voll und ganz zu vertrauen, aber von einer weit verbreiteten Politikerverdrossenheit innerhalb der Bevölkerung kann keine Rede sein. Die Bürger sind durchaus in der Lage, sich über die verschiedenen Aspekte der Politikerbeurteilung ein differenziertes Urteil zu bilden. (ICA2)

[245-L] Wernli, Boris:

Homo-et hétérogamie dans les attitudes et le comportement politique en Suisse, in: Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Vol. 12/2006, Iss. 1, S. 33-72

(URL: <http://www.ingentaconnect.com/content/spsa/spsr/2006/00000012/00000001/art00002>)

INHALT: "Der vorliegende Artikel beschäftigt sich mit dem politischen Verhalten von heterosexuellen Paaren, die in der ersten Welle des Schweizer Haushalt Panels befragt wurden (www.swisspanel.ch). Für gewöhnlich wird davon ausgegangen, dass das politische Verhalten durch eine Reihe von persönlichen Interaktionen beeinflusst wird, was besonders innerhalb desselben Haushalts zutrifft. Entgegen dieser Einschätzung werden in den meisten Wahlbefragungen Individuen unabhängig von ihrem Partner befragt. Berücksichtigt man die Eigenschaften beider Partner, kann das politische Verhalten jedoch adäquater analysiert und verstanden werden. Die Ergebnisse zeigen, dass das politische Verhalten von Paaren tendenziell ähnlich ist, aber ein Grossteil von Autonomie bleibt. Männer beeinflussen das Verhalten ihrer Partnerinnen stärker als umgekehrt. Soziodemographische Variablen tragen zur Erklärung nur einen geringen Teil bei." (Autorenreferat)

[246-L] Winckler, Stefan:

Die demokratische Rechte: Entstehung, Positionen und Wandlungen einer neuen konservativen Intelligenz, (Europäisches Forum, Bd. 14), Frankfurt am Main: P. Lang 2005, 188 S., ISBN: 3-631-53435-3 (Standort: UB Bochum(294)-DPA14261)

INHALT: Der Autor spricht im Unterschied zum sich rasch verändernden Begriff der "Neuen Rechten" von einer neuen Gruppe der "demokratischen Rechten" bzw. der "neuen konservativen Intelligenz" in Deutschland, die durch folgende gemeinsame Einstellungen charakterisiert werden kann: ein Geschichtsbild, das auf eine "Ehrenrettung" des Konservatismus zielt und sich dabei jedoch vom Nationalsozialismus entfernt; die historischen Gedenktage werden nicht nur nach den Maßstäben des Verfassungsbewusstseins, sondern auch des nationalen Patriotismus beurteilt; der "deutsche Selbsthass" wird als schädlich bewertet und der linken Seite des politischen Spektrums zugerechnet; eine Distanz zur politischen Klasse und zur

linksliberalen Publizistik, die auch eine Ablehnung der neuen Utopien der Linken, wie Feminismus und multikulturelle Gesellschaft, umfasst. Die nach Alter und politischen Prägungen sehr heterogene demokratische Rechte eint insgesamt der Wunsch nach einer geistig-politischen "Normalisierung" in Deutschland, das ohne eine übermäßige Identifikation mit den westlichen Siegermächten leben und sich stattdessen als ein demokratischer Nationalstaat verstehen soll, der Totalitarismus und Extremismus gleichermaßen ablehnt. Der Autor zeichnet in seiner Studie einzelne Biographien von demokratischen Rechten nach und beschreibt ihren politischen Weg zu einer breiten Öffentlichkeit. Die Forderung nach einer "selbstbewussten Nation" kommentiert er am Beispiel des Essays "Anschwellender Bocksgesang" des Schriftstellers Botho Strauß in "Der Spiegel". Weitere Themen beziehen sich auf das Geschichtsbild der demokratischen Rechten, ihr Verhältnis zur Politik in der Bundesrepublik Deutschland und auf die Gründung des konservativen "Instituts für Staatspolitik". (ICI2)

[247-L] Winkler, Jürgen R.:

Persönlichkeit und Rechtsextremismus, in: Siegfried Schumann (Hrsg.): *Persönlichkeit : eine vergessene Größe der empirischen Sozialforschung*, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 223-241, ISBN: 3-531-14459-6 (Standort: USB Köln(38)-32A3491)

INHALT: "Studien über die Erfolge rechtsextremer Parteien bei Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland haben gezeigt, dass vor allem Wähler mit extrem rechten politischen Einstellungen unter bestimmten Umständen zur Wahl derartiger Parteien neigen. Die Sozialwissenschaften sind deshalb nicht nur aufgefordert, die Wahl rechtsextremer Parteien zu erklären, sondern auch die Herausbildung und Entwicklung politischer Einstellungen, die die Wahl dieser Parteien begünstigen. Der Mainstream der Forschung geht heute davon aus, dass derartige Einstellungen in allen Gesellschaften anzutreffen sind. Scheuch und Klingemann (1967) haben die Allgegenwart rechtsextremer Einstellungen in den hoch entwickelten Staaten der westlichen Hemisphäre als 'normale Pathologie westlicher Industriegesellschaften' bezeichnet. Die meisten Studien gehen dabei von einer relativ stabilen Verteilung rechtsextremer Einstellungsmuster in Europa aus. Dem stehen jedoch starke Schwankungen rechtsextremer Verhaltensweisen wie zum Beispiel die Wahl rechtsextremer Parteien und rechtsextrem motivierte Gewalthandlungen auf der anderen Seite gegenüber. Dies wirft unter anderem die Frage auf, woher die sichtlich raum-zeit-übergreifende Existenz rechtsextremer Orientierungen rührt und worauf die in so augenfälligem Gegensatz dazu stehenden Schwankungen auf der Verhaltensebene zurückzuführen sind. Wenngleich Persönlichkeitsmerkmalen schon früh in der Rechtsextremismusforschung eine zentrale Rolle zugeschrieben wurden (vgl. Winkler 1996), sind sie in der empirischen Forschung bislang kaum berücksichtigt worden. Dieser Mangel ist unter anderem darauf zurück zu führen, dass in Umfragen nur selten Instrumente implementiert wurden, die geeignet sind, Persönlichkeitseigenschaften zu erfassen. Vor allem Schumann ist es zu verdanken, dass Persönlichkeitseigenschaften seit einigen Jahren stärker in sozialwissenschaftlichen Umfragen einbezogen werden als früher. Die mittlerweile vor allem von ihm aufbereiteten Daten erlauben es heute, den Zusammenhang von Persönlichkeitseigenschaften und Rechtsextremismus zu überprüfen. Der vorliegende Beitrag geht der Frage nach, inwieweit Persönlichkeitseigenschaften zur Erklärung extrem rechter politischer Einstellungen geeignet sind." (Autorenreferat)

[248-L] Zick, Andreas; Küpper, Beate:

Politische Mitte: normal feindselig, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände : Folge 4, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2006, S. 115-134, ISBN: 3-518-12454-4

INHALT: Die Autoren analysieren das Ausmaß feindseliger Mentalitäten in der politischen Mitte anhand der bisherigen Surveys zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF). Sie ziehen zusätzlich die Längsschnittumfrage 2002 bis 2004 hinzu, in der jeweils dieselben Personen erneut befragt worden sind. Zur Erfassung der politischen Mitte wurden die Befragten gebeten, sich selbst hinsichtlich ihrer politischen Position einzustufen. Ziel des vorliegenden Beitrags ist vor allem eine empirische Überprüfung von Verschiebungs- und Aufladungsprozessen, die die Vorurteilsbereitschaft und -entwicklung in der politischen Mitte erzeugen und damit erklären können. Darüber hinaus wird untersucht, wie die Mitte kraft ihres Status eigene Vorurteile zur Normalität erhebt und sich auf diese zur Legitimation von Feindseligkeiten beruft. Die Autoren skizzieren zuvor die politische Mitte anhand der Fragen: Wie stark ist sie, wie entwickelte sie sich im Zeitverlauf, wie ist sie demographisch zusammengesetzt und welche politischen Präferenzen besitzt sie? Im Ergebnis wird folgendes festgestellt: (1) Die politische Mitte und jene, die ihre Position als "eher rechts" verorten, betonen die eigene Normalität in besonderem Maße. (2) Wer Vorurteile äußert, verweist besonders auf die eigene Normalität. (3) Befragte der politischen Mitte und rechts davon betonen ihre Normalität unabhängig davon, ob sie gerade Vorurteilen zugestimmt haben oder nicht. Politisch links Positionierte bedienen sich des Normalitätsverweises hingegen dann, wenn sie unmittelbar zuvor Vorurteile geäußert haben. (ICI2)

[249-F] Zimmer, Annette, Prof.Dr.; Vilain, Michael, Dr. (Leitung):

Veränderte Rahmenbedingungen bürgerschaftlichen Engagements

INHALT: Die Studie befasst sich mit den veränderten Rahmenbedingungen des Ehrenamts. Inwiefern hat sich das alte Ehrenamt zum "Neuen Ehrenamt" weiterentwickelt? Welche Herausforderungen bringen diese Veränderungen für gemeinnützige Organisationen mit sich?
GEOGRAPHISCHER RAUM: Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Die Studien beruht unter anderem auf einer Diskursanalyse der aktuellen Forschungsliteratur, eigenen Erhebungen (Münsteraner Vereinbefragung) sowie dem Freiwilligensurvey. *DATENGEWINNUNG:* Dokumentenanalyse, offen. Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Zimmer, Annette; Michael, Vilain: Bürgerschaftliches Engagement heute. Ibbenbüren: Ibbenbürener Vereinsdruckerei 2005, S. 147. ISBN 3-932959-47-7.

ART: Auftragsforschung *BEGINN:* 2003-06 *ENDE:* 2005-12 *AUFTRAGGEBER:* Stiftung *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: npm Nonprofit-Management gGmbH (Prinzipalmarkt 38, 48143 Münster)

KONTAKT: Vilain, Michael (Dr. Tel. 0251-510-380, e-mail: info@npm-online.de); Behr, Markus (Tel. 0251-510-380, e-mail: info@npm-online.de)

7 Politische Kultur und Ethik, politische Eliten

[250-F] Amir-Moazami, Schirin (Bearbeitung); Schiffauer, Werner, Prof.Dr. (Betreuung):

Discourses and counter-discourses. The Islamic headscarf in the French and German public sphere

INHALT: Die Dissertation analysiert einerseits öffentliche Diskurse über den Islam in Deutschland und Frankreich. Auf der anderen Seite rückt sie Selbstbeschreibungen von Muslimen in beiden Ländern ins Blickfeld. Den empirischen Fokus der Fallstudien bildet das islamische Kopftuch, das in nahezu allen europäischen Ländern mit wachsender muslimischer Bevölkerung zu einem umstrittenen und stark mediatisierten religiösen Symbol heran gewachsen ist. Sowohl die wachsende Zahl Kopftuch tragender junger Frauen der zweiten und dritten Generation muslimischer Einwanderer in Europa als auch die öffentlichen Auseinandersetzungen um die durch das Kopftuch verstärkte öffentliche Sichtbarkeit des Islam haben dieses religiöse Symbol zu einem Phänomen von soziologischem Interesse werden lassen. Ausgangspunkt der Untersuchung sind die zahlreichen öffentlichen Debatten, die sich in Frankreich (1989, 1994 und 2003/4) und Deutschland (1998 und 2003/4) um die Legitimität des islamischen Kopftuchs in öffentlichen Bildungseinrichtungen entzündet haben. Mit Hilfe der Methode der Diskursanalyse analysiert der erste Teil, mit welchen Mechanismen Intellektuelle und Politiker in beiden Ländern den Islam auf der Basis der öffentlichen Kopftuchdebatten wahrgenommen und beschrieben haben. Dem zweiten Teil der Arbeit liegt die Behauptung zugrunde, dass religiöse Symbole immer an bestimmte soziale Kontexte gebunden sind und aus diesem Grund zwangsläufig verschiedene Interpretationen zulassen. Anhand von 40 semidirektiven Interviews mit bedeckten Frauen in Berlin, Marseille und Paris wird untersucht, wie sich diese jungen Frauen als Musliminnen in den jeweiligen nationalen Kontexten definieren und verorten. Das Kernziel der Arbeit besteht darin, die öffentlichen Diskurse über das Kopftuch mit den Selbstbeschreibungen der jungen Kopftuch tragenden Frauen in einer Länder vergleichenden Perspektive in Beziehung zu setzen und zu untersuchen. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, insb. Berlin, Marseille, Paris

ART: Dissertation *ENDE:* 2006-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Europa-Universität Viadrina, Kulturwissenschaftliche Fakultät, Professur für vergleichende Kultur- und Sozialanthropologie (Postfach 1876, 15207 Frankfurt an der Oder)

KONTAKT: Sekretariat (Tel. 0335-5534-2644, Fax: 0335-5534-2645, e-mail: anthro@euv-frankfurt-o.de)

[251-L] Beckenbach, Niels:

Deutschland-Chronik (1949-1999): unter besonderer Würdigung der 1968er-Bewegung, in: Niels Beckenbach (Hrsg.): Wege zur Bürgergesellschaft : Gewalt und Zivilisation in Deutschland Mitte des 20. Jahrhunderts, Berlin: Duncker & Humblot, 2005, S. 265-307, ISBN: 3-428-11977-0 (Standort: UB Bonn(5)-2005-9305)

INHALT: Der Verfasser legt eine Chronik vor, deren Schwerpunkt auf der Entwicklung der politischen Kultur in der Bundesrepublik liegt. Er gliedert die Geschichte der Bundesrepublik im 20. Jahrhundert in drei Epochen: (1) Staatsgründung und Wiederaufbau im langen Jahrzehnt der 1950er Jahre (1949-1963); (2) Unruhe, Aufbruch und Gewalt Mitte der 1960er bis Ende

der 1970er Jahre: außerparlamentarische Opposition, antiautoritäre Revolte, Zerfall der Protestbewegung, Terrorismus; (3) bürgerschaftliche Normalisierung: die 1980er Jahre als das Jahrzehnt der Bürgerbewegungen, die "Vereinigungs-Unruhe" in der ersten Hälfte der 1990er Jahre und schließlich die "gleitende Normalisierung" Deutschlands seit 1995. (ICE2)

[252-F] Beestermöller, Gerhard, Prof.Dr. (Bearbeitung):

Zur argumentativen Struktur von (Anti-)Terrorismus-Ethiken bzw. -Politikansätzen

INHALT: Die Bekämpfung des Terrorismus wirft eine Fülle von Fragen auf, die bis in die Grundlagen eines friedlichen Zusammenlebens in den Staaten und zwischen ihnen reicht. Daher verwundert es nicht, daß die politischen Ansätze zu seiner Bekämpfung weit streuen. Das Projekt verfolgt sechs Ziele. Erstens sollen Grundtypen von Anti-Terrorismus-Ethiken diesseits und jenseits des Atlantiks identifiziert werden. Zweitens sollen sie in ihrer argumentativen Struktur in das formale Muster eines praktischen Syllogismus gebracht werden. So wird drittens die argumentative Struktur der Konzepte beginnend mit friedensethischen Grundpositionen hin zu konkreten Empfehlungen transparent. Auf dieser Grundlage wird es viertens möglich, diese Konzepte miteinander ins Gespräch unter der Fragestellung zu bringen, wo sie sich ergänzen, an welchen Stellen sie voneinander abweichen und wo sie sich direkt entgegenstehen. Erst auf diesem Hintergrund kann fünftens ein wechselseitig befruchtender Dialog mit den friedensethischen Orientierungen der kirchlichen Lehre - nicht zuletzt auch im Blick auf eine Fortentwicklung dieser Lehre - geführt werden. Damit schließlich sechstens der innerwestliche Dialog nicht in sich abgeschlossen bleibt, sollen auch Rechtfertigungsmuster für Terrorismus aus der islamischen Welt von Wissenschaftlern eingebracht werden, die sprachlichen Zugang zu den Originaldokumenten besitzen. Auf diese Weise - formales Ordnungsmuster eines praktischen Syllogismus, Offenheit über den innerwestlichen Dialog hinaus - soll eine möglichst unverstellte Perspektive gewonnen werden. Weiterer Kooperationspartner: Joan B. Kroq Institute for International Peace Studies (University of Notre Dame, USA).

ART: Auftragsforschung *AUFTRAGGEBER:* Deutsche Bischofskonferenz *FINANZIERER:* Auftraggeber

INSTITUTION: Institut für Theologie und Frieden (Herrengraben 4, 20459 Hamburg); Fernuniversität Hagen, Institut Frieden und Demokratie (Im Dünningbruch 9, 58084 Hagen)

KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: beestermoeller@ithf.de)

[253-F] Behnke, Nathalie (Bearbeitung):

Ethik-Infrastruktur und Normen-Ökonomie: eine vergleichende Untersuchung der Entstehung von Ethik-Maßnahmen in Deutschland und den USA

INHALT: Anstoß und Ausgangspunkt für die Beschäftigung mit diesem Thema war die Beobachtung, dass - vor allem in westlichen Demokratien - in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens Maßnahmen zur Sicherung von Verhaltensstandards eingeführt wurden. Diese Verbreitung von Ethik-Maßnahmen in unterschiedlicher Form gab Anlaß zu Reflexionen und Diskussionen in der medialen Öffentlichkeit, der Wissenschaft und politischen Institutionen. Ausgehend von dieser Beobachtung, und aufbauend auf den verschiedenen Ansätzen der Diskussion, ist die zentrale Frage dieser Arbeit, wie sich die deutliche Zunahme von Ethik-Maßnahmen erklären lässt. Aus der politikwissenschaftlichen Perspektive heraus ist die Untersuchung auf den öffentlichen Bereich konzent-

riert, indem lediglich diejenigen Ethik-Maßnahmen analysiert werden, die sich auf Abgeordnete, Exekutivpolitiker und Ministerialbeamte der Bundesebene in Deutschland und den USA (Bonn/ Berlin und Washington) beziehen. Da die Untersuchung anhand eines Vergleichs von zwei Ländern, Deutschlands und der USA, durchgeführt wird, muss eine möglichst vollständige Erklärung auch Raum für Idiosynkrasien der Länder bieten. Das theoretische Modell, das zu diesem Zweck entworfen wird, basiert auf dem ökonomischen Principal-Agent-Schema, das sozialwissenschaftlich im Sinne des methodologischen Individualismus interpretiert wird. Somit wird das gesellschaftliche Phänomen der Zunahme von Ethik-Maßnahmen letztlich auf die rationalen Entscheidungen von Individuen zurückgeführt, die sich in angebbaren Situationsbeschreibungen entweder in der Rolle des Prinzipals oder des Agenten befinden. In Anlehnung an James S. Colemans (1990) "Foundations of Social Theory" wird von einer "Ökonomie der Normentstehung" ausgegangen. Ethik-Maßnahmen werden dabei als Normen interpretiert, die dann entstehen, wenn einerseits eine Nachfrage nach Normen (Norminhalten), andererseits ein Angebot an Normen (Erscheinungsformen) vorhanden ist. Hierdurch wird die ursprüngliche Fragestellung erweitert: Zum einen werden Faktoren gesucht, die eine Nachfrage nach Normen entstehen lassen. Dieser Aspekt zielt auf die generelle Zunahme von Ethik-Maßnahmen. Zum anderen werden Faktoren gesucht, die die Wahl der Form einer Ethik-Maßnahme (also die Angebotsseite) beeinflussen. Dieser Aspekt vermag den Unterschieden zwischen einzelnen Ländern in verallgemeinerbarer Form Rechnung zu tragen. In zwei vergleichenden Länderstudien wird eine detaillierte Darstellung der Entwicklung sowie des Status quo der sogenannten "Ethik-Infrastruktur" gegeben. Empirisch stützt sich die Darstellung neben der Rezeption von Sekundärliteratur vor allem auf eine Analyse der relevanten Gesetzestexte und Dokumente zur Ethik-Infrastruktur sowie auf Experteninterviews. Unter "Ethik-Infrastruktur" wird (in Anlehnung an den Sprachgebrauch der OECD) die Gesamtheit der formellen und informellen Verfahrens- und Verhaltensweisen, Institutionen, Regelungen und Gesetze verstanden, die sich auf ethisches Verhalten der oben genannten Personengruppen beziehen. Kriterien des Vergleichs sind der Zeitpunkt und die Umstände der Einführung von Maßnahmen, ihr Geltungsbereich und das Ausmaß ihrer Verbindlichkeit, der Adressatenkreis sowie die Art von Situationen, die durch die Maßnahmen geregelt werden. Ziel der Arbeit ist es, ausgehend von diesen Kriterien Bestimmungsfaktoren dafür zu destillieren, wann, unter welchen Umständen, welche Ethik-Maßnahmen in welcher Form eingeführt werden. *GEOGRAPHISCHER RAUM*: Bundesrepublik Deutschland, USA

ART: Dissertation *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: keine Angabe

INSTITUTION: Fernuniversität Hagen, FB Kultur- und Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Lehrgebiet Politikwissenschaft I Staat und Regieren (Universitätsstr. 41, 58084 Hagen)

KONTAKT: Bearbeiterin (Tel. 02331-987-2163, Fax 02331-987-326, e-mail: Nathalie.Behnke@Fernuni-Hagen.de)

[254-L] Benz, Ute; Benz, Wolfgang (Hrsg.):

Stolz deutsch zu sein?: aggressiver Anspruch und selbstverständlicher Patriotismus, Berlin: Metropol-Verl. 2005, 192 S., ISBN: 3-936411-72-7 (Standort: RhLB Koblenz(929)-2005/5655)

INHALT: "Warum hat die Parole 'Stolz, deutsch zu sein' so hohe Erregungsqualität in Politik und Gesellschaft? Ist sie Identifikationsmodell in einer sich globalisierenden Welt oder Drohbärde mit ausgrenzender Schlagkraft? Ausgangspunkt des vorliegenden Bandes ist die Debatte, die im Frühjahr 2001 in Medien und Politik über das Land zog, ob man stolz sein dürfe,

Deutsche oder Deutscher zu sein. Die Autorinnen und Autoren nehmen aus historischer, sozialwissenschaftlicher, juristischer und psychoanalytischer Perspektive Befindlichkeiten der deutschen Gesellschaft nach der Wende in den Blick. Sie analysieren Motive, Ursachen und Wirkungen einer Haltung, die sich aus Minderwertigkeitsgefühlen, Vorurteilen und Machtphantasien speist." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Ute Benz, Wolfgang Benz: Einleitung (7-10); Wolfgang Benz: Nationalstolz und die Konstruktion des deutschen Vaterlandes. Kollektive Identitätskrisen und Einheitswünsche im 19. und 20. Jahrhundert (11-28); Peter Widmann: Machtgefühle. Warum Politiker und Journalisten den Stolz entdeckten (29-52); Michael Kohlstruck: "Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein." Zur Entstehung und Verbreitung eines politischen Symbols (53-76); Ute Benz: "Papa, hast du denn gar keinen Stolz"? Stolz und Scham in der kindlichen Sozialisation (77-100); Kaschi Bräutigam: Der Glanz im Auge der Mutter. Überlegungen zum Stolz aus psychoanalytischer Sicht (101-116); Heike Bernhardt: "Deutsche Jugend, bestes Streben unsres Volks in dir vereint." Deutschsein - generationsübergreifende Konflikte (117-132); Wolfgang Rupieper: Nationalstolz: Von politischer Propaganda zum Delikt Schwierigkeiten der Justiz im Umgang mit einem gesellschaftlichen Problem (133-150); Erwin Mehl: Rechte Jugendliche auf dem Lande. Bericht über Sozialarbeit in einer bayerischen Kommune (151-164); Birgit Schulze: "Ich bin stolz, Deutscher zu sein". Über die Verwendung der Parole in der rechtsextremen Presse (165-190).

[255-L] Brodocz, André; Noetzel, Thomas:

Auf dem Weg zu einer konstruktivistischen Politikberatung, in: Gerhard Kümmel (Hrsg.): *Wissenschaft, Politik und Politikberatung : Erkundungen zu einem schwierigen Verhältnis*, Frankfurt am Main: P. Lang, 2004, S. 193-214, ISBN: 3-631-52004-2 (Standort: UB Paderborn(466)-P31/OVE1761)

INHALT: "Die Autoren dieses Beitrags betreiben eine 'Beobachtung zweiter Ordnung', eine konstruktivistische Selbstreflexion der Politikwissenschaft und beschäftigen sich damit, wie die Politikwissenschaft zu ihren Aussagen über die von ihr wahrgenommene Realität und die daraus abgeleiteten Impulse für politische Steuerung gelangt. Von wesentlicher Bedeutung ist es hierbei, zwei Fragen analytisch zu trennen: (1) Was steuert die Gesellschaft? und (2) Was soll die Gesellschaft steuern? Des Weiteren erweist es sich als notwendig, eine Unterscheidung zwischen dem Steuerungssubjekt (dem Steuernden) und dem Steuerungsobjekt (dem Gesteuerten) vorzunehmen. Diese Differenzierung lässt die Potenziale der Steuerungsressourcen und der Steuerungsrestriktionen und damit der Steuerungsfähigkeit wie auch der Steuerbarkeit sichtbar werden. Da diese Unterscheidung aber durch einen Beobachter vorgenommen wird, muss man also den Beobachter beobachten und kann dadurch, quasi als Beobachterbeobachter, den Blick auf die Kontingenz der Politikberatung durch den Beobachter frei schlagen und den Nimbus der vernünftigeren Gestaltung politischen Handelns und politischer Steuerung durch die politikwissenschaftliche Politikberatung dekonstruieren. Gleichzeitig richten sie das Augenmerk auf den Prozess der Re-Konstruktion von Verstehen, d. h. auf den Prozess der Selektion und Modifizierung, kurz: der Verarbeitung der Informationen von Seiten des politikwissenschaftlichen Politikberaters durch den Politikberatungsnachfrager." (Autorenreferat)

[256-L] Brown, Mark B.; Lentsch, Justus; Weingart, Peter:

Politikberatung und Parlament, Opladen: B. Budrich 2006, 174 S., ISBN: 3-938094-00-1

INHALT: "Gegenstand dieses Bandes ist eine politiktheoretische Einordnung der verschiedenen Formen von Politikberatung des Parlaments in Deutschland und wie sich diese Beratungsformen in das Netzwerk bestehender politischer Institutionen fügen. Dazu werden theoretische und normative Untersuchungen über politische Repräsentation und der Politikberatung mit empirischen Fallstudien über die Beratungsressourcen des Deutschen Bundestags kombiniert." (Autorenreferat)

[257-L] Claußen, Bernhard:

Politische Kultur, das Internet und Bildungsaufgaben im Kontext der Reflexivität von Demokratie und Globalisierung, in: Hans-Joachim Petsche (Hrsg.): Kultur und/ oder/ als Technik : zur frag-würdigen Medialität des Internets, Berlin: Trafo Verl. Weist, 2005, S. 151-188, ISBN: 3-89626-523-7 (Standort: LUB Münster(6)-3F58104)

INHALT: Internet und Politik stehen in einem dynamischen Wechselverhältnis, das selbst abhängige wie bedingende Variable einer komplexen gesellschaftlichen Entwicklungsdynamik mit zwar deutlich identifizierbaren ökonomisch-kulturellen Vorzeichen, aber noch ungewissen zivilisatorischen Ausgang ist. Unter Gesichtspunkten einer ethisch rechtfertigungsfähigen und somit im weltweiten Maßstab sozial verträglichen substantiellen Rettung wird der Blick auf eine Sanierung Politischer Kultur im Internet unter zeitgenössischen Existenzbedingungen gelenkt. Folgende Themenbereiche werden abgehandelt: (1) Politische Kultur der Demokratie auf dem Wege zur transnationalen Konstellation: Realitätstendenzen und Möglichkeitspotentiale "reflexionsbedürftiger Globalisierungsdynamik" (2) Internet als reflexhaft-unreflektierter Dynamisierungsfaktor globalisierter Politik - Chancen und Gefahren für die Vermittlung einer universell-demokratischen politischen Kultur (3) Bildung als kultivierte praxisorientierte Reflexion in demokratischer Absicht: diskursive Kommunikation zur internetkritischen Erschließung der politischen Reflexivität der Globalisierung. Im Interesse der Profilierung einer demokratischen politischen Kultur müsste für zukünftige Forschungen der Ausnahmefall, die Abweichung vom Durchschnitt als Ausdruck aufkommender oder möglicher kreativer Unkonventionalität interessant sein. Zu untersuchen wäre daher, vermutlich qualitativ-biographisch, psychoanalytisch oder tagebuch-inhaltsanalytisch, wie sich autonomes, distanzierendes, methoden- und problembewusstes Internet-Verhalten, das es neben den häufig zu beobachtenden negativen Begleiterscheinungen auch gibt, darstellt. (Lo)

[258-L] Coenen, Christopher:

Weblogs als Mittel der Kommunikation zwischen Politik und Bürgern: neue Chancen für E-Demokratie?, in: kommunikation @ gesellschaft : Soziologie - Telematik - Kulturwissenschaft, Jg. 6/2005, 31 S. (URL: http://www.soz.uni-frankfurt.de/K.G/B5_2005_Coenen.pdf)

INHALT: "Weblogs können aufgrund soziotechnischer und -kultureller Charakteristika des Blogging derzeit als besonders gut geeignete Instrumente für den Online-Dialog zwischen Politik und Bürger gelten. Neben den Chancen, die sich dadurch zum Beispiel Parlamentariern und hohen Amtsträgern bieten, bestehen jedoch auch Herausforderungen und Risiken. Dies ist sowohl hinsichtlich der unmittelbaren Interessen der bloggenden Politiker der Fall als auch in Bezug auf die weiter reichenden Hoffnungen, die mit digitaler Demokratie oft verbunden werden." (Autorenreferat)

[259-L] Czepek, Andrea:

Journalismus als Motor der Demokratie: die Ausprägung der Pressefreiheit als Indikator für demokratische Entwicklung, in: Patrick Rössler, Friedrich Krotz (Hrsg.): *Mythen der Mediengesellschaft*, Konstanz: UVK Verl.-Ges., 2005, S. 371-384, ISBN: 3-89669-481-2

INHALT: Die Autorin vertritt in ihrem Beitrag die These, dass die herkömmlichen Instrumente zur Bestimmung von Pressefreiheit im Hinblick auf die gesellschaftliche Funktion der Medien zu kurz greifen. Es wurde deshalb ein so genannter "Index der Pressefreiheit" entwickelt, anhand dessen mit verschiedenen Methoden der Stand und die Entwicklung der Pressefreiheit in einem bestimmten Land ermittelt werden können. Neben den klassischen Kriterien wie "Repressionen gegen Journalisten" und "äußere Vielfalt der Medienbetriebe" wurden dabei auch der Zugang zu den Medien (Partizipation) sowie die Vielfalt der Inhalte (publizistische Pluralität) berücksichtigt. Es gab zwar bereits Versuche, die Pressefreiheit in verschiedenen Ländern mit einem Index zu beschreiben, jedoch beruhen diese entweder auf nicht-systematisch erhobenen subjektiven Angaben oder es wurde nur das Ausmaß der "Freiheit von Regierungskontrolle" bestimmt. Der von der Autorin vorgestellte Index setzt sich hingegen aus vier Teil-Indices zusammen: (1) legale und strukturelle Bedingungen für Pressefreiheit, (2) journalistische Freiheit, (3) Umfang und Vielfalt der Berichterstattung sowie (4) Partizipation/Zugang zu den Medien. Die Autorin zeigt am Beispiel Sambias, dass dieser Index ein differenziertes Bild der Pressefreiheit liefert, das sowohl eine vorsichtige Prognose in Bezug auf die demokratische Entwicklung erlaubt, als auch Anregungen für die Medienpolitik gibt. (ICI2)

[260-L] Diekmannshenke, Hajo:

Politische Kommunikation in Zeiten des Internet: Kommunikationswandel am Beispiel moderierter und unmoderierter Politik-Chats, in: Michael Beißwenger, Angelika Storrer (Hrsg.): *Chat-Kommunikation in Beruf, Bildung und Medien : Konzepte - Werkzeuge - Anwendungsfelder*, Stuttgart: Ibidem-Verl., 2005, S. 119-143, ISBN: 3-89821-347-5 (Standort: UB Essen(465)-1 1OFY3206+1)

INHALT: Moderierte selektierte Politik-Chats stellen nach der Analyse des Autors eine neue Kommunikationsform innerhalb der politischen Kommunikation dar. Die im Internet veröffentlichten Chattranskripte bilden parallel dazu eine neue Textsorte, wobei der politische Diskurs vorrangig in Form einer Experten-Laien-Kommunikation realisiert wird und damit an herkömmliche Beratungsgespräche und schriftliche Anfragen erinnert. Weniger die ChatterInnen als vielmehr die PolitikerInnen und insbesondere die ModeratorInnen dominieren das Chatgeschehen, das meistens nach dem Frage-Antwort-Schema abläuft und von den PolitikerInnen vor allem als Forum zur eigenen Imagepflege und -bildung genutzt wird. Daneben kann auch ein Wandel des Sprach- und Zeichengebrauchs im Vergleich zur traditionellen politischen Kommunikation festgestellt werden. In unmoderierten Chats ist Politik hingegen ein Randthema, wie der Autor anhand von Beispielen zeigt. Im Unterschied zu den moderierten Chats spielen hier eher persönliche Haltungen, Meinungen und Einstellungen eine dominierende Rolle. Es gibt vereinzelte Äußerungen zur Politik, die aber eher in Bezug auf die sozialkommunikativen Intentionen der einzelnen ChatterInnen eine Rolle spielen als im Hinblick auf das eigentliche Thema. Ernsthaftige politische Diskussionen finden daher in unmoderierten Chats nicht statt und es stellt sich die Frage, ob das Internet auch im Bereich des Politischen eine sogenannte "Unterhaltungsmalaise" noch weiter verstärkt. (ICI2)

[261-L] Dimmel, Nikolaus; Schmee, Josef (Hrsg.):

Politische Kultur in Österreich: 2000-2005, Wien: Promedia Verl.-Ges. 2005, 343 S., ISBN: 3-85371-243-6 (Standort: Bayer. SB München(12)-2006.5923)

INHALT: Inhaltsverzeichnis: Nikolaus Dimmel/Josef Schmee: Politische Kultur in Österreich 2000-2005 (9-38); Konrad Paul Liessmann: Der Reformgeist (39-48); Johann J. Hagen: Vom Ende der Politik (49-58); Bruno Rossmann: Neoliberale Wende (59-70); Thomas Rothschild: Endgültig... bis hier! (71-81); Rudi Leo: 'Club Jörg' (82-95); Klaus Ottomeyer: Karl-Heinz Grasser und die Marke Ich (96-106); Klaus Zellhofer: Die Stunde der Berater (107-114); Bernhard Seyringer: Zur Rolle von Think Tanks im österreichischen Policy-Prozess (115-119); Georg Graf: 'Die Streitteile sind politische Gegner' (120-132); Neda Bei: Vom Notstandsgesetzgeber zum 'Frühstückspräsidenten'? (133-143); Alfred J. Noll: Der Verfassungsgerichtshof bei hohem Wellengang (144-154); Clemens Jabloner: Vom Verfassungskampf zum Österreich-Konvent (155-165); Karl Fischbacher: Schwarz-blaue Absichten: Marginalisierung der österreichischen Gewerkschaftsbewegung (166-176); Trautl Brandstaller: Provinzielle Einbunkerung (177-188); Erwin Weissel: Null Defizit & null Logik (189-198); Heinz Barta/Michael Ganner: Plädoyer für eine neue Rechtspolitik in Österreich (199-209); Udo Jesionek: Einsperren - egal wo (210-221); Rainer Klien: Zunehmende Unzumutbarkeit der Arbeitsmarktpolitik (222-231); Christian Dirninger: Der Bourgeois als Erlöser (232-242); Gabriele Michalitsch: Familien-Frauen-Männerpolitik (243-254); Christian Fleck: Zwischen Nostalgie und Markt (255-262); Martin Schenk: Poor services for poor people (263-272); David Mum: Alt werden und alt ausschauen (273-283); Claudia von Werlhof: 'Speed kills!' (284-292); Heinz Schoibl: Die Wende in der Sozialpolitik ist vollzogen, Wenn und Aber sind erfolgreich eingeführt! (293-304); Hans Georg Zilian/Franz Heschl: Dienstleistungssyndrom und Interessenvertretung durch Arbeiterkammern (305-322); Michael Amon: Beten für den Ständestaat (323-332); Dieter Schindlauer: Zivilcourage (333-338).

[262-L] Donges, Patrick:

Medialisierung der Politik - Vorschlag einer Differenzierung, in: Patrick Rössler, Friedrich Krotz (Hrsg.): Mythen der Mediengesellschaft, Konstanz: UVK Verl.-Ges., 2005, S. 321-339, ISBN: 3-89669-481-2

INHALT: Die Mediengesellschaft ist dem Autor zufolge kein "Mythos", sondern eine analytische Beschreibung der Gesellschaft, mit deren Hilfe ihre zentralen Entwicklungen und Tendenzen benannt werden und eine wissenschaftliche Beobachtungsperspektive eingenommen wird. Es stellt sich allerdings die Frage, ob der Begriff der Mediengesellschaft die moderne Gesellschaft adäquat beschreibt, ob mit ihm die tatsächlich relevanten Veränderungen benannt werden oder ob nicht andere Begriffe wie Informations- oder Wissensgesellschaft als "Landkarten" zutreffender sind. Ein prozessorientiertes und dynamisches Pendant der Mediengesellschaft bildet der Begriff der Medialisierung, mit dessen Hilfe es gelingen kann, die theoretischen wie empirischen Probleme des Mediengesellschaftsbegriffs zu klären. Der Autor diskutiert die Frage, inwieweit mit diesem Begriff die zentralen Veränderungstendenzen in der heutigen Gesellschaft umschrieben werden können, und nimmt am Beispiel der Medialisierung der Politik eine weitere Präzisierung und Differenzierung vor. Der Begriff der Medialisierung sollte seiner Meinung nach verstärkt auf die Mesoebene der Politik, d.h. auf die Strukturen und Abläufe in Organisationen, die Veränderung von Normen und die operationellen Vorgaben von Institutionen bezogen werden. (ICI2)

[263-L] Emmer, Martin; Fütting, Angelika; Vowe, Gerhard:

Wer kommuniziert wie über politische Themen?: eine empirisch basierte Typologie individueller politischer Kommunikation, in: Medien & Kommunikationswissenschaft, Jg. 54/2006, H. 2, S. 216-236 (Standort: UuStB Köln (38)-FHM AP11550)

INHALT: "Der Aufsatz enthält eine empirisch basierte Typologie der individuellen politischen Kommunikation in Deutschland. Dafür wurden mittels einer Clusteranalyse Personen aufgrund bestimmter Merkmale so gruppiert, dass sich die Angehörigen einer Gruppe untereinander in ihrer politischen Kommunikation möglichst stark ähneln und von den Angehörigen anderer Gruppen möglichst stark unterscheiden. Die Basis bildet ein deutschlandweit repräsentativer Datensatz von 2003, der detailliert die politische Kommunikation der Bevölkerung beschreibt - von der Nutzung politischer Medienangebote (z.B. Schauen von TV-Nachrichten) über die interpersonale Kommunikation zu politischen Themen bis zu partizipativer politischer Kommunikation (z.B. Teilnahme an Unterschriftensammlungen). Es konnten fünf Typen ermittelt werden: der 'passive Mainstreamer' (größte Gruppe mit 43% der Bevölkerung), der 'eigennützige Interessenvertreter', der 'bequeme Moderne', der 'traditionelle Engagierte' und der 'organisierte Extrovertierte' (kleinste Gruppe mit 9%). Die Etiketten machen das jeweilige Kommunikationsprofil der Typen deutlich. Diese Typologie kann über die deskriptive Funktion hinaus dazu dienen, kommunikationstheoretisch und -politisch relevante Phänomene wie 'Wissenskluft', 'Digital Divide' oder 'Politikverdrossenheit' weiter aufzuklären." (Autorenreferat)

[264-L] Gabriel, Oscar W.:

Kann und soll Politik führen?, in: Oscar W. Gabriel, Beate Neuss, Günther Rütther (Hrsg.): Konjunktur der Köpfe? : Eliten in der modernen Wissensgesellschaft, Düsseldorf: Droste, 2004, S. 78-92, ISBN: 3-7700-1189-9 (Standort: UB Essen(465)-ODU1866)

INHALT: Demokratische Politik ist auf Führung, auf einen Ausgleich divergierender Interessen und auf eine grundsätzliche Zustimmung der Öffentlichkeit zum generellen Handlungskurs der Führung angewiesen, weil sie anders ihrem eigenen Anspruch als Herrschaft durch das Volk und für das Volk nicht gerecht wird. Diese Anforderungen sind aber in der politischen Praxis nicht leicht zu erfüllen, und schon gar nicht gleichzeitig und ohne Abstriche. In Krisensituationen tritt besonders deutlich die Notwendigkeit aktiver politischer Führung hervor. Dies schließt im Sinne Max Webers den Willen zur Ausübung politischer Macht ein, d. h. die Fähigkeit, den eigenen Willen gegen Widerstreben durchzusetzen. Die Frage des Beitrages müsste insofern wie folgt erweitert werden: "Soll, kann und will die Politik führen?". Das Thema wird in der genannten Reihenfolge abgehandelt. Zunächst geht es um die normativen Aspekte politischer Führung: Soll Politik überhaupt führen, und wenn ja, in welcher Form? Im folgenden Teil stehen die Möglichkeiten und Grenzen politischer Führung zur Debatte: Kann Politik führen oder nicht, und wenn nicht, aus welchen Gründen? Schließlich wird der Wille zur politischen Führung diskutiert, also die Bereitschaft der Politik, unter den Bedingungen demokratischer Herrschaft und unter Beachtung ökonomischer Handlungsrestriktionen die verfügbaren Gestaltungsspielräume zu nutzen und die Bevölkerung von der Richtigkeit des eingeschlagenen Weges zu überzeugen. (ICA2)

[265-L] Geißel, Brigitte:

Politische Kritik - Gefahr oder Chance?: normative Grundlagen politischer Orientierungen, (Discussion Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie, Forschungsgruppe Zivilgesellschaft, Citizenship und Politische Mobilisierung in Europa, 2006-401), Berlin 2006, 31 S. (Graue Literatur; URL: <http://skylla.wz-berlin.de/pdf/2006/iv06-401.pdf>); Forschungsbericht/Nummer: SP IV 2006-401

INHALT: "Kritische Bürger werden seit Jahren kontrovers diskutiert. Einerseits gelten sie als Indikator für die Gesundheit von Demokratien. Andererseits werden sie als Bedrohung für die Stabilisierung politischer Systeme erachtet. Basierend auf Umfragedaten wird untersucht, ob die Einstellungsprofile kritischer Bürger - z.B. politische Informiertheit oder Identifikation - über- oder unterdurchschnittliche Werte im Vergleich mit unkritischen Bürgern aufweisen. Dabei steht im Gegensatz zu den meisten Studien zur politischen Kritik nicht die Unzufriedenheit im Mittelpunkt, sondern die normative Grundlagen, sich mit politischen Sachverhalten kritisch auseinander zu setzen (Kritikbereitschaft). Kritikbereite Befragte erweisen sich als besser informiert, partizipationsfreudiger und in größerem Ausmaß mit Politik und Demokratie identifiziert als Nichtkritikbereite. Auch ihre Bereitschaft, Demokratie zu verteidigen, ist überdurchschnittlich." (Autorenreferat)

[266-F] Glassmann, Ulrich (Bearbeitung):

Politisches Verhalten, Gleichheit und Demokratie

INHALT: Das Habilitationsprojekt untersucht die Zusammenhänge zwischen sozialen Normen, politischem Verhalten und Wohlfahrtseffekten in etablierten Demokratien.

ART: Habilitation *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen Lehrstuhl für vergleichende Politikwissenschaft (Postfach 411020, 50870 Köln)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0221-470-2853, Fax: 0221-470-7447, e-mail: ulrich.glassmann@uni-koeln.de)

[267-L] Grunwald, Armin; Banse, Gerhard; Coenen, Christopher; Hennen, Leonhard:

Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie: Tendenzen politischer Kommunikation im Internet, (Studien des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag, 18), Berlin: Ed. Sigma 2006, 265 S., ISBN: 3-89404-827-1

INHALT: "Nach der Interneteuphorie um das Jahr 2000 und der anschließenden Phase der Ernüchterung wächst derzeit wieder das Interesse an den Chancen und Herausforderungen, die sich aus der politischen Nutzung des Internets für die Demokratie ergeben. Besondere Aufmerksamkeit verdienen hier viele neue und dynamische Entwicklungen im Bereich der politischen Netzöffentlichkeit. Der Wandel politischer Öffentlichkeit durch das Netz mit seinen zahlreichen Aspekten und Facetten steht daher im Zentrum dieses Buchs. Aufbauend auf einer komprimierten Darstellung technischer und kultureller Eigenheiten netzbasierter Kommunikation sowie des Forschungsstandes thematisieren die Autoren vor allem zwei Anwendungsbereiche des Internets: Zum einen widmen sie sich den Programmen zur digitalen Demokratie und den Onlineangeboten zentraler politischer Akteure auf nationaler und internati-

onaler Ebene, vor allem den institutionellen Diskussionsangeboten nationaler Parlamente. Zum anderen untersuchen sie aktuelle Tendenzen im Bereich nicht-staatlicher politischer Netzöffentlichkeit. Dabei werden auch Ergebnisse empirischer Analysen ausgesuchter Themenöffentlichkeiten im Netz vorgestellt, die eigens für diese Publikation durchgeführt wurden." (Autorenreferat)

[268-L] Haas, Jan:

Korruption: Einflussfaktoren, Auswirkungen, Prävention, Düsseldorf: VDM Verl. Dr. Müller 2005, 96 S., ISBN: 3-86550-113-3 (Standort: FHB Neu-Ulm(1049)-QL415H112)

INHALT: "Korruption verursacht auf unterschiedlichen Ebenen in Politik und Wirtschaft enorme materielle und immaterielle Schäden. Dabei erweist sich die Bekämpfung dieses gesamtgesellschaftlichen Problems nach wie vor als äußerst komplex und schwierig. Der Autor legt mit seinem Buch eine ökonomische Analyse des Problemfeldes Korruption vor. Die Kombination unterschiedlicher Untersuchungsansätze - Institutionenökonomische Analyse, Transaktionskostenanalyse sowie die Perspektive der Neuen Politischen Ökonomie - bildet die breite Basis seiner Betrachtung. Der Autor identifiziert die Angriffsflächen, die ausgewählte Politikfelder bzw. Unternehmensbereiche und -positionen besonders anfällig für Korruption machen und stellt diese an markanten Beispielen aus Politik und Wirtschaft praxisnah dar. Institutionelle sowie individuelle Faktoren, die bei der Entstehung von Korruption eine entscheidende Rolle spielen, werden herausgearbeitet und übersichtlich dargelegt. Eine kritische Beurteilung der Auswirkungen sowie der Präventionsmaßnahmen, die bisher auf organisatorischer, institutioneller sowie strafrechtlicher Ebene ergriffen wurden, rundet die Darstellung ab." (Autorenreferat)

[269-F] Henning, Bernd, Prof.Dr. (Bearbeitung):

Empirische Evaluation von Politikverhalten von Schüler/innen und Studierenden

INHALT: keine Angaben

ART: Eigenprojekt *AUFTRAGGEBER*: keine Angabe *FINANZIERER*: keine Angabe

INSTITUTION: Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd, Fak. II, Institut für Gesellschaftswissenschaften Fach Politikwissenschaft, Gemeinschaftskunde (Oberbettringer Str. 200, 73525 Schwäbisch Gmünd)

KONTAKT: Bearbeiter (e-mail: bernd.henning@ph-gmuend.de)

[270-L] Kamber, Esther; Imhof, Kurt:

Der neue Kampf um Aufmerksamkeit: Zeitreihenanalyse der öffentlich-politischen Kommunikation, in: Patrick Donges (Hrsg.): Politische Kommunikation in der Schweiz, Bern: Haupt, 2005, S. 133-155, ISBN: 3-258-06765-1 (Standort: LB Karlsruhe(31)-105A55654)

INHALT: Der Beitrag zur politischen Kommunikation in der Schweiz betrachtet den 'neuen' Strukturwandel der Öffentlichkeit und setzt sich dabei mit folgenden Fragen auseinander: Worauf ist der 'neue' Strukturwandel der Öffentlichkeit zurückzuführen? Welche Effekte dieses Strukturwandels tangieren die öffentliche politische Kommunikation und damit auch den demokratischen Prozess der Selbststeuerung der modernen Gesellschaft? In einem ersten

Schritt werden zunächst die Weiterentwicklung der Öffentlichkeit und ihre Effekte theoretisch beschrieben. Dazu gehören (1) die etablierten und nicht-etablierten politischen Akteure, (2) der Rollen- und Funktionswandel der Medien sowie (3) die Mittel zur Aufmerksamkeitsgenerierung bei politischen wie medialen Akteuren. Im zweiten Schritt werden anhand von Zeitreihenanalysen diese Strukturwandelseffekte in der politischen Kommunikation unter dem Gesichtspunkt der Veränderung der Resonanz der wichtigsten politischen Akteure empirisch validiert. Nach einer Differenzierung der Akteure im politischen System der Schweiz gliedern sich die Befunde hier in folgende Punkte: (1) die Problematisierung des Fremden von 1960 bis 1999 als Grundlage der Untersuchung, (2) die Resonanzchancen etablierter und nicht-etablierter Akteure, (3) der Wandel der Resonanzfunktion der Medien und erhöhte Resonanzchancen sowie (4) die Generierung von Aufmerksamkeit und sinkende wie riskante Resonanzchancen. Die leitmediale Resonanz von Exekutive und Legislative wie der etablierten und nicht-etablierten politischen Akteure unterliegt im Rahmen der intensiven Problematisierung des Fremden in den letzten vier Jahrzehnten massiven Veränderungen. Diese können sowohl auf den Strukturwandel der Öffentlichkeit wie auf den diskontinuierlichen sozialen Wandel zurückgeführt werden. (ICG2)

[271-L] Kloten, Norbert:

Wissenschaftliche Beratung der Politik: Befund und Auftrag, in: Akademie der Wissenschaften Heidelberg (Hrsg.): Politikberatung in Deutschland, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2006, S. 123-145, ISBN: 3-531-14375-1 (Standort: UB Siegen(467)-31OVQ1258)

INHALT: Der Autor beleuchtet die Struktur der Beziehungen zwischen Politikern und Wissenschaftlern im Prozess der Politikberatung und nimmt eine kritische Bestandsaufnahme der Ziele, Möglichkeiten und Grenzen wissenschaftlicher Politikberatung vor. Er leitet aus seinen Befunden zusammenfassend folgende Thesen ab: (1) die tradierte Beratungskultur in der Bundesrepublik zerfällt immer mehr und der institutionalisierte externe wissenschaftliche Sachverstand verliert im Prozess der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung zunehmend an Gewicht; (2) der Verfall des einstmals engen und wirksamen Dialogs zwischen Wissenschaft und Politik korrespondiert mit einem Verfall der politischen Entscheidungskultur, einem Verlust an konzeptioneller Orientierung in der Politik und einem pragmatisch-opportunistischen Handeln in Form eines inkohärenten politischen "Reparaturbetriebs"; (3) die möglichen Ursachen für diese Entwicklung liegen u.a. in einem wachsenden Besitzstanddenken, einer neuen Prioritätensetzung bei den öffentlichen Ausgaben, in einer kompromisslosen Ausrichtung der Politik auf Wahltermine und in Defiziten in der föderalen Struktur der Bundesrepublik; (4) die Bundesrepublik befindet sich gegenwärtig in einer Zwangslage und übermächtige ökonomische Faktoren erzwingen ein politisches Umdenken und Handeln; (5) eine durch gesichertes Wissen geprägte Politik begründet einen wachsenden Bedarf an kohärenter Politik und damit an wissenschaftlicher Beratung. (ICI2)

[272-L] Köttig, Michaela:

Zur Entwicklung rechtsextremer Handlungs- und Orientierungsmuster von Mädchen und jungen Frauen, in: Andreas Klärner, Michael Kohlstruck (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland, Hamburg: Hamburger Ed., 2006, S. 257-274, ISBN: 3-936096-62-7

INHALT: "Die Autorin erweitert die biografische Perspektive um die Betonung der (De-)Thematisierung der Familienvergangenheit im Nationalsozialismus. Am Beispiel der von ihr interviewten Mädchen und Frauen zeigt sie, dass die Hinwendung zur rechtsextremen Szene einen Bearbeitungs- versuch problematischer biografischer Erfahrungen darstellen kann, in denen die Eltern nicht als verlässliche Bezugspersonen erlebt wurden. Auf diese Erfahrungen reagierten, wie die Autorin an einem Fallbeispiel darlegt, die Mädchen und Frauen mit einer starken Identifikation mit den Großeltern und deren vermeintlicher NS-Vergangenheit." (Autorenreferat)

[273-L] Leuerer, Thomas:

Die heile Welt der Ostalgie - kollektive politische Erinnerung an die DDR durch mediale Verzerrung?, in: Thomas Goll, Thomas Leuerer (Hrsg.): Ostalgie als Erinnerungskultur? : Symposium zu Lied und Politik in der DDR, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 2004, S. 46-59, ISBN: 3-8329-0999-0 (Standort: UB Bonn(5)-2005/3028)

INHALT: Der Autor beleuchtet die Hintergründe und politischen Implikationen der Ostalgie, indem er die kommerzielle Erinnerungsinzenierung im Jahr 2003, die nach dem Erfolg des Films "Good Bye, Lenin!" stattfand, mit den Auswirkungen vergleicht, die der Film "Braveheart" für das schottische Nationalgefühl hatte. Er stellt damit die innerdeutschen Erinnerungsprozesse in einen Zusammenhang mit außerdeutschen Vorgängen und kritisiert gleichzeitig die Verzerrung der kollektiven Erinnerung in den "Ostalgie-Shows" im deutschen Fernsehen. Er erörtert ferner die Frage, ob die Ostalgie als Ausdruck einer ostdeutschen Teilidentität angesehen werden kann und welche Zusammenhänge zwischen der Ostalgiewelle und der politischen Ideologie der SED-Nachfolgepartei PDS bestehen. Die historische Aufklärung über die Entwicklungen in der ehemaligen DDR sollten nach seinem abschließenden Plädoyer nicht der Unterhaltungsindustrie überlassen, sondern als Kern der politischen Bildung betrachtet werden. (ICI)

[274-L] Lindemann, Kai:

Korruption als Skandalierung informeller Einflusspolitik: Fallstudien aus der "CDU-Spendenaffäre", (Premium), Berlin: dissertation.de 2005, 219 S., ISBN: 3-86624-005-8 (Standort: LB Karlsruhe(31)-105A10660)

INHALT: Die Studie zu dem Phänomen der Korruption reflektiert anhand von zwei Fallstudien, welche Strukturen und Handlungsmotive informellen Einflussfaktoren zugrunde liegen, die sich zu Korruptionsskandalen entwickeln, ohne dass illegale Tatbestände hinlänglich bewiesen werden. Der Untersuchung liegt folgende Hypothese zugrunde: Politische Korruption resultiert immer aus der Skandalierung informeller Einflusspolitik, die dadurch annähernd ihren untransparenten Charakter verliert. Korruptionsdefinitionen können die ersichtlichen Eigenschaften informeller Einflusspolitik nicht widerspruchsfrei erfassen. Im ersten korruptionstheoretischen Teil werden Theorieansätze und Studienergebnisse zu politischer Korruption diskutiert. Dabei werden drei Aspekte beleuchtet: (1) der Stellenwert politischer Korruption, (2) Korruption als Normverletzung und (3) Korruption zur Bereicherung. Im zweiten theoretischen Teil werden die Bedingungen informeller Politik diskutiert, die erst eine Skandalierung ermöglichen und zu Korruptionsfällen führen. Hier werden politikwissenschaftliche Kategorien dargelegt, die sich mit Ergebnissen der Korruptionsforschung überschneiden. Im

dritten Teil folgen die Fallstudien: der Verkauf von 36 deutschen Panzerfahrzeugen an Saudi-Arabien und der Lieferung aus dem Bestand der Bundeswehr 1991 sowie die Privatisierung der Erdölraffinerie in Leuna und die Veräußerung des Minol-Tankstellennetzes 1992. Der vierte Teil umfasst die Schlussbetrachtung mit einer Bewertung der Ergebnisse sowie eine begriffliche Einordnung informeller Politik. Vertrauen, Loyalität, aber auch die Organisation haben sich zweifellos stark verändert in den letzten Jahrzehnten und dem Profitstreben eigenutzorientierter Akteure mehr Raum geschaffen. Solange Politikprozesse aber von klassischen Formationen (Parteien, Ministerien, Unternehmen) geprägt sind, solange behalten sie auch ihre Geltung. (ICG2)

[275-F] Möhring-Hesse, Matthias, PD Dr. (Leitung):

Was ist Generationengerechtigkeit? Zur Grammatik von intergenerationellen Verpflichtungen

INHALT: "Generationengerechtigkeit" ist zur zentralen Legitimationsfigur der Sozialpolitik geworden. Hinter dem vermeintlich einfachen Begriff verbirgt sich jedoch ein äußerst komplexer und zudem komplizierter Sachverhalt, den viele politische Akteure nicht einmal annähernd beherrschen. Eine "Grammatik" der Generationengerechtigkeit soll helfen, diesen Sachverhalt aufzuklären. Kontext/ Problemlage: Eine stärkere Zukunftsorientierung zeichnet die aktuellen sozialpolitischen Debatten aus. Ähnlich wie der "Generationenvertrag" in den fünfziger Jahren ist deshalb "Generationengerechtigkeit" zur zentralen Legitimationsfigur sozialpolitischer Reformvorhaben geworden. Bei einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit diesem Konzept zeigt sich jedoch, dass sich hinter dem vermeintlich einfachen Begriff ein äußerst komplexer und zudem komplizierter Sachverhalt verbirgt, und dass die meisten der politischen Akteure diesen Sachverhalt auf eine allzu leichte Schulter nehmen. Viele von ihnen ignorieren, dass dieses Konzept logische Voraussetzungen hat, und verletzen deshalb mit ihren Konzepten diese Voraussetzungen, produzieren also unsinnige Legitimationen. Dieser "Unsinn" belastet die politische Verständigung über die Zukunft der bundesdeutschen Fürsorge- und Sicherungssysteme und über die Verpflichtungen gegenüber kommenden Generationen. Fragestellung: Sofern etwas über Schuldigkeiten zwischen Generationen gesagt wird, müssen bestimmte Dimensionen intergenerationeller Verpflichtungen und deren Rechtfertigung berücksichtigt werden. In den unterschiedlichen Konzepten der Generationengerechtigkeit werden diese Dimensionen zwar unterschiedlich ausgefüllt. Doch deren unterschiedliche Ausgestaltung sowie deren Verknüpfungen sind durch logische Vorgaben bestimmt. Diese Vorgaben restringieren den sinnvollen Gebrauch des Konzepts Generationengerechtigkeit. In einer Art Grammatik der intergenerationellen Gerechtigkeit sollen diese logischen Vorgaben erhoben werden. Dazu werden die Dimensionen intergenerationeller Verpflichtungen aufgeklärt, anschließend die logischen Vorgaben bei der Ausgestaltung dieser Dimensionen rekonstruiert. Auf dieser Grundlage können dann politische Konzepte der Generationengerechtigkeit auf ihre logische Konsistenz geprüft und Verstöße gegen die "Grammatik" der Generationengerechtigkeit sichtbar gemacht werden.

METHODE: Im Vergleich mit politischen und theoretischen Konzepten der intergenerationellen Gerechtigkeit bewegt sich das Projekt auf einer vorgelagerten Theorieebene, zielt also nicht selbst auf ein Konzept und dessen argumentative Rechtfertigung, sondern auf die Vorgaben und Einschränkungen aller solcher Konzepte. Um sie aufzuklären, wird die Methode rationaler Rekonstruktion gewählt. Auf diesem Weg wird das vortheoretische Wissen um die logischen Vorgaben und die intuitive Beherrschung entsprechender Regeln aufgeheilt, die der Er-

zeugung und Beurteilung von Konzepten der Generationengerechtigkeit zugrunde liegen. Gegenstand der Rekonstruktion sind vorliegende Theorien der Generationengerechtigkeit.

ART: gefördert *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Hans-Böckler-Stiftung

INSTITUTION: Universität Münster, FB 02 Katholisch-Theologische Fakultät, Institut für Christliche Sozialwissenschaften (Hüfferstr. 27, 48149 Münster)

KONTAKT: Leiter (e-mail: moehring-hesse@t-online.de)

[276-L] Münkler, Herfried; Straßenberger, Grit; Bohlender, Matthias (Hrsg.):

Deutschlands Eliten im Wandel, Frankfurt am Main: Campus Verl. 2006, 537 S., ISBN: 3-593-38026-9

INHALT: "Eliten sind im letzten Jahrzehnt in Deutschland wieder im Gespräch. Ihre Notwendigkeit und Förderung ist zu einem beliebten Thema der Reformdiskussion geworden. In den einzelnen Beiträgen des Bandes wird die abnehmende Bedeutung traditioneller und die Entstehung neuer Eliten mit neuen Handlungsspielräumen untersucht. Es zeigt sich, dass Skepsis angebracht ist gegenüber der Erwartung, eine Rückkehr zum Modell einer Elitengesellschaft könne die aktuellen Probleme lösen." (Autorenreferat). Inhaltsverzeichnis: Herfried Münkler, Matthias Bohlender und Grit Straßenberger: Einleitung (11-21); I. Macht und Ohnmacht der Eliten: Historische und politische Perspektiven: Herfried Münkler: Vom gesellschaftlichen Nutzen und Schaden der Eliten (25-45); Binger P. Priddat: Ratlose Eliten: Politik, Demokratie und Beratung (47-64); Karsten Fischer: Zirkulation der Leitprofessionen und Elitennetzwerke Politiksoziologische Thesen zur juristischen Elite im deutschen Staatsdienst (65-75); Rüdiger vom Bruch: Prominenz und Prestige. Zur Geschichte einer geistes- und sozialwissenschaftlichen Öffentlichkeitselite (77-102); Susanne Burren und Pascal Jurt: Diskurskoalitionen in den Wirtschaftswissenschaften. Ökonomische Deutungseliten in der Schweiz (103-124); Harald Bluhm und Grit Straßenberger: Elitedebatten in der Bundesrepublik (125-145); II. Elitekonsens und Elitenintegration nach dem Korporatismus: Wolfgang Streeck: Nach dem Korporatismus: Neue Eliten, neue Konflikte (149-175); Jürgen Beyer: Vom Netzwerk zum Markt? Zur Kontrolle der Managementelite in Deutschland (177-198); Anke Hassel: Zwischen Politik und Arbeitsmarkt. Zum Wandel gewerkschaftlicher Eliten in Deutschland (199-220); Rudolf Speth: Lobbyismus als Elitenintegration? Von Interessenvertretung zu Public Affairs-Strategien (221-236); III. Eliten in der Wissens- und Netzwerkgesellschaft: Nico Stehr, Christoph Henning und Bernd Weiler: Die "Entzauberung der Eliten": Wissen, Ungleichheit und Kontingenz (239-254); Armin Nassehi: Differenzierungseliten in der "Gesellschaft der Gegenwart" (255-273); Stephan A. Jansen: Der Fall der Elite. Die "Unterführung" der Gesellschaft (275-295); Dirk Baecker: Das Willkürhandeln von Persönlichkeiten. Die Integrationsfunktion von Eliten im Übergang zur Netzwerkgesellschaft (297-317); Frank Nullmeier: Wissensmärkte und Bildungsstatus. Elitenformation in der Wissensgesellschaft (319-341); IV. Eliten-Bildung zwischen Leistung, Habitus und Exzellenz: Johannes Bellmann: Exzellenz im Kontext gegenwärtiger Bildungsreform (345-361); Ralf T. Krampe: Hochbegabung oder Langstreckenlauf? Eliteleistungen aus Sicht der Expertiseforschung (363-383); Hermann Kotthoff: Führungskräfte: Vom Privatbeamten zum Wissensarbeiter (385-408); Maike Andresen: Corporate Universities im Karrieremanagement von Eliten (409-430); Michael Hartmann: Vermarktlichung der Elitenrekrutierung? Das Beispiel der Topmanager (431-454); Karl Ulrich Mayer: Abschied von den Eliten (455-479).

[277-L] Nadai, Eva:

Bürgersolidarität im Wandel, in: Erwin Carigiet, Ueli Mäder, Michael Opielka, Frank Schulz-Nieswandt (Hrsg.): Wohlstand durch Gerechtigkeit : Deutschland und die Schweiz im sozialpolitischen Vergleich, Zürich: Rotpunktverl., 2006, S. 343-355, ISBN: 3-85869-314-6

INHALT: Der Beitrag betrachtet das bürgerschaftliche Engagement bzw. Sozialkapital in der Schweiz und geht dabei der Frage nach, wie aktiv die Schweizer Bevölkerung tatsächlich ist, wie demokratisch bzw. egalitär dieses Engagement verteilt ist und in welchem Verhältnis Staat und Zivilgesellschaft bei der Förderung von Engagement stehen. Dementsprechend umfasst die Beantwortung unter Berücksichtigung von statistischem und empirischem Datenmaterial folgende Punkte: (1) Begrifflichkeit und Ausmaß des bürgerschaftlichen Engagements und Sozialkapitals, (2) die politische Partizipation im Milizsystem sowie (3) die Maßnahmen zur Mobilisierung und Rationalisierung von Engagement. Die Ausführungen machen deutlich, dass die Förderung von Engagement in der Schweiz primär bei zivilgesellschaftlichen Organisationen liegt. Seitens der öffentlichen Hand fließen wenig finanzielle Mittel in diese Aufgabe und Rahmenbedingungen, die staatliche Regulierung erfordern, wie etwa Anreize im Steuersystem oder Anrechnung von Engagement bei Sozialversicherungsansprüchen tauchen ab und zu in der politischen Diskussion auf, um ebenso schnell wieder zu verschwinden. (ICG2)

[278-L] Niedermayer, Oskar:

Bürger und Politik: politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen, (Studienbücher Politisches System der Bundesrepublik Deutschland), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2005, 270 S., ISBN: 3-531-14845-1 (Standort: ULB Münster(6)-MG15070/150(2)A)

INHALT: "Der Band gibt einen umfassenden Überblick über die politischen Orientierungen und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger. Eingegangen wird zum einen auf das politische Interesse und das staatsbürgerliche Selbstbewusstsein, die Orientierungen gegenüber dem politischen Führungspersonal, den politischen Institutionen, der Idee der Demokratie, der Demokratiekonzeption des Grundgesetzes und der Verfassungswirklichkeit sowie die Haltung zur Nation und zu den Mitbürgern, zum anderen auf die verschiedenen Arten des politischen Verhaltens, also die Aufnahme und Verwendung politischer Informationen, das entscheidungskonforme Handeln und die politische Partizipation in Form der Beteiligung an Wahlen, der Mitarbeit in Parteien und sonstiger Beteiligungsformen." (Autorenreferat)

[279-L] Noelle-Neumann, Elisabeth; Petersen, Thomas:

Verlorene Meinungsführerschaft: wie das Fernsehen die Rolle der persönlichen Kommunikation im Wahlkampf verändert, in: Elisabeth Noelle-Neumann, Wolfgang Donsbach, Hans Mathias Kepplinger (Hrsg.): Wählerstimmungen in der Mediendemokratie : Analysen auf der Basis des Bundestagswahlkampfes 2002, Freiburg im Breisgau: Alber, 2005, S. 164-186, ISBN: 3-495-48109-5 (Standort: UB Siegen(467)-31OVI4256)

INHALT: Die Autoren gehen in ihrer Analyse des Bundestagswahlkampfes 2002 von den Studien Paul F. Lazarsfelds zu den Meinungsführern und der These vom Zwei-Stufen-Fluss der Kommunikation im Wahlkampf aus. Die Identifizierung der Meinungsführer bietet für die Wahlforschung eine besondere Chance, denn diese Personen müssten auch entscheidende

Anstöße für den Entscheidungsprozess der Wähler geben. Vor allem Meinungsumschwünge, Neubewertungen der politischen Parteien und ihrer Vertreter im Wahlkampf müssten sich zunächst bei den Meinungsführern und erst zu einem späteren Zeitpunkt bei der übrigen Bevölkerung bemerkbar machen. Ließe sich dies nachweisen, dann wäre es nicht nur ein weiteres Indiz für die Gültigkeit der Meinungsführer-Theorie, sondern man hätte mit der Skala der Persönlichkeitsstärke auch ein wichtiges Prognose-Instrument gewonnen, das zukünftige Entwicklungen im Wahlkampf bereits in ersten Ansätzen erkennbar werden ließe, bevor sie in den Gesamtergebnissen von Repräsentativumfragen deutlicher sichtbar werden. Liefen also die mit der Skala der Persönlichkeitsstärke definierten Meinungsführer in ihrer Parteiorientierung der übrigen Bevölkerung voraus? Eine Prüfung anhand der Allensbacher Trendergebnisse aus dem Wahlkampf 1990 bestätigt diese Vermutung. Die Autoren gehen ferner auf die Wahljahre 1994 und 1998 ein und heben die Besonderheiten des Wahlkampfes 2002 hervor, wo die politisch eher weniger Interessierten erstmals den traditionellen Meinungsführern vorausgeeilt sind und durch eine veränderte Mediennutzung in der Endphase des Wahlkampfes ihre Wahlabsichten geändert haben. (ICI2)

[280-F] Nonnenmacher, Frank, Prof.Dr. (Bearbeitung):

Demokratisches Lernen im undemokratischen System

INHALT: Der von Frank Nonnenmacher vertretene Ansatz einer auf die Schulpraxis orientierten Konzeption politischer Didaktik geht vom Aufklärungsbedürfnis des Individuums, seinem Bedürfnis nach Weltaufschluss und -erklärung einerseits und von einer dem Individuum den Subjektstatus zwangsläufig absprechenden Institution Schule aus. Inwiefern eine Balance in dieser Widersprüchlichkeit für die Beteiligten prinzipiell möglich bzw. notwendig ist, ist zunächst Gegenstand theoretischer Überlegungen, bevor versucht wird, darauf aufbauend ein Planungsmodell für institutionalisierte Lernprozesse einer dennoch am Subjektstandpunkt festhaltenden aufklärerischen politischen Bildung zu entwerfen.

ART: keine Angabe **AUFTRAGGEBER:** keine Angabe **FINANZIERER:** keine Angabe

INSTITUTION: Universität Frankfurt, FB 03 Gesellschaftswissenschaften, Institut für Vergleichende Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen Professur für Didaktik der Sozialwissenschaften und der politischen Bildung (Robert-Mayer-Str. 5, 60054 Frankfurt am Main)

KONTAKT: Sekretariat (Tel. 069-798-22589, e-mail: b.ellert@soz.uni-frankfurt.de)

[281-L] Nullmeier, Frank:

Wissen und Entscheiden, in: Akademie der Wissenschaften Heidelberg (Hrsg.): Politikberatung in Deutschland, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2006, S. 85-100, ISBN: 3-531-14375-1 (Standort: UB Siegen(467)-31OVQ1258)

INHALT: Die wissenschaftliche Politikberatung wird meistens auf der Ebene von Strukturen analysiert, wozu entweder die Logiken von Wissenschaft und Politik einander gegenübergestellt oder die Verfahren, Organisationen und Institutionen der Politikberatung einer näheren Betrachtung unterzogen werden. Im vorliegenden Beitrag wird vor diesem Hintergrund erstens eine Empfehlung für eine spezifische Form der Analyse von Interaktionen zwischen Wissenschaftlern und Politikern in Beratungssituationen gegeben. Zweitens wird anhand einer erweiterten Strukturanalyse gezeigt, wie eine Fokussierung allein auf die Kategorien von

Wissenschaft und Politik überwunden werden kann. Hierzu werden sprechakttheoretische Ansätze zur Untersuchung von Interaktionen und politischen Entscheidungsprozessen vorgestellt und an Beispielen erläutert. Eine fruchtbare Annäherung an die immer komplexer werdende Gestalt heutiger Politikberatung wird dem Autor zufolge nur gelingen, wenn sich in der Empirie eine erneuerte und erweiterte Strukturanalyse mit verfeinerten Verfahren der Interaktionsanalyse verbindet und wechselseitig ergänzt. (ICI2)

[282-F] Opitz, Stephanie, Dipl.-Medienwiss. (Bearbeitung); Vowe, Gerhard, Univ.-Prof.Dr. (Leitung):

Professionelle Dienstleister in der politischen Kommunikation

INHALT: Ziele: a) systematische Erfassung des Profiles der politischen Kommunikationsdienstleister im Querschnitt durch Exploration; b) geplante Ergebnisse: empirisch basierte Typologie, Umriss der Grundgesamtheit und Hypothesensatz. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

METHODE: Methodologie: "Stufenmodell empirisch begründeter Typenbildung" (Kluge 1999); Professionalisierungsansatz. Untersuchungsdesign: Querschnitt *DATENGEWINNUNG:* Inhaltsanalyse, offen (Stichprobe: 36; Websites der Dienstleister in Befragungssample; Auswahlverfahren: bewusst). Beobachtung, teilnehmend (Stichprobe: 1; Dienstleister im Rahmen des Pretests für Befragungsinstrument; Auswahlverfahren: bewusst). Qualitatives Interview (Stichprobe: 36; Dienstleister des Befragungssamples; Auswahlverfahren: bewusst). Feldarbeit durch Mitarbeiter/-innen des Projekts.

ART: gefördert *BEGINN:* 2005-10 *ENDE:* 2007-09 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Universität Düsseldorf, Philosophische Fakultät, Sozialwissenschaftliches Institut Lehrstuhl für Kommunikations- und Medienwissenschaft I (Universitätsstr. 1, 40225 Düsseldorf)

KONTAKT: Leiter (Tel. 0211-81-14014, e-mail: vowe@uni-duesseldorf.de)

[283-L] Postone, Moishe:

Deutschland, die Linke und der Holocaust: politische Interventionen, Freiburg im Breisgau: ça-ira-Verl. 2005, 215 S., ISBN: 3-924627-33-X (Standort: ULB Münster(6)-MC7290/37)

INHALT: Der Sammelband fasst Beiträge des Verfassers aus drei Jahrzehnten zusammen. Sie handeln von der kritischen Vermittlung von Geschichte und Gesellschaft und der Möglichkeit, Veränderungen denkbar zu machen, ohne sie theoretischer Beliebigkeit zu überlassen. Im Zentrum stehen dabei die Dynamik von Vergesellschaftungs- und Denkformen, die Widersprüchlichkeit von Geschichte im Kapitalismus und die Bedingtheit ihrer Erkenntnis. Im ersten Teil geht es um Themen wie die RAF, Fassbinder und den Antisemitismus, das Verhältnis zu Israel, den Holocaust sowie die Rolle des wiedervereinigten Deutschland. Im zweiten Teil des Buches finden sich vier stärker theoretisch akzentuierte Texte zur Kritischen Theorie, zu Antisemitismus und Nationalsozialismus sowie zum islamistischen Terrorismus, dessen ideologischen Hintergründen und den Fehleinschätzungen der politischen Linken in dieser Frage. (ICE2)

[284-L] Rebenstorf, Hilke:

Parteieliten - zwischen Organisationsinteressen, öffentlichem Auftrag und persönlichen Ambitionen, in: Josef Schmid, Udo Zolleis (Hrsg.): Zwischen Anarchie und Strategie : der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 114-129, ISBN: 3-531-14578-9 (Standort: ULB Münster Zweigbibl. Sozialwiss.(6A)-MF3200/5)

INHALT: Parteieliten müssen Anforderungen aus mindestens drei verschiedenen sozialen Rollen erfüllen: Parteirepräsentant, Inhaber eines öffentlichen Wahlamtes und Persönlichkeit mit eigenen Ambitionen. Um die spezifischen Spannungsverhältnisse deutlich zu machen, denen Parteieliten unterworfen sind, werden im vorliegenden Beitrag die sozialstrukturellen und programmatischen Bindungen der Parteiorganisationen sowie ihr öffentlicher Auftrag betrachtet. Die Spannungsverhältnisse, die in Parteiorganisationen Wirksamkeit entfalten, werden durch deren Funktionsträger in der Öffentlichkeit und auch parteiintern verkörpert. Hinzu treten die individuellen Ambitionen von Personen, die von der Politik leben, so dass sich Parteieliten in einem multivektoriellen Feld bewegen, innerhalb dessen sie sich zwischen verschiedenen Ansprüchen positionieren müssen. Es wird zunächst ein kurzer Abriss über die Wesensmerkmale von Parteien und ihre Wähler und Mitglieder gegeben, um dann die verschiedenen sozialen Rollen, die Parteieliten in ihrer Führungsfunktion wahrzunehmen haben, näher zu betrachten. (ICI2)

[285-F] Richter, Emanuel, Prof.Dr. (Leitung):

Politische Korruption in der Bundesrepublik Deutschland. Wandlungen ihrer öffentlichen Wahrnehmung und Sanktionierung

INHALT: Das Forschungsprojekt zielt auf eine Längsschnittanalyse der politischen Korruption in der Bundesrepublik Deutschland von ihrer Gründung bis zur unmittelbaren Gegenwart. Da es keine unumstrittenen objektiven Kriterien zur Messung von politischer Korruption gibt, wird die Entwicklung der politischen Korruption anhand ihrer gewandelten öffentlichen und fachwissenschaftlichen Wahrnehmung und politischen Sanktionierung nachgezeichnet und bemessen. Politische Korruption wird also in Abhängigkeit von ihrer politischen Perzeption klassifiziert. Das geschieht auf der Basis von jeweils drei Kriterien der Wahrnehmung (fachwissenschaftliche Analysen, Medien-Berichterstattung, wissenschaftliche Korruptions-Messung) und drei Kriterien der Sanktionierung (Ausprägung rechtlicher und politischer Institutionen der Kontrolle, Entstehung von Gesetzen und Richtlinien, Entwicklung der Ermittlung und Strafverfolgung). Es steht zu erwarten, dass die so systematisierte politische Korruption in der Bundesrepublik Deutschland in Hinblick auf ihre Perzeption aufschlussreiche phasenspezifische Verläufe aufweist und im allgemeinen Trendverlauf ihrer Wahrnehmung stetig zunimmt, obwohl sie vielleicht objektiv auf gleichem Niveau verbleibt. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

ART: Eigenprojekt *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Technische Hochschule Aachen, FB 07 Philosophische Fakultät, Institut für Politische Wissenschaft Bereich Politische Systeme (Ahornstr. 55, 52074 Aachen)

KONTAKT: Leiter (e-mail: richter@ipw.rwth-aachen.de)

[286-L] Rosenberger, Sigrid Elisabeth:

Der Faktor Persönlichkeit in der Politik: Leadershipanalyse des Kanzlers Willy Brandt, (Forschung Politik), Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2005, 180 S., ISBN: 3-531-14843-5 (Standort: UB Duisburg-Essen(464)-01/OVG/5448)

INHALT: "Die fortschreitende Bedeutung der Massenmedien in der postmodernen Gesellschaft führte zu einem Personalisierungsschub, der die politische Führungspersönlichkeit stärker in den Mittelpunkt treten ließ. Sigrid Elisabeth Rosenberger analysiert den Faktor Persönlichkeit und stellt seinen Einfluss auf den politischen Prozess anhand des politischen Wirkens Willy Brandts dar. Die Erörterung der spezifischen Ausformung von Brandts leadership basiert auf der Annahme, dass trotz einer gewissen Abhängigkeit von Prozessen und Strukturen, das politische Führungspersonal und dessen Charakter - im weitesten Sinn - gebührend zu berücksichtigen sind. Das Potenzial von political leadership wird im Spannungsverhältnis zwischen Subjekt und System verortet. Vor diesem theoretischen Hintergrund wird Brandts leadership anhand der eigens dafür erarbeiteten Analyseebenen 'Persönlichkeit', 'Inhalt' und 'Machttechnik' untersucht." (Autorenreferat)

[287-F] Rudloff, Wilfried, Dr.phil. (Bearbeitung); Fisch, Stefan, Prof.Dr.phil. (Leitung):

Experten und Politik: wissenschaftliche Politikberatung in historischer Perspektive

INHALT: Politikberatung ist von der deutschen Zeitgeschichtsschreibung noch kaum als ein Themenfeld eigenen Charakters entdeckt worden. Wiewohl den Historikern die Rolle externer Experten bei der Formulierung von politischen Programmen nicht verborgen geblieben ist, sind Genese und Stellenwert des institutionalisierten Austauschs von Experten und Politik bislang noch nicht zum Gegenstand einer systematischen Analyse geworden. Bei diesem Projekt geht es darum, die Rolle verwaltungsexternen Sachverständigen stärker in das Blickfeld der Historiographie zu rücken, eine Brücke zu den Fragestellungen der Politik-, Sozial- und Verwaltungswissenschaften zu schlagen und deren Ansatzpunkte mit den Methoden der Geschichtswissenschaft weiterzuführen und zu ergänzen. Dazu fand im Oktober 2001 eine Forschungstagung statt, die bereits abgeschlossene oder noch laufende Forschungsvorhaben zusammenführen und unter dem Gesichtspunkt auswerten sollte, welche Entstehungsbedingungen, Entwicklungslinien und Wirkungsmechanismen sachverständiger Politikberatung in Deutschland gelten. Sie kehrt damit die bislang dominierende Frage nach dem Einfluss der Politik auf die Wissenschaft um und fragt nach der Bedeutung von Wissenschaft für die Politik und dem Stellenwert externen Expertenwissens im politischen Prozess. Dabei sollen insbesondere die Ressortforschung der Fachministerien, Querschnittsfragen der Beratung (wie Demoskopie oder Zukunftsforschung) und paradigmatische Fälle für das Verhältnis von Beratern und Beratenen thematisiert werden. Ein zeitlicher Schwerpunkt des Projekts liegt bei den aktuellen zeitgeschichtlichen Forschungen zu den sechziger Jahren. Mit dem chronologischen "Weiterwandern" der gesetzlichen Benutzungssperre von dreißig Jahren werden in den staatlichen Archiven zunehmend Aktenbestände aus dieser Zeit zugänglich, einer Periode mannigfaltiger Auf- und Umbrüche. Zu ihren Kennzeichen gehörte nicht zuletzt ein Wandel in Stil und Methoden des Regierens, der seinerzeit vielfach als eine "Verwissenschaftlichung" der Politik gesehen wurde.

METHODE: exemplarische historische Quellenarbeit *DATENGEWINNUNG:* Entfällt.

ART: gefördert *BEGINN:* 2000-04 *ENDE:* 2003-03 *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft

INSTITUTION: Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (Postfach 1409, 67324 Speyer)
KONTAKT: Leiter (e-mail: sfisch@dhv-speyer.de)

[288-F] Schmidt, Christian K., Dipl.-Soz.Wiss. (Bearbeitung); Alemann, Ulrich von, Prof.Dr. (Leitung):

Dimensionen politischer Korruption

INHALT: Korruption ist allgegenwärtig: Zu allen Zeiten, in allen Regimen, Kulturen und Gesellschaftssegmenten - Politik, Wirtschaft, Kultur, Sport - stößt man auf Korruption, ob offen an der Oberfläche oder erst dann, wenn man die Decke der Wohlanständigkeit wegzieht. Diese Ubiquität ist eines der unumstrittenen Erkenntnisse der modernen Korruptionsforschung. Sie ist nicht nur eine Erscheinung von Niedergang und Zerfall am Vorabend des Untergangs von Staaten. Aber damit endet schon der Konsens. Denn trotz der Vielfalt der Forschungen zu politischer Korruption herrscht keine Einigkeit über Definitionen, Typologien, Methoden der Erforschung, der Erkennung, der Prävention und der Repression. Je tiefer in Korruptionsnetzwerke eingedrungen wird, desto deutlicher werden die Wissensdefizite. Je breiter die Korruptionsliteratur erfasst wird, desto klarer treten die Wissenslücken, aber auch die Kontroversen über zentrale Kategorien hervor: Angefangen bei der Begrifflichkeit von Korruption über Ursachen und Folgen, bis zu den Strategien der Bekämpfung. Der Band bietet Basiswissen über politische Korruption für Studium und Wissenschaft sowie weiterführende Analysen zur Theorie und Methodik der Korruptionsforschung. Er eignet sich aber auch als ein umfassendes Kompendium für die Praxis der politischen Bildung, der Medien und aller derjenigen, die mit Korruption in Verwaltungen, Unternehmen, Verbänden, Organisationen und Strafverfolgungsbehörden konfrontiert sind.

METHODE: Grundlagen bieten die ersten Kapitel in Form einer historisch-systematischen Einführung und theoretischen sowie ethisch-moralischen Überlegungen. Es folgen Beiträge zur Methodik und Empirie und - der Praxis näher rückend - Fallstudien zu spezifischen Aspekten der Korruption in der Europäischen Union, den MOE-Ländern sowie Italien und Frankreich, des Weiteren zu China, zu Entwicklungsländern, schließlich zur Bundesrepublik Deutschland und den USA. Der Band wird abgeschlossen durch ein Kapitel zur Korruptionsbekämpfung auf nationaler wie internationaler Ebene. Dieser Band soll einen Beitrag dazu leisten, Schneisen und Pfade in dieses Dickicht zu bahnen, eine Zwischenbilanz zur gegenwärtigen Korruptionstheorie, -forschung und -praxis zu ziehen. Dies geschieht mit Hilfe renommierter, internationaler Korruptionsforscherinnen und -forscher verschiedener Wissenschaftsdisziplinen, die das Feld der Korruption in mehreren Dimensionen bearbeiten. Der Band kann und will also keinen Ansatz bevorzugen, sondern will sie vielmehr nebeneinander stellen.

VERÖFFENTLICHUNGEN: Alemann, Ulrich von: Dimensionen politischer Korruption. Politische Vierteljahresschrift, Sh. 35. Wiesbaden: VS Verl. f. Sozialwiss. 2005. ISBN 3-531-14141-4.

ART: gefördert *BEGINN:* 2002-08 *ENDE:* 2005-09 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen Kulturwissenschaftliches Institut; Gesellschaft von Freunden und Förderern der Universität Düsseldorf e.V.

INSTITUTION: Universität Düsseldorf, Philosophische Fakultät, Sozialwissenschaftliches Institut Lehrstuhl Politikwissenschaft II Politisches System der Bundesrepublik Deutschland (Universitätsstr. 1, 40225 Düsseldorf)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0211-81-11497 od. -12399, e-mail: ck.schmidt@uni-duesseldorf.de)

[289-L] Schöne, Helmar:

Fraktionsmitarbeiter: Tätigkeitsprofil, Karrierewege und Rollenverständnis, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 36/2005, H. 4, S. 791-808 (Standort: USB Köln(38)-XF148; Kopie über den Literaturdienst erhältlich)

INHALT: "Mitarbeiter von Parlamentsfraktionen nehmen bestimmte Rollen im Willensbildungsprozess deutscher Parlamente ein. Die Leiter der Fraktionsverwaltungen sind enge Berater des Fraktionsvorstandes und wichtige Manager der fraktionsinternen Willensbildung. Im Hintergrund koordinieren sie sowohl die Arbeit in den als auch zwischen den Fraktionen. Die Arbeitskreisreferenten dagegen sind Spezialisten ihrer Politikfelder. Sie unterstützen die Fraktionsarbeitskreise und vor allem deren Vorsitzende bei der fachlichen Arbeit. Als Experten können sie dabei auf die Entstehung der sachpolitischen Positionen ihrer Fraktionen Einfluss nehmen. Beide, die Leiter der Fraktionsverwaltungen und die Arbeitskreisreferenten, tragen so zur Stärkung der Fraktionsführung gegenüber den einfachen Abgeordneten bei." (Autorenreferat)

[290-L] Schuster, Christian H.:

Politikberatungsagenturen in Deutschland, (J+K Wissen), Berlin: poli-c books, Fachverl. für Polit. Kommunikation 2005, 158 S., ISBN: 3-938456-52-3 (Standort: ULB Münster Zweigbibl. Sozialwiss.(6A)-MG15084/13)

INHALT: "Einflüsterer, Strippenzieher oder auch Hexenmeister - mit diesen Worten bezeichnen Medien mitunter das neue Berufsfeld der nicht-wissenschaftlichen Politikberater. Sie verweisen damit auch immer wieder auf deren besonderen Einfluss. Umso erstaunlicher ist es, dass diese Agenturen zur PR-Beratung regierungsnaher Akteure auf Bundesebene wissenschaftlich bislang kaum untersucht wurden. Die vorliegende explorative Studie beschäftigt sich erstmals mit diesen Firmen und ihren Dienstleistungen in Deutschland. Im Spannungsfeld von Politikwissenschaften, Kommunikationswissenschaften, Soziologie und Public Relations/Marketing werden Definitionen kreiert, eine Grundlage für Theoriebildungen geschaffen und die Ergebnisse von elf qualitativen Interviews mit Geschäftsführern relevanter Agenturen sowie mit Abteilungsleitern und Referenten aus Bundesministerien bilanziert und diskutiert. Geklärt wird dabei auch, wie die Politikberatungsagenturen entstanden, worin sich die wissenschaftliche Politikberatung von der PR-Beratung der Bundesregierung unterscheidet und wie der Beratungsprozess zwischen Bundesministerien und Beratungsagenturen verläuft." (Autorenreferat)

[291-F] Strasser, Hermann, Univ.-Prof.Dr.Ph.D. (Betreuung):

Political correctness (pc): die normative Struktur der öffentlichen Meinung in Deutschland

INHALT: keine Angaben *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

ART: Dissertation *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Duisburg-Essen Campus Duisburg, FB Gesellschaftswissenschaften, Institut für Soziologie Professur für Soziologie II (Lotharstr. 65, 47048 Duisburg)

KONTAKT: Betreuer (Tel. 0203-379-2732, Fax: 0203-379-1424, e-mail: strasser@uni-duisburg.de)

[292-L] Wagner, Sandra:

Die Nutzung des Internets als Medium für die politische Kommunikation: Reinforcement oder Mobilisierung?, in: Frank Brettschneider, Jan van Deth, Edeltraud Roller (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2002 : Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2004, S. 119-140, ISBN: 3-8100-4123-8

INHALT: Die Studie zur Wahlforschung befasst sich mit der Frage nach der tatsächlichen Bedeutung der politischen Online-Kommunikation im Wahljahr 2002 für die Bundesbürger. Den theoretischen Rahmen der Untersuchung bilden zwei konkurrierende Thesen über die gesellschaftlichen Auswirkungen des neuen Mediums Internet: die Mobilisierungs- und Reinforcementthese. Der Mobilisierungsthese zufolge werden durch die neue Kommunikationstechnik bisher politikferne Gesellschaftsgruppen zur Teilhabe an der Politik angeregt. Auch die Vertreter der Reinforcementthese verweisen auf eine technologische Eigenschaft des Internet: Es handelt sich um ein Pull-Medium, d.h. Bürger müssen in ihm aktiv nach politischen Inhalten suchen. Ob ein Mensch dies tut, hängt in hohem Maße von seinem politischen Interesse ab. Die Ergebnisse der Studie basieren auf einer Befragung von insgesamt 3.263 Personen zwischen dem 03. August und 15 November 2002. In das Thema einführend, werden zunächst (1) die Vorteile des Internet für die politische Kommunikation (Informationsvielfalt usw.), (2) die Risiken des Internet für die Demokratie (Digital Divide, Zerfall der Öffentlichkeit, wachsende Wissenskluff) sowie (3) die politische Mobilisierung durch das Netz erörtert. Die anschließende Untersuchung gliedert sich in folgende Schritte: Der erste Abschnitt untersucht die empirische Relevanz des Digital Divide. Im Anschluss wird beleuchtet, welche Rolle politische Inhalte im Netz überhaupt spielen. Der dritte Abschnitt beantwortet die Frage, ob Internetsnutzung die Fragmentierung der Gesellschaft verschärft, durch einen Blick auf die Mediennutzungsgewohnheiten der Befragten. Im vierten Abschnitt wird analysiert, ob es tatsächlich die Information-Haves sind, die das Internet zur politischen Information und Kommunikation nutzen. Besondere Aufmerksamkeit wird schließlich der Erwartung einer durch das Internet gesteigerten Partizipationsbereitschaft geschenkt. Die abschließende Zusammenfassung der Ergebnisse erfolgt unter dem Gesichtspunkt der übergeordneten Frage: Lassen es die empirischen Evidenzen tatsächlich zu, von einer Mobilisierung politikferner Bürger durch das Internet zu sprechen, oder legen die Daten doch eher ein Reinforcement der auch bisher politisch Involvierten nahe? Die Antwort gestaltet sich als Interpretationssache, da nur etwa zehn Prozent der Bevölkerung und etwa 30 Prozent der Internetnutzer im Vorfeld der Bundestagswahl 2002 das Internet in irgendeiner Form politisch genutzt haben. (ICG2)

[293-L] Wahl, Rainer:

Ämterpatronage: ein Krebsübel der Demokratie?, in: Hans Herbert von Arnim (Hrsg.): Die deutsche Krankheit: organisierte Unverantwortlichkeit? : Beiträge auf der 7. Speyerer Demokratietagung vom 28. bis 29. Oktober 2004 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Berlin: Duncker & Humblot, 2005, S. 107-136, ISBN: 3-428-11875-8 (Standort: UB Bonn(5)-2006/272)

INHALT: Der Autor problematisiert die Ämterpatronage als Übel in der Demokratie, indem er die Herrschaftspatronage in den verschiedenen Staats- und Regierungsformen beschreibt, die hohe Ämterpatronage in Deutschland als notwendige Folge der Parteienstaatlichkeit herausstreicht und die deutsche Verwaltung als im internationalen Vergleich besonders stark ausgeprägte "Parteibuchverwaltung" charakterisiert. Die Ämterpatronage betrachtet er insgesamt

als integrierten Bestandteil des Parteienabbaus und skizziert daher folgende Vorschläge zu ihrer Verminderung: Begrenzung der Institution der politischen Beamten, stärkere Trennung von Amt und Mandat, Verbot der Parteimitgliedschaft für öffentlich Bedienstete bzw. parteipolitisches Betätigungsverbot, Verbesserung der Stellenausschreibung und Einschaltung unabhängiger Kommissionen bei der Erneuerung, direktdemokratische Personalauswahl und Ausbau der Konkurrentenklage. Mit Blick auf Alternativen in anderen Ländern führt der Autor das Beispiel des britischen "civil service" an und problematisiert vor diesem Hintergrund die Neutralität des öffentlichen Dienstes in Deutschland. Der Kampf gegen die Ämterpatronage setzt seiner Meinung nach ein gedankliches Konzept voraus, welches das Leitbild der Neutralität rehabilitiert und es ausdrücklich als mit der Demokratie vereinbar erklärt. Einem solchen Konzept müsste praktisch die Neuorganisation der Personalpolitik folgen, die weithin gegenüber der Politik und den politischen Spitzenämtern abgeschirmt sein sollte. (ICI2)

[294-L] Walter, Franz:

Die Integration der Individualisten: Parteivorsitzende in der FDP, in: Daniela Forkmann, Michael Schlieben (Hrsg.): Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949-2005, Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., 2005, S. 119-168, ISBN: 3-531-14516-9 (Standort: UB Bonn(5)-2005/6159)

INHALT: Der Autor gibt einen Überblick über das politische Wirken der FDP-Parteivorsitzenden Theodor Heuss, Franz Blücher, Thomas Dehler, Reinhold Maier, Erich Mende, Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher, Martin Bangemann, Otto Graf Lambsdorff, Klaus Kinkel, Wolfgang Gerhardt und Guido Westerwelle. Er beschreibt zu Beginn die Gründe, warum es die Vorsitzenden der freidemokratischen Partei stets erheblich schwerer hatten als die Führer der großen Volksparteien: Ihnen standen z.B. keine historisch gewachsenen Mittel zur Verfügung, mit denen die Geschlossenheit der Partei, wie der SPD und CDU, vergleichsweise einfach herzustellen war. Auch das Fehlen einer großen politischen Vision, mit deren Hilfe die Mitglieder an die Partei gebunden werden können, führte dazu, dass die FDP lange Zeit ein fragiles Bündniskonstrukt blieb. Und nicht zuletzt waren die Freien Demokraten überwiegend die koalitionsbildende Kraft in der Bundesrepublik und mussten aufpassen, nicht von der großen Kanzlerpartei politisch erdrückt zu werden. Sie mussten also in der Regierungskoalition jeweils einen eigenen Ort finden und dabei eine kalkulierte Distanz zum großen Partner einnehmen -eine äußerst schwierige Balance zwischen einem Kurs der Eigenständigkeit und einer Politik der Koalitionsstabilität. Nur ganz wenige Parteivorsitzende der FDP sind unbeschadet aus diesem schwierigen Spannungszustand herausgegangen. (ICI2)

[295-F] Welzel, Chris, Prof.Dr. (Bearbeitung):

Postindustrial value change: Germany in international perspective

INHALT: This DFG-funded project takes place in the context of the fifth wave of the World Values Survey, a cross-cultural study of changing social values and political beliefs. The study aims to identify long-term trends of attitudinal change and to analyze the socioeconomic determinants as well as the political consequences of these changes. This is done by a series of repeated surveys among national samples of the populations of roughly 50 societies worldwide. The DFG funds the German part of the ongoing series. *GEOGRAPHISCHER RAUM:* Bundesrepublik Deutschland

ART: gefördert *AUFTRAGGEBER:* nein *FINANZIERER:* Deutsche Forschungsgemeinschaft
INSTITUTION: International University Bremen -IUB-, Center for International Studies -CIS-
(Postfach 750561, 28725 Bremen)
KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0421-200-3461, Fax: 0421-200-3303,
e-mail: c.welzel@iu-bremen.de)

[296-F] Wiesner, Achim, Dr. (Bearbeitung):
Mikropolitik der Verhandlungen

INHALT: Die Arbeit ist ein Beitrag zur politikwissenschaftlichen Verhandlungsforschung. Sie untersucht in starker Kontextualisierung die Erzeugung kollektiv verbindlicher Entscheidungen im konkreten Interaktionsgeschehen eines Verhandlungsgremiums: Auf Grundlage politikethnographischer Feldarbeit wird Verbindlichkeit nicht als Ergebnis gegebener Interessen, sondern als Ergebnis des Verhandlungsprozesses selbst analysiert. Diese mikropolitologische, unterhalb institutioneller Vorgaben ansetzende Interpretation stützt sich wesentlich auf die kommunikativen Äußerungen der VerhandlungsteilnehmerInnen und erweitert so die Analyseperspektive des "Akteurzentrierten Institutionalismus" um die sprachlich-prozessuale Dimension von Verhandlungen. Dazu werden in der Analyse von Sitzungstranskripten eines föderalen Zwangsverhandlungssystems zunächst die Rahmenbedingungen im Sinne kommunikativer Mikrostrukturen herausgearbeitet, anschließend die situative Aushandlung von Akteurskonstellationen und Interaktionsformen bestimmt, um im dritten Schritt unter Nutzung der Sprechakttheorie Muster der Verbindlichkeitserzeugung zu identifizieren.

ART: Dissertation *BEGINN:* 2001-01 *ENDE:* 2005-12 *AUFTRAGGEBER:* keine Angabe *FINANZIERER:* keine Angabe

INSTITUTION: Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik Abt. Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates (Postfach 330440, 28334 Bremen)

KONTAKT: Bearbeiter (Tel. 0421-218-4384, e-mail: a.wiesner@zes.uni-bremen.de)

[297-L] Wolf, Gerhard:

Geschichtsrevisionismus und revisionistische Diskurse in der BRD, in: Christina Kaindl (Hrsg.): Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus, Marburg: BdWi-Verl., 2005, S. 218-230, ISBN: 3-924684-94-4 (Standort: UB Wuppertal(468)-ORC3123)

INHALT: Unter "Geschichtsrevisionismus" versteht der Autor die Leugnung oder Verharmlosung des nationalsozialistischen Regimes und seiner Verbrechen. Ein solches Verständnis setzt ein Einvernehmen über die zentralen Verbrechen des Nationalsozialismus voraus, wie: (1) die Verfolgung und später planvolle und systematische Vernichtung des europäischen Judentums sowie der Sinti und Roma; (2) den Überfall auf die osteuropäischen Staaten, der als Vernichtungskrieg gegen die jeweiligen Bevölkerungen geplant und durchgeführt wurde; (3) die massenhafte Beteiligung der deutschen Bevölkerung als entscheidende Voraussetzung für diese Verbrechen. Auch dergestalt eingegrenzt ist der Geschichtsrevisionismus ein "weites Feld", in dem zu unterscheiden ist, ob nationalsozialistische Verbrechen geleugnet oder eher relativiert werden, in welcher Art und Weise dies geschieht und mit welcher politischen Intention. Bei dem Versuch einer Kategorisierung unterscheidet der Autor drei Arten des Geschichtsrevisionismus: Dies ist zum Ersten der "radikale Revisionismus", also die schlichte Leugnung der Verbrechen; zum Zweiten der "gemäßigte Revisionismus", der versucht, über die Relativie-

rung der nationalsozialistischen Verbrechen dieses Regime mit anderen gleichzusetzen; schließlich der "revisionistische Diskurs", der explizit politische Ziele verfolgt. (ICA2)

Hinweise zur Registerbenutzung

Sachregister

Grundlage für das Sachregister sind die Schlagwörter, die zur gezielten Suche der Literatur- bzw. Forschungsnachweise in unseren Datenbanken FORIS und SOLIS vergeben wurden.

Um eine differenzierte Suche zu ermöglichen, werden dabei nicht nur die Haupt-, sondern auch Nebenaspekte der Arbeiten verschlagwortet.

- Bei einem maschinell erstellten Verzeichnis wie dem obigen Sachregister führt das zwangsläufig zu einem Nebeneinander von wesentlichen und eher marginalen Eintragungen.

Manche Begriffe machen erst in Verbindung mit anderen Sinn oder wechseln ihren Sinn in Abhängigkeit vom jeweiligen Zusammenhang.

- Solche Zusammenhänge gehen aber bei einem einstufigen Register typischerweise verloren.

Vermeintliche Fehleintragungen gehen fast immer aufs Konto eines dieser beiden Effekte, die sich bei der maschinellen Registererstellung grundsätzlich nicht vermeiden lassen.

Personenregister

Aufgeführt sind

- bei Literaturnachweisen: alle aktiv an dem Werk beteiligten Personen;
- bei Forschungsnachweisen: alle als Leiter, Betreuer oder wissenschaftliche Mitarbeiter („Autoren“) eines Projekts angegebenen Personen.

Institutionenregister

Aufgeführt sind nur die forschenden Institutionen. Institutionelle Auftraggeber, Finanzierer, Förderer oder dergleichen sind zwar in den Forschungsnachweisen selbst aufgeführt, nicht jedoch im Register.

Sortierung

Die Sortierung folgt den lexikalischen Regeln, d.h. Umlaute werden wie der Grundbuchstabe sortiert. Numerische Angaben (z.B. „19. Jahrhundert“) sind ganz ans Ende sortiert, also hinter Buchstabe Z.

Nummerierung

Alle in den Registern angegebenen Zahlen beziehen sich auf die laufenden Nummern der Literatur- und Forschungsnachweise.

Personenregister**A**

Aarts, Kees 175
Ahbe, Thomas 208
Ahrens, Stefan 1, 2
Alemann, Ulrich von 134, 288
Amir-Moazami, Schirin 250
Amm, Joachim 81
Ammann, Herbert 209
Anter, Andreas 3
Arzheimer, Kai 210

B

Backes, Uwe 211
Ballestrem, Karl Graf 4
Banse, Gerhard 267
Basedau, Matthias 158
Bavaj, Riccardo 55
Beckenbach, Niels 251
Becker, Melanie 212
Beestermöller, Gerhard 252
Behnke, Joachim 82
Behnke, Nathalie 253
Benthin, Rainer 213
Benz, Ute 254
Benz, Wolfgang 254
Bergmann, Werner 214
Biehl, Heiko 135
Birsl, Ursula 83
Blanke, Hermann-Josef 56
Bode, Ingo 84
Bogumil, Jörg 90
Bohlender, Matthias 276
Bollmeyer, Heiko 57
Bösch, Frank 136
Bovermann, Rainer 137
Brähler, Elmar 236
Bräuninger, Thomas 138
Brettschneider, Frank 176, 177
Brodocz, André 255
Brown, Mark B. 256
Buchheim, Hans 5
Buchli, Felix 92
Buchstein, Hubertus 6
Bukow, Sebastian 139
Bulmahn, Thomas 215

Burdewick, Ingrid 216
Burkhart, Simone 85
Büsching, Stephan 58
Bußjäger, Peter 59

C

Claußen, Bernhard 257
Coenen, Christopher 258, 267
Conradi, Elisabeth 7
Czepek, Andrea 259

D

Deeg, Jürgen 140
Delhom, Pascal 8
Demuth, Christian 86, 112
Detterbeck, Klaus 141
Diekmannshenke, Hajo 260
Dietrich, Frank 10
Dimmel, Nikolaus 261
Döhler, Marian 87
Donges, Patrick 262
Donsbach, Wolfgang 142, 194
Döring, Herbert 88
Döring, Uta 217
Dreier, Volker 11
Dreischer, Stephan 112
Dülmer, Hermann 167, 178, 179, 185
Dürsch, Klaus 218

E

Eckert, Roland 219
Egger, Stephan 12
Egle, Christoph 89
Ellermann, Silvia 180, 181
Emmer, Martin 263

F

Faas, Thorsten 192
Fallend, Franz 143
Falter, Jürgen W. 182
Fellrath, Götz 90
Fisch, Stefan 60, 287
Flemming, Lars 144, 145
Florack, Martin 146
Föllmer, Moritz 61

Forkmann, Daniela 147
Förster, Jürgen 13
Franzius, Claudio 91
Franzmann, Simon 148, 149
Freiburghaus, Dieter 92
Freitag, Markus 62
Frey, Rainer 93
Frey, René L. 94
Fuhse, Jan A. 63
Füting, Angelika 263

G

Gabriel, Karl 221
Gabriel, Oscar W. 183, 264
Galka, Sebastian 64
Gallus, Alexander 65
Ganghof, Steffen 14, 95, 138
Gaus, Daniel 15
Geden, Oliver 150
Geißel, Brigitte 265
Gerlitz, Jean-Yves 232
Glassmann, Ulrich 266
Godewerth, Thelse 134
Göhler, Gerhard 117
Graf, Rüdiger 61
Greter, Mirko 66
Grunden, Timo 146
Grunwald, Armin 267
Gschwend, Thomas 184, 195
Güllner, Manfred 185

H

Haas, Jan 268
Hartleb, Florian 151
Hartmann, Jürgen 16
Hecker, Hans 72
Hein, Wolfgang 102
Heinze, Rolf G. 96
Heitmeyer, Wilhelm 222
Hellmann, Kai-Uwe 17
Helms, Ludger 97
Henkel, Michael 18
Hennen, Leonhard 267
Henning, Bernd 269
Hilker, Judith 67
Hilmer, Richard 186
Hirsch, Alfred 8
Hirsch, Joachim 98
Höffe, Otfried 19

Hofmann, Wilhelm 223
Holtmann, Everhard 99, 187
Höpner, Martin 152
Höppner, Ulrike 117
Hough, Dan 153
Huber, Sandra 188
Hund, Wulf D. 20

I

Imhof, Kurt 270
Immerfall, Stefan 154
Inachin, Kyra T. 68

J

Jäger, Alexander 101
Jakobeit, Cord 102
Jandura, Olaf 142
Jaraus, Konrad H. 69
Jarre, Nikolai 224
Jeffery, Charlie 153
Jeremias, Ralf 21
Jesse, Eckhard 65, 70, 189, 211, 225
Jessen, Frank 226
Jörke, Dirk 22
Jung, Otmar 71
Jureit, Ulrike 23

K

Kaempfer, Wolfgang 24
Kamber, Esther 270
Kappel, Robert 102
Kastner, Fatima 103
Kätzel, Ute 227
Kemmesies, Uwe E. 228
Kepplinger, Hans Mathias 194
Kiechle, Oliver 72
Kirchgässner, Gebhard 190
Klauck, René 155
Klein, Markus 156, 178, 179, 185, 191
Klein, Thomas 157
Kleinfeld, Ralf 180
Kleinsteuber, Hans J. 104
Kley, Andreas 105
Klingemann, Hans-Dieter 185
Kloten, Norbert 271
Kohler, Georg 25
Kolb, Felix 229
Köllner, Patrick 158
König, Helmut 13, 52

Korte, Karl-Rudolf 146, 159
Kotte, Stefan 73
Köttig, Michaela 272
Kovenock, Dan 160
Kraushaar, Wolfgang 230
Kroll, Frank-Lothar 74
Kropp, Sabine 106
Küpper, Beate 248

L

Lang, A. 107
Lange, Hans-Jürgen 127
Legewie, Joscha 232
Leif, Thomas 231
Lemke, Michael 157
Lentsch, Justus 256
Lesske, Franz 223
Leurer, Thomas 273
Lindemann, Kai 274
Lippl, Bodo 232
Lösche, Peter 161
Lovens, Sebastian 162
Lüddecke, Dirk 26
Lutz, Wolfgang 27

M

Maier, Jürgen 192, 233
Manow, Philip 85, 95, 108
Marchart, Oliver 234
Meerkamp, Frank 193
Mehler, Andreas 102
Meier-Schuegraf, Stefan 235
Merkel, Wolfgang 89
Merten, Heike 163
Messerschmidt, Romy 112
Meyer, Bernd 16
Meyer, Thomas 28
Michel, Marco 164
Möhring-Hesse, Matthias 275
Mühleck, Kai 232
Müller, Markus M. 29
Müller, Wolfgang C. 109
Müller-Bromley, Nicolai 202
Müller-Hilmer, Rita 186
Münkel, Daniela 165
Münkler, Herfried 276

N

Nadai, Eva 277

Narr, Wolf-Dieter 110
Neidhöfer, Herbert 24
Neller, Katja 183
Nemella, Joachim 203
Neu, Viola 166
Neugebauer, Wolfgang 80
Nida-Rümelin, Julian 30
Niederberger, Andreas 31
Niedermayer, Oskar 236, 237, 278
Nienaber, Georg 93
Noelle-Neumann, Elisabeth 194, 279
Noetzel, Thomas 255
Nonnenmacher, Frank 280
Nullmeier, Frank 281

O

Obermaier, Ralph 32
Oebbecke, Janbernd 111
Oeter, Stefan 102
Ohr, Dieter 167, 178, 179, 185
Opitz, Stephanie 282
Otten, Dieter 180

P

Pappi, Franz Urban 184, 195
Patzelt, Werner J. 112, 113
Peters, Klaus 33
Petersen, Thomas 279
Pfahl-Traugber, Armin 34, 238
Plasser, Fritz 196
Plehwe, Kerstin 197
Postone, Moishe 283
Pötschke, Manuela 191

Q

Quandt, Markus 167, 178, 179, 185

R

Raithel, Thomas 75
Raschke, Joachim 213
Rattinger, Hans 114, 174
Raufer, Thilo 76
Rebenstorf, Hilke 284
Reddig, Melanie 212
Reese-Schäfer, Walter 7
Reinhardt, Sibylle 239
Rettich, Markus 176
Retzlaff, Birgit 77
Richter, Emanuel 285

- Richter, Norbert Axel 35
Richter, Saskia 168
Riescher, Gisela 36
Rissland, Anja 115
Robbers, Gerhard 116
Roberson, Brian 160
Roemheld, Lutz 37
Römmele, Andrea 198
Rommenspacher, Birgit 240
Rosa, Sybille de la 117
Rosar, Ulrich 178, 179, 185
Rosenberger, Sigrid Elisabeth 286
Rossmann, Bruno 118
Rüb, Friedbert W. 119, 120
Rudloff, Wilfried 287
Rudzio, Wolfgang 121
- S**
Saage, Richard 38
Saalfeld, Thomas 122
Sanden, Joachim 162
Scharpf, Fritz W. 123, 124
Scheller, Percy 232
Scherschel, Karin 39
Schiffauer, Werner 250
Schirmer, Roland 112
Schlieben, Michael 147, 168
Schlüter-Knauer, Carsten 40
Schmalz-Bruns, Rainer 41
Schmee, Josef 261
Schmeitzner, Mike 78
Schmid, Josef 169
Schmidinger, Heinrich 42
Schmidt, Christian K. 288
Schmidt, Volker 170
Schmidt-Jortzig, Edzard 125
Schmitt, Hermann 199
Schmitt-Beck, Rüdiger 200
Schneider, Volker 107, 126
Schoen, Harald 241
Schöne, Helmar 289
Schönherr-Mann, Hans-Martin 43
Schrenker, Markus 232
Schroeder, Wolfgang 171
Schubert, Klaus 127
Schuett-Wetschky, Eberhard 64
Schulz, Tobias 190
Schulze, Verena 127
Schulze Wessel, Julia 79
- Schumann, Siegfried 201
Schüßlburner, Josef 128
Schuster, Christian H. 290
Schwanekamp, Daniel 202
Schwanengel, Wito 56
Sebinger, Sarah 203
Sedmak, Clemens 42
Seubert, Sandra 44
Shih, Chung-shan 45
Sieckmann, Jan-R. 129
Sigwart, Hans-Jörg 46
Skirl, Miguel 47
Speth, Rudolf 231
Steinbicker, Jochen 48
Straßenberger, Grit 276
Strasser, Hermann 242, 291
Stricker, Michael 242
Sturm, Roland 29, 130, 172
- T**
Talos, Emmerich 80
Tenbücken, Marc 126
Tenscher, Jens 204
Ternes, Bernd 24
Thaysen, Uwe 162
Thunert, Martin 131
Thye, Iris 115
Tils, Ralf 132
Tralau, Johan 49
- U**
Ullram, Peter A. 196
- V**
Vatter, Adrian 62
Veerkamp, Ton 50
Vester, Michael 205
Vilain, Michael 249
Villinger, Ingeborg 51
Virchow, Fabian 243
Vogel, Bernd 173
Volk, Christian 52
Vowe, Gerhard 263, 282
- W**
Wagner, Jochen W. 206
Wagner, Sandra 292
Wahl, Rainer 293
Walloßek, Ronny 64

Walter, Franz 168, 294
Walter-Rogg, Melanie 244
Weber, Florian 53
Wegener, Bernd 232
Weibler, Jürgen 140
Weingart, Peter 256
Weinzierl, Rupert 234
Weisensee, Hanne 54
Welzel, Chris 295
Wenzel, Eva 174
Wernli, Boris 245
Weßels, Bernhard 175, 207
Wiesner, Achim 296
Winckler, Stefan 246
Winkler, Jürgen R. 247
Wittmann, Walter 133
Wolf, Gerhard 297

Z

Zick, Andreas 248
Zimmer, Annette 193, 249
Zimmermann-Steinhart, Petra 130
Zolleis, Udo 169

Sachregister

- A**
- Abfallwirtschaft 268
 - Abgeordneter 253
 - Adorno, T. 32
 - Afrika 259
 - Afrika südlich der Sahara 259
 - agenda setting function 88
 - Akteur 127
 - Altersvorsorge 171
 - Althusser, L. 31
 - Altruismus 4
 - Amerikanisierung 198, 206
 - Amt 293
 - Analyseverfahren 158
 - anglophones Afrika 259
 - Angst 215
 - Anomie 212
 - Anreizsystem 87, 146, 156
 - Anthropologie 4, 22, 35
 - Antifaschismus 217
 - Antikapitalismus 166, 234
 - Antike 38, 40, 65
 - Antisemitismus 80, 214, 222, 283
 - arabische Länder 25
 - Arbeit 37, 49
 - Arbeiterbewegung 50
 - Arbeiterschaft 196
 - Arbeitgeberverband 152
 - Arbeitslosigkeit 215
 - Arbeitsmarkt 133
 - Arbeitsmarktpolitik 96, 261
 - Arbeitsmigration 270
 - Archiv 60
 - Arendt, H. 1, 2, 13, 34, 52, 234
 - Asylbewerber 270
 - Attac 234
 - Attentat 52
 - Aufklärungszeitalter 26
 - Aufmerksamkeit 270
 - Ausländer 39
 - Ausländerfeindlichkeit 144, 214
 - Außenpolitik 80
 - außerparlamentarische Opposition 227, 234, 251
 - Aussteiger 240
 - Autonomie 17, 32, 123, 124, 257
 - Autoritarismus 201
- B**
- Bayern 154, 189
 - Beamtenberuf 128
 - Beamtentum 74, 128, 293
 - Beck, U. 54
 - Bedrohung 215
 - Begriffsbildung 113, 262
 - Behörde 202
 - Belgien 116, 169
 - Beratungsgespräch 281
 - Beratungsmethode 271
 - Beratungsstelle 290
 - Bereitschaft 265
 - Berichterstattung 142, 176, 191, 192, 194, 198, 217, 259
 - Berlin 157, 168
 - Beruf 181
 - Berufsnachwuchs 134
 - Berufstätigkeit 135
 - Berufsverlauf 147, 294
 - Bestandsaufnahme 234
 - Beteiligung 139
 - Betriebsverfassungsgesetz 171
 - Beurteilung 1
 - Bevölkerung 81, 215, 244, 295
 - Bevölkerungsentwicklung 61
 - bilaterale Beziehungen 60
 - Bildung 167, 175, 257
 - Bildungsangebot 218
 - Bildungsniveau 181, 203
 - Bindung 203
 - Binnenmarkt 133
 - Biographie 37
 - Biopolitik 9, 22
 - Bourdieu, P. 39, 234
 - Brandt, W. 165, 286
 - Bremen 168, 189
 - Brief 181
 - Bundeskanzler 97, 106, 119, 183, 191, 233, 286
 - Bundeskompetenz 56, 93
 - Bundesland 59, 62, 71, 83, 90, 100

- Bundespolitik 85, 124, 161, 168
 Bundesrat 81, 88, 95, 99, 106, 116, 133, 138
 Bundesregierung 59, 88, 95, 106, 121, 138, 161, 168
 Bundesstaat 56, 94
 Bundestag 88, 95, 99, 109, 122, 129, 138, 256
 Bundestagswahl 82, 85, 142, 161, 164, 167, 174, 176, 178, 179, 181, 183, 184, 185, 186, 187, 191, 192, 194, 195, 198, 199, 200, 204, 205, 207, 233, 279, 292
 Bundesverfassungsgericht 95, 99, 129, 162
 Bundesverwaltung 87, 95, 108
 Bundeswehr 74, 215
 Bund-Länder-Beziehung 56, 85, 93, 123
 Bund-Länder-Kommission 123
 Bündnis 90/ Die Grünen 168, 172, 174, 176, 184, 186, 195, 204, 207, 223
 Bündnis für Arbeit 171
 Bürger 13, 58, 114, 163, 265, 278
 Bürgerbeteiligung 60, 71, 104, 118, 193, 202, 209, 258, 267
 Bürgerbewegung 251
 Bürgerkrieg 55
 bürgerliche Gesellschaft 19, 209
 bürgerliche Revolution 65
 Bürgerrecht 67
 bürgerschaftliches Engagement 44, 209, 221, 242, 249, 277
 Bürgertum 50
 Bürokratie 48, 115, 118, 231
- C**
 Cassirer, E. 26, 46, 51
 CDU 136, 137, 151, 168, 170, 174, 183, 186, 187, 191, 192, 195, 204, 205, 207, 233, 274
 Chancengleichheit 276
 Chaos 3
 Charisma 21
 Chat 260
 Christentum 221
 Codierung 17
 computervermittelte Kommunikation 188, 260, 267
 CSU 154, 174, 183, 191, 192, 195, 204, 205, 207, 233
- Cultural Studies Approach 31
- D**
 Dahrendorf, R. 54
 Dänemark 40, 175
 DDR 51, 69, 70, 72, 77, 79, 157, 214, 223, 230, 273
 Dekonstruktivismus 113, 234
 Deliberation 7, 41
 deliberative Demokratie 267
 Demokratieverständnis 44, 76, 234, 280
 demokratisches Verhalten 14
 Demokratisierung 41, 68, 231
 Demonstration 51, 243
 Deregulierung 261
 Deutscher 254, 278
 Dezentralisation 59, 92, 111, 118
 DGB 171
 Dialog 197
 Didaktik 280
 Dienstleistung 282
 Dienstleistungsgesellschaft 261
 Die Republikaner 155
 Digitalisierung 197
 Diktatur 65, 72, 80
 direkte Demokratie 58, 71, 73, 133, 141, 193, 260
 Direktwahl 82, 178, 179
 Diskriminierung 20
 Dominanz 240
 Drittes Reich 33, 52, 70, 214, 283
 Dritte Welt 221
 Druckmedien 167, 176, 198
 DVU 155, 174
- E**
 Effektivität 118
 Ehe 37
 Ehrenamt 209, 221, 242, 249
 Eigentum 28
 Eigentumsrecht 67
 Einkommensverteilung 232
 Einstellungsänderung 241, 295
 Einstellungsbildung 241
 Electronic Government 104
 elektronische Demokratie 104, 258, 267
 Elite 38, 264, 276
 Elitebildung 276
 Eliteforschung 276

- E-Mail 197
 Emotionalität 4
 empirische Forschung 14, 182, 257
 Engagement 216, 242
 Entbürokratisierung 115
 Entfremdung 49, 175
 Entgrenzung 7, 27, 48, 117
 Entscheidungsfindung 121, 281
 Entspannungspolitik 157
 Entstaatlichung 41, 118, 261
 Entwicklungshilfe 221
 Erfolgskontrolle 120
 Erste Republik 173
 Ethik 8, 43, 51, 252, 253
 ethnische Beziehungen 92, 226
 ethnische Gruppe 92, 222
 ethnische Herkunft 226
 Ethnizität 39
 Etzioni, A. 54
 Exekutive 97, 99, 270
 Exklusion 20, 220
 Experte 276, 287, 289
- F**
- Fallstudie 265
 Familie 272
 Familienpolitik 261
 FDP 151, 164, 174, 184, 186, 195, 204, 207, 294
 Feindbild 70, 222, 223
 Feminismus 9
 Fernsehen 142, 167, 176, 185, 191, 192, 204, 223, 233, 273, 279
 Fernsehsendung 192
 Film 223, 273
 Finanzausgleich 56, 94
 finanzielle Situation 163
 Finanzpolitik 116
 Finanzverfassung 56, 130
 Föderalismus 37, 56, 59, 73, 81, 83, 85, 92, 93, 94, 95, 116, 123, 124, 125, 130, 131, 153
 Förderung 277
 Forschungsansatz 140, 158, 177, 262, 281
 Foucault, M. 35
 FPÖ 150, 196
 Fraktion 106, 289
 Fraktionsdisziplin 95, 122
 Frankfurter Schule 16, 22
- Frankreich 60, 89, 199, 217, 250
 Französische Revolution 33, 53
 Frau 61, 227, 245, 250, 272
 Frauenbild 37, 80
 Frauenfeindlichkeit 37
 Frauenpolitik 80, 234
 Freiheit 1, 13, 15, 28, 30, 32, 49, 52, 53, 166
 Freiheitsrecht 29, 67
 frühe Neuzeit 65
 Führung 264, 286
 Führungskraft 147, 294
 Führungsposition 276
 Führungsstil 97, 147
 Fundamentalismus 211, 238
 funktionale Differenzierung 48
 Funktionsfähigkeit 75
 Fußball 61
- G**
- Gehlen, A. 22
 Gehorsam 112
 Gemeinnützigkeit 209, 249
 Gemeinschaft 40, 42
 Gemeinwohl 101
 Generation 232, 275
 Generationenverhältnis 232, 275
 Generationenvertrag 275
 generatives Verhalten 196
 Gerechtigkeit 8, 16, 27, 45, 232, 275
 Geschichtsbewusstsein 297
 Geschichtsbild 246, 273, 297
 Geschichtsphilosophie 34
 Geschichtswissenschaft 18, 31, 74
 Geschlecht 196, 227
 Geschlechterpolitik 80
 Geschlechtsrolle 150, 216, 227
 geschlechtsspezifische Sozialisation 216
 Gesellschaftsbild 40
 Gesellschaftskritik 24
 Gesellschaftsordnung 3, 15, 226
 Gesellschaftspolitik 15, 18, 37, 126
 Gesellschaftstheorie 37
 Gesetz 49
 Gesetzesnovellierung 171
 Gesetzgebung 71, 88, 95, 99, 129, 138, 193
 gesetzliche Regelung 91, 163
 Gesundheitswesen 268

- Gewalt 8, 35, 105, 110, 144, 219, 227
 Gewaltbereitschaft 144, 227, 238
 Gewaltenteilung 36, 86, 99, 231
 Gewaltkriminalität 105
 Gewaltmonopol 105, 110
 Gewerkschaft 171, 261, 276
 Gewerkschaftsbewegung 171
 Gewerkschaftspolitik 171
 Gewissensfreiheit 67
 Giddens, A. 54
 Glaube 221
 Glaubensfreiheit 67
 Glaubwürdigkeit 244
 Gleichgewicht 85
 Gleichheit 30, 49, 266
 Global Governance 54
 Globalisierung 8, 19, 41, 48, 54, 84, 103,
 105, 212, 234, 257
 Governance 84, 91, 103, 114, 117, 118,
 127, 132, 149
 Gramsci, A. 234
 Grenzgebiet 202
 grenzüberschreitende Zusammenarbeit 202
 Großbritannien 23, 29, 104, 118, 132, 169,
 175, 177, 197, 273
 Große Koalition 121, 186, 187
 Grundgesetz 58, 64, 93, 99
 Grundrecht 28, 53, 67, 129
 Gruppe 222
 Gruppenbildung 158
- H**
- Habermas, J. 1, 22, 35, 45, 54, 223
 Hamburg 151, 168
 Handlung 1, 13
 Handlungsfähigkeit 123
 Handlungsorientierung 2, 271, 272
 Handlungsspielraum 72
 Handlungstheorie 11, 122
 Hayek, F. 50
 Hegel, G. 50
 Hegemonie 154
 Hermeneutik 46
 Herrschaft 12, 20, 21, 24, 34, 112, 244,
 264
 Herrschaftsform 38
 Herrschaftssicherung 20
 Hessen 168, 189
 Historiker 74
- historische Analyse 20
 Hobbes, T. 25, 33
 Hochschule 276
 homo oeconomicus 4
 humanitäre Intervention 33
 Huntington, S. 54
- I**
- Ideengeschichte 6, 36, 46
 Identifikation 49, 201
 Identität 219, 223
 Identitätsbildung 208, 223
 Ideologie 34, 39, 74, 238, 240
 Imperialismus 98
 Implementation 206
 Individualisierung 175, 205, 212
 Individualismus 32, 178, 179
 Individualität 208
 Individuum 24, 53, 222
 Industrialisierung 154
 Informationsgesellschaft 48, 104
 Informationsgewinnung 292
 Informationsquelle 292
 Informationstechnologie 48, 235
 Informationstheorie 122
 Informationsvermittlung 167, 176, 198
 informeller Sektor 274
 informelle Struktur 121
 Infrastruktur 101, 126
 Inklusion 20
 innere Sicherheit 127, 151
 innerparteiliche Gruppierung 161
 innerparteiliche Opposition 161
 Institutionalisierung 79, 103, 112, 128,
 158
 Institutionalismus 122
 institutionelle Faktoren 13, 28, 130, 229,
 268
 institutioneller Wandel 13, 73, 118
 Institutionenökonomie 73, 268
 Institutionstheorie 112
 Instrumentalisierung 219
 Instrumentarium 111, 259
 Intellektueller 61, 74, 246, 276
 Interaktionsforschung 281
 interaktive Medien 104
 interdisziplinäre Forschung 111, 228
 Interessengruppe 106, 224, 231
 Interessenorientierung 11

- Interessenpolitik 11, 106, 224
Interessenvertretung 83, 284
interkulturelle Faktoren 250
interkultureller Vergleich 295
intermediäre Organisation 83
internationale Beziehungen 54, 107
internationale Politik 223
internationales Recht 25
internationales System 103
internationale Zusammenarbeit 103
Internationalisierung 41, 98
Internet 104, 188, 223, 235, 257, 258, 260, 267, 292
interpersonelle Kommunikation 263, 281
Intervention 102
Irak 25
Islam 238, 250
Islamismus 225, 228, 238, 283
Italien 56, 116, 169, 217
- J**
Japan 23
Journalismus 259
Jude 214
Judenverfolgung 52, 214, 283, 297
Judikative 99
Jugendlicher 216, 218, 237, 240, 272
Jugendorganisation 77, 237
Jünger, E. 49
junger Erwachsener 61, 272
Justiz 61, 99
- K**
Kader 78
Kaderpolitik 78
Kalter Krieg 157
Kammer 133
Kampagne 200, 206
Kanada 116, 153
Kandidatenaufstellung 177, 183, 191, 192, 204
Kandidatur 178, 179
Kant, I. 25, 33, 45
Kanton 92
Kapitalismus 9, 12, 24, 37, 50, 98, 283
Karriere 108, 289
katholische Kirche 221
Katholizismus 74, 80
Klassengesellschaft 20
Klassenkampf 37, 66
Kleidung 250
Koalition 95, 109, 121, 151, 168, 172, 184, 195
Koalitionsbildung 149, 151, 168, 172, 184, 195, 294
Koalitionsfreiheit 67, 195
Koalitionspolitik 95, 109, 121, 168, 172, 195, 205
Kognition 167, 241
Kollektiv 296
Kollektivismus 206, 273
kollektive Identität 219
Kollektiventscheidung 73
Kollektivismus 32
Kollektivverhalten 224
Kommission 125
Kommunikation 198, 233, 262, 279, 296
Kommunikationsforschung 263
Kommunikationstechnologie 48, 235
Kommunikationstheorie 16, 223
Kommunikationsverhalten 257
kommunikatives Handeln 35
Kommunismus 9, 30
Kompetenzverteilung 56, 93, 116
Konfliktfähigkeit 239
Konfliktforschung 219
Konfliktpotential 238
Konflikttheorie 37, 219
Konjunkturpolitik 133
Konkordanzdemokratie 88
Konservatismus 18, 74, 96, 128, 246
konservative Partei 89
Konstitutionalismus 67
konstitutionelle Monarchie 60
Konstruktivismus 45, 113, 255
Konzern 152
Korporatismus 276
korporativer Akteur 103
Korruption 268, 274, 285, 288
Kosmopolitismus 7, 19
KPD 55, 78
Krankheit 215
Kreativität 257
Krieg 25, 35, 42
Kriegsrecht 42
Krise 61, 139, 222
Kritischer Rationalismus 16
Kritische Theorie 32, 283

- Kultur 19, 20, 46, 51, 80, 230, 234
 kulturelle Identität 154
 Kulturhoheit 92
 Kulturphilosophie 46
 Kulturwandel 267
 Kulturwissenschaft 51
 Kunst 9
- L**
- Länderkompetenz 56, 93
 Landespolitik 85, 124, 168
 Landesregierung 138, 168
 Landesverwaltung 90, 108
 Landtag 68
 Landtagswahl 85, 151, 189
 Lazarsfeld, P. 279
 Lebensalter 203
 Lebensbedingungen 4, 124
 Lebenslauf 286
 Lebensraum 23
 Lebenssituation 4
 Lebenswelt 46
 Legislative 99, 129, 193, 270
 Legitimation 1, 2, 20, 36, 38, 76, 79, 91,
 244, 252, 275
 Legitimität 1, 44, 76, 110, 244
 Leistungsbewertung 207
 Leistungsgesellschaft 242
 Leitbild 102, 140, 150
 Lernen 239, 280
 Lernprozess 280
 Levinas, E. 8
 Liberalisierung 133, 261
 Liberalismus 4, 10, 24, 28, 30, 32, 44, 50,
 53, 101, 164, 209
 Linksradikalismus 55, 225
 Lobby 231
 Locke, J. 33
 Logik 5
 Luhmann, N. 17, 63
- M**
- Machiavelli, N. 11, 21
 Machiavellismus 11
 Macht 13, 24, 25, 35, 42, 81, 86, 102, 112,
 113, 117, 264, 286
 Machtkampf 165
 Machtwechsel 165
 Mädchen 272
- Management 118, 131
 Mann 227, 245
 Männlichkeit 150
 Marketing 148, 197
 Marketinginstrument 197
 Markt 28
 Marktwirtschaft 133, 166
 Marx, K. 4, 37, 49, 50
 Marxismus 31, 37, 101
 Massenkultur 12
 Massenmedien 81, 176, 182, 185, 192,
 206, 233, 263
 Materialismus 98
 Mecklenburg-Vorpommern 68
 Medien 42, 80, 142, 176, 206, 223, 262,
 270, 273, 279
 Medienarbeit 270
 Mediengesellschaft 194, 262
 Medienpolitik 259
 Medienrecht 259
 Mehrebenensystem 83, 109
 Mehrheitsprinzip 109
 Mehrheitswahl 82
 Mehrsprachigkeit 92
 Meinungsbildung 194, 241, 248, 279
 Meinungsforschung 241
 Meinungsführer 245, 279
 Mensch 49
 Menschenbild 4, 22, 42, 49
 Menschenrechte 19, 22, 49, 52, 53, 67,
 129
 Menschenwürde 166
 Mensch-Umwelt-Beziehung 49
 Mentalität 222, 248
 Metaphysik 26
 Migrant 9, 226
 Migration 270
 Mikropolitik 6
 Militär 215, 274
 Militärpolitik 66
 Minderheit 222
 Ministerialverwaltung 108, 231
 Misstrauensvotum 109
 Mitarbeiter 289
 Mitsprache 137
 Mittelalter 21, 65
 Mobilisierung 156, 176, 187, 190, 292
 Mobilität 181
 Modellversuch 104

- Moderator 260
Moderne 12, 24, 61
Modernisierung 60, 118, 206
Monarchie 15, 36
Moral 11, 22, 144
moralisches Urteil 144
Motiv 156, 181
Motivation 156, 240, 242
Muslim 238, 250
Mythologie 18
Mythos 26, 51
- N**
Nachhaltigkeit 232
Nachkriegszeit 64, 74, 128, 214
Nation 10, 23, 254
Nationalbewusstsein 254, 278
nationale Identität 223, 254
Nationalismus 10, 173, 246, 254
Nationalrat 196
Nationalsozialismus 55, 68, 70, 80, 218, 272, 283, 297
Nationalstaat 7, 12, 27, 41, 86
NATO 215
Natur 42, 49
Naturrecht 67
Neofaschismus 243
Neoliberalismus 84, 118, 126, 212, 234, 261
Neonazismus 220, 228, 243
Netzgemeinschaft 235, 260
Netzwerk 134, 146, 274
Netzwerkanalyse 107
Neue Politische Ökonomie 224, 268
Neue Rechte 246
Neutralität 293
Neuzeit 65
nichtstaatliche Organisation 103, 118
Nichtwähler 174, 175, 182, 201
Niederlande 175, 202
Niedersachsen 189
Niedriglohn 261
Nietzsche, F. 47
Nihilismus 47
Non-Profit-Organisation 242, 249
Nordrhein-Westfalen 168, 178
Norm 253, 274
Normalität 208, 248
Normativität 25, 41, 111, 291
- Normbildung 103
Norwegen 175
NPD 144, 145, 155, 174, 225, 243
NSDAP 55, 78
Nutzung 181, 235, 257, 263, 292
- O**
Objektivität 129
OECD-Staat 149
öffentliche Aufgaben 60, 101, 126, 271, 284
öffentliche Dienstleistung 118
öffentliche Förderung 277
öffentliche Meinung 23, 75, 204, 215, 285, 291, 292
öffentlicher Dienst 293
öffentlicher Sektor 118, 253
öffentliches Gut 126
öffentliche Verwaltung 60, 87, 115, 118
Öffentlichkeit 42, 81, 105, 163, 250, 267, 270, 292
Öffentlichkeitsarbeit 142, 213, 290
Ökonomie 209
ökonomische Entwicklung 232
ökonomische Theorie 16, 190, 224
Online-Dienst 235
Online-Medien 104
Opposition 17, 55, 136, 160
Optimierung 120
Ordnungspolitik 3
Ordnungstheorie 3, 18
Organisation 90, 119, 143, 145, 161, 169, 173
Organisationen 111, 134, 140, 238, 249, 262
Organisationsentwicklung 134, 140, 141, 143, 146, 169
Organisationsform 118
Organisationsgrad 141, 146
Organisationsstruktur 136, 139, 140, 143, 147, 169
Organisationstheorie 140
organisatorischer Wandel 140, 141
organisierter Kapitalismus 84
Österreich 59, 80, 116, 121, 143, 150, 153, 169, 173, 196, 261
Ost-West-Beziehungen 157
ÖVP 143, 196

- P**
- Parlament 57, 75, 99, 106, 109, 112, 113, 122, 256
- parlamentarischer Ausschuss 162
- Parlamentarischer Rat 64
- Parlamentarismus 12, 14, 61, 64, 75, 81, 86, 99, 193
- Parlamentsauflösung 109
- Parlamentsdebatte 109
- Parlamentswahl 175
- Partei Anhänger 72, 151, 160, 161, 167, 187, 195, 199, 201
- Parteiauflösung 151
- Parteidisziplin 72
- Parteiengesetz 163
- Partei Gründung 151
- Partei politik 40, 85, 108, 134, 136, 137, 138, 151, 159, 161, 162, 167, 169, 170, 172, 175, 183, 191, 195, 196, 199, 204, 205, 284
- Partei presse 150, 173
- Partei schulung 78
- Partei spaltung 151
- Partei statut 137
- Partei verbot 144, 145, 162
- Partizipation 57, 118, 139, 259
- Partnerbeziehung 245
- Patriotismus 51, 66, 254
- Pazifismus 66, 227
- PDS 166, 174, 186, 195, 204, 207, 225, 273
- Personalisierung 177, 178, 179, 183, 198, 204
- Personal politik 165
- Persönlichkeit 4, 183, 201, 210, 247, 284, 286
- Persönlichkeitsmerkmal 4, 182, 201, 210, 247
- Personwahrnehmung 183, 191
- Pflicht 275
- Phänomenologie 15, 46, 113
- Philosophie 9, 18, 22, 40
- Platon 26
- Plessner, H. 22, 35
- Pluralismus 2, 16, 32
- Polarisierung 160
- Political Correctness 291
- Politikberatung 61, 255, 256, 271, 281, 287, 290
- Politiker 5, 58, 76, 147, 177, 198, 210, 244, 253, 281
- Politikfeld 127
- Politikverdrossenheit 73, 139, 163, 175, 201, 210, 216, 237, 244, 263
- Politikvermittlung 167, 198, 270, 290
- Politikwissenschaft 15, 18, 31, 51, 112, 113, 128, 177, 209, 241, 255
- politisch-administratives System 123
- politische Agenda 95, 142, 161
- politische Aktivität 156
- politische Bewegung 51, 213, 221, 227, 243
- politische Beziehungen 107, 171
- politische Bildung 167, 239, 241, 257, 280
- politische Elite 159, 244, 264, 276, 278, 284
- politische Entscheidung 5, 58, 129, 137, 169, 183, 190, 191, 199, 207, 281
- politische Entwicklung 60, 68, 71, 79, 143, 147, 164, 214, 273, 287, 294
- politische Ethik 8, 43, 252, 274
- politische Folgen 229, 295
- politische Führung 97, 134, 136, 141, 143, 147, 151, 159, 161, 165, 169, 233, 244, 264, 284, 286, 294
- politische Gruppe 221
- politische Herrschaft 2
- politische Ideologie 23, 24, 40, 80, 149, 166, 175, 199, 211, 235
- politische Institution 13, 14, 42, 44, 58, 109, 112, 123, 226, 253, 261, 267
- politische Integration 294
- politische Kommunikation 185, 197, 206, 208, 230, 235, 257, 258, 260, 263, 267, 270, 278, 282, 290, 292
- politische Kontrolle 87, 95, 108
- politische Kriminalität 274
- politische Krise 75
- politische Kultur 5, 51, 58, 80, 86, 95, 137, 151, 159, 160, 161, 165, 172, 175, 176, 188, 192, 196, 204, 206, 223, 251, 257, 261, 273, 274, 292, 293
- politische Linke 37, 174, 199, 248, 283
- politische Macht 11, 52, 58, 79, 85, 99, 137, 147, 159, 165, 231
- politische Meinung 40, 176, 183, 191, 192, 195, 204, 207, 233, 270, 292
- politische Mitte 199, 208, 222, 240, 248

- politische Ökonomie 24, 37
politische Partizipation 7, 51, 58, 71, 73, 104, 130, 137, 141, 146, 156, 160, 167, 174, 175, 176, 181, 183, 188, 190, 192, 193, 196, 203, 237, 258, 263, 265, 277, 278, 292
politische Philosophie 8, 15, 16, 18, 26, 31, 32, 35, 42, 45, 47, 51
politische Psychologie 241
politischer Akteur 5, 42, 85, 103, 159, 267, 270
politischer Beamter 108
politische Rechte 40, 151, 173, 174, 199, 212, 213, 248
politische Reform 58, 73, 120, 124, 130
politischer Einfluss 99, 109, 137, 147, 159, 174, 176, 191, 210, 224, 245, 274, 289, 293
politische Richtung 148, 149
politischer Konflikt 35, 171
politischer Prozess 124, 274
politischer Wandel 69, 98, 157, 171, 271
politisches Bündnis 151, 172, 195
politisches Handeln 2, 5, 11, 13, 23, 35, 51, 52, 95, 149, 159, 161, 170, 172, 188, 230, 246, 274, 278, 293
politisches Interesse 203, 265, 278
politische Situation 151, 161, 190, 196, 205, 271
politisches Mandat 82
politische Sozialisation 216, 241
politisches Programm 5, 23, 134, 137, 139, 142, 143, 145, 148, 149, 151, 155, 159, 161, 164, 166, 167, 170, 172, 173, 175, 183, 184, 185, 191, 195, 204, 207, 212, 213, 233, 246, 294
politische Stabilität 3, 158
politische Steuerung 7, 84, 87, 91, 103, 117, 121, 132, 140, 255
politische Strategie 85, 95, 118, 132, 143, 145, 146, 155, 159, 169, 170, 175, 184, 204
politische Struktur 3, 62, 80, 107
politisches Verhalten 5, 14, 160, 245, 266, 269, 274, 278
politische Theorie 1, 2, 3, 6, 8, 11, 13, 14, 16, 18, 21, 26, 28, 34, 35, 36, 38, 41, 44, 46, 51, 52, 53, 54, 74, 117, 275
politische Willensbildung 41, 81, 86, 130, 134, 153, 167, 198, 205, 207, 223, 233, 264, 270, 292
Politisierung 47, 85
Popper, K. 34
Populismus 212
Postfordismus 98
Postmoderne 9, 22
Pragmatismus 159
Präsidentchaftswahl 199
Prävention 268
Presse 74, 217
Pressefreiheit 67, 259
Privatisierung 96, 101, 126, 274
Produktionsbedingungen 101
Produktionsverhältnisse 37
Professionalisierung 146, 204, 282
Prognose 149, 219, 228
Programmierung 17
Propaganda 208, 223, 235
prosoziales Verhalten 239
Protestbewegung 227, 230, 234, 243
Protestverhalten 174, 234
psychische Faktoren 208
Psychologie 209
psychosoziale Faktoren 228
Publizistik 74
- R**
Radikaldemokratie 9
Radikalismus 211, 213, 214, 219, 228
Rassismus 20, 39, 40, 220, 222
Rational-Choice-Theorie 95, 122
Rationalisierung 209
Rationalität 4, 5, 44, 95, 159
Raum 27
Rawls, J. 43, 45, 50
realer Sozialismus 70
Realismus 25
Recht 19, 50, 52, 91
Rechtsanwendung 129
rechtsextreme Partei 145, 225, 247
Rechtsgeltung 28
Rechtsphilosophie 26, 52
Rechtspolitik 261
Rechtsradikalismus 55, 144, 150, 201, 213, 217, 220, 223, 225, 228, 235, 236, 240, 243, 246, 247, 272, 297

- Rechtsstaat 28, 35, 36, 53, 99, 102, 105, 110, 129, 228
 Rechtsverletzung 274
 Rechtswissenschaft 128
 Reformbereitschaft 58, 89
 Reformmodell 58, 73, 124
 Reformpolitik 59, 84, 85, 92, 96, 106, 134, 143, 170, 261
 Reformprogramm 124, 276
 Regelung 193
 Regierung 17, 88, 97, 99, 100, 106, 114, 121, 133, 136, 149, 172
 Regierungsamt 119
 Regierungsbildung 168, 189
 Regierungspartei 109, 121, 122, 161, 168, 205
 Regierungspolitik 132, 161, 168, 172, 205
 Regierungswechsel 172, 205
 Region 83, 93
 regionale Faktoren 102, 217
 regionaler Unterschied 153
 regionaler Vergleich 153
 Regionalisierung 59, 92, 153
 Regionalismus 83
 Regionalpolitik 94
 Regulationstheorie 98
 Regulierung 84, 224
 Rekrutierung 38, 134, 146, 276
 Relativismus 297
 Religion 34
 Religionsgemeinschaft 226
 Religionswissenschaft 42
 Religionszugehörigkeit 135
 religiöse Faktoren 226
 religiöse Gruppe 10, 238
 Religiosität 201
 Reorganisation 90
 Repräsentation 9, 36, 57, 76
 repräsentative Demokratie 57, 73, 86, 193
 Repression 80
 Republik 60
 Republikanismus 44
 Revisionismus 297
 Revolution 13, 69
 Rheinbund 67
 Rhetorik 142
 Richter 99, 129, 162
 Ritual 51
 Rollenbild 150
 Rollenwandel 227
 Rousseau, J. 33
 Rundfunk 233
- S**
- Säkularisierung 3
 Sanktion 285
 Schichtzugehörigkeit 203
 Schmitt, C. 1, 35
 Schröder, G. 106, 165, 191, 192, 233
 Schuld 297
 Schüler 269
 Schweiz 23, 66, 92, 94, 116, 133, 190, 209, 245, 270, 277
 SED 72, 78, 79, 157
 Selbständigkeit 49
 Selbstbestimmung 10
 Selbstbild 289
 Selbstdarstellung 142, 235
 Selbstverantwortung 96
 Selbstverständnis 57
 Selbstverwaltung 10
 Selektion 220
 Semantik 17, 57
 Semiotik 51
 Sexismus 222
 Sezession 10
 Sicherheit 52, 102, 181, 215
 Sicherheitspolitik 215
 Simmel, G. 46
 Skandal 144, 274
 Smith, A. 4, 50
 Solidarität 30, 209, 221, 277
 sowjetische Besatzungszone 72
 Sozialabbau 96
 Sozialdemokratie 28, 37, 66, 80, 171
 sozialdemokratische Partei 66, 89
 soziale Anerkennung 240
 soziale Bewegung 227, 229, 234
 soziale Beziehungen 112, 277
 soziale Einstellung 226, 232
 soziale Folgen 62
 soziale Gerechtigkeit 27
 soziale Herkunft 135
 soziale Integration 226
 soziale Klasse 196, 205
 soziale Konstruktion 20
 soziale Norm 38, 266, 291
 sozialer Konflikt 222

- sozialer Wandel 171, 246, 253, 260, 270, 276, 277
soziale Sicherung 96, 215
soziales Milieu 135, 205
soziales Netzwerk 107, 276
soziales System 3, 262
soziales Verhalten 4, 209, 277
soziale Ungleichheit 39, 43, 212, 242, 276
soziale Wahrnehmung 285
Sozialgeschichte 38
Sozialhygiene 220
Sozialismus 37, 50, 77, 166
sozialistische Partei 72
Sozialkapital 242, 277
Sozialphilosophie 22
Sozialpolitik 80, 205, 261
Sozialstaat 84, 96, 209, 215
Sozialstruktur 135, 181
Sozialversicherung 60
Sozialwissenschaft 126
soziologische Theorie 63, 117
sozioökonomische Folgen 62
SPD 96, 134, 137, 161, 165, 168, 170, 172, 174, 176, 183, 186, 187, 191, 192, 204, 205, 207, 233
Spende 152, 274
SPÖ 196
Sport 80
Sportler 61
Sprache 39, 51, 57, 260, 281, 296
Sprachgebrauch 260
Sprechen 281
staatliche Einflussnahme 7
staatliche Lenkung 90, 91, 103
Staatsform 36, 65, 119
Staatsfunktion 101
Staatsgebiet 23, 27
Staatsgewalt 53, 110
Staatsgrenze 27
Staatsgründung 251
Staatsorgan 59
Staatsphilosophie 26, 33, 36
Staatsrecht 60, 101, 128, 162
Staatsstreich 55
Staatstätigkeit 101, 126
Staatstheorie 16, 48, 74, 98, 101, 126
Stabilität 158
Stammzellenforschung 129
Standortpolitik 94
Statusbewusstsein 96
Steuerpolitik 94
Steuerreform 138
Steuerungsprozess 111
Stigmatisierung 254
Strafrecht 261, 268
strategische Planung 170
strategisches Management 132
Strukturalismus 31
Strukturanalyse 20, 281
strukturelle Gewalt 105
Strukturwandel 270
Student 269
Studentenbewegung 227, 251
Subjektivität 32, 234
Sucht 257
Supranationalität 41
Symbol 15, 26, 79, 250
symbolische Politik 15, 76, 144
Symbolismus 51
Sympathie 4
Systemtheorie 16, 17, 63
- T**
Tageszeitung 142, 217
Tätigkeitsmerkmale 289
Technikfolgenabschätzung 256
Terrorismus 52, 219, 228, 238, 251, 252, 283
Theoriebildung 36, 112, 113, 126
Toleranz 92
Tönnies, F. 40
Totalitarismus 15, 34, 70, 78
Tradition 74
Transaktionskosten 73, 268
Transfer 206
Transferleistung 160
Transparenz 118, 163
Tugend 209
Türke 226
Türkei 226
Typologie 14, 65, 76, 263, 265, 282
- U**
Überhangmandat 82
Umfrageforschung 287
Universalismus 19
Unterdrückung 117
Unterhaltung 260

- Unternehmen 105, 152, 268
 Urbanität 181
 USA 23, 29, 33, 52, 87, 116, 177, 197,
 206, 223, 253
 USPD 55
 Utilitarismus 45
 Utopie 9
- V**
- Verband 60, 231
 Verbändesystem 231
 Verbandspolitik 231
 Verdrängung 297
 Verfassungsänderung 58
 Verfassungsgebung 57, 64, 79
 Verfassungsgericht 261
 Verfassungsmäßigkeit 144
 Verfassungsrecht 129, 162
 Verfassungsschutz 144
 Verfassungstreue 155
 Verfassungswirklichkeit 57, 79
 Verflechtung 83, 85, 93, 108, 123, 293
 Vergangenheitsbewältigung 74, 166, 272,
 297
 vergleichende Forschung 177, 211
 vergleichende Politikwissenschaft 65, 211
 Verhältniswahl 82
 Vernunft 5, 21, 31, 43
 Versammlungsfreiheit 67
 verstehende Soziologie 46
 Verteidigungspolitik 215
 Verteilung 232
 Verteilungsgerechtigkeit 27, 232
 Verteilungstheorie 122
 Vertrauen 188, 201, 210, 219, 244
 Vertrauensfrage 109
 Verwaltung 90, 100
 Verwaltungshandeln 60
 Verwissenschaftlichung 287
 Vietnamkrieg 227
 virtuelle Gemeinschaft 257
 virtuelle Realität 257
 Visualisierung 235
 Voegelin, E. 18, 34, 74
 Völkermord 20, 52, 214, 283
 Völkerrecht 25, 33, 37
 Volksabstimmung 76, 133, 190, 193
 Volksbegehren 71
 Volksentscheid 71
- Volkspartei 159
 Volkssouveränität 36
 Volkswirtschaftslehre 37
 Vorarlberg 173
 Vorbild 206
 Vorurteil 222, 248, 254
- W**
- Wahlbeteiligung 175, 176, 182, 190, 192,
 203
 Wahlbündnis 195
 Wähler 106, 141, 159, 160, 167, 176, 177,
 180, 181, 182, 183, 188, 190, 191,
 192, 194, 195, 199, 200, 204, 205,
 207, 279, 284, 292
 Wahlergebnis 82, 86, 145, 151, 173, 174,
 176, 180, 184, 186, 187, 188, 189,
 190, 191, 192, 196, 205
 Wahlforschung 182, 292
 Wahlkampf 142, 148, 159, 160, 164, 173,
 176, 182, 184, 185, 192, 194, 197,
 198, 200, 204, 206, 207, 212, 233,
 279, 292
 Wahlrecht 86, 182
 Wahlsystem 73, 82, 181, 182
 Wahlwerbung 149, 159, 206
 Wahrheit 5
 Wahrnehmung 192, 215, 285
 Weber, M. 12, 21, 112
 Website 258
 Wehrpflicht 215
 Weimarer Republik 46, 55, 57, 61, 68, 75,
 86
 Weltanschauung 43
 Weltgesellschaft 234
 Welthandel 37
 Weltordnung 19, 98
 Wende 69, 273
 Wertorientierung 32, 182, 201, 295
 Wertwandel 182, 295
 Wettbewerb 19, 73, 224
 Wettbewerbsfähigkeit 140
 Widerstand 55, 77, 106, 230
 Widerstandsrecht 33
 Wiederaufbau 251
 Wiedervereinigung 58, 74, 251
 Wirtschaft 105, 209, 230
 wirtschaftliche Folgen 268
 Wirtschaftselite 276

Wirtschaftsentwicklung 24, 133
Wirtschaftskrise 68
Wirtschaftspolitik 80, 101, 126, 133, 224
Wirtschaftswissenschaft 42
Wissen 48, 281, 287
Wissenschaftler 281
wissenschaftliche Beratung 256, 287
wissenschaftlicher Mitarbeiter 289
Wissenschaftstheorie 11
Wissensgesellschaft 48, 114, 276
Wissenskluft 263, 292
Wissensmanagement 48
Wissenssoziologie 17
Wissenstransfer 271
Wohlfahrt 102, 224, 266
Wohlfahrtsstaat 84, 96, 118

Z

Zeitschrift 61
Zielgruppe 213
Zielsetzung 170, 271
Zivilcourage 261
Zivilgesellschaft 13, 19, 69, 209, 242, 261,
267, 277
Zivilisation 24
Zufriedenheit 210
Zukunftsfähigkeit 94
Zukunftsforschung 287
Zukunftsperspektive 161, 168
Zweikammersystem 81, 85, 88, 116, 122,
138
Zweite Republik 121, 150
Zwischenkriegszeit 173

17. Jahrhundert 67
18. Jahrhundert 67
19. Jahrhundert 23, 29, 60, 65, 67, 211

Institutionenregister

- Bamberger Centrum für Europäische Studien -BACES- 114
- Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer 60, 287
- Europa-Universität Viadrina, Kulturwissenschaftliche Fakultät, Professur für vergleichende Kultur- und Sozialanthropologie 250
- Fachhochschule Düsseldorf, FB Sozial- und Kulturwissenschaften, Arbeitsstelle Neonazismus 220
- Fachhochschule Osnabrück, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 115, 202
- Fernuniversität Hagen, FB Kultur- und Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Lehrgebiet Politikwissenschaft I Staat und Regieren 253
- Fernuniversität Hagen, Institut Frieden und Demokratie 252
- Freie Universität Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft Bereich Grundlagen der Politik Forschungsstelle Diktatur und Demokratie 117
- Freie Universität Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft Otto-Stammer-Zentrum -Arbeitsstelle für Empirische Politische Soziologie- 236
- Freie Universität Berlin, SFB 700 Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit 117
- GIGA Institut für Afrika-Kunde 102
- Hamburger Institut für Sozialforschung 23, 103, 230
- Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv -HWWA- 102
- Hochschule Bremen, FB 01 Allgemeinwissenschaftliche Grundlagenfächer, Internationaler Studiengang Politikmanagement -ISPM- 131
- Humboldt-Universität Berlin, Philosophische Fakultät III, Institut für Sozialwissenschaften Lehrbereich Empirische Sozialforschung 232
- Humboldt-Universität Berlin, Philosophische Fakultät III, Institut für Sozialwissenschaften Lehrbereich Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 139
- Institut für Allgemeine Überseeforschung 102
- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik -IFSH- an der Universität Hamburg 102
- Institut für Theologie und Frieden 252
- Internationales Institut für Staats- und Europawissenschaften GmbH 100
- International University Bremen -IUB-, Center for International Studies -CIS- 295
- Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung 14, 85, 123
- npm Nonprofit-Management gGmbH 249

-
- Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd, Fak. II, Institut für Gesellschaftswissenschaften
Fach Politikwissenschaft, Gemeinschaftskunde 269
- Technische Hochschule Aachen, FB 07 Philosophische Fakultät, Institut für Politische Wissen-
schaft Bereich Politische Systeme 285
- Technische Hochschule Aachen, FB 07 Philosophische Fakultät, Institut für Politische Wissen-
schaft Bereich Politische Theorie 13, 52
- Universität Bochum, Fak. für Sozialwissenschaft, Sektion Politikwissenschaft Lehrstuhl Verglei-
chende Stadt- und Regionalpolitik 90
- Universität Bremen, Zentrum für Sozialpolitik Abt. Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates
296
- Universität Duisburg-Essen Campus Duisburg, FB Gesellschaftswissenschaften, Institut für Poli-
tikwissenschaft Professur für Politikwissenschaft, insb. Politik und Kommunikation 200
- Universität Duisburg-Essen Campus Duisburg, FB Gesellschaftswissenschaften, Institut für Sozio-
logie Professur für Soziologie II 291
- Universität Düsseldorf, Philosophische Fakultät, Historisches Seminar V Abt. Osteuropäische
Geschichte 72
- Universität Düsseldorf, Philosophische Fakultät, Sozialwissenschaftliches Institut Lehrstuhl für
Kommunikations- und Medienwissenschaft I 282
- Universität Düsseldorf, Philosophische Fakultät, Sozialwissenschaftliches Institut Lehrstuhl Poli-
tikwissenschaft II Politisches System der Bundesrepublik Deutschland 288
- Universität Erlangen-Nürnberg, Philosophische Fakultät 01, Institut für Politische Wissenschaft
29
- Universität Erlangen-Nürnberg, Philosophische Fakultät 01, Institut für Politische Wissenschaft
Lehrstuhl für Politische Wissenschaft II 46
- Universität Frankfurt, FB 03 Gesellschaftswissenschaften, Institut für Vergleichende Politikwis-
senschaft und Internationale Beziehungen Professur für Didaktik der Sozialwissenschaften
und der politischen Bildung 280
- Universität Frankfurt, FB 03 Gesellschaftswissenschaften, Institut für Vergleichende Politikwis-
senschaft und Internationale Beziehungen Professur für Politikwissenschaft, insb. verglei-
chende Analyse liberal-demokratischer Systeme und Demokratietheorie 89
- Universität Freiburg, Philosophische Fakultät, Seminar für Wissenschaftliche Politik Lehrstuhl für
Wissenschaftliche Politik, insb. Politische Theorie 36
- Universität Gießen, FB 03 Sozial- und Kulturwissenschaften, Institut für Erziehungswissenschaf-
ten Professur für Systematische, Vergleichende Erziehungswissenschaft 77
- Universität Göttingen, Sozialwissenschaftliche Fakultät, Seminar für Politikwissenschaft Professur
für politische Theorie und Ideengeschichte 7
- Universität Greifswald, Philosophische Fakultät, Institut für Politikwissenschaft Lehrstuhl für
Politische Theorie und Ideengeschichte 6

-
- Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Department Sozialwissenschaften Institut für Politische Wissenschaft Teilbereich Methodische und Historische Grundlagen 213
- Universität Hamburg, Fak. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Department Sozialwissenschaften Institut für Politische Wissenschaft Teilbereich Regierungslehre 119, 120
- Universität Hamburg, Fakultät für Rechtswissenschaft, Institut für Internationale Angelegenheiten 102
- Universität Kiel, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Institut für Sozialwissenschaften Abt. Politikwissenschaft Prof.Dr. Schuett-Wetschky 64
- Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen Lehrstuhl für vergleichende Politikwissenschaft 148, 149, 266
- Universität Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Institut für Angewandte Sozialforschung -IfAS- 178, 179
- Universität Konstanz, Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaftliche Sektion, FB Politik- und Verwaltungswissenschaft Lehrstuhl für materielle Staatstheorie 107
- Universität Konstanz, Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaftliche Sektion, FB Politik- und Verwaltungswissenschaft Professur für Policy-Analyse und Politische Theorie 62
- Universität Konstanz, Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaftliche Sektion, FB Politik- und Verwaltungswissenschaft Professur für Vergleichende Kommunal- und Regionalpolitik 62
- Universität Leipzig, Medizinische Fakultät, Selbständige Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie 236
- Universität Lüneburg, FB 02 Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Institut für Sozialwissenschaften Abt. Politikwissenschaft Professur Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland 162
- Universität Lüneburg, Zentrum für Demokratieforschung 115, 132
- Universität Münster, FB 02 Katholisch-Theologische Fakultät, Institut für Christliche Sozialwissenschaften 275
- Universität Münster, FB 06 Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Abt. A Grundlagen der Politikwissenschaft und politisches System der Bundesrepublik Deutschland 127
- Universität Münster, FB 06 Erziehungswissenschaft und Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft Abt. B Vergleichende Politikwissenschaft 193
- Universität Osnabrück, FB Sozialwissenschaften, Fachgebiet Soziologie 180
- Universität Osnabrück, FB Sozialwissenschaften, Fachgebiet Vergleichende Politikwissenschaft 180
- Universität Regensburg, Philosophische Fakultät 03 - Geschichte, Gesellschaft und Geographie, Institut für Politikwissenschaft 155

Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln 178, 179

Zentrum für Zeithistorische Forschung e.V. 157

ANHANG

Hinweise zur Originalbeschaffung von Literatur

Die in der Datenbank SOLIS nachgewiesene Graue Literatur enthält nahezu vollständig einen Bibliotheksstandort zur Erleichterung der Ausleihe; dies gilt auch für einen Teil (40%) der nachgewiesenen Verlagsliteratur. In SOLIS nachgewiesene Zeitschriftenaufsätze sind zu über 60% mit einem Standortvermerk versehen.

Beschaffung von Literatur über den Deutschen Leihverkehr

Die Standortvermerke in SOLIS (Kürzel, Ort und Sigel der besitzenden Bibliothek sowie Signatur der Arbeit) beziehen sich auf Bibliotheken, die dem normalen Fernleihverkehr angeschlossen sind. Sollte die gewünschte Arbeit bei Ihrer örtlichen Bibliothek nicht vorhanden sein, ersparen Ihnen die Standortvermerke für die Fernleihe („Direktbestellung“) den u.U. sehr zeitraubenden Weg über das Bibliothekenleitsystem.

Elektronische Bestellungen sind ebenfalls möglich, z.B. über subito - einen bundesweiten Dokumentlieferdienst der deutschen Bibliotheken für Aufsätze und Bücher.

Literaturdienst der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln

Aufsätze aus Zeitschriften, die für SOLIS ausgewertet werden und in der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln vorhanden sind, können über den Kölner Literaturdienst (KÖLI) als Kopie bestellt werden. Diese Aufsätze enthalten den Standortvermerk „UuStB Koeln(38) - Signatur der Zeitschrift“ sowie einen Hinweis auf den Kopierdienst. Die Bestellung kann mit gelber Post, per Fax oder elektronisch erfolgen.

Kosten für den Postversand bis zu je 20 Kopien pro Aufsatz betragen 8,- Euro, für Hochschulangehörige 4,- Euro (bei „Normalbestellung“ mit einer Lieferzeit von i.d.R. sieben Tagen); gegen Aufpreis ist eine „Eilbestellung“ (Bearbeitungszeit: ein Arbeitstag) oder auch eine Lieferung per Fax möglich.

Zur Benutzung der Forschungsnachweise

Die Inhalte der Forschungsnachweise beruhen auf den Angaben der Forscher selbst.

Richten Sie deshalb bitte Anfragen jeglicher Art direkt an die genannte Forschungseinrichtung oder an den/die Wissenschaftler(in).

Das gilt auch für Anfragen wegen veröffentlichter oder unveröffentlichter Literatur, die im Forschungsnachweis genannt ist.

Informations- und Dienstleistungsangebot des Informationszentrums Sozialwissenschaften

Als Serviceeinrichtung für die Sozialwissenschaften erbringt das Informationszentrum Sozialwissenschaften (IZ) überregional und international grundlegende Dienste für Wissenschaft und Praxis. Seine Datenbanken zu Forschungsaktivitäten und Fachliteratur sowie der Zugang zu weiteren nationalen und internationalen Datenbanken sind die Basis eines umfassenden Angebotes an Informationsdiensten für Wissenschaft, Multiplikatoren und professionelle Nutzer von Forschungsergebnissen. Zu seinen zentralen Aktivitäten gehören:

- Aufbau und Angebot von Datenbanken mit Forschungsprojektbeschreibungen (FORIS) und Literaturhinweisen (SOLIS)
- Beratung bei der Informationsbeschaffung - Auftragsrecherchen in Datenbanken weltweit
- Informationstransfer von und nach Osteuropa
- Informationsdienste zu ausgewählten Themen
- Informationswissenschaftliche und informationstechnologische Forschung & Entwicklung
- Internet-Service

Das Informationszentrum Sozialwissenschaften wurde 1969 von der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI) gegründet. Seit Dezember 1986 ist es mit dem Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (ZA) an der Universität zu Köln und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen e.V. (ZUMA), Mannheim in der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V. (GESIS) zusammengeschlossen. GESIS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft und wird von Bund und Ländern gemeinsam gefördert.

Im Januar 1992 wurde eine Außenstelle der GESIS (seit 2003 GESIS-Servicestelle Osteuropa) in Berlin eröffnet, in der die Abteilung des IZ zwei Aufgaben übernahm: Die Bestandssicherung unveröffentlichter sozialwissenschaftlicher Forschungsarbeiten der DDR und den Informationstransfer von und nach Osteuropa. Außerdem bietet das Kompetenzzentrum Frauen in Wissenschaft und Forschung CEWS (<http://www.cews.org/>) als Abteilung des IZ zielgruppenadäquate Informations- und Beratungsleistungen zu Fragen der Chancengleichheit in Wissenschaft und Forschung.

Die Datenbanken FORIS und SOLIS

FORIS (Forschungsinformationssystem Sozialwissenschaften)

Inhalt: FORIS informiert über laufende, geplante und abgeschlossene Forschungsarbeiten der letzten zehn Jahre aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Österreich und der Schweiz. Die Datenbank enthält Angaben zum Inhalt, zum methodischen Vorgehen und zu Datengewinnungsverfahren sowie zu ersten Berichten und Veröffentlichungen. Die Namen der am Projekt beteiligten Forscher und die Institutsadresse erleichtern die Kontaktaufnahme.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Psychologie, Bildungsforschung, Erziehungswissenschaft, Kommunikationswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Sozialgeschichte, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie, Sozialwesen oder Kriminologie.

Bestand der letzten 10 Jahre: rund 42.000 Forschungsprojektbeschreibungen

Quellen: Erhebungen, die das IZ Sozialwissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland, die Universitätsbibliothek der Wirtschaftsuniversität Wien in Österreich (bis 2001) und SI-

DOS (Schweizerischer Informations- und Daten-Archivdienst) in der Schweiz bei sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen durchführen. Die Ergebnisse der IZ-Erhebung werden ergänzt durch sozialwissenschaftliche Informationen fachlich spezialisierter IuD-Einrichtungen, z.B. des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg sowie durch Auswertung von Internetquellen, Hochschulforschungsberichten sowie Jahresberichten zentraler Fördereinrichtungen und Stiftungen.

SOLIS (Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem)

Inhalt: SOLIS informiert über die deutschsprachige fachwissenschaftliche Literatur ab 1945, d.h. Aufsätze in Zeitschriften, Beiträge in Sammelwerken, Monographien und Graue Literatur (Forschungsberichte, Kongressberichte), die in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich oder der Schweiz erscheinen. Bei Aufsätzen aus Online-Zeitschriften und bei Grauer Literatur ist im Standortvermerk zunehmend ein Link zum Volltext im Web vorhanden.

Fachgebiete: Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpolitik, Sozialpsychologie, Bildungsforschung, Kommunikationswissenschaften, Demographie, Ethnologie, historische Sozialforschung, Methoden der Sozialforschung, Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie weitere interdisziplinäre Gebiete der Sozialwissenschaften wie Frauenforschung, Freizeitforschung, Gerontologie oder Sozialwesen.

Bestand: Sommer 2006 ca. 335.000 Literaturnachweise

Jährlicher Zuwachs: ca. 14.000

Quellen: Zeitschriften, Monographien einschließlich Beiträgen in Sammelwerken sowie Graue Literatur. SOLIS wird vom IZ Sozialwissenschaften in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden, der Freien Universität Berlin - Fachinformationsstelle Publizistik, dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg, den Herausgebern der Zeitschrift für Politikwissenschaft und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung hergestellt. Weitere Absprachen bestehen mit der Zentralstelle für Psychologische Information und Dokumentation in Trier und mit dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt/Main.

Zugang zu den Datenbanken

Der Abruf von Informationen aus den Datenbanken FORIS und SOLIS ist prinzipiell kostenpflichtig. Beide Datenbanken sind in jeweils unterschiedlichen fachlichen Umgebungen über folgende Hosts zugänglich:

STN International

The Scientific & Technical
Information Network
Postfach 24 65
76012 Karlsruhe
Deutschland
Tel.:+49 (0)7247-80 85 55
www.stn-international.de

GBI

Gesellschaft für Betriebswirtschaftliche Information mbH
Postfach 81 03 60
81903 München
Deutschland
Tel.:+49 (0)89-99 28 79-0
www.gbi.de/_de

An nahezu allen Hochschulstandorten sowohl in Deutschland als auch in Österreich und der Schweiz sind beide Datenbanken auf der Basis von Pauschalabkommen mit den Hosts - z.B. für das GBI wiso-net - in der Bibliothek oder über Institutsrechner für die Hochschulangehörigen frei zugänglich.

infoconnex - der neue interdisziplinäre Informationsdienst bietet Individualkunden günstige Jahrespauschalpreise für den Zugang zu den Datenbanken SOLIS und FORIS. Zudem stehen in infoconnex seit Sommer 2006 im Rahmen von DFG-Nationallizenzen auch sechs Datenbanken des Herstellers **Cambridge Scientific Abstracts (CSA)** zur Recherche an Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen zur Verfügung. Das sind die Sociological Abstracts, Social Services Abstracts, PAIS International, Worldwide Political Science Abstracts, Applied Social Sciences Index and Abstracts (ASSIA) und der Physical Education Index. Darüber hinaus kann über infoconnex in der Literaturdatenbank DZI SoLit des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen und in Literaturdatenbanken zu Pädagogik und Psychologie recherchiert werden (www.infoconnex.de).

Im **Internetangebot des IZ** bzw. der GESIS steht - neben weiteren kostenfrei zugänglichen Datenbanken - ein Ausschnitt aus der FORIS-Datenbank mit Projektbeschreibungen der letzten Jahre für inhaltliche und formale Suchen zur Verfügung; dadurch besteht darüber hinaus die Möglichkeit, bereits gemeldete Projekte auf Aktualität zu prüfen sowie jederzeit neue Projekte für eine Aufnahme in FORIS mitzuteilen.

Beratung bei der Nutzung sozialwissenschaftlicher Datenbanken

Zur Unterstützung Ihrer eigenen Suche in den Datenbanken FORIS und SOLIS bietet das IZ entsprechende Rechercheinstrumente an, z.B. den Thesaurus oder die Klassifikation Sozialwissenschaften. Selbstverständlich beraten wir Sie auch jederzeit bei der Umsetzung sozialwissenschaftlicher Fragestellungen in effektive Suchstrategien in unseren Datenbanken.

Auftragsrecherchen

In Ihrem Auftrag und nach Ihren Wünschen führt das IZ kostengünstig Recherchen in den Datenbanken FORIS und SOLIS durch. Darüber hinaus werden Informationen aus weiteren nationalen und internationalen Datenbanken zu sozialwissenschaftlichen und/oder fachübergreifenden Themengebieten zusammengestellt.

Informationstransfer von und nach Osteuropa

Die Abteilung Informationstransfer in der GESIS-Servicestelle Osteuropa fördert die Ost-West-Kommunikation in den Sozialwissenschaften. Sie unterstützt die internationale Wissenschaftskooperation mit einer Vielzahl von Informationsdiensten.

Eine wichtige Informationsquelle für Kontakte, Publikationen oder Forschung bietet in diesem Zusammenhang auch der Newsletter „Sozialwissenschaften in Osteuropa“, der viermal jährlich in englischer Sprache erscheint.

Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst - soFid

Regelmäßige Informationen zu neuer Literatur und aktueller sozialwissenschaftlicher Forschung bietet das IZ mit diesem Abonnementdienst, der sowohl in gedruckter Form als auch auf CD-ROM bezogen werden kann. Er ist vor allem konzipiert für diejenigen, die sich kontinuierlich und längerfristig zu einem Themenbereich informieren wollen.

soFid ist zu folgenden Themenbereichen erhältlich:

- Allgemeine Soziologie
- Berufssoziologie
- Bevölkerungsforschung
- Bildungsforschung
- Familienforschung
- Frauen- und Geschlechterforschung
- Freizeit - Sport - Tourismus
- Gesellschaftlicher Wandel in den neuen Bundesländern
- Gesundheitsforschung
- Industrie- und Betriebssoziologie
- Internationale Beziehungen + Friedens- und Konfliktforschung
- Jugendforschung
- Kommunikationswissenschaft: Massenkommunikation - Medien - Sprache
- Kriminalsoziologie + Rechtssoziologie
- Kulturosoziologie + Kunstsoziologie
- Methoden und Instrumente der Sozialwissenschaften
- Migration und ethnische Minderheiten
- Organisations- und Verwaltungsforschung
- Osteuropaforschung
- Politische Soziologie
- Religionsforschung
- Soziale Probleme
- Sozialpolitik
- Sozialpsychologie
- Stadt- und Regionalforschung
- Umweltforschung
- Wissenschafts- und Technikforschung

sowiNet - Aktuelle Themen im Internet

Zu gesellschaftlich relevanten Themen in der aktuellen Diskussion werden in der Reihe **sowiOnline** Informationen über sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte und Veröffentlichungen auf Basis der Datenbanken FORIS und SOLIS zusammengestellt. In der Reihe **sowiPlus** werden solche Informationen darüber hinaus mit Internetquellen unterschiedlichster Art (aktuelle Meldungen, Dokumente, Analysen, Hintergrundmaterialien u.a.m.) angereichert. Alle Themen sind zu finden unter www.gesis.org/Information/sowiNet.

Forschungsübersichten

Dokumentationen zu speziellen sozialwissenschaftlichen Themengebieten, Ergebnisberichte von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten des IZ, Tagungsberichte und State-of-the-art-Reports werden in unregelmäßigen Abständen in verschiedenen Reihen herausgegeben.

Internet-Service

Die Institute der GESIS (Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V.)

IZ (Informationszentrum Sozialwissenschaften, Bonn)

ZA (Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln) und

ZUMA (Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim)

bieten unter

www.gesis.org

gemeinsam Informationen zum gesamten Spektrum ihrer Infrastrukturleistungen sowie Zugang zu Informations- und Datenbeständen.

Unter dem Menü-Punkt „**Literatur- & Forschungsinformation**“ bietet das IZ nicht nur Zugang zu einem Ausschnitt aus der Forschungsprojektdatenbank FORIS, sondern zu einer Reihe weiterer Datenbanken und Informationssammlungen:

- Die **Datenbank SOFO** - sozialwissenschaftliche Forschungseinrichtungen - enthält Angaben zu universitären und außeruniversitären Instituten in der Bundesrepublik Deutschland in den Bereichen Soziologie, Politikwissenschaft, Psychologie, Erziehungswissenschaft, Kommunikationswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Bevölkerungswissenschaft, Geschichtswissenschaft sowie Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Gesucht werden kann nach Namen(steilen), Fachgebiet, Ort, Bundesland sowie organisatorischer Zuordnung (Hochschule, außeruniversitäre Forschung oder öffentlicher Bereich). Neben Adressen, herausgegebenen Schriftenreihen u.ä. verweisen Hyperlinks ggf. auf die jeweiligen Homepages der Institutionen. Darüber hinaus gelangt man über einen weiteren Hyperlink zu allen Projektbeschreibungen eines Instituts, die in den letzten drei Jahren in die Forschungsdatenbank FORIS aufgenommen wurden (www.gesis.org/information/SOFO).
- Die **Datenbank INEastE** - Social Science Research INstitutions in Eastern Europe - bietet Tätigkeitsprofile zu sozialwissenschaftlichen Einrichtungen in vierzehn osteuropäischen Ländern. Ähnlich wie in SOFO, können auch hier die Institutionen durchsucht werden nach Namensteilen, Ort, Land, Personal, Fachgebiet, Tätigkeitsschwerpunkt und organisatorischer Zuordnung. Die zumeist ausführlichen Institutsbeschreibungen in englischer Sprache sind durch weiterführende Hyperlinks zu den Institutionen ergänzt (www.gesis.org/Information/Osteuropa/INEastE).
- Sozialwissenschaftliche **Zeitschriften in Deutschland, Österreich und der Schweiz** stehen in einer weiteren Datenbank für Suchen zur Verfügung. Es handelt sich dabei um Fachzeitschriften, die vom IZ in Kooperation mit weiteren fachlich spezialisierten Einrichtungen regelmäßig für die Literaturdatenbank **SOLIS** gesichtet und ausgewertet werden. Standardinformationen sind Zeitschriftentitel, Herausgeber, Verlag und ISSN - Redaktionsadresse und URL zur Homepage der Zeitschrift werden sukzessive ergänzt. Immer vorhanden ist ein Link zur Datenbank SOLIS, der automatisch eine Recherche beim GBI-Host durchführt und die in SOLIS gespeicherten Titel der Aufsätze aus der betreffenden Zeitschrift kostenfrei anzeigt; weitere Informationen zu den Aufsätzen wie Autoren oder Abstracts können gegen Entgelt direkt angefordert werden. Die Datenbank befindet sich noch im Aufbau; eine alphabetische Liste aller ausgewerteten Zeitschriften aus den deutschsprachigen Ländern kann jedoch im PDF-Format abgerufen werden.

Zu sozialwissenschaftlichen Zeitschriften in **Osteuropa** liegen ausführliche Profile vor, die in alphabetischer Reihenfolge für die einzelnen Länder ebenfalls abrufbar sind. Der Zugang erfolgt über www.gesis.org/Information/Zeitschriften.

Über weitere Menü-Hauptpunkte werden u.a. erreicht:

- die **Linksammlung SocioGuide**, die - gegliedert nach Ländern und Sachgebieten - Zugang zu Internetangeboten in den Sozialwissenschaften bietet (www.gesis.org/SocioGuide) sowie
- der GESIS-Tagungskalender (www.gesis.org/Veranstaltungen) mit Angaben zu Thema/ Inhalt, Termin, Ort, Land, Kontaktadresse bzw. weiterführenden Links zu nationalen und internationalen Tagungen und Kongressen in den Sozialwissenschaften sowie zu Veranstaltungen in und zu Osteuropa im Bereich der Transformationsforschung.

Elektronischer Service des IZ

Das IZ-Telegramm, das vierteljährlich über Neuigkeiten und Wissenswertes aus dem IZ berichtet sowie der Newsletter „Social Science in Eastern Europe“ können auch in elektronischer Version bezogen werden. Ein E-mail-Abonnement des IZ-Telegramms erhalten Sie über

listserv@listserv.bonn.iz-soz.de; Textfeld: subscribe iz-telegramm *IhrVorname IhrNachname*

Der Betreff bleibt leer, statt *IhrVorname IhrNachname* können Sie auch *anonymous* eingeben.

Für den Newsletter gilt:

listserv@listserv.bonn.iz-soz.de; Text im Betreff: subscribe oenews

Umfassende und aktuelle Informationen zum Gesamtangebot der Serviceleistungen des IZ inklusive Preise, Download- und Bestellmöglichkeiten finden Sie im Internet - alles auf einen Blick unter:

www.gesis.org/IZ/IZ-uebersicht.htm

GESIS - Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen e.V.

**Informationszentrum
Sozialwissenschaften**

Lennéstraße 30
53113 Bonn
Deutschland
Tel.:+49 (0)228-2281-0
Fax:+49 (0)228-2281-120
E-mail:iz@bonn.iz-soz.de

Abteilung Informationstransfer
in der GESIS-Servicestelle Osteuropa
Schiffbauerdamm 19 • 10117 Berlin
Deutschland
Tel.:+49 (0)30-23 36 11-0
Fax:+49 (0)30-23 36 11-310
E-mail:iz@berlin.iz-soz.de

